

13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG lebt von der guten Zusammenarbeit vieler Menschen und Institutionen

Veranstalter

DPT – DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Gastgebende Veranstaltungspartner



Freistaat Sachsen

Ständige Veranstaltungspartner



Kooperationspartner und Sponsoren

Gefördert vom:



Kooperationspartner der Stadt Leipzig



Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH



GENERALI Versicherungen



BOSCH Technik fürs Leben

Leipzig

13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG 2. und 3. Juni 2008

13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG



2. & 3. Juni 2008
Congress Center Leipzig

KONGRESSKATALOG



Merke: Zu viel Alkohol bedeutet
nix los in der Hose.

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

www.bist-du-staerker-als-alkohol.de | Beratung 02 21-89 20 31

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

**Besuchen Sie
unseren Infostand!**

Die Evaluation des 13. Deutschen Präventionstages
wird durchgeführt von
proVal – der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche
Analyse, Beratung und Evaluation.

Die Evaluation des Präventionstages wird in diesem
Jahr Online durchgeführt. Hierzu wird Sie die
Geschäftsführung des Deutschen Präventionstages
im Nachgang des Kongresses per E-Mail anschreiben
und sie um Ihre Meinung bitten.

Ihre Angaben dienen ausschließlich der Auswertung
des Deutschen Präventionstages.
Die Anonymität der Befragung ist gewährleistet.

Für Ihre Mitwirkung bei der Onlinebefragung wären
wir Ihnen sehr dankbar.



13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

2. & 3. Juni 2008

Congress Center Leipzig

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15€

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon 05 11 - 2 35 49 49

Fax 05 11 - 2 35 49 50

E-Mail dpt@praeventionstag.de

Internet www.praeventionstag.de

Redaktion und Layout

Erich Marks & Karla Schmitz

Satz + Druck

poppdruck, Langenhagen

Hannover, Mai 2008

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
– Grußworte	5
– Partner	9
– Organisation	35
Gutachten	
Dr. Wiebke Steffen	43
Plenen	
– Eröffnungsplenum	95
– Abendveranstaltung	96
– Abschlussplenum	97
Vorträge	
– Schwerpunktthema	99
– Offenes Forum	143
– Internetforum	187
– 2nd Annual International Forum for Crime Prevention	199
– DPT-Universität	213
Ausstellung	
– Infostände	225
– Posterpräsentationen	353
– Sonderausstellungen	369
– Infomobile	373
Werkstatt	
– Filmforum	379
– Bühne	389
– Nebenveranstaltungen	394
Referenten	399

Grußworte

	Seite
Prof. Dr. Georg Milbradt Sächsischer Ministerpräsident und Schirmherr des 13. Deutschen Präventionstages	6
Burkhard Jung Oberbürgermeister der Stadt Leipzig	7



Prof. Dr. Georg Milbradt
Der Sächsische Ministerpräsident

Sehr geehrte Damen und Herren,

um sich selbst und andere vor Gefahren zu schützen, braucht es grundlegendes Wissen über die Ursachen von Kriminalität, Sucht und Gewalt. Unter dem Schwerpunktthema „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“ widmet sich der 13. Deutsche Präventionstag in diesem Jahr in Leipzig der Frage, wie Bürger besser in die Vorsorge einbezogen werden können. Was kann der Einzelne tun, um etwa Gewalt an Kindern zu verhindern? Wie kann die Gesellschaft Alkoholmissbrauch von Jugendlichen vorbeugen? Wie sieht gelebte Zivilcourage aus? All diese Fragen wird der Kongress mit Experten aus der Jugendhilfe, Justiz, Kirche, Polizei und den Medien diskutieren.

Für den Freistaat Sachsen genießen Präventionsprojekte hohe Priorität. Die erst kürzlich mit einer Plakatreihe gestartete Aktion des Sächsischen Ministeriums für Soziales „Stoppt Gewalt gegen Kinder“ fordert zum Hinschauen auf. Das Programm „Weltoffenes Sachsen“ der Sächsischen Staatsregierung unterstützt engagierte und oft ehrenamtlich arbeitende Bürger beim Kampf für Toleranz und gegen Gewalt.

Zivilcourage benötigt breite Netzwerke, um die Sicherheit in unserer Gesellschaft zu stärken. Der Präventionstag leistet auf diesem Feld einen wichtigen Beitrag für den Freistaat Sachsen und für ganz Deutschland.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Veranstaltung in Leipzig, bereichernde Gespräche sowie viele interessante Projekte für die Zukunft.

Georg Milbradt
Sächsischer Ministerpräsident



Burkhard Jung
Oberbürgermeister Leipzig

Herzlich willkommen zum 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig!

„Agieren ist besser als Reagieren“ – kaum ein Zitat ist treffender, wenn man sich dem großen Bereich der Kriminalitätsprävention widmet. Und wenn im diesjährigen Motto von „Engagierten Bürgern“ gesprochen wird, dann ist diese Thematik ganz eng mit der Stadt Leipzig und ihrer jüngeren Geschichte verbunden. Bürgerschaftliches Engagement ist das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft. Es bedeutet Teilhabe, aber auch Verantwortung. Dieses Engagement ist als wichtiges Element einer neuen, partnerschaftlich getragenen Verantwortung für das Gemeinwesen anzusehen.

Im Rahmen des vielfältigen Bereiches der Prävention gehören staatlich gewährleistete Sicherheit und der Wille jedes Einzelnen, sich aktiv in den Prozess einzubringen, unmittelbar zusammen. Bürgerschaftliches Engagement heißt auch lokales Engagement. Wie wir wissen, ist die lokale Ebene der zweckmäßigste Ansatz für Prävention. Gerade auf dieser Ebene, hier in Leipzig und auch in vielen anderen Kommunen, wurden wichtige Bündnisse zwischen Stadt, Polizei, Vereinen, Verbänden sowie einer Vielzahl sehr interessierter und tatfreudiger Bürger eingegangen, welche hervorragende Ergebnisse vorweisen können. Wege des bürgerschaftlichen Engagements auf dem Gebiet der Prävention zu finden, vorzustellen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln ist der Anspruch an den 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig. Den zahlreichen Mitwirkenden, die sich für Prävention engagieren – auf dem Präventionstag und in der täglichen Praxis – gilt dabei mein besonderer Dank.

In diesem Sinne wünsche ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine angenehme Kongressatmosphäre, neue Impulse und einen schönen Aufenthalt in Leipzig.

A handwritten signature in black ink that reads "Burkhard Jung". The script is fluid and cursive, with the first name and last name clearly distinguishable.

Ihr Burkhard Jung, Oberbürgermeister

Partner

	Seite
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	12
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	13
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.	14
Conférence Permanente Européenne de la Probation (CEP)	15
DBH-Bildungswerk	16
Deutsche Post World Net	17
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.	18
Deutscher Familiengerichtstag	19
Deutsches Jugendgerichtstag	20
Deutsches Forum für Kriminalprävention	21
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	22
Deutschlandfunk	23
European Forum for Urban Safety (EFUS)	24
Freistaat Sachsen	25
Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. (HDL)	26
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	27

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.	28
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	29
proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation	30
Stadt Leipzig	31
Stiftung Kriminalprävention	32
WEISSER RING e. V.	33

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für all die Bereiche zuständig, von denen die Zukunft unserer Gesellschaft abhängt. Es geht um Chancengerechtigkeit und um Zusammenhalt – für Familien, zwischen Alt und Jung, zwischen Männern und Frauen, zwischen verschiedenen Familienformen und Menschen verschiedener Herkunft. Die wichtigsten Aufgaben des BMFSFJ:

Das Familienministerium

- gestaltet Familienförderung (Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Mutterschutz)
- setzt sich für die Familieninteressen ein (z.B. im Steuerrecht, beim Wohngeld, in der Rentenversicherung)
- unterstützt Elternverantwortung (Elternzeit, Erziehungsgeld, familienfreundliche Arbeitswelt, Tagesbetreuung von Kindern)

Das Seniorenministerium

- fördert das selbständige Leben von Seniorinnen/Senioren
- unterstützt die qualitätsvolle Hilfe und Pflege im Alter
- verbessert die gesetzlichen Rahmenbedingungen z.B. durch das Altenpflegegesetz und das Heimgesetz

Das Frauenministerium

- erarbeitet federführend Bundesgesetze zur Durchsetzung der Gleichstellung und nimmt entsprechend Einfluss auf die Gesetzesvorhaben anderer Bundesministerien
- fördert die Gleichstellung von Frauen in Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt
- bekämpft Gewalt gegen Frauen

Das Jugendministerium

- betreut federführend das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Jugendschutzgesetz
- nimmt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen, vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktbereich wahr
- unterstützt und fördert überregionale und bundeszentrale freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe
- wirkt bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der europäischen Jugendprogramme mit

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr. Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um. Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.bist-du-staerker-als-alkohol.de

www.gib-aids-keine-chance.de

www.sexualaufklaerung.de

www.drugcom.de

www.rauch-frei.info

www.rauchfrei-info.de

www.gutdrauf.net

www.kinderstarkmachen.de

www.kindergesundheit-info.de

Kontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ostmerheimer Straße 220

51109 Köln

Tel.: 02 21 - 8 99 20 (Zentrale)

Fax: 02 21 - 8 99 23 00

E-Mail: poststelle@bzga.de

Internet: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Die Bundeszentrale für politische Bildung / bpb fördert demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, indem sie mit Veranstaltungen, Print- und Onlineangeboten aktuelle und zeitgeschichtliche Themen aufgreift.

Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.

Ihre Aufgabe erfüllt die bpb in eigener gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung. Die bpb ist überparteilich und wissenschaftlich ausgewogen. Als eine Institution der staatlich verfassten politischen Bildung fördert sie zudem die Veranstaltungen von mehr als 300 anerkannten Bildungseinrichtungen, Stiftungen und regierungsunabhängigen Organisationen, die in Deutschland im Bereich der politischen Bildung tätig sind. Lehrerinnen und Lehrern sowie Personen in der Bildungs- und Jugendarbeit bietet die bpb didaktisch aufbereitete Materialien, um sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Jugendliche und junge Erwachsene spricht die bpb mit altersgemäßen Themen und Medien direkt an. Auf der Website www.bpb.de werden die vielfältigen Produkte der Bundeszentrale für politische Bildung vernetzt und durch crossmediale Angebote ergänzt.

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel: 02 28 - 9 95 15 - 0

Fax: 02 28 - 9 95 15 - 1 13

E-Mail: info@bpb.de

Internet: www.bpb.de

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt. Kinder sind unschlagbar.

Das BÜNDNIS FÜR KINDER ist eine bundesweit aktive Stiftung, die Kinder vor Misshandlung, Missbrauch und Verwahrlosung schützen will. Die Stiftung unterstützt deutschlandweit Projekte, die helfen, die Persönlichkeit von Kindern zu stärken und so im Vorfeld Gewalt verhindern. Dazu gehört beispielsweise das Gewaltpräventionsprojekt Faustlos für Kindergärten und Grundschulen. Durch Faustlos lernen Kinder frühzeitig Konflikte gewaltfrei zu lösen. Zudem will das BÜNDNIS FÜR KINDER Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, damit sie gewaltfrei und feinfühlig erziehen. Daher fördert die Stiftung Gewaltpräventionsprogramme wie beispielsweise die Elternkurse „SAFE – Sichere Ausbildung für Eltern“, „FamilienTeam“ und „Starke Eltern – Starke Kinder“. In den Kursen lernen Eltern, wie wichtig eine persönlichkeitsstärkende Erziehung für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung ihres Kindes ist.

Seit dem Jahr 2004 ist das BÜNDNIS FÜR KINDER Kooperationspartner des Deutschen Präventionstages und unterstützt den Austausch von Institutionen im Handlungsfeld der Gewaltprävention.

Kontakt

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Winzererstr. 9

80797 München

Tel.: 089 - 12 61 12 00

E-Mail: info@buendnis-fuer-kinder.de

Conférence Permanente Européenne de la Probation (CEP)

About the CEP

The CEP is the European organisation for Probation. It brings together managers, academics, practitioners, stake holders and others working in the field of probation and criminal justice, representing 30 countries. The CEP is a unique network of expertise about positive ways of working with offenders in the community. Its goals are to enhance the profile of probation and to improve professionalism in this field, on a national and a European level.

The CEP therefore promotes pan-European cooperation by organising several multi-lingual conferences a year on different topics. By collecting, developing and disseminating information on probation, the CEP contributes to the development of community sanctions and measures in Europe.

To the European Union and the Council of Europe, the CEP is the spokesperson for the probation sector, providing expertise and comparative data. The CEP thus is the voice of probation in 'Brussels'.

DBH-Bildungswerk

Das DBH-Bildungswerk will die im Bereich von Strafrechtspflege, Kriminalprävention und Kriminalpolitik haupt- und ehrenamtlich Tätigen fortlaufend über einschlägige und neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft informieren und ihre Kompetenzen im Hinblick auf ihre Tätigkeit und das Agieren und Reagieren auf Kriminalität erweitern.

Das DBH-Bildungswerk

- informiert über neue Entwicklungen
- bietet Möglichkeit für Austausch, Diskussion und die Weitergabe von Erfahrungen
- qualifiziert durch Aus- und Weiterbildung
- entwickelt und erprobt neue Handlungsansätze
- berät und unterstützt in Fortbildungsfragen
- trägt bei zu einer sachgerechten Aufklärung der Öffentlichkeit
- beobachtet und analysiert internationale Entwicklungen
- fördert die ehrenamtliche Arbeit in der Straffälligen- und der Opferhilfe

Der Träger des Bildungswerkes – DBH – ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband, der seinen Beitrag zur Tertiären Kriminalprävention leistet, in dem er

- die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege fördert,
- an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität arbeitet,
- die Wiedereingliederung von Strafgefangenen unterstützt,
- sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) einsetzt,
- durch fachlich fundierte Stellungnahmen Einfluss auf kriminal- und sozialpolitische Entwicklungen nimmt,
- das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement unterstützt und
- aktiv einen Beitrag zur Kriminalprävention leistet.

Kontakt

Internet: www.dbh-online.de

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Deutsche Post World Net

Die Deutsche Post World Net ist der weltweit führende Logistik-Konzern. Mit der gebündelten Kompetenz ihrer Marken Deutsche Post, DHL und Postbank bietet die Gruppe integrierte Dienstleistungen und maßgeschneiderte, kundenorientierte Lösungen für das Management und den Transport von Waren, Informationen und Zahlungsströmen. Mit rund 520 000 Mitarbeitern zählt die Deutsche Post World Net zu den größten Arbeitgebern der Welt. Ihre Internationalität wird durch die Präsenz in mehr als 220 Ländern und Territorien unterstrichen.

Sicherheit ist für den Branchenführer Deutsche Post World Net ein entscheidender Faktor. Sie bestimmt zum einen das Vertrauen unserer Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und Aktionäre und zum anderen wesentlich den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Angepasste Sicherheitskonzepte rund um den Erdball sind zur Stärkung der unterschiedlichen Unternehmensbereiche und der vielfältigen Produktpalette selbstverständlich. Unter dem Dach einer einheitlichen Sicherheitsstrategie fließen individuelle Anforderungen und regionale Besonderheiten in die Sicherheitspolitik ein. Diese reicht von einer strategischen Informationsgewinnung über Risikoanalysen, Sicherheitsberatungen, Entwicklung gemeinsamer hoher Sicherheitsstandards bis hin zu Förderung und dem Einsatz innovativer Sicherheitstechnologien.

Dabei nimmt insbesondere „Prävention“ eine bedeutende Rolle ein. Frühzeitige Information und Aufklärung – also Vorbeugung und Vorsorge – bilden einen Schwerpunkt der Deutschen Post World Net und sind Ausdruck einer nachhaltigen und erfolgreichen Sicherheitsstrategie der Deutschen Post World Net.

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.

Aufbau

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Sie ist der größte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Die dsj bündelt die Interessen von über 9,5 Millionen jungen Menschen im Alter bis zu 27 Jahren, die in über 90 000 Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Aufgaben

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen.

Sie trägt zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen bei und unterstützt den europäischen Einigungsprozess und tritt für Toleranz nach innen und außen ein.

In enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften strebt die dsj zudem an, die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiter zu entwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme zu leisten.

Funktion als Dachorganisation

Die dsj unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit im und durch den Sport. Sie übernimmt dabei **Koordinations-, Innovations- und Grundsatzaufgaben** für die Kinder- und Jugendarbeit der Mitgliedsorganisationen.

Sie berücksichtigt in ihrer Arbeit insbesondere ihre Aufgaben als Jugendorganisation im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und ist die **Interessenvertretung** ihrer Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene. Darüber hinaus setzt sie sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibender junger Menschen ein.

Deutscher Familiengerichtstag

Familienrecht dient auch der Klärung eskalierender familiärer Konflikte. Der Deutsche Familiengerichtstag hat sich in den drei Jahrzehnten seines Bestehens immer wieder mit dieser Problematik befasst. „Schnelle richterlich Reaktion bei Kindeswohlgefährdung“ (13. DFGT), „Gewaltschutz und Wohnungszuweisung“ (14. DFGT), „Gewalt im sozialen Nahbereich“ (15. DFGT), „Kriminalprävention durch das Familiengericht“ (16. DFGT) und „Gewalt gegen alte Menschen“ (16. DFGT) standen – exemplarisch für viele Themen – auf dem Programm. Das Ziel des Deutschen Familiengerichtstags, das Familienrecht weiter zu entwickeln, die Rechtsanwendung zu vereinheitlichen und dieses Rechtsgebiet für die Betroffenen verständlich zu machen und so dessen Akzeptanz zu fördern, wird auf der im Zweijahresrhythmus in Brühl stattfindenden Tagung durch den interdisziplinären Erfahrungsaustausch von Angehörigen juristischer, psychologischer, psychiatrischer und sozialpädagogischer Berufe wesentlich gefördert, denn Probleme, die mehrere Fachgebiete betreffen, erfordern es stets, sie unter allen denkbaren Blickwinkeln zu betrachten.

Das Gleiche gilt, wenn verschiedene Rechtsgebiete betroffen sind. Je effektiver Zusammenarbeit, wechselseitige Information und Vernetzung aller Beteiligten, desto schneller, dauerhafter und wirksamer sind die Lösungen für die Betroffenen.

Die bestehende Kooperation des Deutschen Präventionstags und des Deutschen Familiengerichtstags stellt einen Beitrag dazu dar.

Deutscher Jugendgerichtstag (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken. Der 27. Deutsche Jugendgerichtstag fand im September 2007 in Freiburg statt und stand unter dem Motto „Fördern – Fordern – Fallen lassen: Aktuelle Entwicklung im Umgang mit Jugenddelinquenz“.

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Wissensbasierte Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und -ebenen wird durch die Informationsangebote, der Datenbank „**PräViS-Web**“ sowie des Internetportals „**Wissen gegen Gewalt**“ – beide erreichbar über die Website www.kriminalpraevention.de – gefördert.

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung. Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI.

Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen (aktuell z.B. Kindertagesbetreuung) sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen. Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sowie dem geplanten Nationalen Zentrum für frühe Hilfen in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie der Konzeptstelle Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Kontakt

www.dji.de

Deutschlandfunk und Deutscher Präventionstag sind Medienpartner

Der Deutschlandfunk, das Informationsprogramm des Nationalen Hörfunks, ist Medienpartner des Deutschen Präventionstags. Im Deutschlandfunk sind Beiträge zu ausgewählten Themen und Programmpunkten des Kongresses vorgesehen.

Der Nationale Hörfunk bietet neben aktuellen Informationen zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen im In- und Ausland auch regelmäßig Sendungen zu sozialwissenschaftlichen Fragen, zu Jugendthemen, Bildung und Ausbildung. Als besonders prägnante Beispiele seien die Deutschlandfunk-Sendungen „Campus & Karriere“ (montags bis freitags 14:35 bis 15:00) und „PISApplus“ (samstags 14:05 bis 15:00) hervorgehoben. „Campus & Karriere“ ist das einzige bundesweite Radio-Magazin rund um Studium und Arbeitswelt. Es bietet fundiert recherchierte aktuelle Informationen, Tipps und Gespräche. „PISApplus“ ist ein Gesprächsforum mit Experten, das sich den vielfältigen Aspekten von lebenslangem Lernen widmet.

Zusätzliche Informationen zu vielen Sendungen gibt es unter www.dradio.de

Ebenso Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur zum Hören und in den meisten Fällen auch zum Nachhören. Wer flexibel bleiben möchte, ohne etwas zu verpassen, lässt sich per Abo Podcasts auf den Rechner schicken.

European Forum for Urban Safety (EFUS)

The European Forum is a Non Governmental Organisation established in 1987, in Barcelona, on the initiative of M. Gilbert Bonnemaïson under the auspices of the Council of Europe. Its network gathers more than 300 European local authorities and aims to strengthen crime reduction policies and to promote the role of local authorities in national and European policies.

The European Forum serves as a think-tank and a place for dialogue and discussion. It provides opportunities for the exchange of positive experiences, on the basis of inter-city cooperation. This helps to stimulate and orient policies at a local, national and community level, in the areas of prevention of urban insecurity and crime management.

The Forum is led by an Executive Committee of 21 cities, elected annually by the member cities of the Forum.

National Forums have been created in France, Italy, Belgium, Luxemburg, Spain and Portugal over recent years.

The European Forum has expert status in the field of crime prevention within the United Nations, the Council of Europe and the European Commission, and has established links with African cities such as Dakar, with the Agora in Argentina, and with the International Centre for the Prevention of Crime. In 1998, the EFUS received the UN-HABITAT Scroll of Honour Award.

800 representatives of more than 220 European cities, meeting in Saragossa (Spain) on November 2-4, 2006 adopted the Saragossa Manifesto on „Security, Democracy and Cities“ in the presence of participants from African, North American and Latin American cities.

Freistaat Sachsen

Zum zweiten Mal findet der Deutsche Präventionstag im Freistaat Sachsen statt. Nach Hoyerswerda im Jahr 1999 ist diesmal Leipzig der Gastgeber - die Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger maßgeblich an der friedlichen Revolution und dem Zustandekommen der Wiedervereinigung beteiligt waren.

Wie alle neuen Bundesländer stand auch Sachsen infolge teils gravierender Veränderungen der Lebenswelten und bisheriger Werteorientierungen seiner Menschen vor gewaltigen Herausforderungen. Neben dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung, von Justiz und Polizei mussten angemessene Reaktionen auf eine Vielzahl von sichtbaren Risikofaktoren, beispielsweise veränderte Kriminalitätserscheinungen sowie deren öffentliche Wahrnehmung, erfolgen.

Im Freistaat Sachsen wurde deshalb dem Aufbau von tragfähigen Präventionsstrukturen und der Entwicklung spezifisch sächsischer Präventionsprogrammen große Bedeutung zugemessen. Neben der staatlichen Aufgabenwahrnehmung in den verschiedenen Ressorts oder deren nachgeordneten Behörden ist es vor allem dem bürgerschaftlichem Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zu danken, dass sächsische Erfahrungen und Konzepte die bundesweite Präventionslandschaft maßgeblich beeinflussen konnten.

Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. (HDL)

„Stark fürs Leben“ – Die Jugendprogramme der Lions in Deutschland.

„Stark fürs Leben“ – unter diesem Motto haben sich die drei Lebenskompetenzprogramme Kindergarten plus, Klasse2000 und Lions-Quest „Erwachsen werden“ zusammengeschlossen. Sie bilden damit einen Schwerpunkt des bürgerschaftlichen Engagements der deutschen Lions.

Ziel ist die systematische Förderung von persönlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihren Alltag gesund zu bewältigen.

Kindergarten plus fördert die Persönlichkeit von vier- bis fünfjährigen Kindern in Kindertageseinrichtungen. In neun Modulen geht es vor allem um die Entwicklung von emotionalen und sozialen Kompetenzen. Themen sind z.B.: Körper, Gefühle, Beziehungen und Konflikte.

Klasse2000 begleitet Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse der Grundschule. Die Klassenlehrer und so genannte Gesundheitsförderer erforschen mit den Schülern, was sie tun können, damit es Ihnen gut geht: Ernährung, Bewegung, Entspannung, Umgang mit Gefühlen, Konflikten, Tabak und Alkohol.

Die Förderung persönlicher und sozialer Kompetenzen von Jugendlichen ab der 5. Klasse steht im Mittelpunkt von Lions-Quest „Erwachsen werden“. Die Lehrer erarbeiten mit den Schülern Themen wie Selbstwertgefühl stärken, Beziehungen aufbauen, Probleme lösen und Entscheidungen treffen. Die Jugendlichen lernen, mit sich und anderen besser klar zu kommen.

www.kindergartenplus.de

www.klasse2000.de

www.lions-quest.de

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

In 1994 the International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was established in Montreal, Canada. The Centre is an international forum for national governments, local authorities, public agencies, specialised institutions, and non-government organisations to exchange experience, consider emerging knowledge, and improve policies and programmes in crime prevention and community safety. The ICPC staff monitor developments, provide direct assistance to members, and contribute to public knowledge and understanding in the field.

ICPC's action seeks to:

- Enhance awareness of, and access to, its international knowledge base on prevention and human safety policies and intervention.
- Promote the implementation of good practices and tools enhancing community safety.
- Facilitate rewarding international exchanges between countries and cities, the justice system and civil society associations.
- Provide technical assistance and facilitate expert interaction.

Forthcoming in 2008:

- On 1st July 2008, ICPC will be publishing its first International Report on Crime Prevention & Community Safety: Trends and Perspectives.
- ICPC will also publish an accompanying International Compendium of Promising Practices with a focus on youth at risk, youth gangs, indigenous populations, police community partnerships and everyday security.
- The eighth Annual Colloquium on Crime Prevention will be held in Queretaro, Mexico, 12-14th November, on Women's Safety: A Shared Global Concern.

Kontakt

www.crime-prevention-intl.org

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Das KFN ist im Jahr 1979 von dem damaligen Justizminister Niedersachsens, Prof Dr. Schwind, als unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut gegründet worden. Zweck des Instituts ist laut seiner Satzung, „als selbständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben und zu fördern.“

Am KFN wird gegenwärtig an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten gearbeitet. Dieser interdisziplinäre Forschungsansatz hat sich seit Mitte der 80-er Jahre ebenso bewährt wie der Grundsatz, die Forschungsideen selber zu entwickeln und sich um Aufträge von außen nur dann zu bemühen, wenn sie sich in die Gesamtkonzeption sehr gut einfügen. Das Thema Kinder- und Jugendkriminalität wird vom KFN seit 1998 in regelmäßigen Abständen in verschiedenen Städten und Landkreisen in Form von Schülerbefragungen untersucht. Ging es in der ersten Schülerbefragung 1998 zunächst darum, vertiefte Informationen zu Opfererfahrungen der Jugendlichen im Befragungsgebiet, in der Schule und der Familie sowie zur Delinquenz von Jugendlichen zu erhalten, wurde die Schülerbefragung in den vergangenen Jahren um thematische Schwerpunkte wie z.B. das Schulschwänzen oder den Medienkonsum ergänzt. Neben Schülerinnen und Schülern der neunten Klasse werden seit 2005 auch Viertklässler in die Untersuchung einbezogen und insbesondere zu ihrem Medienkonsum befragt. Die durch die Schülerbefragungen gewonnenen Dunkelfeldbefunde stellen eine wichtige Ergänzung für die Daten aus den Polizeilichen Kriminalstatistiken dar. So kann beispielsweise der im letzten Jahrzehnt in den Kriminalstatistiken zu verzeichnende Anstieg der offiziell registrierten Jugendkriminalität anhand der Daten der Schülerbefragungen nicht bestätigt werden. Die in einigen Gebieten zu mehreren Zeitpunkten durchgeführten Befragungen (Stuttgart und Schwäbisch Gmünd: 1998 und 2005, München: 1998 und 2000, Hannover: 1998 und 2006) der neunten Klassen verweisen tendenziell auf einen Rückgang des delinquenten Verhaltens Jugendlicher. Die Diskrepanz zwischen Dunkel- und Hellfeld geht hier vor allem auf die gestiegene Sensibilität und der damit einhergehenden erhöhten Anzeigebereitschaft zurück.

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ist ein länderübergreifend finanziertes und konzipiertes Vorbeugungsprogramm. Seine internen und externen Maßnahmen sind zwischen den Ländern und dem Bund abgestimmt. Die Einrichtung ist Servicedienstleister für die bundesweite Präventionsarbeit der Polizei.

Die Polizeiliche Kriminalprävention verfolgt seit 1965 das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Konzeption und Herausgabe von Medien zu Themen wie Gewalt, Eigentum, Diebstahl, Einbruch oder Drogen, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen. Aktuelle Handlungsfelder des ProPK sind:

- eine in Zusammenarbeit mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) herausgegebene Handreichung zu den „Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen“,
- die Broschüre „Im Netz der neuen Medien“ zur Förderung der Medienkompetenz von Lehrkräften,
- eine Initiative zur Sensibilisierung von Autofahrern zum Schutz vor Diebstahl aus Kraftfahrzeugen und
- die Fortsetzung der Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus „Wölfe im Schafspelz“ für Jugendliche

Die Projekte des ProPKs werden auf unterschiedliche Art umgesetzt (Informationskampagnen, Medienpakete, Internetauftritt). Das ProPK ist gewissermaßen die Kommunikations- und Marketingabteilung der polizeilichen Kriminalprävention und übernimmt damit unter dem Aspekt der sich ständig weiterentwickelnden Informationsgesellschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Durch die Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Logistikunternehmen bei der Aufbereitung der Themen sowie der Gestaltung und Verteilung der Medien ist der Kommunikationsauftritt des ProPK von einer hohen Professionalität geprägt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.polizei-beratung.de

proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation

proVal entwickelt in enger Kooperation mit Experten aus Wissenschaft und Praxis professionelle Lösungen für die Umsetzung von Evaluationsvorhaben, die Verbesserung von Arbeitsbeziehungen und die Erschließung neuer Wissensgebiete.

- Unsere vielfältigen Evaluationsansätze schaffen eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung Ihrer Programme, Projekte und Einzelmaßnahmen.
- Unsere innovativen Netzwerkanalysen unterstützen Sie bei der Optimierung von Kommunikationsstrukturen und Informationsflüssen.
- Unsere Zielworkshops helfen Ihnen bei der Festlegung realistischer Ziele und Maßnahmen.
- Anwendungsorientiertes Wissen und neue Handlungsansätze erarbeiten wir in enger Kooperation mit Universitäten, Fachhochschulen und Projektträgern.

Die Geschäftsführer von proVal sind bereits in verschiedenen Präventionszusammenhängen tätig gewesen. Unsere Auftraggeber sind: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Sächsische Staatskanzlei; Universität Bielefeld; Landespräventionsrat Niedersachsen; Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der (Polizei NRW); Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen; Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen; Jugendförderung der Stadt Braunschweig; Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung Braunschweig/Gifhorn (BEJ)

Für weitere Informationen stehen Ihnen Dr. Olaf Lobermeier und PD Dr. Rainer Strobl jederzeit gern zur Verfügung.

Kontakt

proVal – Gesellschaft für
sozialwissenschaftliche Analyse,
Beratung und Evaluation
Hildesheimer Straße 265–267
30519 Hannover
Tel.: 05 11 - 7 12 94 20
E-Mail: info@proval-services.net
www.proval-services.net

Stadt Leipzig

Leipzig ist seit frühester Geschichte eine Stadt mit einer engagierten Bürgerschaft und hohem Anspruch an Kultur, Bildung, Handel und gesellschaftlicher Entwicklung. Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands ist eng mit unserer Stadt verbunden. Dieses Potenzial im bürgerschaftlichen Engagement wird genutzt, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Zusammenarbeit mit allen Verantwortungsträgern weiterzuentwickeln. Sicherheitsbefragungen der Stadt Leipzig aus den Jahren 1995, 1999 und 2007 belegen, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger positiv entwickelt hat. Gab im Jahr 1995 noch jeder dritte Leipziger an, sich in seinem Wohngebiet unsicher zu fühlen, war es im Jahr 1999 nur noch jeder Sechste. Dieser Trend setzte sich auch 2007 fort (Quelle: Umfragen zur Sicherheit in Leipzig – Amt für Statistik und Wahlen).

Vor dem Hintergrund der unter den Bedingungen des veränderten Gesellschaftssystems ab 1990 angestiegenen Straftaten initiierten die mit sicherheits- und ordnungsrechtlichen Aufgaben betrauten Behörden und Institutionen in der Stadt Leipzig erste Sicherheitsgespräche.

Am 08.03.1994 wurde die Sicherheitskonferenz ins Leben gerufen. Sie besteht u.a. aus den Vorsitzenden der Fraktionen des Stadtrates, den Leitern der Arbeitsgruppen des Kriminalpräventiven Rates, der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht die Einschätzung des erreichten Standes der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und die Entwicklung von Lösungsansätzen bei aktuellen Sicherheitsfragen. Diese Aufgabenstellungen werden durch den Kriminalpräventiven Rat, der ebenfalls 1994 seine Tätigkeit aufgenommen hat, inhaltlich vorbereitet und umgesetzt.

Wesentlicher Teil der Kriminalprävention in der Stadt Leipzig ist, auch die öffentliche Ordnung als Aufgabe darzustellen, sie mit den Bürgern zu kommunizieren und bei ihrer Erfüllung möglichst viel Kreativität zu entfalten. Die Vernetzung vielfältigster sozialer, kultureller, polizeilicher und ordnungsbehördlicher Aktivitäten und Projekte in der Stadt Leipzig ist dafür Triebfeder zur Entwicklung der Stadtgesellschaft.

Stiftung Kriminalprävention

„Präventionsarbeit professionalisieren um politisch erfolgreich zu sein“

... so lautet das Credo der 1995 gegründeten privaten Stiftung.

Wissenschaftliches, also methodisch systematisches Arbeiten im Präventionsalltag ist nicht nur Aufgabe von Lehrstühlen und Forschungsinstituten, sondern auch zunehmend Erfordernis für die vielen ehren- und nebenamtlichen Akteure. Zeitgemäße Projektstrukturen sind dabei ebenso wichtig wie sachgerechte Wirkungsuntersuchungen.

Eben die Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu fördern, ist die Kernaufgabe der Stiftung Kriminalprävention.

Dies geschieht durch eine Vielzahl unterschiedlicher (kostenfreier) Qualifizierungsangebote, durch die Förderung von Einzelprojekten, die Durchführung praxisrelevanter und -bezogener Forschungen und die Auslobung des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention:

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten arbeitet die Stiftung zusammen mit dem DPT, der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Deutschen Städtetag und dem DFK an der ständigen Fortentwicklung der Ausschreibungskriterien dieses jährlich im Herbst vergebenen und mit bis zu 50 000 € dotierten Preises.

Gefördert und als deutschlandweites Vorbild herausgestellt werden große und kleine Präventionsaktivitäten, welche methodisch strukturiert, inhaltlich auf Wirksamkeit überprüft Probleme des Präventionsalltags in einer Weise bewältigen, die für die vielen Organisationen in Deutschland als Anhalt und Hilfe dienen können.

Seit 2008 ist der Preis erweitert um den mit 10 000 € dotierten Städtepreis: Die beste obligatorische Vernetzung von Prävention und Kommunalpolitik soll belohnt werden und Beispiel für die Städte, Gemeinden und Quartiere in Deutschland geben.

Bewerbungen, Informationen und Hinweise, kostenlose Downloads unter: www.stiftung-kriminalpraevention.de

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine wichtige Aufgabe des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der Verein auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel als bisher für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Im Rahmen der Netzwerkarbeit wird bürgerschaftliches Engagement sichtbar gelebt, indem gemeinsam mit anderen Organisationen Veranstaltungen durchgeführt werden, Projekte initiiert sowie Vorträge zur Prävention gehalten werden.

Das bürgerschaftliche Engagement wird ebenso in der Struktur des Vereins deutlich. Mehr als 3 000 der ca. 60 000 Mitglieder des WEISSEN RINGS arbeiten ehrenamtlich für den Verein und stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite. Die Ehrenamtlichen leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Auch die kriminalpräventive Arbeit in den Außenstellen wird ehrenamtlich organisiert und drückt sich u.a. in den Projekten „Mediate“ und „Kraft gegen Gewalt“ aus.

Kontakt

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

Tel.: 061 31 - 83 03 - 0

Fax: 061 31 - 83 03 - 45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	36
Kongressorganisation	37
Programmbeirat des 13. Deutschen Präventionstages	38
Trägergesellschaft	39
www.praeventionstag.de	40
14. Deutscher Präventionstag 2009	41

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnissen aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Kongressorganisation

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Geschäftsführung

Erich Marks und Prof. Dr. Britta Bannenberg

Leiterin des ständigen Büros

Karla Schmitz

Wissenschaftliche Beratung und Gutachten

Dr. Wiebke Steffen

Koordinator für internationale Kontakte

Dr. Marc Coester

Webdesign, Internetkonzeption und -beratung

nanodesign, Rolf Grimmer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Cornelia Kromminga

Koordination am Veranstaltungsort

Karin Kuphal

Programmbeirat des 13. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 13. Deutschen Präventionstages sind:

Prof. Dr. Britta Bannenberg, Deutscher Präventionstag

Ronald Börner, Landeskriminalamt Sachsen

Renate Engels, DBH-Bildungswerk

Reinhold Hepp, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Helmut Loris, Stadt Leipzig

Erich Marks, Deutscher Präventionstag

Corinna Metzner, WEISSER RING e.V.

Jürgen Mutz, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Karla Schmitz, Deutscher Präventionstag

Norbert Seitz, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Dr. Wiebke Steffen, Bayerisches Landeskriminalamt

Trägersgesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen.

Sie haben die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, der Sie in unregelmäßigen Abständen mit neuen Informationen versorgt.

14. Deutscher Präventionstag

Der 14. Deutsche Präventionstag findet am 8. und 9. Juni 2009 im HCC Hannover statt. Schirmherr ist der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff.

Weitere Informationen zu Bewerbungsmöglichkeiten und zum Programm werden auf der Homepage www.praeventionstag.de veröffentlicht.

Gutachten

für den 13. Deutschen Präventionstag
2. & 3. Juni 2008 Leipzig

**Engagierte Bürger –
sichere Gesellschaft**

**Bürgerschaftliches Engagement
in der Kriminalprävention**

Wiebke Steffen
Heiligenberg/München

- 1 Engagierte Bürger ...
Anmerkungen zum Ausmaß und zu den Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements
- 1.1 Ausmaß und Formen: Daten und Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland
 - 1.1.1 Die „Freiwilligensurveys“ von 1999 und 2004
 - 1.1.2 Weitere Befunde zu Ausmaß und Formen bürgerschaftlichen Engagements
- 1.2 Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements: Sozialkapital, der soziale Zusammenhalt und die soziale Qualität einer Gesellschaft
- 2 ... sichere Gesellschaft:
Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl
 - 2.1 Fazit und Wertung: Bürgerschaftliches Engagement, Sozialkapital und Sicherheit
- 3 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalitätskontrolle
 - 3.1 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention
 - 3.1.1 Verständnis von Kriminalprävention
- 4 Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention
 - 4.1 Hinsehen, Helfen, Handeln: Kriminalprävention durch Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft
 - 4.2 Damit es nicht wieder passiert: Bürgerschaftliches Engagement in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe
 - 4.2.1 Bürgerschaftliches Engagement in der Opferhilfe
 - 4.2.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Straffälligen- und Bewährungshilfe
 - 4.3 Netzwerke für Sicherheit: Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene
- 5 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention: Entwicklungen und Empfehlungen
 - 5.1 Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements
 - 5.2 Anerkennungskultur
 - 5.3 Qualifizierung durch Aus- und Fortbildung
 - 5.4 Qualitätssicherung durch Evaluation
- 6 Zusammenfassung

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft ... Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.“¹

Wenn der 13. Deutsche Präventionstag bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention zu seinem Schwerpunkt bestimmt hat, dann greift er damit ein Thema auf, das wie kaum ein anderes in den letzten Jahren die politische Diskussion bestimmt hat. Die Gelegenheiten für Bürger, sich mit ihren Fähigkeiten und Vorlieben in nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens einzubringen, sind vielfältig – und unverzichtbar.

Relativ selten ist bisher allerdings ihr freiwilliges Engagement im Bereich der Kriminalitätskontrolle, insbesondere im Bereich der Kriminalprävention, analysiert, diskutiert und gewürdigt worden. Dieser Aufgabe widmet sich nunmehr der 13. Deutsche Präventionstag: Mit einem Grundsatzreferat in der Eröffnungsveranstaltung zum Schwerpunktthema,² zahlreichen Vorträgen zu den verschiedensten Engagementmöglichkeiten und -bereichen, Foren, Workshops, Infoständen in der kongressbegleitenden Ausstellung und nicht zuletzt mit diesem Gutachten.

Das **Gutachten** zum „Bürgerschaftlichen Engagement in der Kriminalprävention“ geht zunächst auf das Ausmaß, die Formen und die gesellschaftlichen wie individuellen Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements allgemein ein, bevor die Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl dargestellt werden. Möglichkeiten, Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention werden dann an drei Beispielen diskutiert: Am Beispiel der Zivilcourage bzw. der Hilfe- und Anzeigebereitschaft, am Beispiel der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe sowie am Beispiel der Netzwerke für Sicherheit. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahrzehnten werden Empfehlungen und Vorschläge dazu gemacht, wie bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention erhalten, gestärkt und gefördert werden kann.

1 So die Einschätzung der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements durch die 1999 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die ihren Bericht „Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ 2002 vorgelegt hat (Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/8900) (zitiert als „Enquetekommission“)

2 Christian Pfeiffer „Prävention durch bürgerschaftliches Engagement?“

Schwerpunktmäßig beziehen sich die **Beispiele** für bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention auf Konzeptionen, Projekte und Maßnahmen die im Freistaat Sachsen und in der Stadt Leipzig, den beiden gastgebenden Veranstaltungspartnern des 13. Deutschen Präventionstages, durchgeführt werden.

1 Engagierte Bürger ... **Anmerkungen zum Ausmaß und zu den Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements**

1.1 Ausmaß und Formen: Daten und Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland

1.1.1 Die „Freiwilligensurveys“ von 1999 und 2004

Fast 70 % der Bevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren sind in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen am öffentlichen Leben beteiligt; etwa die Hälfte von ihnen (36 % der Bevölkerung) engagieren sich in dem Sinne freiwillig, dass sie in diesen gesellschaftlichen Gruppen längerfristig bestimmte Aufgaben übernehmen.

Damit sind die **öffentliche Einbindung der Bürger insgesamt und ihr freiwilliges Engagement im engeren Sinne erheblich größer**, als bislang angenommen wurde. „Bislang“ heißt vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der so genannten „Freiwilligensurveys“, die 1999 und 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt worden sind (der nächste Survey wird für 2009 vorbereitet).³

Freiwilliges Engagement⁴ ist jedoch nicht nur größer als bisher vermutet, es hat von 1999 bis 2004 noch zugenommen (von 34 auf 36 % der Bevölkerung) und auch die Intensität des freiwilligen Engagements hat sich erhöht:⁵ Der Anteil

3 Gensicke u. a. 2005 (zitiert als Freiwilligensurvey 2004); zu den Befunden zusammenfassend auch Gensicke 2006.

Die Befragung wurde mit computerunterstützten telefonischen Interviews durchgeführt. Gefragt wurde zunächst allgemein, in welchen der 14 Engagementbereiche der Befragte auf freiwilliger Basis aktiv mitmacht. Im zweiten Schritt erfolgte eine Eingrenzung auf diejenigen, die im engeren Sinne eine freiwillige Tätigkeit oder eine vergleichbare Freiwilligenarbeit ausüben. Entsprechend differenziert wird nach Personen, die über eine teilnehmende öffentliche Aktivität (nur „gemeinschaftlich Aktive“) hinaus sich freiwillig in Form der Übernahme von Aufgaben, Ämtern und Arbeiten binden („freiwillig Engagierte“).

4 Der Begriff „freiwilliges Engagement“ ist mit dem Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ weitgehend identisch. Nur dort, wo Engagement als Bürgerpflicht vorgeschrieben werden kann – etwa bei der Bestellung von Schöffen – decken sich freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement nicht (Enquetekommission 2002, 32).

5 Alle im Folgenden zitierten Daten und Befunde sind der Zusammenfassung des Freiwilligensurveys 2004, 15f. entnommen.

der Engagierten, die mehr als eine Aufgabe oder Funktion übernommen haben, ist von 37 % auf 42 % gestiegen. Auch das **Engagementpotenzial** ist größer geworden: Die Gruppe der nicht Engagierten, die aber bereit wären, sich freiwillig zu engagieren, hat in der Bevölkerung von 26 % auf 32 % zugenommen. Außerdem wollen sich diejenigen Menschen, die sich bereits engagieren, zu einem deutlich höheren Anteil noch stärker beteiligen.

Junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren sind eine der aktivsten Gruppen der Bevölkerung mit einer stabilen Engagementquote und einem besonders großen Engagementpotenzial: Zusätzlich zu den 36 % bereits Engagierten – von denen sich besonders viele für weitere Aufgaben interessieren – würden sich weitere 43 % engagieren. **Männer** sind mit 39 % nach wie vor stärker engagiert als Frauen, jedoch stieg bei Frauen das freiwillige Engagement seit 1999 stärker an. Die deutlichste Steigerung des freiwilligen Engagements – von 26 % auf 30 % – gab es bei den **älteren Menschen**⁶ ab 60 Jahren. Auch bei den **Arbeitslosen** und den **Migranten** haben die Engagementquoten wie die Engagementpotenziale zugenommen; nach wie vor liegen die Werte aber noch unter dem Durchschnitt der Bevölkerung: 2004 engagieren sich 27 % der Arbeitslosen und 23 % der Migranten. Der Freiwilligensurvey zeigt für die Migranten, für die die Lösung eigener Probleme und die Erweiterung von Kenntnissen und Erfahrungen stärker im Vordergrund steht als bei Nicht-Migranten, einen hohen öffentlichen Unterstützungsbedarf auf.

Das Spektrum des Engagements umfasst **nahezu alle Bereiche der Gesellschaft**. Viele davon sind auf dieses Engagement angewiesen, manche würden ohne es vielleicht gar nicht mehr existieren. Dabei war nach dem Freiwilligensurvey auch 2004 der Bereich „Sport und Bewegung“ mit 11 % der größte Engagementbereich (von insgesamt 14 abgefragten Bereichen), gefolgt von den Bereichen „Schule und Kindergarten“ sowie „Kirche und Religion“. Am stärksten zugenommen hat das Engagement im sozialen Bereich.

43 % aller freiwilligen Tätigkeiten erfolgten 1999 wie 2004 in **Vereinen**⁷. Mit großem Abstand nach den Vereinen und

6 Um diese Gruppe zu (noch) mehr freiwilligem verbindlichem Engagement zu bewegen, hat das BMFSFJ im April 2008 eine entsprechende Kampagne und ein Förderprogramm gestartet.

7 In Deutschland gibt es (nach der 2005 durchgeführten dritten Vereinszählung) fast 600 000 eingetragene Vereine – Tendenz zunehmend. Sport ist mit 38 % der am weitesten verbreitete Vereinszweck, gefolgt von Freizeit (18 %), Wohlfahrtswesen (13 %) und Kultur (12 %). Da die Vereinigungsfreiheit nicht an eine Eintragung gebunden ist, kommen noch mindestens 350 000 nicht eingetragene Vereine hinzu. „Das Vereinswesen ist mehr denn je der zentrale gesellschaftliche Ort, an dem bürgerschaftliches Engagement stattfindet und Sozialkapital entsteht“ (Maecenata 2006, 6).

ebenfalls über die Zeit fast unverändert stehen die Kirchen bzw. religiösen Vereinigungen mit 15 % (2004) an zweiter Stelle der Organisationsformen, innerhalb derer sich freiwillige Tätigkeiten vollziehen. Es folgen Gruppen und Initiativen mit 11 %, staatliche oder kommunale Einrichtungen mit ebenfalls 11 %, Verbände mit 7 %, Parteien und Gewerkschaften mit 5 %, private Einrichtungen, Stiftungen und Sonstiges mit 7 %. „Die Stabilität der organisatorischen Struktur über alle Bereiche des freiwilligen Engagements hinweg ist bemerkenswert, ebenso die großen und über die Zeit zumeist stabilen Unterschiede zwischen den Engagementbereichen“ (Freiwilligensurvey 2004, 125).

Die Bestandsaufnahme zeigt aber auch „deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement weiterhin auf einen organisatorischen Rahmen angewiesen ist. Auch neue Gruppen wählen sich Rechtsformen und Organisationsprinzipien, die ihrer Existenz Dauer und Verlässlichkeit geben“ (Enquetekommission 2002, 30).

1.1.2 Weitere Befunde zu Ausmaß und Formen bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement meint nicht nur das „klassische Ehrenamt“, nicht nur die regelmäßige freiwillige Tätigkeit einer Person oder überhaupt ihre Beteiligung am öffentlichen Leben, es ist auch nicht mit politisch-sozialem Engagement gleichzusetzen, sondern es gibt noch weit mehr Formen, in denen sich Engagement ausdrücken kann. Etwa durch Zivilcourage, Spenden, die Beteiligung an einer Bürgerstiftung, aber auch durch die Kooperationsfähigkeit und Aufmerksamkeit einer Organisation, einer Initiative oder eines Verbandes für bürgerschaftliche Anliegen (Enquetekommission 2002 6, 27).

Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich also nicht nur in der „Zeitspende“ des freiwilligen Engagements, sondern beispielsweise auch in **Geldspenden** für gemeinnützige Zwecke. Allerdings lassen sich die Höhe des Spendenaufkommens und die Zahl der Organisationen, die um Spenden werben – und damit das Ausmaß dieser Engagementform – nur schätzen. Nach Angaben des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) lag 2004 die durchschnittliche Spendenhöhe konservativ berechnet bei 85 €, offensiv berechnet bei 130 €. Das Spendenvolumen von Privatpersonen betrug danach insgesamt zwischen 3,4 und 5,2 Milliarden Euro. Der seit 1994 durchgeführte TNS Emnid Spendenmonitor lässt im langjährigen Mittel eine Spendenbeteiligungsquote von 40 % der Bevölkerung erkennen, die jedoch in Jahren mit besonderen Katastrophen noch deutlich übertroffen wird (Maecenata 2006, 4).

Ein weiterer Ort für bürgerschaftliches Engagement durch Geld-, aber auch durch Zeitspenden, sind Stiftungen, ins-

besondere die **Bürgerstiftungen**, die seit den ersten Gründungen (Gütersloh 1996, Hannover 1997) in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen haben.⁸ Allein 2006 wurden 46 neue Bürgerstiftungen gegründet. Die Angaben zur Gesamtzahl gehen auseinander; je nach zugrunde liegender Definition ist von 80 bis 150 Stiftungen auszugehen (Maecenata 2006, 8). „Eine Bürgerstiftung ist eine

- selbständige und unabhängige Institution
- zur Förderung verschiedener gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke
- in einem geographisch begrenzten, d.h. lokalen oder regionalen Wirkungsraum,
- die einen langfristigen Vermögensaufbau betreibt und
- ihre Organisationsstruktur und Mittelvergabe transparent macht.“⁹

Vom Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen wurde das „Gütesiegel für Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen“ entwickelt, das alljährlich anlässlich des „Tages der Bürgerstiftungen“ für die Dauer von zwei Jahren an Bürgerstiftungen vergeben wird.¹⁰

Erst seit einigen Jahren wird auch die soziale Verantwortung von **Unternehmen** („Corporate Social Responsibility“) und die Ausweitung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements („Corporate Citizenship“) verstärkt diskutiert – und gefordert: „Zielsetzung ist die Entwicklung einer Unternehmenskultur, in der die Orientierung auf Gewinnerzielung mit einer Orientierung am Gemeinwohl und der Übernahme sozialer Verantwortung im Gemeinwesen verbunden werden“. Besonderer Aufmerksamkeit und Förderung bedürfen das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmensmitarbeiter, Partnerschaftsprojekte zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen¹¹ wie auch die Mitarbeit in regionalen Netzwerken (Enquetekommission 2002, 9). Dabei zielt „das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ... in erster Linie darauf ab, Sozialkontakte und Netzwerke zu schaffen, also soziales Kapital zu bilden“ (Backhaus-Maul 2006, 34).

Einer im August 2007 veröffentlichten Studie des Centrums für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD) zum gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen zufolge, engagieren sich 96 % der deutschen Unternehmen gesellschaft-

8 Auch der Freistaat Sachsen und einige seiner größeren Städte haben Bürgerstiftungen gegründet.

9 Bertelsmann Stiftung 2006, 4; www.buergerstiftungen.de.

10 www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

11 Ein Beispiel dafür ist das von der Landesstiftung Baden-Württemberg unter dem Dach von „jes – jugend engagiert sich“ geförderte Engagement von Unternehmen und Jugendlichen in Freiwilligenprojekten (www.landesstiftung-bw.de)

lich. Dabei dominieren Geld- und Sachspenden im regionalen Umfeld. Die Mehrzahl der Unternehmen betreibt gesellschaftliches Engagement nicht aus eigener Initiative, sondern reaktiv: Weniger als 40 % der befragten Firmen suchen nach eigenen Handlungsfeldern und Einsatzmöglichkeiten. Anders als amerikanische Unternehmen halten deutsche soziales Engagement auch deutlich seltener für profitträchtig: Nur 40 % erwarten einen positiven wirtschaftlichen Effekt von ihrem Engagement, und mehr als ein Drittel sind überzeugt, dass ihr gesellschaftliches Engagement keine Bedeutung für ihre Kunden hat: „Insgesamt zeigt der Vergleich in größerer Deutlichkeit, dass das Verständnis von gesellschaftlichem Engagement als Teil der Unternehmenskultur und -strategie in Deutschland erst bei wenigen Unternehmen angekommen ist.“¹²

Wenn Unternehmen als Akteure in der Bürgergesellschaft tätig werden, geht es jedoch nicht nur um eine neue Form der Wohltätigkeit. „Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass sich durch gemeinwohlorientierte Aktivitäten auch die Bedingungen für unternehmerisches Handeln positiv verändern. Die Unternehmen sind auf intakte Gemeinwesen und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen und können mit ihrem Engagement einen Beitrag dazu leisten“ (Enquetekommission 2002, 9). Außerdem forcieren die Globalisierung des Wirtschaftens „die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen als Teil der wirtschaftlichen Unternehmensstrategie. Gesellschaftliches Engagement ist für global tätige Unternehmen eine Strategie zur sozialen Verankerung an Betriebsstandorten“ (Backhaus-Maul 2006, 34).

Gemeinsam sind diesen vielfältigen und sehr unterschiedlich formalisierten Engagementformen vor allem diese **Merkmale: Bürgerschaftliches Engagement**

- ist freiwillig,
 - nicht auf materiellen Gewinn gerichtet,
 - gemeinwohlorientiert,
 - öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und
 - wird in der Regel gemeinschaftlich-kooperativ ausgeübt.
- Wichtiger als die jeweilige Form des bürgerschaftlichen Engagements ist die Art des Agierens (Enquetekommission 2002, 38).

1.2 Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements: Sozialkapital, der soziale Zusammenhalt und die soziale Qualität einer Gesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement ist eine Chance, sich einzumischen, mitzugestalten.

12 CCCD-Survey „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland und den USA“ (www.cccdeutschland.org)

Das wird auch an den Motiven der freiwillig Engagierten und ihren Erwartungen an ihre Tätigkeit deutlich: Den meisten Engagierten ist es wichtig, die Gesellschaft durch ihr Engagement mitgestalten zu können. Gefragt nach ihren Motiven (Freiwilligensurvey 2004, 96f., 102), wollen die freiwillig Engagierten durch ihr Engagement „voll und ganz“ „die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten“ (66 % der Befragten), „vor allem mit anderen Menschen zusammenkommen“ (60 %), eine Aufgabe übernehmen „die gemacht werden muss und für die sich jedoch schwer jemand findet“ (44 %), sich auch in einer Form politisch engagieren (21 %).

„Sehr bis außerordentlich wichtig“¹³ ist für die Befragten, dass „die Tätigkeit Spaß macht“ (4,4), „man damit andern Menschen helfen kann“ (4,1), „man etwas für das Gemeinwohl tun kann“ (4,1), „man mit sympathischen Menschen zusammenkommt“ (4,0), „man die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen erweitern kann“.

Freiwilligensurvey sowie die Analysen der Enquetekommission machen allerdings auch deutlich, dass es vor allem die integrierten, sozial gut eingebundenen Menschen sind, die diese Chancen wahrnehmen und nutzen: Gesellschaftliche Beteiligung und Zugehörigkeit sind in der Regel Voraussetzungen dafür, dass Menschen Aufgaben und Tätigkeiten im Sinne freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements übernehmen (Enquetekommission 2002, 27).

Gleichzeitig schafft bürgerschaftliches Engagement aber auch diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und trägt die gesellschaftliche Selbstorganisation: Wirkungen und zugleich Merkmale bürgerschaftlichen Engagements, die als **Sozialkapital** einer Gesellschaft verstanden und beschrieben werden.¹⁴

„Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Kurz, sie erhalten und mehrten, was wir heute ‚soziales Kapital‘ nennen: die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates“ (Enquetekommission 2002, 2).

Vor dem Hintergrund des Diskurses über eine zunehmende gesellschaftliche Individualisierung und Desintegration, ihre Ursachen, Formen, Auswirkungen und mögliche „Gegenmaß-

13 Auf einer Skala von 1 „unwichtig“ bis 5 „außerordentlich wichtig“.

14 Als weitere Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements nennen Enquetekommission und Freiwilligensurvey „demokratische Kompetenz“ und „informelle Lernprozesse“ (Freiwilligensurvey 2004, 40 ff.)

nahmen“, ¹⁵ hat der Begriff des „Sozialkapitals“ in Deutschland seit den 1990er-Jahren an Bedeutung gewonnen, vor allem in Zusammenhang mit der Debatte über die Bürger- oder Zivilgesellschaft. Dabei haben sich insbesondere das Begriffsverständnis und das Konzept des amerikanischen Politologen **Robert Putnam** durchgesetzt, der – anders als etwa Coleman (1988) – soziales Kapital nicht nur als privates, sondern auch als öffentliches Gut versteht.

Nach Putnam ist soziales Kapital eine Ressource, die aus den Bindungen der Menschen entsteht. **Soziales Kapital besteht aus sozialem Vertrauen, Netzwerken von Kooperation und Gegenseitigkeit, Normen generalisierter Gegenseitigkeit, bürgerschaftlichem Engagement und starker Gemeinschaftsidentität.** Es ist das Maß, in dem Bürger bereit sind, auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen miteinander zu kooperieren – und damit ein Schlüsselmerkmal von Gemeinschaften.

„Soziale Netzwerke und die damit zusammenhängenden Normen der Gegenseitigkeit lassen sich als soziales ‚Kapital‘ bezeichnen, weil sie – wie physisches und Humankapital (Ausrüstung und Ausbildung) – sowohl individuellen als auch kollektiven Wert schöpfen und weil man in Netzwerke investieren kann“ (Putnam/Goss 2001, 22).

Im Verständnis von Putnam reicht dieses Sozialkapital von informellen Zusammenkünften (beispielsweise ein Abendessen mit der gesamten Verwandtschaft) über ebenfalls informelle Netzwerke (etwa wenn ein Basketballspiel spontan stattfindet) bis hin zu formell organisierten Formen (wie Elternvereinigungen oder Gewerkschaften) mit offiziellen Funktionären, Mitgliedschaftsbedingungen, Beiträgen, regelmäßigen Versammlungen usw. (Putnam/Goss 2001, 25).

Weiter unterscheidet Putnam zwischen „brückenbildendem“ (bridging) und „bindendem“ (bonding) Sozialkapital. Ersteres bezieht sich auf soziale Netzwerke, die völlig unterschiedliche Menschen zusammenbringen; letzteres bringt in einigen Punkten (wie Ethnizität, Alter, Geschlecht, soziale Klasse usw.) ähnliche Menschen zusammen. In der Praxis seien allerdings die meisten Gruppen (Netzwerke) brückenbildend und bindend zugleich (Putnam/Goss 2001, 29).¹⁶

15 Siehe dazu für die deutsche Diskussion vor allem Beck (1986) und Heitmeyer (1994 und 1997).

16 Es ist hier nicht der Ort, um sich mit dem Begriff des Sozialkapitals im Allgemeinen und Putnams Konzept im Besonderen kritisch auseinanderzusetzen. Etwa mit dem weitgehenden Fehlen klarer Definitionen und empirischer Nachweise für die behaupteten Zusammenhänge und Wirkungen. So wird nicht deutlich, ob – und ggf. wie – sich der Formalisierungsgrad eines sozialen Netzwerkes auf das Ausmaß an Sozialkapital auswirkt oder ob sich die von Putnam für die USA festgestellte Abnahme des sozialen Kapitals (Putnam 2000) auch in anderen Ländern zeigt, etwa in Deutschland. Der 2001 erschienene Sammelband mit verschie-

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur ein **Bestandteil des Sozialkapitals**, weil es die Bindekräfte einer Gesellschaft stärkt und ein Ausdruck von Solidarität sowie der Bereitschaft zu gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme ist,¹⁷ bürgerschaftliches Engagement **schaft auch Sozialkapital** und gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe, trägt gesellschaftliche Selbstorganisation und entspricht dem Subsidiaritätsprinzip: „Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung“ (Enquetekommission 2002, 24, 38).¹⁸

Trotz dieser Bedeutung stand es über viele Jahrzehnte hinweg keineswegs im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Im Gegenteil: Lange Zeit hatten Wissenschaft und Politik wenig Vertrauen in die politische Urteilskraft der Bürger, in ihre Leistungen und Gestaltungskompetenzen für das Gemeinwesen (Enquetekommission 2002, 24).

Erst in den letzten Jahren ist es hier zu einem Umdenken gekommen: Ohne bürgerschaftliches Engagement ist die **Bürgergesellschaft** nicht möglich, in der der Einzelne einerseits für die Belange des Gemeinwesens größere Verantwortung übernimmt und dafür andererseits erweiterte Teilhabemöglichkeiten bekommt (Fatke u. a. 2006, 2).

Die Bürgergesellschaft ist die „Vision einer politischen Gemeinschaft, in der nicht allein oder vorrangig der Staat und seine Institutionen für die Zukunft der politischen Gemeinschaft Verantwortung tragen ... verbunden mit dieser Vision ... ist ein neues Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung und Bürgerpflicht ... Die Idee der Bürgergesellschaft rechnet ... mit einer freiwilligen Verantwortungsübernahme ... im Sinne einer ‚freiwilligen Selbstverpflichtung‘. Formen der Selbstverpflichtung werden umso notwendiger, je stärker sich der Staat von geltenden Regelungsansprüchen zurückzieht und Aufgaben, die nicht staatlich geregelt werden müssen, bürgerschaftlichen Akteuren überantwortet“ (Enquetekommission 2002, 33 f).

Zu dieser „Vision“ eine Anmerkung: Beim „Rückzug“ des Staates und der „Überantwortung“ von Aufgaben an bürgerschaftliche Akteure darf es nicht dazu kommen, dass sich die öffentliche Hand ihrer sozialen Verantwortung vollends entzieht und bürgerliches Engagement zur „Ersatzkasse“ für

denen Länderberichten zum jeweiligen sozialen Kapital ist zwar interessant, aber für diese Frage wenig ergiebig. Siehe zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff des Sozialkapitals und Putnams Konzept etwa die Beiträge bei Haus (2002), insbesondere Evers und Mayer, und Schnur 2003. Außerdem das Sonderheft der KZfSS 2007.

17 Stiftung Bürger für Bürger (www.buerger-fuer-buerger.de)

18 Siehe dazu auch den „Statusreport zur Lokalen Demokratiebilanz“ der Stadt **Leipzig** vom Mai 2005.

nicht mehr finanzierbare staatliche Leistungen wird (Bundesnetzwerk o. J., 8).

Entwicklungen, die auf einen Missbrauch, eine **Ausnutzung bürgerschaftlichen Engagements** hinweisen, sind kritisch zu sehen: Wenn ehrenamtliche Arbeit bezahlte Arbeit bei wichtigen Aufgaben ersetzt, die eigentlich der Staat zu finanzieren hätte oder wenn unbezahlte Arbeit einige der vom Staat nicht mehr finanzierten Aufgaben übernimmt, übernehmen muss, damit diese Aufgaben überhaupt noch wahrgenommen werden.

So wichtig bürgerschaftliches Engagement ist, so problematisch ist es doch, wenn für nicht mehr finanzierte Tätigkeiten, etwa aus dem Bereich der sozialen Dienstleistung und des Sozialwesens, Menschen „rekrutiert“ werden, die diese Aufgaben in ihrer Freizeit und ohne Bezahlung übernehmen. Es besteht der begründete Verdacht, dass die „Wiederentdeckung“ des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in den 80er- und 90er-Jahren viel mit ökonomischen Gesichtspunkten zu tun hatte: „Repräsentanten der Verbände und der Politik, Wortführer und finanzielle Nutznießer dieses unentgeltlichen Engagements besannen sich im Angesicht einer krisengeschüttelten Arbeitsgesellschaft rasch auf den ökonomischen und symbolischen Wert der freiwilligen und unbezahlten Arbeit“ (Müller/Rauschenbach 1992 zitiert nach Haas/Lobermeier 2005, 18 f.).

Außerdem ist gerade auch der „symbolische Wert“ bürgerschaftlichen Engagements durch diese Entwicklung gefährdet: Es scheint einen deutlichen, direkten Zusammenhang zu geben zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung, sich bürgerschaftlich zu engagieren und der Bereitschaft des Staates, seinen Teil an sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik zu übernehmen. Zieht sich der Staat (zu sehr) aus seiner sozialen Verantwortung zurück, dann sinkt die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Ist der Staat dagegen sozial aktiv, dann korrelieren damit auch hohe Werte an bürgerschaftlichem Engagement (Putnam 2001).

2 ... sichere Gesellschaft: Auswirkungen bürgerschaftlichen Engagements auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl

Da bürgerschaftliches Engagement als Bestandteil des Sozialkapitals einer Gesellschaft deren Bindekräfte stärkt, Solidarität zum Ausdruck bringt sowie die Bereitschaft, gesellschaftliche (Mit-)Verantwortung zu übernehmen und – als „privates“ Sozialkapital – auf der individuellen Ebene soziale Teilhabe und Integration, Informationsgewinn, Selbstverantwortung und Selbstbewusstsein bedeutet, sollte bürgerschaftliches Engagement auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage einer Gesellschaft und das Sicherheitsgefühl ihrer Bürger haben –

und zwar schon ganz generell, ohne dass sich Bürger konkret im Bereich der Kriminalitätskontrolle engagieren.

Direkte empirische Belege für diese Annahme sind allerdings eher rar¹⁹ und liegen noch am ehesten für Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl bzw. die **Kriminalitätsfurcht** vor.²⁰

So haben Dölling und Hermann mit den Daten des European Social Survey²¹ die Hypothese überprüft, ob das Sozialkapital in verschiedenen Ländern und das jeweilige Ausmaß an Kriminalitätsfurcht in einer Beziehung zueinander stehen und stellen fest: „Je größer das Sozialkapital einer Gesellschaft, also das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger untereinander und in Institutionen ist, desto geringer fällt die Kriminalitätsfurcht aus“ (2006, 822).²²

Deutliche Rückschlüsse auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital – hier insbesondere dem lokalen Sozialkapital²³ – und Sicherheit sowie Sicherheitsgefühl lassen sich auch dem **broken-windows-Ansatz**²⁴ entnehmen. Vor allem

19 So weist Putnam (2000, 309) für Staaten der USA auf eine enge Beziehung zwischen der Ausstattung mit Sozialkapital und der jeweiligen Kriminalitätsrate hin.

20 Zur Kriminalitätsfurcht und ihren Einflussfaktoren, aus denen wiederum Rückschlüsse auf das Sozialkapital möglich sind, siehe Schwind 2008, § 20, Rn. 12 ff., insbesondere Rn. 16.

21 Dabei handelt es sich um eine in mehreren Ländern wiederholt – zuletzt 2006/2007 in 26 Ländern – durchgeführte Befragung der Bevölkerung ab 14 Jahren zu ihren sozialen und politischen Einstellungen (www.europeansocialsurvey.de).

Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** wird Dieter Hermann in seinem Vortrag „Sozialkapital und Sicherheit – zu Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements“ auch Ergebnisse weiterer Auswertungen des European Social Surveys und eigener empirischer Erhebungen präsentieren.

22 Für die Analyse wurden zur Messung des Sozialkapitals nur Fragen zum Vertrauen in Institutionen berücksichtigt; die Kriminalitätsfurcht wurde durch die Frage nach dem Grad der Unsicherheit erfasst, wenn jemand nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in der eigenen Wohngegend unterwegs ist (Dölling/Hermann 2006, 820).

23 Nach Schnur (2003, 73) basiert das lokale Sozialkapital auf den Beziehungen innerhalb der Sozialstrukturen in einem definierten Raum (etwa einem Stadtteil) und ist für die Bewohner eine individuell verfügbare Ressource.

24 „Broken windows“ stehen als bildhafte Symbole für heruntergekommene Teile einer Stadt. In ihrem Kern lässt sich diese von Wilson und Kelling (1982) vertretene These auf folgende Aussage bringen: Eine zerbrochene Fensterscheibe, die nicht ersetzt wird, signalisiert, dass sich niemand kümmert und führt zu weiteren Beschädigungen. Ebenso signalisieren Unordentlichkeit, Ordnungsstörungen und unerwünschtes Verhalten (sog. incivilities), dass sich niemand kümmert und führen zu ernsthafter Kriminalität, zur Preisgabe des Wohngebietes an Kriminelle und zu städtischem Verfall. Deshalb müssen schon incivilities, abweichende Verhaltensweisen im Vorfeld der Strafbarkeit, geahndet werden, um schwerwiegendere Straftaten einzudämmen bzw. zu verhindern. Kriminalpolitische Bedeutung erlangte dieser

dann, wenn er nicht – wie in der „zero-tolerance-Politik“²⁵ – auf permanenten (polizeilichen) Verfolgungsdruck verengt, sondern auch sein zweites wesentliches Merkmal beachtet wird: die **Wiederherstellung sozialer Kontrolle**.

Wie Sampson und Raudenbusch nachgewiesen haben, reicht die Beseitigung von sozialer und physischer Unordnung (social and physical disorder, sog. incivilities) nicht aus, um deren Kriminalität und Kriminalitätsfurcht fördernde und die Lebensqualität beeinträchtigende Effekte aufzuheben. Da incivilities und Kriminalität(sfurcht) gemeinsame Ursachen haben – hier die unzureichende soziale Kontrolle – bleibt die Beseitigung von incivilities wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig die soziale Kontrolle wiederhergestellt bzw. intensiviert wird: „... although reducing disorder may reduce crime, this happens indirectly, by stabilizing neighborhoods via collective efficacy“ (2001, 2 „Issues and Findings“).

Diese „collective efficacy“, die kollektive Wirksamkeit informeller sozialer Kontrolle innerhalb der Nachbarschaft – so etwa die Bereitschaft von Nachbarn, etwas gemeinsam zu unternehmen, um bestimmte Probleme im Stadtteil zu lösen²⁶ – bezieht sich auf **kollektives Handeln im Sinne einer gemeinsam praktizierten informellen sozialen Kontrolle** im Stadtteil. Sie ist ebenso eine Dimension des lokalen Sozialkapitals wie das Ausmaß an nachbarschaftlichen Kontakten, des Vertrauens in Nachbarn und der sozialen Kohäsion in der Nachbarschaft.²⁷

Lüdemann (2006, 178) konnte mit seiner Mehrebenenanalyse auf der Grundlage einer postalischen Befragung (N= 3612) in 49 Hamburger Stadtteilen zeigen: „Lokales Sozialkapital in

Ansatz vor allem durch seine Umsetzung in die zero-tolerance- (Null-Toleranz-) Strategie der New Yorker Polizei (siehe dazu auch Laue 1999; Streng 1999; Dölling/Hermann 2006; Steffen 2006 a; Schwind 2008, § 15, Rn. 32 ff.).

25 Bekannt wurde die aus dem repressiven Teil des broken-windows-Ansatzes entwickelte zero-tolerance-Politik vor allem als Strategie der New Yorker Polizei. Etwa ab Mitte der 1990er-Jahre sollten durch permanenten Verfolgungsdruck („Wehret den Anfängen“, „Null-Toleranz“) verwahrloste öffentliche Räume „zurückerobert“ und die Delinquenz aus ihnen vertrieben werden. Die rigorose „Null-Toleranz“ galt auch und gerade gegenüber den Tätern von Bagatelldelinquenz, kleinsten Ordnungsverstößen und gemeinlästigen Verhaltensweisen („Eckenpinkler“). Trotz des deutlichen Rückganges der Kriminalitätszahlen und der wieder gewonnene Sicherheit öffentlicher Räume (so auch der U-Bahn) ist gegenüber dem „Erfolg“ dieser Vorgehensweise Skepsis angebracht (siehe dazu Schwind 2008, § 15, Rn. 34 ff; Steffen 2006a).

26 So die Operationalisierung dieser Dimension lokalen Sozialkapitals in der Mehrebenenanalyse von Lüdemann (2005) „Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und ‚Disorder‘“, eine der wenigen empirischen Untersuchungen zu diesem Thema (auch Lüdemann 2006, Lüdemann/Peter 2007).

27 Operationalisierungen bei Lüdemann 2005, 244 f.

Form von Nachbarschaftskontakten stärkt ... das Vertrauen in Nachbarn, etabliert Verhaltens- und Reziprozitätsnormen (Erwartungen und Verpflichtungen) sowie Sanktionen innerhalb der Nachbarschaft, erhöht die soziale Kohäsion und sorgt für die Diffusion von Informationen unter Nachbarn ... Je größer ... das generelle und das lokale Sozialkapital einer Person, desto eher praktiziert sie Aktivitäten sozialer Kontrolle im Stadtteil oder beteiligt sich an solchen Aktivitäten.“

Ähnlich auch Putnam/Goss (2001, 21) hinsichtlich der „externen“ oder „öffentlichen“ Effekte von Sozialkapital: „Ein klares Beispiel hierfür leitet sich von dem allgemeinen Ergebnis ab, dass die Kriminalitätsraten in Wohnbezirken mit hoher Dichte der sozialen Beziehungen niedriger sind, sodass sogar Bewohner, die sich selbst nicht an den nachbarschaftlichen Aktivitäten beteiligen, von den präventiven Wirkungen dieses informellen Sozialkapitals profitieren.“

Angesichts dieser (möglichen) Wirkungen generellen und lokalen Sozialkapitals wird in kleinräumigen sozialen Beziehungen und Bindungen der Schlüssel für die Lösung der Probleme (post-)moderner Gesellschaften gesehen: Ihre Potenziale der Vernetzung, der Partizipation und des freiwilligen Engagements sollen die festgestellte Individualisierung und Desintegration in ihren Konsequenzen für das gemeinschaftliche Zusammenleben „abfedern“ (Schnur 2003, 54).

Diese Erwartung zeigt deutliche Parallelen zum **Kommunitarismus** (vom englischen „community“ = Gemeinschaft, Gemeinwesen), einer in den USA entwickelten liberalismuskritischen Strömung, in der die Abhängigkeit und Einbettung des Einzelnen, aber auch der Rechte, Normen und Institutionen von bzw. in die Gemeinschaft – von der Familie bis zur politischen und kulturellen Gemeinschaft – herausgestellt wird. Kommunitaristische Theoretiker²⁸ betonen die Bedeutung einer Wiederbelebung von sozialen Netzwerken in Nachbarschaften, von Eigenverantwortung, Solidarität und Engagement in der nachbarschaftlichen Gemeinschaft. Als Mittel gegen Entsolidarisierung, Werteverfall, Legitimitäts-, Identitäts- und Sinnkrisen – „soziale Atomisierung“ – sollen die Bürger ihre lokalen Probleme durch Partizipation, Solidarität und Eigenverantwortung selber lösen. Bürgersinn, Selbsthilfe und Bürgerengagement sind die Stichwörter dieses Ansatzes (Lüdemann 2006, 178).

Wie auch immer man zu diesen Erklärungen und Forderungen des Kommunitarismus stehen mag – die empirischen Hinweise auf die positiven Wirkungen des lokalen Sozialkapitals in seinen Facetten der „collective efficacy“ und der sozialen Kohäsion, des Vertrauen in und der Kontakte mit Nachbarn auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl, lassen Maßnahmen zur

28 Etwa Etzioni 1998; siehe dazu auch Reese-Schäfer 2001.

Mobilisierung des generellen und lokalen Sozialkapitals als kriminalpräventiv sinnvoll erscheinen.²⁹

2.1 Fazit und Wertung: Bürgerschaftliches Engagement, Sozialkapital und Sicherheit

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Bestandteil des Sozialkapitals einer Gesellschaft und schafft zugleich dieses Sozialkapital – sowohl in seiner generellen wie in seiner lokalen Ausprägung.

Generelles Sozialkapital zeigt sich beispielsweise in der Mitgliedschaft und/oder regelmäßigen freiwilligen Tätigkeit einer Person in Initiativen, Gruppen, Vereinen, Verbänden und Organisationen, aber auch in Zivilcourage, gelegentlicher Mitarbeit, Spenden oder Beteiligung an einer Bürgerstiftung. Lokales Sozialkapital wird insbesondere in nachbarschaftlichen Kontakten sichtbar, im Vertrauen in Nachbarn, in der sozialen Kohäsion einer Nachbarschaft, aber auch in der Bereitschaft, gemeinsam etwas zu unternehmen, um bestimmte Probleme im Stadtteil zu lösen.

Wenn bürgerschaftliches Engagement als Sozialkapital das Vertrauen in Personen und Institutionen sowie die Gültigkeit von Normen, die das zwischenmenschliche Zusammenleben regeln, erhält und schafft, dann hat es auch positive Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl: **Bürgerschaftliches Engagement als Sozialkapital einer Gesellschaft, einer Gemeinde, eines Stadtteils, kann Kriminalität verhindern und Kriminalitätsfurcht vermindern.**

Die direkten empirischen Belege für diese Zusammenhänge sind zwar eher rar, aber wenn, dann eindeutig. Das gilt vor allem für die Rückschlüsse, die sich aus den bekannten Ursachen und Einflussfaktoren von Unordnung (incivilities) und Kriminalität, von Kriminalitätsfurcht, Zivilcourage und Hilfsbereitschaft auf den Zustand einer Gesellschaft bzw. einer bestimmten Region hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Sozialkapital ziehen lassen.

3 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalitätskontrolle

Die Zusammenhänge zwischen generellem und lokalem Sozialkapital, Sicherheit und Sicherheitsgefühl sind grundsätzlich unabhängig davon, wo das bürgerschaftliche Engagement erfolgt bzw. erfolgt ist. Wie dargestellt (Kap. 1.1.1),

²⁹ So auch Lüdemann/Peter (2007,39), die in diesem Zusammenhang auf Förderprogramme wie das „Quartiersmanagement“, und die „Soziale Stadt“ verweisen, aber auch auf neue gemeinschaftliche Formen der sozialen Kontrolle durch die Bürger eines Stadtteils wie Bürgerwacht, Sicherheitspartnerschaft und Neighbourhood-Watch-Initiativen. Siehe dazu auch die Ergebnisse der Analyse zu Sicherheitswachen und Sicherheitspartnerschaften durch Wurtzbacher (2004).

findet freiwilliges Engagement in Deutschland vor allem in Bereichen statt, die zunächst einmal nichts mit Kriminalität zu tun haben: Sport und Bewegung, Schule und Kindergarten, Kirche und Religion, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, soziale Aktivitäten, um nur die wichtigsten zu nennen.

Auf den Bereich „Justiz und Kriminalitätsprobleme“ entfallen nach dem Freiwilligensurvey im Jahr 2004 gerade 2 % des gesamten Engagements der Bevölkerung ab 14 Jahren.³⁰ Allerdings ist die Kriminalitätskontrolle, insbesondere die Verfolgung von Straftaten und ihrer Täter, auch eindeutig eine hoheitliche Aufgabe (Stichwort: Gewaltmonopol des Staates), für die ein Rückzug des Staates und ein Ersatz durch bürgerschaftliche Akteure und ehrenamtliche Arbeit grundsätzlich nicht in Frage kommt. Bürgerschaftlichem Engagement sind hier enge Grenzen gesetzt.

Das scheint auch in der Bevölkerung so gesehen zu werden. Zumindest sprachen sich in einer Ende der 1990er-Jahre zum Thema „Modernisierung des Staates“ in Niedersachsen durchgeführten Bürgerbefragung 71 % dagegen aus, Aufgaben der Inneren Sicherheit durch andere Institutionen als den Staat erbringen zu lassen; genau derselbe Prozentsatz wollte auch polizeiliche Aufgaben nur durch den Staat wahrnehmen lassen. „Bezogen auf Sicherheit genießen die staatlichen Institutionen das größte Ausmaß an Vertrauen, bürgerschaftliches Engagement von allen Substitutionsmöglichkeiten das geringste“ (Wurtzbacher 2004, 80).

Gleichwohl kann Kriminalitätskontrolle, können Strafverfolgung wie Straftatenverhütung nicht gelingen, wenn die Bürger sich nicht daran beteiligen. So hängen beispielsweise die Erfolge der Polizei bei der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten, der Aufklärung strafbarer Handlungen, der Festnahme und (beweiskräftigen) Überführung von Straftätern entscheidend von der **Informations- und Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung** ab: Mitteilungen und Notrufe von Bürgern veranlassen die Polizei zum Einsatz, Opfer und Zeugen initiieren durch ihre Strafanzeigen die polizeilichen Ermittlungen und beeinflussen durch die Qualität und Bereitschaft ihrer Angaben auch den Erfolg dieser Ermittlungen. Die einzelnen Bürger als Opfer, Zeugen und Informanten bestimmen nicht nur den Arbeitsanfall der Polizei, sondern auch ihr Arbeitsergebnis. Ähnliches gilt für die Arbeit der Justiz (Steffen 2006a, 124 m.w.N.). Auch das ist bürgerliches Engagement, wenn auch nicht gemeinschaft-

30 0,5 % des freiwilligen Engagements und 1,5 % der nur „gemeinschaftlich Aktiven“. Dabei lautete die Frage nach der Art des Engagements in diesem Bereich: „... z. B. als Schöffe oder Ehrenrichter, in der Betreuung von Straffälligen oder Verbrechensopfern“ (Freiwilligensurvey 2004, 441).

lich-kooperativ begangen und auch nicht an eine (institutionalisierte) Form der Mitarbeit gebunden.³¹

Außerdem ist es für die Bereitschaft zum Engagement von zentraler Bedeutung, ob Institutionen beteiligungsorientiert sind (Enquetekommission 2002, 7) – und das sind Polizei und Justiz sicherlich nur bedingt.³² Dennoch gibt es auch bei Polizei und Justiz und im Rahmen der Strafverfolgung Möglichkeiten, sich im „klassischen Sinne“ freiwillig und längerfristig durch die Übernahme bestimmter Aufgaben zu engagieren. Etwa in einer Sicherheitswacht³³, im Freiwilligen Polizeidienst³⁴ oder als Schöffe bzw. Ehrenrichter³⁵.

3.1 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention

Größer und vielfältiger sind die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements allerdings im Rahmen der Kriminalprävention, bei der Verhinderung von Straftaten.

Zwar ist auch die Kriminalprävention eine staatliche Aufgabe und insbesondere Polizei und Justiz zugewiesen. Aber: Kriminalprävention ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit offen für die Beteiligung engagierter Bürger. Hier steht bürgerschaftliches Engagement durchaus in dem Kontext einer neuen Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen dem „ermunternden“, „ermöglichenden“ oder auch „aktivierenden“ Staat und der (Bürger)Gesellschaft (Enquetekommission 2002, 25).

„Kriminalität trifft die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Es gilt, die Möglichkeiten der Prävention in möglichst großem Umfang zu nutzen. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur Bund,

31 Ein weiteres Beispiel für dieses bürgerschaftliche Engagement ist die rege – und erfolgreiche (die Aufklärung der gezeigten Kriminalitätsfällen liegt bei etwa 42 %) – Beteiligung der Bevölkerung an der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY – ungelöst“, die es seit 1967 in fast unveränderter, wenn auch nicht unumstrittener Form gibt (siehe dazu etwa „Das Prinzip Aktenzeichen XY“ im Magazin Nr. 15 der Süddeutschen Zeitung vom 11.4.2008).

32 Die Analyse des bürgerschaftlichen Engagements durch die Enquetekommission erstreckte sich auf „ausgewählte Handlungsfelder“, zu denen Polizei und Justiz nicht gehörten.

33 Das Konzept der Sicherheitswacht wurde 1994 in Bayern entwickelt und 1998 von Sachsen übernommen. Die ehrenamtlichen Sicherheitskräfte sind der Polizei unterstellt und werden ergänzend zur polizeilichen Aufgabenerfüllung tätig. Insbesondere sollen sie Präsenz demonstrieren und Straßenkriminalität verhindern (siehe dazu Steffen 1997; Wurtzbacher 2004, 94 ff.)

34 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** werden Arthur Kreuzer und Hermann Groß dazu referieren: „Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? Eine Evaluation des Hessischen Freiwilligen Polizeidienstes“.

35 Wobei man in diesen Fällen zwar eine Bürgerpflicht wahrnimmt (wahrnehmen muss) und sich nicht im eigentlichen Sinne freiwillig engagiert – es sei denn man hat sich für das Amt des Schöffen beworben (was nicht wenige Bürger machen).

Ländern und Kommunen, sondern allen gesellschaftlichen Kräften. Ziel ist es, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, ihren Beitrag zur Kriminalprävention zu leisten. Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention setzt sich zum Ziel, diese Kräfte zu gemeinsamer Verantwortung zusammen zu führen.“

(Präambel zur Satzung der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention vom 7. April 2003)

„Polizeiliche Kriminalprävention geht uns alle an.

Sicherheit gehört zu den essentiellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Einen grundlegenden Beitrag zur Stärkung der Sicherheit beziehungsweise des Sicherheitsgefühls kann in diesem Zusammenhang die Kriminalprävention leisten. Sie umfasst alle staatlichen und privaten Programme und Maßnahmen, die Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen oder auch als individuelles Ereignis verhüten, vermindern beziehungsweise in ihren Folgen gering halten soll.

Kriminalprävention versteht sich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihr gerecht zu werden ist nur auf dem Wege einer nachhaltig wirkenden Strategie und eines übergreifenden, integrativen Gesamtkonzeptes möglich. In dessen Verantwortung einbezogen werden sollten neben der Polizei und der Politik auch andere staatliche und nichtstaatliche Stellen wie die Wirtschaft, die Medien und – nicht zuletzt – natürlich auch die Bevölkerung selbst.“

(Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes)

Bevor jedoch im Folgenden auf die Möglichkeiten bürger-schaftlichen Engagements in der Kriminalprävention, seine Formen, Voraussetzungen, Leistungen und Entwicklungsmöglichkeiten eingegangen wird, muss zunächst festgelegt werden, welches Verständnis von Kriminalprävention diesem Gutachten zugrunde liegt – und welche Aktivitäten bürger-schaftlichen Engagements demzufolge als „kriminalpräventiv ausgerichtet“ bewertet und entsprechend diskutiert werden.

3.1.1 Verständnis von Kriminalprävention

Das in diesem Gutachten vertretene Verständnis von Kriminalprävention entspricht dem – engen – Verständnis des Gutachtens für den 12. Deutschen Präventionstag³⁶ und unterscheidet zwischen den Strategien und Konzepten, die vorrangig auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität abzielen und jenen, die im günstigsten Fall auch kriminalpräventiv wirken können:

36 „Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden“ (Steffen 2007).

Als kriminalpräventiv werden jene Strategien, Programme, Maßnahmen bzw. Projekte verstanden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zum Ziel haben und von denen erwartet werden darf, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbaren Zusammenhang darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern bzw. zu vermindern – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege oder an Hand von plausiblen theoretischen Annahmen.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, muss eine so verstandene Kriminalprävention entweder Risikofaktoren reduzieren, die Kriminalität verursachen oder Schutzfaktoren aufbauen, die der Entstehung von Kriminalität entgegenwirken.

Wird der Unterscheidung zwischen universeller, selektiver und indizierter Kriminalprävention gefolgt³⁷, dann werden bei der hier vertretenen Definition von Kriminalprävention vor allem die selektiv und indiziert ausgerichteten Konzepte und Maßnahmen als im eigentlichen Sinne kriminalpräventiv verstanden.

Universelle Prävention

zielt mit allgemein förderlichen Programmen und Maßnahmen der sozialen (auch: primären) Prävention auf die Allgemeinheit und/oder Gesamtgruppen, ohne dass in diesen Gruppen besondere Risikofaktoren vorliegen müssen. Sie bietet dieselben Maßnahmen allen Mitgliedern der Gruppe an (Beispiele: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, schulbasierte Programme zur Förderung von sozialen Kompetenzen, Sprachkurse für Migranten, Sport und Musik, allgemeine Sozialhilfemaßnahmen, Städte- und Bauplanung u. ä.).

Zweifellos können solche Programme *auch* kriminalpräventive Wirkungen entfalten. Es würde ihrem Anspruch und ihrer Bedeutung jedoch nicht gerecht, würde man sie vorrangig auf diesen kriminalpräventiven Aspekt reduzieren, sie sozusagen für die Zwecke der Kriminalprävention instrumentalisieren. Auch um dem Risiko einer Entgrenzung der Kriminalitäts- und Präventionsbegriffe entgegenzuwirken, ist Kriminalität nicht der geeignete Bezugsrahmen für Programme und Maßnahmen der universellen (sozialen) Prävention.

Selektive (auch: situative oder sekundäre) Prävention

zielt auf besondere Teilgruppen, Individuen oder auch Situationen, die durch eine erhöhte Belastung mit Risikofaktoren gekennzeichnet sind und somit unter einem gesteigerten Täter- wie Opferwerdungsrisiko stehen („gefährdete Personen als Täter und Opfer“) bzw., bei Situationen, dadurch

37 Begriffe gemäß der Analyse „Prävention von Jugendgewalt“ von M. Eisner, D. Ribeaud und S. Bittel für die Eidgenössische Ausländerkommission EKA (2006).

gefährdet sind, dass sich hier Kriminalität ereignen kann (Tatgelegenheiten). Selektive Kriminalprävention ist direkt oder indirekt auf die Verhinderung und Verminderung von Kriminalität bzw. auf die Verbesserung von Sicherheitslage und Sicherheitsgefühl gerichtet. Sie zielt darauf ab, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen, Tatgelegenheiten zu verringern und das Entdeckungsrisiko zu erhöhen.

Indizierte (auch: tertiäre) Prävention

sind Programme und Maßnahmen für jene Personen, die bereits straffällig geworden sind und bei denen durch die Maßnahmen eine Verbesserung ihrer zukünftigen Entwicklung angestrebt wird bzw. Programme und Maßnahmen für Situationen, in denen sich gehäuft Straftaten ereignet haben („Kriminalitätsbrennpunkte“). Mit (staatlichen) Kontroll- und Eingriffsmaßnahmen soll Straftaten entgegengewirkt und sollen Kriminalitätsauffällige resozialisiert werden mit dem Ziel einer Verhinderung bzw. Verminderung weiterer Straffälligkeit und Straftaten.

4 Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention

Diesem Verständnis von Kriminalprävention entsprechend wird auf Formen und Bereiche allgemeinen („universellen“) bürgerschaftlichen Engagements in gesellschaftlichen Gruppierungen und Aktivitäten, die nicht direkt oder indirekt auf die Verhinderung von Kriminalität gerichtet sind, nicht eingegangen. Selbstverständlich können sich „Sport und Bewegung“, „Freizeit und Geselligkeit“, Kultur und Musik“ – um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, in denen sich Bürger in Deutschland engagieren – auch kriminalpräventiv auswirken. Wenn das jedoch nicht das ausdrückliche oder zumindest auch ein Ziel ist, bleiben diese Aktivitäten „außen vor“.³⁸

Ausgehend von diesem Verständnis von Kriminalprävention und orientiert an den Kriterien „individuelles oder gemeinschaftlich-kooperatives Engagement“ und „anlassbezogenes oder längerfristiges Engagement“ werden für die folgende Darstellung und Diskussion bürgerschaftlichen Engagements in der Kriminalprävention drei Formen bzw. Bereiche ausgewählt:

1. „Hinsehen, Helfen, Handeln“: Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention als individuelle, anlassbezogene Aktivität.

³⁸ In der Praxis sind diese Abgrenzungen und Entscheidungen natürlich nicht so klar und eindeutig zu treffen wie bei der theoretischen Beschreibung von Präventionsaktivitäten. Im Zweifel wird deshalb eher über eine Maßnahme oder ein Konzept „zuviel“ als „zuwenig“ berichtet.

2. „Damit es nicht wieder passiert“: Bürgerschaftliches Engagement in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe als individuelle oder gemeinschaftlich-kooperative, in der Regel längerfristige Aktivität.
3. „Netzwerke für Sicherheit“: Bürgerschaftliches Engagement für Kriminalprävention in Städten und Gemeinden als gemeinschaftlich-kooperative, zum Teil längerfristige Aktivität in informellen und formellen Gruppierungen.

4.1 Hinsehen, Helfen, Handeln: Kriminalprävention durch Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht an eine mehr oder weniger dauerhafte Mitarbeit in Gruppierungen gebunden ist und auch nicht an eine gemeinschaftlich-kooperative Vorgehensweise.³⁹

Das gilt insbesondere im Bereich der Kriminalprävention: Gerade in Hinblick auf eine „sichere Gesellschaft“, auf die Verhinderung von Straftaten und die Verbesserung des Sicherheitsgefühls kann sich in der individuellen Bereitschaft zur Zivilcourage, zur Anzeigeerstattung und zur Aussagebereitschaft soziales Kapital zeigen und dieses auch schaffen. Als Ausdruck für die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, für die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt für das Vertrauen in die Institutionen des Staates.

Die für die Sicherheit und Kriminalitätskontrolle originär zuständigen Instanzen Polizei und Justiz können noch so gut personell und organisatorisch aufgestellt sein, noch so aktiv und motiviert bei der Erfüllung ihres Auftrages – ohne engagierte Bürger ist eine erfolgreiche Kriminalitätskontrolle nicht möglich (s. o. Kap. 3).⁴⁰

„Zivilcourage ist gefordert – von allen Bürgerinnen und Bürgern ... Es darf niemandem gleichgültig sein, wenn Personen belästigt oder gar geschlagen, wenn Telefonzellen, Parkbänke oder Kinderspielplätze beschädigt, wenn Gebäude oder Verkehrsmittel besprüht und verunstaltet oder Friedhöfe geschändet werden. Denn Gleichgültigkeit begünstigt Kriminalität, Gewalt und Verwahrlosung. Das zu verhindern funktioniert aber nur, wenn jeder mitmacht und sich im Sinne einer

³⁹ Auch wenn beide Merkmale für bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen kennzeichnend sind; siehe dazu die entsprechenden Aussagen und Befunde bei der Enquetekommission 2002 und im Freiwilligensurvey 2004.

⁴⁰ Deshalb enthalten die Medien der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) zu den einzelnen Präventionsthemen auch immer diesen Standardtext: „Wir sind immer für Sie da. Aber wirksamer Schutz vor Straftaten ist nicht allein Sache der Polizei, sondern geht uns alle an ...“

*sozialen Verantwortung engagiert: Viele Straftaten können nur mit Hilfe des Bürgers verhindert oder aufgeklärt werden.*⁴¹

Wie groß dieses Engagement ist, ob es geringer geworden ist oder zugenommen hat – dazu liegen kaum verlässliche, belastbare Daten vor.⁴²

Empirische Hinweise darauf, dass Zivilcourage vorhanden ist, geben beispielsweise die Befragungsergebnisse von Lüdemann (2006, 179). Um das Ausmaß an praktizierter sozialer Kontrolle im Stadtteil zu messen, hat Lüdemann in seiner schon zitierten Analyse zu den Determinanten sozialer Kontrolle in Nachbarschaften auch erfragt, wie oft welche Kontrollaktivitäten von den Bürgern schon wahrgenommen worden waren. Von zehn vorgegebenen Aktivitäten wurde „die kostenreichste Kontrollaktivität, die störende Person selbst anzusprechen, am häufigsten praktiziert“ (mit 68,3 % der Nennungen). An zweiter Stelle (61,9 %) stand „an Mitbewohner oder Nachbarn gewendet“, an dritter Stelle (53,2 %) „an Vermieter oder Hausverwaltung gewendet“ und erst an vierter Stelle (48 %) „an die Polizei gewendet“.

Besser untersucht und belegt sind die **Zusammenhänge und Faktoren, die Zivilcourage, Hinsehen, Helfen und Handeln begünstigen bzw. erschweren**.

So weisen die Ergebnisse der Untersuchungen zur Wahrnehmung von und zur Reaktion auf „incivilities“ (s. o. Kap. 2) darauf hin, dass die informelle soziale Kontrolle in Stadtteilen mit der Höhe der Bevölkerungsdichte und der Fluktuationsrate – beides Indikatoren für Anonymität – zurückgeht: „Je höher die Bevölkerungsdichte, desto weniger kennen sich die Bewohner eines Stadtteils und desto geringer ist daher die informelle soziale Kontrolle“ (Lüdemann 2005, 247).

41 Aus: WEISSER RING. Die Zeitschrift für Opferschutz und Prävention. Heft 2/2008, S. 22.

42 So wird in einer Präventions-Broschüre der Polizei zwar „die geringe Bereitschaft der Bevölkerung, sich der Polizei als Zeugen zur Verfügung zu stellen ...“ beklagt. Andererseits kommen ca. 90 % der registrierten Straftaten durch private Strafanzeigen, zumeist der Opfer, zunehmend aber auch von Zeugen und am Tatgeschehen selbst nicht beteiligten Dritten, zur Kenntnis der Polizei; und die Zunahme der kriminalstatistisch registrierten Kriminalität, gerade von Gewaltdelikten junger Täter, wird auch mit einer gestiegenen Anzeigebereitschaft von Opfern und Zeugen erklärt (so in einer Pressemitteilung des BMI bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2006; siehe hierzu auch die entsprechenden Ausführungen und Nachweise im Gutachten für den 12. DPT, Steffen 2007).

In den Medien wird über Fälle unterlassener Hilfeleistung ebenso berichtet wie über Hilfeleistungen und sowohl der jährlich verliehene „XY-Preis – Gemeinsam gegen das Verbrechen“, ein Preis für Zivilcourage (www.e110.de), wie auch die in den Ländern und auf kommunaler Ebene vergebenen zahlreichen Zivilcourage-Preise erhalten viele „Zulieferungen“, Meldungen preiswürdiger Verhaltensweisen.

Die Befunde der „bystander“-Forschung zu unterlassenen Hilfeleistungen im öffentlichen Raum⁴³ bestätigen ebenfalls den Zusammenhang zwischen Hilfeleistung und der Bevölkerungsdichte – in Großstädten wird tendenziell seltener geholfen als auf dem „flachen Land“. Vor allem aber machen diese Befunde deutlich, dass Hilfeleistung ein komplexer Vorgang ist, „der sich über die Ebenen der Wahrnehmung und Bewertung einer Notsituation bis zur Handlungsentscheidung entwickelt“ (Schwind u.a. 1998, 8):

- Wahrnehmung, dass „etwas“ nicht in Ordnung ist
- Erkennen der Notlage
- Anerkennung und Bewertung eigener Verantwortlichkeit durch den potenziellen Helfer
- Entscheidung des Helfers für eine bestimmte Art der Hilfe⁴⁴

Diese Entscheidung wird nicht nur durch die schon genannten Merkmale des Raumes erschwert, sondern auch durch die Anwesenheit anderer Personen am „Tatort“: Hier kann vor allem die so genannte „Verantwortungsdiffusion“ dazu führen, dass die Anwesenheit anderer Personen die individuelle Hilfsbereitschaft nicht erhöht, sondern hemmt („non-helping-bystander-Effekt“, Schwind u.a. 1998; Schwind 2008, § 19, Rn. 20a). Positiv dagegen wirkt sich die subjektive Kompetenz des potenziellen Helfers aus.⁴⁵

Diese zu stärken und die Entscheidung für Zivilcourage, zugunsten von Hilfeleistung und Handeln zu erleichtern ist darum auch das Ziel von (inzwischen) zahlreichen **Aktionen für mehr Bürgerengagement** im öffentlichen Raum⁴⁶ – und das ist ein Ansatz, der allemal mehr Erfolg verspricht als das Klagen über zurückgehende Hilfsbereitschaft und das Drohen mit der Strafbarkeit der „unterlassenen Hilfeleistung“.

Zu nennen sind hier etwa die bundesweite Aktion des WEISSEN RINGES e.V. „Stoppt das Vogel-Strauß-Syndrom“ für mehr Zivilcourage und Opferschutz, die Kampagne „Gewalt – Sehen – Helfen“, die im Oktober 1997 vom Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main mit Unterstützung der

43 Siehe dazu Schwind u.a.1998. Hans-Dieter Schwind wird zu diesem Thema auch auf dem **13. Deutschen Präventionstag** referieren: „Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht?“ Außerdem wird dort Reinhold Hepp zur Förderung des Zeugen- und Helferverhaltens bei Kindesmisshandlung vortragen: „Im Namen der stummen Opfer“.

44 Aus der Handreichung der Polizei für Journalisten „Kriminalprävention kompakt“, Nr. 14 „Verhalten als Zeuge, Helfer oder Opfer“ 2008, 97.

45 Diese zu verbessern und auch die der Opfer zu stärken, haben ebenfalls zahlreiche Projekte und Maßnahmen zum Ziel, die häufig unter der Bezeichnung „Sicherheitstraining“ durchgeführt werden. Dazu und insbesondere zu den Problemen, die mit konkreten Hinweisen („Tipps“) für das „richtige“ Verhalten in Not-situationen verbunden sein können, Schwind u.a. 1998, 169ff.

46 Siehe dazu auch die Übersicht bei Schwind u.a. 1998.

Polizei gestartet wurde⁴⁷, die Kampagne der Hamburger Polizei zusammen mit der Stadt „Wer nichts tut, macht mit“, die seit Anfang 1998 zu mehr Zivilcourage ermuntert oder das Programm „Mut gegen Gewalt“, das es seit 2001 in Bremerhaven gibt.⁴⁸

Beispielhaft ist auch das **Leipziger** Projekt „Erich-Zeigner-Haus e.V. – Begegnungsstätte für gelebte Zivilcourage“, ein dauerhaft angelegtes Projekt, das aus drei Bausteinen besteht: Einem Film über beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement und gelebte Zivilcourage in den Stadtteilen Plagwitz-Lindenau, der Stärkung und dem Ausbau der „Bürgerinitiative Plagwitz-Lindenau“ und der Initiierung von Projekten, die zum Ausüben von Zivilcourage ermutigen und gleichzeitig zum Ausbau von informellen Netzwerken innerhalb der Nachbarschaften dienen. Beispielhaft ist dieses Projekt auch deshalb, weil in ihm die Zusammenhänge und Überschneidungen deutlich werden, die es zwischen den einzelnen Formen und Bereichen bürgerschaftlichen Engagements gibt. Hier zwischen der Zivilcourage und den Netzwerken für Sicherheit.

2001 hat die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) die bundesweit angelegte „Aktion TU WAS“ entwickelt. Ziel der Kampagne ist es, der Bevölkerung deutlich zu machen, dass oft schon Kleinigkeiten genügen, um Wirkung zu erzielen, dass es aber auch keine Patentrezepte für das „richtige“ Helfen gibt, sondern dass sich das konkrete Verhalten immer nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen und den individuellen Fähigkeiten richten muss. Die wesentlichen Tipps der Kampagne stehen auf einem Info-Kärtchen im Scheckkartenformat:

- Ich helfe, ohne mich selbst in Gefahr zu bringen.
- Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf.
- Ich beobachte genau, präge mir Tätermerkmale ein.
- Ich organisiere Hilfe unter Notruf 110.
- Ich kümmere mich um Opfer.
- Ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung.⁴⁹

47 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** wird auf der Basis dieses Konzeptes ein Multiplikatorenseminar für Teilnehmer verschiedener Städte durchgeführt, die dann selbst Informationsveranstaltungen und Kurse zum Thema couragiertes Verhalten in gefährlichen Situationen halten sollen.

48 Dieses umfassende Programm, das nicht nur „mehr Zivilcourage“ erreichen möchte, sondern auch durch ein zielgerichtetes Zusammenwirken aller Stadtteilinstitutionen und die Einbindung der Bürger ein soziales Klima schaffen will, in dem Kriminalität zurückgedrängt wird, werden Norbert Friedrich von der Stadt und Jörg Seedorf von der Polizei Bremerhaven auf dem **13. Deutschen Präventionstag** in ihrem Vortrag „Mut gegen Gewalt – Ein Zivilcouragehandbuch als Leitfaden für Präventionsprojekte“ vorstellen.

49 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** wird im Rahmen des Filmforums das Medienpaket der Polizeilichen Kriminalpräven-

Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft sind wichtig und richtig – und damit auch die Aktionen, die dieses bürger-schaftliche Engagement fördern sollen. Aber: Neben den erwünschten Wirkungen kann es auch zu **unerwünschten Nebenwirkungen** kommen. Zu nennen sind hier insbesondere ein Übermaß an sozialer Kontrolle und die mögliche Zunahme der kriminalstatistisch registrierten Kriminalität, obwohl die Gesellschaft (vermutlich) sicherer geworden ist.

Hinsehen und Handeln, nicht nur durch Opferhilfe, sondern auch durch den Ruf nach der Polizei und die Erstattung von Strafanzeigen, bedeutet **soziale Kontrolle** – in einem Über-maß auch von Verhaltensweisen, die vielleicht ärgerlich und störend sind, jedoch (weit) unterhalb der Schwelle zur Krimi-nalität liegen – oder aber nicht kriminalisiert werden sollten.

Beispielhaft dafür ist die Reaktion auf Jugend„kriminalität“, insbesondere auf Jugend„gewalt“. Wie im Gutachten zum 12. Deutschen Präventionstag ausgeführt, gibt es Hinweise darauf, dass die Anzeigebereitschaft gerade bei jugendtypi-schen Verhaltensweisen zugenommen hat. Alterstypisches Verhalten („Schulhofraufereien“) wird nicht mehr als solches toleriert, sondern bei der Polizei angezeigt. Was aber aus der Sicht der Erwachsenen wie eine nicht hinnehmbare Gewalt-tat aussieht, mag aus der Perspektive der beteiligten Kin-der und Jugendlichen eine normale bzw. akzeptable Form des körperbetonten Ausraufens von Statuspositionen und des Austestens von Grenzen der Fairness sein oder schlicht als Ausagieren von Lebendigkeit erlebt werden oder aber auch der Ausdruck unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus sein (Steffen 2007).

Durch zuviel soziale Kontrolle kann es zur „Umdeutung nor-maler ziviler Sachverhalte in einen kriminalitätsbezogenen Sachverhalt“ kommen (Frehsee 2000, 70) – und das ist weder im Sinne des Rechtsstaates⁵⁰, noch im Sinne einer Reduzie-rung von Kriminalitätsfurcht und Stärkung des Sicherheits-gefühls. Eher ist das Gegenteil der Fall: Wenn überall hin-geschaut, gehandelt und der Kriminalität vorgebeugt wird, dann kann das für den Einzelnen eben auch bedeuten, dass er überall mit Kriminalität rechnen muss und vor Niemandem nirgends mehr sicher zu sein scheint.

Außerdem kann zuviel soziale Kontrolle das Sicherheitsge-fühl auch dadurch beeinträchtigen, dass es über das Mehr an Anzeigebereitschaft auch zu einem Mehr an kriminalsta-tistisch registrierter Kriminalität kommt – und den entspre-chenden Berichten in den Medien mit ihren bekannten Aus-

tion zum Thema Zivilcourage unter dem Titel „Weggeschaut ist mitgemacht“ vorgestellt.

50 Zur Problematik des „Präventionsstaates“ Steffen 2006.

wirkungen auf Bürger und Politik (Steffen 2007) – obwohl die Gesellschaft eigentlich sicherer geworden ist.⁵¹

4.2 Damit es nicht wieder passiert: Bürgerschaftliches Engagement in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe⁵²

In der sozialen Arbeit, gerade bei Tätigkeiten aus den Bereichen soziale Dienstleistung und Sozialwesen, hat bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition. Das gilt insbesondere für die Straffälligenhilfe – „die Wurzeln der Straffälligenhilfe liegen im Ehrenamt“ (Höll 2002, 283)⁵³ –, aber auch für die Bewährungshilfe⁵⁴, während die Opferhilfe noch ein vergleichsweise „junges“ Thema ist.

Dieser mehr oder weniger langen Tradition scheinen die Befunde des Freiwilligensurveys 2004 zu widersprechen, denen zufolge auf den Bereich „Justiz und Kriminalitätsprobleme“ nur 0,5 % des freiwilligen Engagements und 1,5 % der Gemeinschaftsaktivitäten entfallen⁵⁵ – ein eher „kleinerer Bereich“ bürgerschaftlichen Engagements.⁵⁶ Angesichts der grundsätzlichen Wertschätzung, die bürgerschaftlichem Engagement gerade in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe entgegengebracht wird, besteht hier offensichtlich nicht nur die Möglichkeit zum freiwilligen Engagement, sondern auch der Bedarf nach mehr engagierten Bürgern.

4.2.1 Bürgerschaftliches Engagement in der Opferhilfe

Opferhilfe, Unterstützungsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten für Opfer von Straftaten sind in Deutschland immer noch relativ vernachlässigte Berufsfelder; erst seit einigen Jahren kristallisiert sich die Arbeit in der Opferhil-

51 Siehe zur „Dramatisierung des Bösen“ und den Auswirkungen auf Öffentlichkeit und Politik auch die Analysen des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen KFN (Pfeiffer u. a. 2004; Pfeiffer 2005).

52 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** werden S. Bayer, H.-A. Blumenfeld und G. Rieger zum „Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe“ referieren.

53 Schon 1830 wurden die ersten Straffälligenhilfe-Vereine gegründet, deren Mitglieder sich um Inhaftierte kümmerten.

54 1953 wurde die Bewährungshilfe in das Strafgesetzbuch (StGB) aufgenommen und u. a. geregelt: „Die Tätigkeit des Bewährungshelfers wird haupt- oder nebenamtlich ausgeführt.“

55 Zu den Definitionen s.o. Fn. 3. Allerdings könnten für diesen Bereich relevante Engagementformen auch auf die Frage nach Aktivitäten im Bereich „Soziales“ genannt worden sein: „Sind Sie irgendwo aktiv im sozialen Bereich, z.B. in einem Wohlfahrtsverband oder einer anderen Hilfsorganisation, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe?“. Auf diesen Bereich entfallen immerhin 5,5 % des freiwilligen Engagements und 13 % der Gemeinschaftsaktivitäten (Freiwilligensurvey 2004, 439, 58 und 60).

56 Außerdem ein Bereich, in dem beispielsweise das Engagement als Schöffe oder Ehrenrichter kein freiwilliges Engagement ist, sondern Bürgerpflicht (s. auch oben Fn. 4)

fe als Profession und eigenständiges, anspruchsvolles und hochkomplexes Berufsbild heraus, wobei es allerdings noch kein klar umrissenes Berufsfeld „Opferhelfer“ gibt (Haas/Lobermeier 2005, 32 f.).⁵⁷

Damit sind Opferhilfe und Opferberatung klassische Tätigkeitsbereiche für ehrenamtliche Kräfte, für bürgerschaftliches Engagement. Beispielhaft dafür ist der WEISSE RING e.V.: Die wohl bekannteste und älteste – 2006 konnte der WEISSE RING sein 30jähriges Bestehen feiern –, als einzige bundesweit⁵⁸ und ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften⁵⁹ arbeitende Einrichtung der Opferhilfe.

Der Verein WEISSER RING ist ein gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten. Der WEISSE RING kann u. a. helfen durch:

- menschlichen Beistand und persönliche Betreuung nach der Straftat
- Begleitung zu Gerichtsterminen
- Hilfe im Umgang mit Ämtern und Behörden
- Vermittlung von Hilfen anderer Organisationen
- Unterstützung bei materiellen Notlagen im Zusammenhang mit der Straftat.

Seine ca. 3.000 ausgebildeten, qualifizierten⁶⁰, ehrenamtlichen Mitarbeiter betreuen in rund 420 Außenstellen im persönlichen Gespräch Kriminalitätsoptionen. Dabei wird die Situa-

57 Zu den differenzierten Tätigkeitsfeldern im Bereich der Täterarbeit – wie Gerichtshilfe, Bewährungshilfe, Soziale Dienste im Vollzug, Freie Verbände der Straffälligenhilfe –, findet sich kein Pendant auf Opferseite (Haas/Lobermeier 2005, 33).

58 Das für Sachsen zuständige Landesbüro des WEISSEN RINGES befindet sich in Chemnitz.

59 Nur die Bundesgeschäftsstelle in Mainz hat hauptamtliche Mitarbeiter.

60 Welch großes Gewicht der WEISSE RING auf die Qualifizierung seiner Ehrenamtlichen legt, wird nicht nur an seinem umfangreichen Aus- und Weiterbildungsangebot deutlich und der Tatsache, dass er einen „Fachbeirat Aus- und Weiterbildung“ eingerichtet hat, sondern etwa auch an den Ausführungen zu den „Seminarterminen 2008“ in der WR-Info 2/2007: „Die Seminare, die der WEISSE RING entwickelt hat, dienen zur Stärkung Ihrer Arbeit in den Außenstellen. Die Aus- und Weiterbildung in einem Betätigungsfeld mit Menschen ist aus Sicht des Vereins unerlässlich. Deshalb wird auch gebeten, verstärkt die Angebote zu nutzen.“

Damit wirkt der WEISSE RING der von Haas/Lobermeier (2005, 37) zu Recht angesprochenen Problematik entgegen, dass „allein gut gemeintes Engagement aus Nächstenliebe heraus zu oft zu einem den Bedürfnissen des Opfers nicht entsprechenden Umgang mit ihm“ führe. Außerdem sind Aus- und Weiterbildung und Qualifizierung der engagierten Bürger auch ein Stück Anerkennungskultur (s. Kap. 5.2).

Einen Zertifikatskurs zum/zur „Fachberater/in für Opferhilfe“ bietet beispielsweise auch die Alice Salomon Hochschule Berlin als einjährige, berufsbegleitende Fortbildung an.

tion des Opfers besprochen und die strafrechtlichen, sozialrechtlichen, psychischen sowie materiellen Bedürfnisse, die auf Grund der Straftat bestehen, festgestellt und Hilfen vermittelt. Es ist das Ziel des WEISSEN RINGES, möglichst allen Kriminalitätsofern die benötigte Hilfe anbieten zu können. Deshalb arbeitet der WEISSE RING auch – örtlich wie überregional und bundesweit – mit anderen Einrichtungen der Kriminalitätsofferhilfe zusammen, seien sie staatlich oder privat organisiert.⁶¹

4.2.2 Bürgerschaftliches Engagement in der Straffälligen- und Bewährungshilfe⁶²

In der Straffälligenhilfe ist das bürgerschaftliche Engagement zwar einerseits „tief verankert“ und gilt als ein „unverzichtbarer Bestandteil für den Erfolg des im Strafvollzugsgesetz festgelegten Resozialisierungsauftrags“ (Wevering 2002, 277, 282). Andererseits scheint es von der Zahl der Ehrenamtlichen her – und das nicht nur im Vergleich zur Zahl der Hauptamtlichen – „eher die Ausnahme, denn die Regel (zu sein), sich als ehrenamtlicher Vollzugshelfer zu engagieren und (es ist) auch nicht weiter verwunderlich, dass die ehrenamtliche Tätigkeit im Vollzug in der Gesellschaft kaum wahrgenommen wird“ (Lehmann/Greve 2002, 268).⁶³

61 So ist der WEISSE RING e.V. beispielsweise ein zentraler Partner der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen. Hier organisieren regionale Opferbüros mit hauptamtlichen Fachkräften seit 2001 die notwendige Unterstützung und Hilfe von Opfern (www.opferhilfe.niedersachsen.de).

Siehe zu weiteren Einrichtungen der Opferhilfe die Dokumentation des Arbeitskreises der Opferhilfen – ado – ein Zusammenschluss unterschiedlicher, professionell arbeitender Hilfeeinrichtungen für Kriminalitätsoffer (www.opferhilfen.de)

62 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** werden Kornelia Kamla zu „Bürgerengagement für Resozialisierung und Rückfallvermeidung – Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe“ referieren sowie Dieter Meißner und Rainer Mollik zum „Betreuungslotse im Jugendstrafverfahren Dresden – ein beispielgebendes Projekt ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements“.

Auf europäische Ebene engagiert sich die Conférence Permanente Européenne de la Probation (CEP) vor allem im Bereich der Bewährungshilfe (deutsches Mitglied in der CEP ist der DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik). Die CEP wird auf dem **13. Deutschen Präventionstag** für Praktiker und leitende Mitarbeiter der Arbeitsbereiche Bewährungshilfe und Kriminalprävention aus allen europäischen Ländern einen Workshop abhalten: „Probation meets Prevention“ (siehe zur Arbeit der CEP auch Mutz u. a. 2000).

63 Lehmann/Greve haben 2001 Ehrenamtliche, ehemalige Ehrenamtliche und Hauptamtliche freier Träger im Berliner Strafvollzug befragt – eine der wenigen neueren Untersuchungen zu Ehrenamtlichen in der Straffälligenhilfe.

Einen guten Überblick über die Anzahl der Einrichtungen und die jeweiligen Arbeitsfelder der Ehrenamtlichen gibt das von der Freien Hilfe Berlin e.V. herausgegebene Adressverzeichnis „Ehrenamt in der Straffälligenhilfe“ (mit Stand vom Januar 2008 weist es beispielsweise für Sachsen zehn solcher Einrichtungen aus).

Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen mag zwar „eher klein und überschaubar“ sein (Barth 2002, 244),⁶⁴ aber „ehrenamtliches Engagement in der Straffälligenhilfe ist bürgerschaftliches Engagement im besten Sinne“⁶⁵. Diese Wertschätzung der ehrenamtlichen Vollzugshelfer kommt auch in entsprechenden Äußerungen von Landesjustizministern zum Ausdruck. So lobt etwa der Justizminister von Rheinland-Pfalz in einer Broschüre, mit der für die ehrenamtliche Vollzugshilfe geworben wird: „Ehrenamtliche Vollzugshelferinnen und ehrenamtliche Vollzugshelfer tragen mit ihren individuellen Fähigkeiten dazu bei, die Arbeit der hauptberuflich im Strafvollzug tätigen Bediensteten zu ergänzen und damit auch zu verbessern“.⁶⁶

Ehrenamtliche Arbeit im Vollzug findet hauptsächlich in Form von Einzelbetreuungen und Gruppenangeboten statt. Durch eine in der Regel zeitlich und inhaltlich intensive, teilweise jahrelange Mitarbeit sind die Ehrenamtlichen vor allem mit Themen und Problemen wie der Vermittlung von Alltagskompetenzen, der Unterstützung bei persönlichen Problemen und der Aufrechterhaltung von Kontakten zu Angehörigen befasst. Sie wirken sowohl individuell ungebunden als Einzelperson als auch mit dem Rückhalt eines oft weltanschaulich ausgerichteten Vereines oder Verbandes (Ehrenamtliche Straffälligenhilfe in NRW und Wevering 2002, 278).

Spannungen in der Zusammenarbeit mit den hauptamtlich Tätigen sind dabei nicht ausgeschlossen: Die ehrenamtliche Mitarbeit wird „auf ein zweitrangiges Podest (gestellt). Dabei wird ... übersehen, dass es sich hier um zwei Seiten einer Medaille handelt (Barth 2002, 245). Einer der Beweggründe, auch mit Ehrenamtlichen zu arbeiten, liege ja gerade darin, dass „beide Gruppen Qualitäten und Fähigkeiten haben, die die jeweils andere nicht hat. Hauptamtliche verfügen über Fachwissen, Erfahrung und ein professionelles Netzwerk, in der Regel aber nicht über genügend Zeit, jedem ihrer Klienten soviel Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, wie jeder sie aktuell benötigt. Genau das ist die Stärke der Ehrenamtlichen ... Die Ehrenamtlichen können ein Vertrauensverhältnis aufbauen, das zwischen einem Inhaftierten und einem Vollzugsbediensteten so nicht möglich ist ... Un-

64 So waren beispielsweise in den rheinland-pfälzischen Jugendstraf- und Justizvollzugsanstalten 2006 durchschnittlich 4 000 Personen inhaftiert und insgesamt 340 Vollzugshelfer ehrenamtlich tätig (Informationen für ehrenamtliche Vollzugshelferinnen und ehrenamtliche Vollzugshelfer in den rheinland-pfälzischen Jugendstrafanstalten und Justizvollzugsanstalten vom Juli 2007); in Nordrhein-Westfalen gab es in 37 Justizvollzugsanstalten 2.200 Betreuer (Wevering 2002, 277)

65 Ehrenamtliche Straffälligenhilfe in NRW (www.ehrenamt-im-knast.de).

66 Informationen für ehrenamtliche Vollzugshelferinnen und ehrenamtliche Vollzugshelfer in den rheinland-pfälzischen Jugendstrafanstalten und Justizvollzugsanstalten vom Juli 2007.

stimmigkeiten treten dann auf, wenn die Arbeitsfelder und Zuständigkeiten beider Gruppen nicht klar abgrenzbar oder abgegrenzt sind“ (Jost 2002, 259). Die von Lehmann/Greve (2002) Befragten berichteten allerdings über keine Negativerfahrungen in Bezug auf die hauptamtlichen Mitarbeiter der Anstalten und sahen mehrheitlich die eigene Tätigkeit als Ergänzung zur Arbeit der Sozialdienste an.

Wie spannungsfrei oder spannungsvoll die Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in der Straffälligen- und Bewährungshilfe nun auch sein mag: Eine mögliche Ursache für die „Zweitrangigkeit“ der Vollzugshelfer könnte in einer unzureichenden Qualifizierung liegen. Denn Ehrenamtliche im Vollzug sind immer noch⁶⁷ zum Großteil engagierte Laien (Lehmann/Greve 2002, 274) – damit stellt sich auch für sie, wie für die in der Opferhilfe Engagierten, die Frage der Aus- und Weiterbildung. Diese wird ihnen im Allgemeinen angeboten, wenn sie einem Verein oder Verband angehören.⁶⁸

Insgesamt kann nach den Erfahrungen, die gerade in den letzten Jahren mit der Förderung der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe gemacht worden sind,⁶⁹ festgestellt werden, dass nicht wenige Bürger bereit sind, sich auf diesem Gebiet und für Straffällige einzubringen (wenn auch nicht mehr unbedingt „auf Lebenszeit“). Allerdings kommt es dabei, wie in den anderen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements auch, entscheidend auf die Bedingungen an, unter denen die ehrenamtliche Mitarbeit stattfindet (stattfinden soll)⁷⁰: Auf Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitwirkung, auch durch die Einbindung in die Vereins- und Projektstruktur, auf Aus- und Weiterbildung, auf die Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen, auf gegenseitige Achtung und Akzeptanz, aber auch auf die Anerkennung und Wertschätzung dieses Engagements in der Öffentlichkeit (Barth 2002, 244 f.).

4.3 Netzwerke für Sicherheit: Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene

Die Kommune ist in Deutschland der zentrale Ort aktiver Bürgerschaft: „Ob klassisches Ehrenamt im Gemeinderat, akti-

67 So schon Marks 1985.

68 So müssen etwa im Hamburger Fürsorgeverein alle Ehrenamtlichen zunächst einen sechsmonatigen Schulungskurs durchlaufen, bevor sie in die konkrete Arbeit einsteigen können (Schwitters 2002, 289). Siehe dazu auch das Angebot des DBH-Bildungswerkes im DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (www.dbh-bildungswerk.de).

69 Siehe dazu etwa das Projekt LOTSE, das in der Trägerschaft des DBH-Bildungswerkes mit finanzieller Förderung des NRW-Justizministeriums den Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in der Straffälligenhilfe durch Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Information, Beratung und Unterstützung interessierter und engagierter Bürger anstrebt (Wevering 2002).

70 Siehe dazu auch die Befunde des Freiwilligensurveys 2004.

ve Mitgliedschaft im Verein oder die Unterschriftensammlung einer Bürgerinitiative – bürgerschaftliches Engagement findet in der Bundesrepublik überwiegend auf kommunaler Ebene statt ... Viele freiwillige, aber auch einige Pflichtaufgaben der Gemeinde werden ehrenamtlich erbracht ... Viele kommunale Angebote ließen sich ohne bürgerschaftlich Engagierte nicht oder zumindest nicht in der gewünschten Qualität aufrechterhalten“.⁷¹

Auch für die Kriminalitätskontrolle im Allgemeinen und die **Kriminalprävention** im Besonderen ist die **Kommune der zentrale Ort**. Viele der für das Tatgeschehen relevanten soziokulturellen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Faktoren weisen einen deutlichen Lokalbezug auf. Rund 70 % der polizeilich registrierten Delikte werden in der Wohnortgemeinde von Täter und/oder Opfer begangen, also dort, wo die Täter (sehr häufig) ihre Sozialisation erfahren haben und die Opfer (unbeabsichtigt) die Tatgelegenheiten (mit)gestalten. Auch die formelle Sozialkontrolle weist deutliche örtliche Bezüge auf – ungeachtet der schon vor Jahrzehnten erfolgten Verstaatlichung der kommunalen Polizeien und einer ohnehin überregional (bundesweit) vereinheitlichten Justiz (Steffen 2006, 1145).

Es macht Sinn, Kriminalität dort zu verhindern oder zumindest zu vermindern, wo sie entsteht und begünstigt wird. Dabei dann auch engagierte Bürger aktiv einzubinden, sich einmischen zu lassen, entspricht nicht nur den Grundsätzen der Bürgerkommune und der Bürgergesellschaft: Was Bürger unmittelbar betrifft – hier die Kriminalität –, sollte von ihnen auch unmittelbar beeinflusst werden können – hier durch Kriminalprävention. Es entspricht auch den Ergebnissen der Forschung zum generellen und lokalen Sozialkapital, denen zufolge in sozialen Netzwerken und kleinräumlichen sozialen Beziehungen der Schlüssel zur Lösung vieler lokaler Probleme liegt, auch solcher, die mit Kriminalität verbunden sind.

Inzwischen engagieren sich viele deutsche Städte und Gemeinden im Bereich der Kriminalprävention. Dabei sind nicht nur Einrichtungen wie Sicherheitspartnerschaften⁷² oder Koordinierungs- und Interventionsstellen⁷³ entstanden, sondern seit den 1990er-Jahren auch neue Netzwerke der Kommunikation und Kooperation, bei denen die **Bürgerbeteiligung**

71 Olk, Die Bürgerkommune... (o.J.)

72 In Sicherheitspartnerschaften arbeiten vor allem die Kommunalverwaltung bzw. deren Untergliederungen und die Polizei zusammen, je nach Problemlage ergänzt durch weitere Beteiligte wie Schulen, Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Verkehrsbetriebe, Ausländerbeiräte, Einzelhandel u. ä. Bürgerbeteiligungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen.

73 Etwa gegen „Häusliche Gewalt“, wie in **Leipzig**. Hier ist der Verein „Frauen für Frauen“ als Träger dieser Einrichtung in das „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ integriert.

das entscheidende Merkmal und Kriterium ist. Neben Einrichtungen der Nachbarschaftshilfe und Vereinen sind hier vor allem die **kommunalen Präventionsgremien** von Bedeutung.⁷⁴

Nachdem der Gedanke der kommunalen Kriminalprävention zunächst durchaus umstritten war – so hielten insbesondere Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Kriminalprävention für keine kommunale Aufgabe, sondern für eine des Staates und seiner Instanzen Polizei und Justiz und befürchteten, dass die Kommunen hier wieder einmal eine staatliche Aufgabe übernehmen sollten, ohne dafür einen angemessenen finanziellen Ausgleich zu erhalten –, kann inzwischen festgestellt werden, dass es „in Deutschland ... bislang kein populäreres kriminalpolitisches Konzept (gab) als das der Kommunalen Kriminalprävention“ (Hermann 2008).

Auch die kommunalen Spitzenverbände begreifen Sicherheit inzwischen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, selbst wenn sie nach wie vor die primäre Zuständigkeit des Staates betonen: „Die Gewährleistung von Sicherheit ist zentrale Aufgabe des Staates. In erster Linie sind Polizei und Justiz gefordert, Kriminalität zu bekämpfen. Notwendig ist allerdings eine abgestimmte Präventionsstrategie aller gesellschaftlichen Kräfte – ein Bündnis gegen Gewalt und für Sicherheit. Dabei muss immer wieder deutlich werden, dass die Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe von Behörden, Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Eltern, Lehrern und allen Bürgerinnen und Bürgern ist.“⁷⁵

In den letzten 10 bis 15 Jahren⁷⁶ wurden bundesweit ca. 2 000 kriminalpräventive Gremien auf der Ebene von Städ-

⁷⁴ Siehe zum Folgenden Steffen 2005 und Steffen 2006.

⁷⁵ Erklärung „Sicherheit in Städten und Gemeinden, Voraussetzung für Freiheit, Lebensqualität und Wachstum“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei vom 13. Dezember 2006.

Auf europäischer Ebene ist für das Engagement von Städten für Sicherheit das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) zu nennen, das auch Kooperationspartner des Deutschen Präventionstages ist. Bemerkenswert ist das von EFUS im November 2006 verabschiedete „Manifest von Saragossa“ über urbane Sicherheit und Demokratie (www.urbansecurity.org und Meyer u. a. 2007).

⁷⁶ Allerdings ist es in den letzten Jahren kaum noch zu Neugründungen gekommen und die Häufigkeit sowie der – vermutete – Erfolg dieser Gremien sind in den Ländern sehr unterschiedlich. Schreiber (2007) stellt bei ihrer Analyse von ca. 960 lokalen Präventionsgremien fest, dass 7,5 % der Gebietskörperschaften über ein Gremium verfügen, es die meisten Gremien in Baden-Württemberg und Niedersachsen gibt und die Zahl der Gründungen seit 1999 rückläufig ist.

ten⁷⁷, Gemeinden und Landkreisen eingerichtet, in denen „sich alle diejenigen treffen, die mit Prävention zu tun haben (bzw. entsprechendes Interesse bekunden)“ (Schwind 2008, § 18, Rn. 13). Trotz der inzwischen weiten Verbreitung der Gremien ist der Begriff „Kommunale Kriminalprävention“ immer noch nicht besser – und schon gar nicht eindeutig – definiert. Folglich kann auch nicht von einer einheitlichen Praxis gesprochen werden. „Meist versteht man unter Kommunalen Kriminalprävention lokale Bemühungen mit den Zielen, das Ausmaß der Kriminalität zu vermindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern, wobei mehrere Institutionen und Gruppierungen als Initiatoren und verantwortliche Träger auftreten und ihre Aktivitäten vernetzen“ (Hermann, 2008).

Kennzeichnend für die Kommunale Kriminalprävention ist ihr „Drei-Säulen-Ansatz“: Lokale Orientierung, Ressorts übergreifende Vernetzung und Bürgerpartizipation (Steffen 2005, 157).

Dafür ein Beispiel: In Leipzig wurde 1994 der „**Kriminalpräventive Rat der Stadt Leipzig (KPR)**“ gegründet. In ihm arbeiten u. a. mit: Polizeidirektion Leipzig, Ordnungsamt der Stadt Leipzig (hier ist auch die Geschäftsstelle des Rates), Vertreter der Fraktionen des Stadtrates, Beauftragte für Senioren, Suchtbeauftragte, Jugendamt, Branddirektion, Staatsanwaltschaft Leipzig, Justizvollzugsanstalt, Bundespolizei, Hauptzollamt, Finanzamt Leipzig I, ARGE Leipzig, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Deutsche Bahn AG, Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH, Stadtverband Leipzig der Kleingärtner, City Leipzig e. V., Weißer Ring e. V.

Gemeinsames **Ziel** aller Partner ist die Initiierung, Koordinierung und wechselseitige Unterstützung von Vorhaben, um die Kriminalität sowie Störungen der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Leipzig zurückzudrängen und somit zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beizutragen.

Gremien des KPR sind die Sicherheitskonferenz (als politisches Gremium des KPR) und der Operativstab. Mit Stand vom 8. Februar 2008 hatte der KPR sieben **Arbeitsgruppen**: Graffiti, Gewaltkriminalität gegen ältere Menschen, Kleingärten, Suchtprävention, Kinder- und Jugendkriminalprävention, Extremismusprävention, Fußball und Sicherheit.⁷⁸

77 2000 engagierten sich 75 % der deutschen Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern grundsätzlich im Bereich der Kriminalprävention; etwa 60 % gaben an, über ein formal organisiertes kriminalpräventives Gremium zu verfügen (Oberfell-Fuchs 2001).

78 www.leipzig.de/de/buerger/politik/beiraete/sicherheit/index_druck.shtml; auf dem **13. Deutschen Präventionstag** wird Heiko Rosenthal, Bürgermeister der Stadt Leipzig und – zusammen mit dem Präsidenten der Polizeidirektion Leipzig – Vorsitzender des KPR, einen Vortrag halten „Bürgerschaftliches Engagement

Ob und in welchem Ausmaß es den Gremien Kommunalen Kriminalprävention gelingt, ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Ziele zu erreichen, ist in Anbetracht einer sehr unbefriedigenden Datenlage schwer zu beurteilen. **Evaluationen** der Gremien und ihrer Arbeit sind äußerst selten. Eine der wenigen ist die Bewertung des „Heidelberger Modells“ durch Hermann (2008), die zu einer sehr positiven Beurteilung seiner kriminalpräventiven Wirksamkeit kommt. Das Modell versteht sich als ursachenorientierter Ansatz der Kommunalen Kriminalprävention und basiert auf theoretischen Grundlagen: dem broken-windows-Konzept, dem Sozialkapitalansatz und der kriminalpräventiven Zielgruppenanalyse.

Schreiber (2007) kommt in ihrer Analyse lokaler Präventionsgremien zu dem Ergebnis, dass die Umsetzung der Kernziele „Reduzierung der Kriminalität“ und „Reduzierung der Kriminalitätsfurcht“ nicht zu den zentralen Erfolgen der Gremien zählten und diese den Einfluss ihrer Arbeit auf die „Kriminalitätsverhütung“ und die „Reduzierung der Kriminalitätsfurcht“ am geringsten einschätzten.

Sicherlich arbeiten die Gremien sehr unterschiedlich erfolgreich, das legt schon ihre ebenfalls sehr unterschiedliche personelle, finanzielle und organisatorische Ausstattung nahe. Insgesamt gesehen fehlen den Gremien klare Kompetenzen ebenso wie präzise, zielorientierte Inhalte. Die weitaus meisten Gremien besitzen keinen rechtlich bestimmten und abgesicherten Status. Vielen fehlt es an der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung. Ihre Beschlüsse und Empfehlungen sind häufig von nur geringer Verbindlichkeit und kaum ein Gremium ist demokratisch legitimiert (Steffen 2005, 155; 2006, 1146).

In Zusammenhang mit der Diskussion des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene dürfte allerdings ein weiterer **Schwachpunkt der Gremien** der gravierendste sein: Es ist nur sehr wenigen Gremien gelungen, den Anspruch auf **Bürgerbeteiligung** zu verwirklichen und „normale“ Bürger ohne „offizielles Amt“ und Funktion (also sozusagen „funktionslose“ Bürger) zu integrieren – „neu an dem Gedanken der Konzeption der kommunalen Kriminalprävention (war aber) vor allem die (ehrenamtliche!) Beteiligung der Bürger“.⁷⁹ Nur ausnahmsweise konnte der Anspruch verwirklicht werden, die Bürger bei der Kriminalitätskontrol-

„Motor der Stadtgesellschaft“ – Strategien, Netzwerke und Projekte in der präventiven Arbeit zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürger in Leipzig“.

79 Schwind 2008, § 18, Rn 14; oder das Landeskriminalamt Baden-Württemberg 1996 „Kriminalprävention vor Ort beinhaltet viele Möglichkeiten, den Einzelnen direkt in Präventionsaktivitäten einzubinden ... Das Ergebnis lokaler Präventionsaktivitäten hängt ... ganz entscheidend von der Bereitschaft der Bürger ab, sich mit den Zielen kommunaler Kriminalprävention zu identifizieren.“ (Steffen 2005, 163).

le von Betroffenen zu Beteiligten zu machen, ihre Partizipation und ihre Verantwortung für den Sicherheitszustand ihres Gemeinwesens zu ermöglichen und durchzusetzen (Steffen 2005, 156).⁸⁰

Gerade vor dem Hintergrund – und der Forderung – das Sozialkapital in den Gemeinden durch die Einbindung von engagierten Bürgern in die Präventionsarbeit der kommunalen Gremien zu erhöhen (s. o. Kap. 2), liegt hier eindeutig eine Schwachstelle der „Kommunalen Kriminalprävention“ und es besteht Analyse- und Handlungsbedarf.

Vielleicht sollte man sich von dem Gedanken trennen, „funktionslose“ Bürger einbinden zu wollen, denn das widerspricht der Organisation und Arbeitsweise von Gremien – und auch die Bürger wollen sich zwar engagieren, aber nicht unbedingt fest und dauerhaft (ein)gebunden (siehe dazu Kap. 5.1). Mit Gremienarbeit und Bürgerwünschen kompatibel wäre es dagegen, wenn die in den Gremien der Kommunalen Kriminalprävention mitarbeitenden Vertreter der einzelnen Behörden, Organisationen, Institutionen, Vereine und sonstigen Gruppierungen⁸¹ konsequenter und systematischer als bisher üblich die Inhalte und Ergebnisse der Beratungs- und Projektarbeit des Gremiums in ihre Gruppen „hineintragen“ und dort umsetzen würden. Sozusagen als Multiplikatoren der „institutionalisierten“ Kriminalprävention für engagierte Bürger.

Sinnvoll scheint es auch zu sein, zivilgesellschaftliche Gruppen – Vereine, Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsgruppen⁸² –

Auch Kober (2005, 9) weist in dem von ihm erstellten Leitfaden zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene darauf hin, dass „der Erfolg des Ansatzes, verstanden als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, maßgeblich abhängt von der Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung ... Prävention auf kommunaler Ebene braucht bürgerschaftliches Engagement, andernfalls läuft sie Gefahr aufzugeben, was eigentlich ihr Auslöser war: Die Idee in einer Gemeinde ‚gemeinschaftlich‘ für ein lebenswerteres Umfeld zu sorgen. **Die Beteiligung der Bürger ist demnach ein konstituierendes Merkmal des kommunalen Präventionsansatzes.**“

80 Auch Schreiber (2007) stellt in ihrer Analyse von ca. 960 kommunalen Präventionsgremien fest, dass die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bislang nur ansatzweise gelungen sei.

81 Siehe dazu das Beispiel „Kriminalpräventiver Rat der Stadt Leipzig“.

82 Erfolg versprechend sind Programme, die nachbarschaftliche Bindungen und bürgerschaftliches Engagement im und für das Wohnviertel steigern. Solche nachbarschaftlich ausgerichtete Präventionsprogramme werden meist gezielt in Gegenden bzw. Wohnvierteln durchgeführt, in denen sich Probleme und Konflikte ballen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen festzustellen ist. Siehe dazu auch das oben (Kap. 4.1, Fn. 48) schon genannte Bremerhavener Programm „Mut gegen Gewalt“.

noch stärker als bisher zu fördern und an den Präventionsgremien zu beteiligen.⁸³

Leipziger Beispiele dafür sind neben dem schon genannten Verein „Frauen für Frauen“ etwa noch der Verein „Leipzig Courage zeigen“, der alljährlich zusammen mit anderen Vereinen ein Rockkonzert für Demokratie und Toleranz veranstaltet oder der „Verein für Frauen, Familie und Jugend Leipzig“, der insbesondere die Förderung der Jugendhilfe und Erziehung sowie die Förderung der Fürsorge für jugendliche Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene als Zweck hat und dafür eine Beratungs- und Kontaktstelle mit vielfältigem Angebot betreibt.

Außerdem wird im Freistaat **Sachsen** seit 1996 das Präventionsprojekt „Nachbarschaftshilfe“ durchgeführt. Es „steht für Verantwortungsbewusstsein, Gemeinsinn und Zivilcourage der sächsischen Bürgerinnen und Bürger.“ Im Rahmen dieses Projektes wurden Aktionstage veranstaltet, sicherungstechnische Beratungen durchgeführt, Aufkleber, Plakate und Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht! Wachsender Nachbar. Wir passen auf“ von der Polizei gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen verteilt bzw. angebracht und zur Unterstützung der Präventionsbemühungen Preisausschreiben zur „Nachbarschaftshilfe“ veranstaltet (Raisch 2003, 15 f.).

Auch bei der Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Gruppen muss jedoch wieder (wie schon in Zusammenhang mit einem Zuviel an sozialer Kontrolle durch Zivilcourage und Anzeigebereitschaft) auf die unerwünschten, weil problematischen Nebenwirkungen eines **Übermaßes an sozialer Kontrolle** innerhalb von Nachbarschaften und Stadtteilen hingewiesen werden. Nicht ohne Grund sind etwa Programme der Nachbarschaftshilfe („neighbourhood-watch-Programme“) auf Skepsis und Kritik gestoßen: Befürchtet wurden Blockwartmentalität, Selbsthilfe und Selbstjustiz bis hin zur Ent-

83 Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** wird die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention zusammen mit Wissenschaftlern, die in den letzten Jahren die lokale Sicherheitspolitik insbesondere auch unter dem Aspekt der Bürgerpartizipation empirisch untersucht haben, ein Forum zum „Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention“ veranstalten. Außerdem wird Elke Hannuschka über die Ergebnisse einer Untersuchung kommunaler Präventionsgremien in Mecklenburg-Vorpommern referieren („Bürgerbeteiligung muss natürlich sein, aber nicht im Präventionsrat“), Frank Goldberg vom Präventionsrat Frankfurt am Main zur „Bürgerbeteiligung unter dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz“, Monika und Gregor Dehmel zur „Praxis von Bürgerbeteiligungsprojekten“ und Klaus Stüllenbergh zur „Zukunft der kommunalen Kriminalprävention“. Außerdem findet eine interne Veranstaltung der Landespräventionsräte für ehrenamtlich Aktive in der Kriminalprävention in Kommunen und auf Länderebene statt „Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“.

stehung von Bürgerwehren⁸⁴ und insgesamt eine unzulässig große, den Rechten der Bürger auf Privatheit und Unbehelligtsein zuwider laufende Ausweitung der Netze sozialer Kontrolle (mit ihren schon erwähnten, ungewollten und unbeabsichtigten negativen Effekten auf das Sicherheitsgefühl und die kriminalstatistisch registrierte Kriminalität).

Es liegen keine gesicherten empirischen Erkenntnisse dazu vor, ob diese Befürchtungen eingetreten sind. Von der Hand zu weisen sind sie jedenfalls nicht. Deshalb gilt es, auch das bürgerliche Engagement in Netzwerken für Sicherheit mit „Augenmaß“ zu fordern und zu fördern.

5 Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention: Entwicklungen und Empfehlungen

Bürgerschaftliches Engagement durch Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft, durch die ehrenamtliche Tätigkeit in der Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe, durch die Beteiligung an Netzwerken für Sicherheit, ist in der Kriminalprävention etabliert und hat positive Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl.

Ohne engagierte Bürger wäre eine sichere Gesellschaft nicht möglich – umso wichtiger ist es, bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention nicht nur zu erhalten, sondern zu fördern, zu stärken und die vorhandenen Engagementpotenziale zu nutzen.⁸⁵ Denn – das machen vor allem die Befunde der Freiwilligensurveys deutlich – es gibt in Deutschland ein großes Potenzial für eine Ausdehnung und Intensivierung des freiwilligen Engagements (Gensicke 2006, 16). Wenn bürgerschaftliches Engagement – auch in der Kriminalprävention – noch nicht so groß ist, wie es sein könnte, dann ist daran nicht fehlender Bürgergeist der Deutschen „schuld“, sondern dessen mangelhafte Ausschöpfung (Gensicke 2001).

Die bisherige Analyse hat schon einige der Voraussetzungen und Bedingungen aufgezeigt, die für diese „bessere Aus-

84 Bei seiner Analyse von Sicherheitswachen und Sicherheitspartnerschaften weist Wurtzbacher allerdings nicht zu Unrecht darauf hin, dass bürgerschaftlichem Engagement eher mit Misstrauen begegnet wird, sobald es sich auf den Bereich der inneren Sicherheit bezieht. „Bürgern, die sich freiwillig für Sicherheit engagieren, wird eher pathologische Ordnungsliebe und Freude am Observieren als ausgeprägter Gemeinssinn unterstellt“ (2004, 11).

85 Dass in der Bevölkerung Interesse an Fragen der Kriminalprävention und damit Engagementpotenziale vorhanden sind, zeigen beispielsweise die Ergebnisse der „Marktforschung 2002 zum Programm der Polizeilichen Kriminalprävention“. In dieser repräsentativen Bevölkerungsbefragung haben rund 30 % der Befragten angegeben, dass ihnen Informationen zum Schutz vor Straftaten „sehr wichtig“ sind, weitere 38 % halten solche Informationen immerhin noch für „eher wichtig“.

schöpfung“ des kriminalpräventiven Engagementpotenzials erforderlich sind. Im Folgenden werden die sich daraus und auch aus grundlegenden Entwicklungen ergebenden Empfehlungen unter vier Punkten zusammengefasst:

1. Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements
2. Anerkennungskultur
3. Qualifizierung durch Aus- und Fortbildung
4. Qualitätssicherung durch Evaluation

5.1 Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements⁸⁶

Für das bürgerschaftliche Engagement ist in den letzten Jahrzehnten ein erheblicher Wandel festzustellen. Es ist nicht seltener geworden – das zeigen die Befunde der Freiwilligen-surveys –, aber seine Strukturen und Motive haben sich verändert. Diese Entwicklungen gilt es auch im Bereich der Kriminalprävention zu berücksichtigen, wenn Bürger sich hier weiterhin bzw. mehr als bisher engagieren sollen.

„Geringere Bindung – aber nicht weniger Zuverlässigkeit“

Bürgerschaftliches Engagement ist seltener als früher ein „Engagement auf Lebenszeit“, die Bindungsbereitschaft ist geringer, aber deshalb nicht weniger zuverlässig.

Viele wollen sich nicht mehr für ein lang andauerndes Engagement verpflichten, sondern suchen eher projektbezogene Engagementformen, die ihnen thematisch entgegenkommen. Diese Motivation kommt einem Engagement in der **Kriminalprävention** entgegen, da hier häufiger eine anlass- und problembezogene Mitarbeit gefragt ist als langfristiges Engagement „auf Lebenszeit“.

„Informelle Strukturen neben den herkömmlichen Organisationsformen“

Dem Wunsch nach geringerer Bindung entspricht, dass sich Menschen nicht nur im Verband oder Verein engagieren, sondern auch in neuen informellen Strukturen. Nach den Befunden des Freiwilligen-surveys 2004 erfolgen etwa 13 % der erfassten freiwilligen Tätigkeiten in solchen informellen Strukturen, die ein hohes Maß an Beweglichkeit und Gestaltungsmöglichkeiten bieten.

Das bedeutet zwar keineswegs eine Verdrängung oder gar Ablösung der „alten“ Organisationsformen, wohl aber, dass neu entstehende Belange nicht durch die alten Strukturen abgedeckt sind oder dass ein Engagement in bestehenden Strukturen auf Widerstand stößt.

Außerdem hat sich auch die Mitarbeit in den Verbänden und Vereinen vielfach modernisiert und den heutigen Wünschen und Motiven bürgerschaftlichen Engagements angepasst.

⁸⁶ Siehe dazu die entsprechenden Ausführungen der Enquetekommission 2002, 49 ff. und des Freiwilligen-surveys 2004.

Traditionelle Organisationen entwickeln Möglichkeiten der Mitarbeit, die nicht an Mitgliedschaft, langfristige Verbindlichkeit und Ämterübernahme gebunden sind.

Auch diese Entwicklung kommt einem Engagement in der **Kriminalprävention** entgegen, das häufig in solchen neuen Strukturen erfolgt, wie etwa in Netzwerken für Sicherheit.

„Mitbestimmung und Mitgestaltung“

Die Stärkung von Partizipationsmöglichkeiten, die konsequente Beteiligung von Engagierten an allen für sie und ihre Arbeit relevanten Entscheidungsprozessen, ist ein zentraler, bislang zu wenig beachteter Aspekt eines wertschätzenden Umgangs mit ihnen.

Wenn Menschen sich heute engagieren, dann wollen sie ihr Arbeitsfeld selbst gestalten, wollen Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Während diese in kleineren bzw. locker gefügten Organisationsformen und auch in Vereinen in der Regel ausreichend vorhanden sind, beurteilen Freiwillige in Einrichtungen und teilweise im Partei- und Verbandswesen diese Möglichkeiten als weniger gut. Besonders öffentliche und kirchliche Einrichtungen haben einen erhöhten Bedarf, der Teilhabe und Mitsprache mehr Raum zu geben.

Im Bereich der **Kriminalprävention** gilt es diese Entwicklung etwa in den im Bereich der Straffälligen- und Bewährungshilfe engagierten Vereinen und Verbänden zu beachten – was vielfach auch geschieht.

„Aufbau und Ausbau von Netzwerken und Infrastrukturen“

Bürgerschaftliches Engagement benötigt öffentliche Unterstützung. Den Freiwilligensurveys zufolge haben für die Engagierten die Verbesserung der öffentlichen Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements höchste Priorität. Hinsichtlich der öffentlichen Unterstützung des freiwilligen Engagements sind materielle Fragen weit weniger wichtig als solche der Information, Beratung und Kommunikation.

Insbesondere macht die zunehmende Individualisierung des bürgerschaftlichen Engagements neue Zugänge zu Mitwirkungsmöglichkeiten erforderlich, die das individuelle Engagementangebot und den gesellschaftlichen Engagementbedarf aufeinander abstimmen.⁸⁷ Auf kommunaler Ebene sollten örtliche Anlauf- und Beratungsstellen, engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen sowie

⁸⁷ So will bspw. das Ehrenamtsportal www.wir-fuer-sachsen.de als umfassende Service-Plattform Strukturen bereitstellen und ein Bindeglied zwischen Vereinen und Engagierten zur Motivation und Förderung der Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement sein.

entsprechende Konzepte zur Unterstützung des Bürgerengagements weiter ausgebaut werden.⁸⁸

Ob und inwieweit das **Internet** den Zugang zum Engagement erleichtert, steht nach den Befunden des Freiwilligensurveys 2004 nicht fest. Zwar hat sich das Internet inzwischen als nützliches Instrument auch für gemeinschaftsbezogene Aktivitäten herausgestellt, „als zentrales Informationsmittel, als Tummelplatz unterschiedlicher Meinungen und Diskurse, als wertvolles Mittel der Ansprache und Aktivierung von Gleich- oder Ähnlichgesinnten, als Publizitätsorgan, als Arbeits- und Organisationsmittel und natürlich als Vernetzungsinstrument“ (Freiwilligensurvey 2004, 147 ff.). Bei 43 % der Tätigkeiten greifen freiwillig Engagierte auf das Internet zurück – vor allem Männer, sowie jüngere und gut ausgebildete Menschen – und das insbesondere in der Jugend- und Bildungsarbeit sowie in der beruflichen und politischen Interessenvertretung. „Es wird weiter zu beobachten sein, ob die Internetnutzung im Rahmen des freiwilligen Engagements kompensatorische Effekte für bestimmte Gruppen hat, die bisher zu den selteneren Nutzern zählten und inwieweit das Internet als Instrument zur Aktivierung bisher nicht freiwillig engagierter Bürger an Bedeutung gewinnt“ (Freiwilligensurvey 2004, 33).

Zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der **Kriminalprävention** könnten sich die Gremien der Kommunalen Kriminalprävention an den Freiwilligenagenturen beteiligen bzw. eigenständig eine entsprechende Beratung und Unterstützung anbieten. Außerdem ist natürlich auch für kriminalpräventives Engagement das Internet eine bedeutsame Informations- und Kommunikationsmöglichkeit.

„Motive bürgerschaftlichen Engagements“

Mit den Strukturen haben sich auch die Motive für ein Engagement verändert. Altruistische Begründungen, Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung treten in den Hintergrund. Zunehmend wird das Engagement mit Erwartungen der Bereicherung der eigenen Lebenserfahrung, einer Erweiterung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen sowie dem Wunsch einer Mitgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes verbunden.

Freiwillig Aktive möchten Tätigkeiten ausüben, von deren Sinn sie selbst überzeugt sind, die eine inhaltliche und zeit-

⁸⁸ Im bundesweiten Adressenangebot der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa), ein Zusammenschluss kommunaler und regionaler Freiwilligenagenturen (Ehrenamtsbörsen, -büros, Freiwilligenzentren) sind derzeit etwa 300 Freiwilligenagenturen verzeichnet (für Sachsen elf, davon eine in Leipzig). Diese Agenturen informieren und beraten Engagierte und Interessierte vor Ort zu den Aspekten der Freiwilligenarbeit und bieten eine Auswahl individueller Engagementmöglichkeiten unterschiedlicher Art und Intensität (www.bagfa.de)

liche Überschaubarkeit sowie Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung bieten (Stichwort: Selbstverwirklichung).

Insbesondere die **jüngeren Engagierten** tragen zunehmend eigene Interessenlagen und berufliche Aspekte an das Engagement heran. Sie sehen ihre freiwillige Tätigkeit durchaus als gemeinwohlorientiert an, fügen dieser Motivation aber eine Interessenorientierung persönlicher Art hinzu.

5.2 Anerkennungskultur

Bürgerschaftliches Engagement benötigt öffentliche Anerkennung. In ihr kommt zum Ausdruck, welcher Stellenwert bürgerschaftlichem Engagement beigemessen und den Engagierten vermittelt wird.

Erforderlich ist die Entwicklung einer Anerkennungskultur, die der Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Engagementformen und -feldern gerecht wird und den Engagierten glaubhaft deutlich macht, dass es wirklich auf sie ankommt und dass ihr Beitrag zur Gesamtleistung einer Organisation oder zum Erfolg eines Vorhabens bedeutsam ist.

Ein entscheidendes Element einer umfassenden Anerkennungskultur ist die Darstellung, das Sichtbarmachen und die Würdigung bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien. Im Freiwilligensurvey 2004 ist die ausreichende und angemessene Berichterstattung über freiwilliges Engagement in den Massenmedien bei den freiwillig Engagierten an die zweite Stelle der Priorität gerückt.

Anerkennungskultur umfasst immaterielle Formen – wie Auszeichnungen und Ehrungen oder Wettbewerbe⁸⁹ –, geldwerte Anerkennungsformen – wie etwa die Vergabe eines „Ehrenamtlichen Passes“ – und auch monetäre Anerkennungsformen.

Dabei ist die Frage, ob Freiwillige eine gewisse **finanzielle Vergütung** für ihre Tätigkeit erhalten (sollten), für die Engagierten am wenigsten von Bedeutung. Verbesserungsbedarf wird allerdings bei der unbürokratischen Erstattung von Kosten gesehen, die im Zusammenhang mit dem Engagement anfallen.

89 Im Bereich der Kriminalprävention erfolgt solche Anerkennung beispielsweise durch auf Bundes- und Länderebene vergebene Präventionspreise (etwa durch den jährlich vergebenen Förderpreis der Stiftung Kriminalprävention oder auch durch den 2007 erstmals vergebenen „Sächsischen Demokratiepreis“), durch die Verleihung von „Medaillen für Verdienste um die Innere Sicherheit“ (so die Bezeichnung im Freistaat Bayern) oder – sehr medienwirksam – durch die Vergabe des „XY-Preises – Gemeinsam gegen das Verbrechen“ durch den Bundesinnenminister.

Wesentlich wichtiger – gerade auch im Sinne einer Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements – ist der Wunsch nach mehr Finanzmitteln für bestimmte **Projekte** und, damit verbunden, der Wunsch nach einer besseren Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln.

Im Bereich der **Kriminalprävention** kommt es darüber hinaus darauf an, die Vorurteile zu beseitigen, auf die bürgerschaftliches Engagement hier immer noch stößt. Zum einen ist Kriminalität kein soziales Gut, sondern ein soziales Übel, mit dem „anständige“ Bürger nichts zu tun haben wollen und dem sie deshalb nicht selten mit einer gewissen „Wahrnehmungsabwehr“ begegnen – weshalb es nicht einfach ist, Bürger zum kriminalpräventiven Engagement zu bewegen. Zum andern wird Bürgern, die sich für Sicherheit engagieren, häufig misstrauisch begegnet, wird nicht – wie in anderen Engagementbereichen – ganz selbstverständlich angenommen, dass sie verantwortlich und angemessen handeln und einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen leisten. Im Gegenteil: Ihr Engagement wird als Bespitzelung und übersteigerte Sozialkontrolle be(ver)urteilt, ihnen wird Wichtigtuerei, Blockwart- und Sheriff-Mentalität unterstellt, von einer Nähe zur Gewalt ganz zu schweigen. Hier besteht Handlungsbedarf, gerade auch durch die in der Kommune politisch Verantwortlichen.

5.3 Qualifizierung durch Aus- und Fortbildung

Maßnahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung stellen eine besondere Form der **Anerkennung** dar. Durch Qualifizierungsangebote, die sich unmittelbar an die Engagierten, aber auch an die Trägerorganisationen richten, erfährt bürgerschaftliches Engagement eine erhebliche Bedeutungsaufwertung und organisatorische Sichtbarkeit. Engagierte erkennen, dass ihre Arbeit ernst genommen wird und einen festen Platz innerhalb der Trägerorganisation einnimmt.

Außerdem knüpfen Qualifizierungsmaßnahmen direkt an das Bedürfnis nach Selbstentfaltung, Persönlichkeitsentwicklung und Mitgestaltung im Engagement an und ermöglichen – über die Bestätigung der erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen hinaus – eine Verwertung des Erlernten auch im Erwerbsleben und anderen Lebensbereichen.

In diesem Sinne meint Qualifizierung sowohl Maßnahmen der Einführung, Einarbeitung, Beratung und Begleitung von Freiwilligen als auch konkrete inhaltliche Angebote der Fort- und Weiterbildung.

Bei der Darstellung und Diskussion der einzelnen Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in der **Kriminalprävention** wurde schon auf einige der bestehenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten eingegangen, die sich zumeist auf bestimmte Tätigkeitsfelder beziehen, etwa in der Opfer- und

Straffälligenhilfe, oder – so etwa die Angebote einiger Landespräventionsräte – auf präventionsrelevante Themen und Problemstellungen.

Neu ist seit Februar 2008 das „Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen, eine arbeitsfeld- und ressortübergreifende Weiterbildung, die sich an all diejenigen richtet, die in kriminalpräventiv relevanten Bereichen tätig sind. Nach Abschluss des Qualifizierungsprogramms sind die Teilnehmer in der Lage, u. a. kriminologische Literatur, Forschungsergebnisse etc. kritisch zu bewerten, die Zielerreichung präventiver Maßnahmen zu überprüfen, Präventionsgremien und Arbeitsgruppen zu leiten und zu moderieren sowie Projektleitungen zu übernehmen – versehen mit dem Zertifikat „Qualifizierte Fachkraft für Kriminalprävention“.⁹⁰

5.4 Qualitätssicherung durch Evaluation

Auch die Qualitätssicherung durch Evaluation stellt eine Form der Anerkennung dar. Bürgerschaftliches Engagement in den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, aber auch und gerade in projektbezogenen Engagementformen, wird aufgewertet und gewürdigt, wenn der Nutzen, die Wirkung, der Erfolg der Maßnahmen und Projekte empirisch-methodisch überprüft, abgesichert und als „good practice“ weiter verbreitet und umgesetzt wird. Solche Evaluationen sind jedoch nicht nur, aber auch im Bereich der **Kriminalprävention** die absolute Ausnahme.⁹¹ Trotz der nicht zu verkennenden erheblichen methodischen Probleme müssen solche Verfahren (weiter) entwickelt und eingesetzt werden.

6 Zusammenfassung

1. Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß sich ihre Bürger an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwieweit sie zu freiwilligem Engagement bereit sind.
2. In Deutschland sind fast 70 % der Bevölkerung ab 14 Jahren über ihre privaten und erwerbsbezogenen Zwecke hinaus in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen am öffentlichen Leben beteiligt. Etwa die Hälfte von ihnen (36 % der Bevölkerung) engagieren sich in dem Sinne freiwillig, dass sie in diesen gesellschaftlichen Gruppen längerfristig bestimmte Aufgaben übernehmen. Zusätzlich zu diesen mehr als 23 Millionen, die sich bereits freiwillig engagieren, gibt es ein großes

⁹⁰ www.lpr.niedersachsen.de

⁹¹ Auf dem **13. Deutschen Präventionstag** werden Britta Bannenberg und Dieter Rössner zu „Evaluationen kriminalpräventiver Projekte in Deutschland – Ein Praxisüberblick“ referieren.

Potenzial für die Ausdehnung und Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements.

3. Außerdem bedeutet bürgerschaftliches Engagement nicht nur das „klassische Ehrenamt“, nicht nur die regelmäßige freiwillige Tätigkeit einer Person oder überhaupt ihre Beteiligung am öffentlichen Leben – also nicht nur das Engagement der eben genannten 70 % der Bevölkerung –, sondern es gibt noch weit mehr Formen, in denen sich Engagement ausdrücken kann. Etwa durch Zivilcourage, durch Geldspenden, durch die Beteiligung an einer Bürgerstiftung.
4. Das Spektrum des Engagements umfasst nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Viele davon sind auf dieses Engagement angewiesen, manche würden ohne es vielleicht gar nicht mehr existieren.
5. Wenn in Deutschland so viele Bürger öffentlich aktiv sind, dann ist das auch ein Indikator für ein hohes Maß an Sozialkapital, an sozialem Zusammenhalt und sozialer Qualität der deutschen Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur ein Bestandteil dieses Sozialkapitals, es schafft auch soziales Kapital: Die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates.
6. Da bürgerschaftliches Engagement als Bestandteil des Sozialkapitals einer Gesellschaft das Vertrauen in Personen und Institutionen sowie die Gültigkeit von Normen, die das zwischenmenschliche Zusammenleben regeln, erhält und schafft, wirkt es sich auch positiv auf die **Sicherheit** einer Gesellschaft und das **Sicherheitsgefühl** ihrer Bürger aus – und zwar schon ganz generell, ohne dass sich Bürger konkret im Bereich der Kriminalitätskontrolle engagieren.
7. Zwar entfällt von dem in der Bevölkerung abgefragten Engagement nur ein sehr kleiner Teil auf den Bereich „Justiz und Kriminalitätskontrolle“, aber schließlich ist die Kriminalitätskontrolle, insbesondere die Verfolgung von Straftaten und ihrer Täter, auch eindeutig eine hoheitliche Aufgabe. Bürgerschaftlichem Engagement sind hier enge Grenzen gesetzt.
8. Größer und vielfältiger sind die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der **Kriminalprävention**, bei der Verhinderung von Straftaten, die nach allgemeinem Verständnis als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gilt, an der sich auch und gerade engagierte Bürger beteiligen können – und sollen.
9. Dass sich Bürger an der Kriminalprävention nicht nur beteiligen können, sondern sollen, ja sogar müssen, wenn Straftaten verhindert bzw. in ihren Folgen vermindert und die Sicherheitslage sowie das Sicherheitsgefühl verbes-

sert werden sollen, wird an drei **Beispielen bürgerschaftlichen Engagements** deutlich: An der Kriminalprävention durch

1. Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft,
 2. Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe,
 3. Netzwerke für Sicherheit auf kommunaler Ebene.
10. Diese Beispiele zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention etabliert ist und positive Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl hat. Ohne engagierte Bürger wäre eine sichere Gesellschaft nicht möglich. **Bürgerschaftliches Engagement als Sozialkapital einer Gesellschaft, einer Gemeinde, eines Stadtteils, kann Kriminalität verhindern und Kriminalitätsfurcht vermindern.**
11. Aber: Die Engagementquote ist noch relativ niedrig, das Engagementpotenzial bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Damit bestehen große Möglichkeiten – und auch Notwendigkeiten – bürgerschaftliches Engagement für Kriminalprävention auszudehnen und zu intensivieren.
12. Wenn das erreicht werden soll, gilt es zunächst den **Strukturwandel** zu berücksichtigen, den das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat:
- Bürgerschaftliches Engagement ist seltener als früher ein „Engagement auf Lebenszeit“, die Bindungsdauer ist geringer geworden, die Bindungsbereitschaft deshalb aber nicht weniger zuverlässig.
 - Dem entspricht, dass Menschen sich nicht nur im Verband oder Verein engagieren, sondern auch in neuen, informellen Strukturen.
 - Wenn Menschen sich heute engagieren, dann wollen sie ihr Arbeitsfeld selbst gestalten, wollen Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten.
 - Die zunehmende Individualisierung des bürgerschaftlichen Engagements macht auch neue Zugänge zu Mitwirkungsmöglichkeiten erforderlich, die das individuelle Engagementangebot und den gesellschaftlichen Engagementbedarf aufeinander abstimmen.

Diese Entwicklungen kommen einem bürgerschaftlichen Engagement in der **Kriminalprävention** entgegen, in der eher die anlass- und problembezogene Mitarbeit gefragt ist als „lebenslanges“ Engagement und in der neue, informelle Strukturen entstanden sind.

13. Erforderlich ist weiter die Entwicklung einer **Anerkennungskultur**, die der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Engagementformen im Bereich der Kriminalprävention gerecht wird und den Engagierten glaubhaft deutlich macht, dass es wirklich auf sie ankommt. Unbedingt erforderlich ist die Darstellung, das Sichtbarmachen und Würdigen kriminalpräventiven Engagements in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien. Ebenso

wichtig ist es auch, den Vorurteilen zu begegnen, die immer noch gegenüber Menschen bestehen, die sich kriminalpräventiv für Sicherheit engagieren.

14. Eine besondere Form der Anerkennung stellen Maßnahmen der **Aus-, Fort- und Weiterbildung** dar. Durch Qualifizierungsangebote, die sich unmittelbar an die Engagierten, aber auch an die Trägerorganisationen richten, erfährt kriminalpräventives Engagement eine erhebliche Bedeutungsaufwertung und organisatorische Sichtbarkeit.
15. Auch die Qualitätssicherung kriminalpräventiver Maßnahmen und Projekte durch **Evaluation** stellt eine Form der Anerkennung dar. Kriminalpräventives Engagement wird aufgewertet und gewürdigt, wenn der Nutzen, die Wirkung, der Erfolg der Maßnahmen und Projekte empirisch-methodisch überprüft, abgesichert – und als „good practice“ weiter verbreitet und umgesetzt werden.

Literaturverzeichnis

Backhaus-Maul, Holger (2006): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. *APuZ* 12/2006, S. 32–38.

Bannenberg, Britta/Coester, Marc/Marks, Erich (Hrsg.) (2005): *Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages. 17 und 18. mai 2004 in Stuttgart. Mönchengladbach.*

Barth, Wera (2002): Ehrenamt in der Straffälligenhilfe. *BewHi* 3/2002, S. 243–251.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main.

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.* Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/8900 (03.06.2002).

Bertelsmann Stiftung (2006): *Bürgerstiftungen. Engagement von Bürgern für Bürger.* Gütersloh.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (o. J.): *Zukunftstrends der Bürgergesellschaft. Ein Diskussionspapier* (www.b-b-e.de).

Coleman, James S. (1988): Social capital in creation of human capital. *American Journal of Sociology* 94 (Supplement), S. 95–120.

Dölling, Dieter/Hermann Dieter (2006): Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen von Kriminalitätsfurcht. In: Feltes, T./Pfeiffer, C./Steinhilper, G. (Hrsg.), S. 805–823.

Ehrenamtliche Straffälligenhilfe in Nordrhein-Westfalen (2002): *Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Freien Straffälligenhilfe* (www.ehrenamt-im-knast.de)

Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.) (2006): *Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik.* Bern-Wabern.

Etzioni, Amitai (1998): *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus.* Frankfurt am Main.

Evers, Adalbert (2002): Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams. In: Haus, M. (Hrsg.), S. 59–73.

Fatke, Reinhard u. a. (2006): *Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft.* *APuZ* 12/2006, S. 24–32.

Feltes, Thomas/Pfeiffer, Christian/Steinhilper, Gernot (Hrsg.) (2006): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag.* Heidelberg.

Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hrsg.) (2007): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendung.* Sonderheft 47/2007 der KZfSS.

Frehsee, Detlev (2000): Serie Prävention: Fragen an den deutschen Präventionstag. *DVJJ-Journal* 1/2000, S. 65–71.

Gensicke, Thomas (2001): Das bürgerliche Engagement in Deutschland – Image, Intensität und Bereiche. In: Heinze, R./Olk, T. (Hrsg.): *Bürgerengagement in Deutschland – Bestandsaufnahmen und Perspektiven.* Opladen, S. 283–304.

Ders. (2006): *Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland.* *APuZ* 12/2006, S. 9–16.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (TNS Infratest Sozialforschung) (Dezember 2005): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*

1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (www.bmfsfj.de)

Haas, Ute/Lobermeier, Olaf (2005): *Bürgerschaftliches Engagement in der Opferhilfe*. Baden-Baden.

Haus, Michael (Hrsg.) (2002): *Bürgergesellschaft, lokales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde*. Opladen.

Hermann, Dieter (2008): *Zur Wirkung von Kommunalen Kriminalprävention – eine Evaluation des „Heidelberger Modells“* (im Druck; erscheint in: *Trauma und Gewalt* 2008).

Heitmeyer, Wilhelm (1994): *Entsicherungen – Desintegrationsprozesse und Gewalt*. In: Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main, S. 376–401.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997): *Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsens- in die Konfliktgesellschaft*. 2 Bde. 2. Auflage 1997. Frankfurt.

Höll, Hilde (2002): *Bürgerschaftliches Engagement in Bewährungshilfe und Zeugenbegleitung in Baden-Württemberg*. *BewHi* 3/2002, S. 283–287.

Jost, Katrin (2002): *Freie und ehrenamtliche Mitarbeit im und nach dem Justizvollzug*. *BewHi* 3/2002, S. 257–267.

Kober, Marcus (2005): *Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis*. Hrsg.: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention. Bonn.

Laue, Christian (1999): *Anmerkungen zu Broken Windows*. *MschKrim* 4/1999, S. 277–290.

Lehmann, Alexandra/Greve, Werner (2002): *Ehrenamtliche im Berliner Strafvollzug. Motive, Anforderungen, Belastungen und Erfolge*. *BewHi* 3/2002, S. 268–275.

Lüdemann, Christian (2005): *Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und „Disorder“*. Eine Mehrebenenanalyse zu den individuellen und sozialräumlichen Determinanten der Perzeption von physical und social incivilities im städtischen Raum. *MschKrim* 88. Jg., Heft 4/2005, S. 240–256.

Ders. (2006): *Soziales Kapital und soziale Kontrolle. Zu den Determinanten sozialer Kontrolle in Nachbarschaften*. *Kriminalistik* 3/2006, S. 177–183.

Lüdemann, Christian/Peter, Sascha (2007): *Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen*. *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 36. Heft 1. Februar 2007, S. 25–42.

Maecenata Institut (2006): *Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven*. 2. Auflage März 2006, Berlin.

Marks, Erich (1985): *Freie Helfer im Strafvollzug*. *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe* 34, 83–88.

Mayer, Margit (2002): *Soziales Kapital und Stadtentwicklungspolitik – ein ambivalenter Diskurs*. In: Haus, M. (Hrsg.), S. 33–58.

Meyer, Anja/Coester, Marc/Marks, Erich (2007): *Die Saragossa-Konferenz. Urbane Sicherheit und Demokratie. Die Kriminalprävention* 4/2006, S. 128–131.

Mutz, Jürgen/Marks, Erich/Delattre, Regina (Hrsg.)(2000): *Praxis und Bedeutung ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Strafrechtsberufe. Dokumentation des Seminars vom 29. September bis 3. Oktober 1999 in Potsdam (Germany).* Forum Digital. Mönchengladbach.

Obergfell-Fuchs, Joachim (2001): *Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Band 95.* Freiburg.

Olk, Thomas (o.J.): *Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern* (www.buerger-fuer-buerger.de)

Ders. (o.J.): *Die Bürgerkommune: Ein Leitbild für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene* (www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergergesell-buergerkommune.htm)

Pfeiffer, Christian (2005): *Offener Brief an die Justiz- und Innenminister des Bundes und der Länder.* Hannover (www.kfn.de)

Pfeiffer, Christian u. a. (2004): *Die Medien, das Böse und Wir.* Mschrkrim 87. Jahrgang. Heft 6/2004, S. 415–435.

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg.) (2008): *Kriminalprävention kompakt. Eine Handreichung der Polizei für Journalisten.* Stuttgart.

Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community.* New York e. a.

Putnam, Robert (Hrsg.) (2001): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich.* Gütersloh.

Putnam, Robert/Goss, Kristin (2001): *Einleitung zu Putnam 2001,* S. 15–43.

Raisch, Peter (2003): *Sicherheitspartnerschaften – aktuelle Entwicklungen im Freistaat Sachsen.* forum kriminalprävention 2/2003, S. 14–17.

Reese-Schäfer, Walter (2001): *Kommunitarismus.* Frankfurt am Main.

Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephan W. (2001): *Disorder in Urban Neighborhoods – Does it Lead to Crime?* National Institute of Justice. Research in Brief. February 2001.

Schnur, Olaf (2003): *Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“.* Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.

Schreiber, Verena (2007): *Kommunale Kriminalprävention. Thesen, Strategien, Konzepte und deren Umsetzungen in den Kommunen* (www.humangeographie.de/schreiber)

Schwind, Hans-Dieter (2008): *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen.* 18., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Heidelberg.

Schwind, Hans-Dieter u. a. (1998): *Alle gaffen ... keiner hilft. Unterlassene Hilfeleistung bei Unfällen und Straftaten.* Heidelberg.

Schwitters, Edith (2002): *Ehrenamtliches Engagement im Hamburger Fürsorgeverein von 1948 e. V.* BewHi 3/2002, S. 288–290.

Steffen, Wiebke (1997): *Die Sicherheitswacht in Bayern.* In: Bundeskriminalamt (Hrsg.): *Community Policing. Ergebnisse eines Workshops im Bundeskriminalamt.* Wiesbaden, S 65–69.

Dies. (2005): *Gremien kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive.* In: Bannenberg, B./Coester, M./Marks, E. (Hrsg.), S. 155–167.

Dies. (2006): *Kriminalprävention in Deutschland. Eine Erfolgsgeschichte? Erzählt an den Beispielen „Kommunale Kriminalprävention“ und „Polizeiliche Kriminalprävention“*. In: Feltes, T./Pfeiffer, C./Steinhilper, G. (Hrsg.), S. 1141–1154.

Dies. (2006a): *Bürgernahe und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit in Deutschland*. In: Berg, Manfred/Kapsch, Stefan/Streng, Franz (Hrsg.): *Strafrecht in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Geschichte und neuere Entwicklungen*. Heidelberg, S. 117–128.

Dies. (2007): *Jugendkriminalität zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden. Gutachten für den 12. Deutschen Präventionstag*. 18. und 19. Juni 2007. Wiesbaden.

Streng, Franz (1999): *Das „broken-windows“-Paradigma – Kriminologische Anmerkungen zu einem neuen Präventionsansatz*. Erlanger Universitätsreden 57, 3. Folge.

Wevering, Renate (2002): *Projekt LOTSE – Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Straffälligenhilfe in Nordrhein-Westfalen*. BewHi 3/2002, S. 276–282.

Wilson, James W./Kelling, George L. (1982): *Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety*. *The Atlantic Monthly*. March 1982, S. 29–39; deutsche Fassung (1996): *Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster*. KrimJ 2/1996, S. 121–137.

Wurtzbacher, Jens (2004): *Sicherheit durch Gemeinschaft? Bürgerchaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit*. Opladen.

Plenen

Eröffnungsplenum

2. Juni 2008 von 11:00 bis 12.30 Uhr

CCL/Ebene 1/Saal 1

Das Eröffnungsplenum wird simultan ins Englische übersetzt



Begrüßung **Erich Marks**

Geschäftsführer des
Deutschen Präventionstages (DPT)



Ansprache

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner

Universität Tübingen und Vorsitzender der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung
und Straffälligenhilfe (DVS)



Grußwort

Burkhard Jung

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig



Grußwort

Dr. Albrecht Buttolo

Sächsischer Staatsminister des Innern



Prävention durch bürgerschaftliches Engagement?

Professor Dr. Christian Pfeiffer

Direktor des kriminologischen Forschungs-
instituts Niedersachsen

Musikalisches Rahmenprogramm

- Tanz-Company der Musikschule Leipzig
Leitung Evelyn Iwanow
- Gebärdenchor des Berufsbildungswerkes Leipzig unter
der Leitung von Claudia Winkler
- Sebastian Krumbiegel

Abendveranstaltung

Abendveranstaltung mit Empfang durch den Leipziger Oberbürgermeister, Burkhard Jung am 2. Juni 2008 um 19:30 Uhr im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig.

(Nur für registrierte Kongressteilnehmer)

Abschlussplenum

3. Juni 2008 von 15:00 bis 16.00 Uhr

CCL/Ebene 1/Saal 1

Das Abschlussplenum wird simultan ins Englische übersetzt



**Abschlussvortrag des Kongresspräsidenten
Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner**
Universität Tübingen



„Leipziger Erklärung“
des Deutschen Präventionstages und seiner
Veranstaltungspartner
Dr. Wiebke Steffen
Bayerisches Landeskriminalamt, München



„Prävention aus neurobiologischer Sicht“
Professor Dr. Gerald Hüther
Universität Göttingen



Ausblick und Verabschiedung
Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen Präventions-
tages, Hannover

Musikalischer Ausklang

Musikschule Leipzig Johann Sebastian Bach

Vorträge

Schwerpunktthema

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Schwerpunktthemas

	Seite
Sozialkapital und Sicherheit – zu Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements Prof. Dr. Dieter Hermann	102
Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt Thomas Krüger	104
Bürgerschaftliches Engagement „Motor der Stadtgesellschaft“ – Strategien, Netzwerke und Projekte in der präventiven Arbeit zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürger in Leipzig Heiko Rosenthal	106
Sozialraum und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Neue Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Sandra Hüpping	108
„Mut gegen Gewalt – Ein Zivilcouragehandbuch“ als Leitfaden für Präventionsprojekte Norbert Friedrich, Jörg Seedorf	110
Im Namen der stummen Opfer – Förderung des Zeugen- und Helferverhaltens bei Kindesmisshandlung Reinhold Hepp	112
Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? – Eine Evaluation des Hessischen Freiwilligen Polizeidienstes Hermann Groß, Prof. Dr. Arthur Kreuzer	114

	Seite
Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht? Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	116
„Global denken, lokal handeln: Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung unter dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz“ Frank Goldberg	118
Betreuungslotse im Jugendstrafverfahren Dresden – ein beispielgebendes Projekt ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements Dieter Meißner, Rainer Mollik	120
„... Bürgerbeteiligung muss natürlich sein, aber nicht im Präventionsrat...“ – Ergebnisse einer quantitativen und qualitativen Untersuchung kommunaler Präventionsgremien in Mecklenburg-Vorpommern Elke Hannuschka	122
Mehr Sicherheit durch eine neue Streitkultur? – Möglichkeiten und Chancen von Mediation in der Prävention Susanne Kirchhoff, Kati Zenk	124
Das Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe Siegfried Bayer, Hans-Alfred Blumenstein, Prof. Dr. Günter Rieger	126
Bürgerengagement für Resozialisierung und Rückfallvermeidung – Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe Kornelia Kamla	128

	Seite
Das Engagement der Lions Clubs in Deutschland für die Jugend – Die drei Lebenskompetenzprogramme ‚Stark fürs Leben‘	130
Gerd Anselmann, Sabine Bätzing, MdB	
Netzwerke und Zivilgesellschaft – Kinder- und Jugendkriminalprävention – Eine Aufgabe – viele Akteure	132
Dr. Siegfried Haller	
„ALAC“ Ein innovatives Instrument von „Transparency International“ gegen Korruption durch aktive Bürgerbeteiligung	134
Dr. Angelos Giannakopoulos, Angela Keller-Herzog, Prof. Dr. Dirk Tänzler	
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention – Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit	136
Dr. Bernhard Frevel, Marcus Kober, Verena Schreiber, Henning van den Brink, Jens Wurtzbacher	
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention – Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten	138
Dr. Bernhard Frevel, Marcus Kober, Verena Schreiber, Henning van den Brink, Jens Wurtzbacher	
Beteiligung schafft Sicherheit. Aus der Praxis von Bürgerbeteiligungsprojekten	140
Monika Dehmel, Gregor Dehmel	



Prof. Dr. Dieter Hermann

**Universität Heidelberg &
WEISSER RING e.V.**

Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Universität Heidelberg. Tätig am Institut für Kriminologie (stellvertretender Direktor) und am Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminalsoziologie (Kriminalitätstheorien, Präventions- und Evaluationsforschung), Kultursociologie (Werte-, Lebensstil- und Sozialkapitalforschung), Methoden empirischer Sozialforschung und Statistik sowie Ethik.

Sozialkapital und Sicherheit – zu Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements

Moderation: Sigrid Maier-Knapp-Herbst

Unter "Sozialkapital" versteht man das Vertrauen in Personen, Institutionen und Normen sowie das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements. Der Sozialkapitalbegriff ist mittlerweile zur rhetorischen Trumpfkarte aller geworden, die sich um den sozialen Zusammenhalt der inzwischen individualisierten Gesellschaft sorgen und zudem Hoffnung auf die Wiederbelebung von solidarischen Beziehungen und sozialem Vertrauen in einer lebendigen Bürgergesellschaft hegen. Insbesondere durch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement könne eine Gesellschaft den Schattenseiten von Individualisierung, Entstrukturierung und Globalisierung entrinnen, denn durch die Kumulation von Sozialkapital werde insbesondere die Integration und innere Sicherheit gefördert.

In dem Beitrag soll diese Erwartung mit Ergebnissen einschlägiger empirischer Untersuchungen konfrontiert werden. Dies geschieht einerseits durch die Aufarbeitung bereits durchgeführter Studien über den Einfluss von Sozialkapital auf Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und soziale Integration, andererseits durch eigene empirische Analysen zu diesen Fragestellungen. Die Ergebnisse bestätigen die Erwartungen weitgehend, so dass aus gesellschafts- und kriminalpolitischer Sicht die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sinnvoll ist.



Thomas Krüger

**Bundeszentrale für politische
Bildung / bpb**

Thomas Krüger, geb. am 20.06.1959, verheiratet, zwei Kinder, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

1976–1979: Ausbildung, Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung, Fürstenwalde

1981–1989: Studium der Theologie, Vikar in Berlin und Eisenach

1989: Gründungsmitglied der SDP in der DDR; bis 1990 Geschäftsführer der SDP in Berlin (Ost) und Mitglied der Volkskammer in der DDR

1990–1991: Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters Ost-Berlins

Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung

1990–1992: Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD (gesamt)

1991–1994: Senator für Jugend und Familie in Berlin

1994–1998: Mitglied des Deutschen Bundestages

1998–2000: Erziehungspause

seit Juli 2000: Präsident der Bundeszentrale für politischen Bildung

Mitglied des Präsidiums der Filmförderungsanstalt (FFA) (1995–1999); Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes (seit 1995); Mitglied der Internationalen Stadtschlosskommission (2000–2002); Board Member beim Projekt „relations“, (Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes) (2003–2006); Mitglied der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) und des Kuratoriums für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (seit 2003); Mitglied der Jury des Hauptstadtkulturfonds und des Kuratoriums Deutsche Welle Akademie (seit 2005). Seit 2007 Mitglied im Beirat Deutscher Kinderpreis (World Vision) und im Aufsichtsrat Initiative Musik.

Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Moderation: Albert van Heek

Gesellschaftlicher Zusammenhalt alleine ist kein Wert an sich. Auch eine Diktatur kann geprägt sein durch gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erst wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der freiheitlichen Demokratie geht, werden Werte angesprochen, zu denen wir uns bekennen: Freiheit, Menschenrechte, Toleranz. Werte, die wir mit Hilfe präventiver Maßnahmen schützen möchten.

Politische Bildung, wie wir sie heute verstehen, ist ein Kind der freiheitlichen Demokratie. Ihr Selbstverständnis wurzelt in der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, als politische Bildung eingesetzt wurde, um in Reaktion auf die nationalsozialistische Diktatur das demokratische Bewusstsein im deutschen Volk zu fördern und zu festigen. Sie hat sich im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einer eigenständigen Profession entwickelt mit einem Selbstverständnis, das sich zwischen zwei Polen bewegt: Sie will einerseits unparteiisch Wissen und Kompetenzen vermitteln, die es den mündigen Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbstbestimmt Entscheidungen zu fällen, andererseits fußt sie aber auf der normativen Grundlage von Demokratie, Toleranz und Menschenrechte. Sie ist nicht wertfrei. Politische Bildung ist deshalb notwendiger Bestandteil der Demokratie und sie sollte gerade dort forciert werden, wo wir Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft in der freiheitlichen Demokratie ausmachen.

Sie ist eine notwendige Voraussetzung

- auf dem Weg zu einer lebendigen Zivilgesellschaft
- im Bemühen um Integration in der Einwanderungsgesellschaft
- in der Auseinandersetzung mit gewaltbejahenden und extremistischen Einstellungen.

Zur Unterstützung dieser Prozesse verlässt politische Bildung Seminarräume und Tagungsstätten und begibt sich in interdisziplinäre Bildungszusammenhänge.



Heiko Rosenthal

**Bürgermeister und Beigeordneter
für Umwelt, Ordnung, Sport der
Stadt Leipzig**

Heiko Rosenthal, Volljurist, geboren 1974 in Berlin-Mitte. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig. Referendariat am Landgericht Zwickau. Mehrjährige Referententätigkeit im Regierungspräsidium Chemnitz.

Ab 1999 bürgerschaftlich engagiert als Stadtrat in Zwickau. Seit 2006 u.a. Ordnungsbürgermeister der Stadt Leipzig und damit, gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten Leiter des Kriminalpräventiven Rates der Stadt.

In dieser Zeit wurde die AG „Fußball und Sicherheit“ gegründet und das Konzept „Fußball und Sicherheit“ der Stadt Leipzig erarbeitet. Schwerpunkt hierbei ist insbesondere die Präventionsarbeit im Fußball-Fanprojekt.

2008 fand das 1. Graffiti-Fachforum statt, in welchem Strategien und Maßnahmen mit den lokalen Akteuren diskutiert und verabschiedet wurden.

Bürgerschaftliches Engagement „Motor der Stadtgesellschaft“

Strategien, Netzwerke und Projekte in der präventiven Arbeit zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürger in Leipzig

Moderation: Bernd Strauch

Der Vortrag geht zuerst auf die Definition Kommunalen Kriminalprävention ein. Im Ergebnis werden Strategien im örtlichen Bereich gefunden, um die individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen für abweichendes Verhalten festzustellen, um dann Methoden zur Kriminalprävention zu entwickeln.

Im Weiteren wird dargestellt, dass die Kommunale Kriminalprävention als wesentliche Aufgabe hat, alle gesellschaftlichen Gruppen zu vernetzen, um ressortübergreifende Präventionsstrategien gegen Kriminalität entwickeln zu können. Die zielt dabei auf zwei Bereiche: Zum einen gegen die Kriminalität als soziales Problem und deren quantitative und qualitative Reduzierung, und zum anderen gegen die Kriminalitätsfurcht also die Furcht der Menschen, Opfer eines Verbrechens zu werden. Hierzu wird im Bericht auf die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Leipzig, die darin integrierten Themenbereiche und das Agieren aus dem Kriminalpräventiven Rat heraus in die Mitte der Stadtgesellschaft als auch die Aufnahme von Ideen und Projekten in die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates eingegangen. Konkrete Initiativen aus der Bürgerschaft werden vorgestellt.

Herausgearbeitet wird, dass ein wichtiger Punkt die Einbindung der Medien in die Konzeption ist, denn sie sind ein wichtiger Multiplikator, indem sie Ideen und Ziele der Kommunalen Kriminalprävention den Bürgern nahe bringen können.

Der Vortrag steht unter dem Eindruck, dass u.a. in Leipzig in Beachtung einer wachsenden „Gewinner-Verlierer-Kultur“ bei einer deutlich steigenden Zahl von jungen Menschen, die von sozialen Randlagen betroffen sind, vor zunehmender Gewalttätigkeit gewarnt wird. Was kann die Stadtgesellschaft dahingehend leisten bzw. was leistet sie?



Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld



Sandra Hüpping
Universität Bielefeld

Prof. Wilhelm Heitmeyer ist Professor für Sozialisation an der Universität Bielefeld. Seit 1996 ist er zudem Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG).

Dipl.-Soz. Sandra Hüpping studierte Soziologie an der Philipps-Universität in Marburg und arbeitet seit 2005 im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte bilden Vorurteile und Diskriminierung, Anomie, sozialräumliche Analyse, Gewalt.

Sozialraum und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Neue Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Moderation: Erich Marks

Im Zentrum des Vortrags steht die Vorstellung des Projekts „Die Bedeutung des Sozialraums für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. In Erweiterung zu den bisherigen Untersuchungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, zielt diese Studie ganz bewusst auf lokal begrenzte bzw. begrenzbare Sozialräume.

Ziel des Projektes besteht zum einen in der Analyse der Bedeutung der Strukturen von Gemeinden, Städten und Stadtvierteln (u.a. Arbeitslosenquote, Bevölkerungsentwicklung) und der spezifischen Erfahrungs- und Einstellungsmuster in der Bevölkerung für die Entstehung und das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und letztlich der Qualität des sozialen Klimas. Zum anderen, und damit eng verbunden, zielt das Projekt auf die Initiierung einer reflexiven Stadtgesellschaft, die über sich selbst nachdenkt, um auf diesem Weg das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Die zugrunde liegende Erwartung lautet: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) im eigenen identifikationsrelevanten Sozialraum (von Nachbarschaft, Wohnquartier, Stadtviertel, (Klein)-Stadt) im Vergleich mit anderen Sozialräumen vorliegen, desto mehr Möglichkeiten für die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement sind gegeben.



Norbert Friedrich
Stadtplanungsamt Bremerhaven



Jörg Seedorf
Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Norbert Friedrich

Studium an der Universität Dortmund, Fachbereich Raumplanung, Abschluss 1980 als Dipl.-Ing. Seit 1981 im Stadtplanungsamt Bremerhaven tätig, ab 1987 als Abteilungsleiter Bebauungsplanung. Weitere Arbeitsschwerpunkte: URBAN II, Ziel 2, Stadtumbau West. Mitglied im Präventionsrat der Stadt Bremerhaven seit 1990.

Jörg Seedorf

Polizeibeamter im Land Bremen seit 1980, Ausbildung zum höheren Dienst in Münster Hiltrup von 1997–1999, vom Jahr 1999 an Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Bremerhaven und stellvertretender Leiter des Führungsstabs der Ortspolizeibehörde. Dozent für Kriminologie an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen seit dem Jahr 2000. Seit Juli 2007 Leiter der Kriminalpolizei Bremerhaven.

„Mut gegen Gewalt – Ein Zivilcourage- handbuch“ als Leitfaden für Präven- tionsprojekte

Moderation: Siegfried Bayer

Am 30. September 2004 erhielt der Präventionsrat der Stadt Bremerhaven den Deutschen Förderpreis Kriminalprävention für das Zivilcourage-Projekt „Mut gegen Gewalt“.

Der Rat hatte die Aktion vier Jahre vorher ins Leben gerufen. Auf Initiative des Stadtplanungsamtes wurden Fördermittel der Europäischen Union eingeworben, um das interdisziplinäre Projekt umzusetzen. Das Konzept wurde als 3-Phasen-Modell mit Evaluierung durch ein externes Institut entwickelt. Im Laufe der folgenden Jahre konnte „Mut gegen Gewalt“ als Dachmarke für eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen, aber miteinander verzahnten Präventionsmaßnahmen in der Stadt reifen.

Die Projektakteure überprüften zwischenzeitlich immer wieder, wie andere Länder und Städte nachhaltige Kriminalprävention erfolgreich betreiben. Hierzu gab es zahlreiche Einzelanregungen, die auch das Bremerhavener Modell verbessern konnten. Doch die Möglichkeit, aus einem schriftlich zusammengefassten Erfahrungsschatz systematisch zu lernen, konnte nicht entdeckt werden.

Unsere Idee war es deshalb, ein Handbuch über unseren „Weg“ allen Interessierten zur Verfügung zu stellen. Die Inhalte dieses Handbuches möchten Ihnen Dipl.-Ing. Norbert Friedrich, Stadtplanungsamt Bremerhaven, und Kriminalober-
rat Jörg Seedorf, Leiter der Kriminalpolizei und Geschäftsführer des Präventionsrates Bremerhaven, vorstellen.



Reinold Hepp

**Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes
(ProPK)**

Kriminaloberrat **Reinhold Hepp**

geb. am 14. Juni 1959 in Stuttgart

1979–1993

verschiedene Tätigkeiten in Stuttgart im Bereich Schutzpolizei (Streifen- und Polizeirevierdienst) sowie Ermittlungsdienst Wirtschaftskriminalität

1993–1997

Innenministerium Baden-Württemberg, Bereiche Kriminalprävention, Jugendkriminalität und Polizeistatistik

1997–1999

Ausbildung höherer Dienst an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster (DHPol)

1999–2000

Zeitreferent Innenministerium Baden-Württemberg, Bereich Kriminalprävention

seit Mitte 2000

Leiter der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Aufgabenschwerpunkt: bundesweite Information der Bevölkerung über Kriminalitätsgefährdung und Vorbeugungstipps durch Massenmedien)

Dienststelle: Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Mitglied im Programmbeirat des Deutschen Präventionstages

Im Namen der stummen Opfer – Förderung des Zeugen- und Helfer- verhaltens bei Kindesmisshandlung

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Der qualvolle Tod des kleinen Kevins, dessen Leiche die Polizei im Kühlschrank seines Ziehvaters gefunden hat, machte bundesweit Schlagzeilen. Dabei stellen sich die immer wieder gleichen Fragen: Wie konnte das passieren? Warum hat niemand im Vorfeld etwas von den Qualen des Kindes bemerkt – oder bewusst merken wollen? Welche Anzeichen hat es gegeben?

Kindesmisshandlung trifft die schwächsten Glieder der Gesellschaft, macht sie zu meist stummen Opfern. Ihnen zu helfen, zählt zu den obersten Prioritäten polizeilicher Kriminalprävention. Deshalb befasst sich das ProPK intensiv mit dieser Problematik.

Bei dem Vortrag werden mit Blick auf das Zeugen- und Helferverhalten zielgruppenspezifische Handlungsansätze gegen Kindesmisshandlung aufgezeigt sowie über die geplante bundesweite Initiative für Lehrkräfte, Erzieher und Sporttrainer berichtet. Denn wenn alle Bürger mit wachem Auge Anzeichen von Kindesmisshandlung wahrnehmen und diese Informationen beispielsweise an die Polizei weitergeben, können Kinder vor Qualen bewahrt oder zumindest ihrem Leiden ein Ende gemacht werden.



Hermann Groß

**Verwaltungsfachhochschule
Wiesbaden**



Prof. Dr. Arthur Kreuzer

**Justus-Liebig-Universität Gießen
& WEISSER RING e.V.**

Prof. Dr. iur. Arthur Kreuzer ist emeritierter Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Justus-Liebig-Universität Gießen; er hatte den Lehrstuhl von 1976 bis 2006 inne, wirkte in vielen kriminalpolitischen und wissenschaftlichen Beratungsgremien mit, forscht in den Bereichen Arztstrafrecht, Jugend-, Alterns- und Drogenkriminalität, Dunkelfeld, empirische Strafverfahrens-, Institutionen- und Sanktionenforschung. Er ist Mitglied des Hessischen Landespräventionsrats und des Fachbeirats Prävention im Weißen Ring.

Dipl.-Pol. Dipl.-Psych. Hermann Groß ist seit 1997 Fachhochschullehrer für Sozialwissenschaften an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, die im Rahmen eines Fachhochschulstudiums den gesamten Polizeinachwuchs in Hessen ausbildet. Wissenschaftliche Untersuchungen zu Fragen der Polizeisozio- und Polizeipsychologie, empirischen Polizeiwissenschaft und vergleichenden politischen Systemlehre.

hermann.gross@vfh-hessen.de

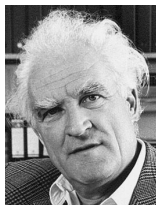
Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? – Eine Evaluation des Hessischen Freiwilligen Polizeidienstes

Moderation: Dr. Helmut Fünfsinn

Der Freiwillige Polizeidienst in Hessen wurde im Rahmen einer von der CDU initiierten „neuen Sicherheitsarchitektur“ als Pilotprojekt Mitte 2000 eingeführt und inzwischen auf alle Polizeipräsidien und rund 100 Kommunen ausgedehnt. Mit seiner Zielsetzung, hauptberufliche Polizei zu entlasten durch zusätzliche Polizeipräsenz, ehrenamtliches Engagement zu fördern und das Sicherheitsgefühl zu stärken, kann er zum Scharnier zwischen Bürger und Polizei werden, wenn Grenzen beachtet werden. Als ehrenamtliches Bürgerengagement im Bereich Innere Sicherheit lässt er sich theoretisch den Konzepten des „problem-oriented policing“ und kommunaler Kriminalprävention zuordnen.

In der Pilotphase wurde 2001 eine erste, 2007 von den Verfassern eine zweite Evaluation durchgeführt. Das komplexe methodische Design umfasste zuletzt schriftliche standardisierte Befragungen bei allen aktiven Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (N=586), bei allen mit deren Einsatz befassten Vollzugsbeamten (N=470), ferner 582 standardisierte Interviews zufällig ausgesuchter Bürger bei 60 repräsentativ ausgewählten Standorten und Einsätzen von ehrenamtlicher Polizei sowie ergänzende Gruppengespräche mit Dienstgruppenleitern.

Die Ergebnisse beider Evaluationen stimmen weitgehend überein. Bürger schätzen die Einrichtung überwiegend positiv ein und fühlen sich im Sicherheitsgefühl gestärkt. Bei den Ehrenamtlichen fällt die Beurteilung durchweg sehr günstig aus. Erwartungsgemäß ist die Einschätzung durch Vollzugs-polizei ambivalent und tendenziell eher skeptisch.



Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
WEISSER RING e.V.

Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind lehrt die Fächer Kriminologie und Strafvollzug an der Universität Osnabrück. 1978–1982 war er Landesjustizminister in Hannover, 1984–1989 Präsident der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft und 1987–1990 Vorsitzender der (Anti-)Gewaltkommission der Bundesregierung.

Seit 1996 ist der Referent Präsident des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) und seit 2002 Vorstandsmitglied des WEISSEN RINGES.

Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter z.B. (zusammen mit anderen): Alle gaffen ... keiner hilft, Heidelberg 1998; Gewaltprävention in der Schule (hrsg. zusammen mit Melzer), WEISSER RING, Baden-Baden 2004; Kriminologie, 15. Aufl., Heidelberg 2005.

Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht?

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Ein Mann verprügelt eine Frau auf offener Straße. Jugendliche belästigen einen weiblichen Fahrgast im Bus. Auf dem Seitenstreifen der Autobahn brennt ein Auto, in dem sich erkennbar noch Insassen aufhalten. Haben Sie sich selbst schon einmal Gedanken darüber gemacht, ob Sie, wenn Sie dazu die Gelegenheit hätten, eingreifen (helfen) würden? und wenn ja, wie?

Meist wird spontan geholfen („aus dem Bauch heraus“) oder gar nicht. Von diesem Spontanverhalten lässt sich die (rational) geplante Hilfeleistung unterscheiden, um die es in diesem Referat geht. Der Referent, der sich seit Jahren mit diesen Problemen beschäftigt, wird die einzelnen Einflussfaktoren beschreiben, die sich auf das Hilfeverhalten positiv oder negativ auswirken können.

Am Ende der Stunde sollten Sie in der Lage sein, für sich selbst ein persönliches „Skript“ zu erstellen, eine Art Drehbuch für den Ernstfall. Denken Sie immer daran, dass Sie auch selbst (oder einer Ihrer Lieben) viktimisiert werden können und Sie dann dankbar sein dürften, wenn Mitmenschen helfen. Auch darüber, was man tun kann, wird in dieser Veranstaltung (mit Diskussionsmöglichkeiten) ausführlich gesprochen.



Frank Goldberg

Präventionsrat Frankfurt am Main

Frank Goldberg, Ltd. Magistratsdirektor, geb. am 28.08.1954 in Mainz. Studium der Rechtswissenschaft an der Johannes Gutenberg Universität Mainz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Lehrstuhl für Öffentliches Recht. 1984 Referent für Schule und Bildung der Stadt Frankfurt a.M. 1989 Amtsjurist mit dem Schwerpunkt Jugend- und Sozialrecht. Dozent an der Fachhochschule Frankfurt a.M. mit dem Lehrfach Soziale Grundsicherung. 1995 Büroleiter des Dezernats für Bau, Verkehr, Sicherheit, Wirtschaft und Europaangelegenheiten. Seit 1999 hauptamtlicher Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Frankfurt a. M. 2004 Geschäftsführer der Regionalkonferenz Frankfurt RheinMain "Sicherheit und Prävention".

Mitinitiator zahlreicher Aktionen und Kampagnen zum Thema „Häusliche Gewalt!"; Zivilcourage (Gewalt – Sehen – Helfen) und Sport und Prävention u.a.

Zahlreiche Publikationen vornehmlich zu den Themen lokale Präventionsstrategien, Community Policing, Sport und Gewalt und kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit.

Forschungsprojekte: Partizipative Altersplanung, Schule und Gewalt, Sicherheit im ÖPNV

**„Global denken, lokal handeln:
Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung
unter dem Gesichtspunkt der Partizipation,
Transparenz und Effizienz“**

Moderation: Renate Engels

Gewalt und Kriminalität haben häufig einen örtlichen Bezug und örtliche Ursachen. Um Kriminalität frühzeitig und wirkungsvoll bekämpfen zu können ist es wichtig, den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu nutzen und sie in die Kriminalitätsbekämpfung einzubeziehen.

Bürgerbeteiligung kann aber auch zu unerwarteten und unbeliebten Ergebnissen führen, wenn beispielsweise die Einbindung in kriminalpräventive Netzwerke als politische Plattform missbraucht wird. Ebenso kann persönliche Betroffenheit Einzelner zu Stammtischparolen und Konfrontation fern einer rechtsstaatlichen und am Gemeinwohl orientierten Lösung führen. Gerade von polizeilicher Seite wird die Bürgerbeteiligung oftmals zu recht als Laberrunde ohne Ziel und Zweck kritisiert.

Der Vortrag zeigt anhand praktischer Beispiele der Stadt Frankfurt am Main auf, welche Rahmenbedingungen und Strukturen sinnvoll sind, um die Bevölkerung an der kriminalpräventiven Arbeit effektiv zu beteiligen. Dabei werden die Möglichkeiten und Grenzen der institutionellen Beteiligungen aufgezeigt. Der Vortrag geht auch auf Projekte und Arbeitsformen ein, die eine Beteiligung und Mitwirkung der Bewohner eines Stadtteils an Problemlösungen erst eröffnen und an den Erfolgen teilhaben lassen.



Dieter Meißner
Jugendamt Dresden



Rainer Mollik
Jugendamt Dresden

Dieter Meißner, Jg. 51, verheiratet, 2 Kinder, Dipl.-Mathematiker (FH), Netzwerkadministrator, Datenverarbeitungsmanager, ehrenamtlich tätiger Bürger im Projekt Betreuungslotse Dresden (Gründungsmitglied)

Rainer Mollik, Jg. 61, verheiratet, 1 Sohn, Rechtsassessor, Master of Socialmanagement, Ausbilder, Dozent, Mediator und u.a. Mitglied des Kriminalpräventiven Rates Dresden, Beiratsmitglied der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen – Landesgruppe Sachsen e.V., Leiter der Jugendgerichtshilfe des Jugendamtes Dresden

Betreuungslotse im Jugendstrafverfahren Dresden – ein beispielgebendes Projekt ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements

Moderation: Maren Adler

Bürger sind bereit, straffällig gewordene junge Menschen, die vielfältigen Hilfebedarf haben, im alltäglichen Leben als Pate ehrenamtlich, zeitlich befristet zu begleiten. Dabei werden sie von der Jugendgerichtshilfe und deren Partnern angeleitet und fachlich begleitet (z.B. Supervision, Fachreferate).

Derzeit stehen der JGH etwa 20 Betreuungslotsen zur Seite, insgesamt wurden bisher 130 Jugendliche und Heranwachsende begleitet. Junge Menschen, die von der Jugendgerichtshilfe im Rahmen eines Strafverfahrens oder der Haftentlassenvorbereitung / Haftentlassung betreut werden, erhalten dadurch ein freiwilliges Angebot unbürokratischer, praktischer Hilfe, jenseits der Strafverfahren. Hilfen, z.B. im Umgang mit Ämtern / Behörden (u.a. Besuchsbegleitung; Antragstellung; Schriftverkehr), in schulischen und Ausbildungsangelegenheiten, bei der Wohnungssuche oder bei der Findung sinnvoller Freizeitmöglichkeiten, werden angeboten. Auch einfach einen Gesprächspartner zu haben, der mit Rat und Tat zur Seite steht, der sich Zeit nimmt, wirkt oftmals „Wunder“.

Für junge Menschen kann die Begleitung durch einen Betreuungslotsen ein wirksamer Beitrag zur sozialen Kompetenzentwicklung, eine Hilfe zur Selbsthilfe, als auch zum Erlernen eines strukturierten Tagesablaufes und damit letztendlich auch zur Vermeidung des Begehens weiterer Straftaten sein. Die Lotsenpaten finden eine Möglichkeit, eigene Lebenserfahrung und Kompetenzen einzubringen, selbst neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln und so ihr bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement zu verwirklichen.



Elke Hannuschka

Oberlandesgericht Frankfurt am Main / Universität Greifswald

geboren 1978 in Swetlowodsk/Ukraine, 1996: Abitur am Oskar-Picht-Gymnasium in Pasewalk/Mecklenburg-Vorpommern, 1996–2002: Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Greifswald/Schwerpunktfach Kriminologie, 1998: Praktikum in der Rechtsabteilung der OSTR in Kiew/Ukraine, 2002: Erstes Juristisches Staatsexamen in Mecklenburg-Vorpommern, 2003: Mitarbeiterin in der Anwaltskanzlei Cornelius/Greifswald, seit 2003: Doktorandin am Lehrstuhl für Kriminologie der Universität Greifswald bei Prof. Dr. Frieder Düinkel, 2005: Kurzzeitdozentur für deutsches Zivilrecht an der Staatlichen Universität Krasnojarsk/Russland, 2003–2006: Korrekturassistentin für Strafrecht und Kriminologie an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Gleichstellungsbüro der Universität Greifswald, seit 2007: Rechtsreferendariat in Hessen/Oberlandesgericht Frankfurt (Zivilrichter am Amtsgericht Hanau/Strafrichter am Amtsgericht Hanau/Staatsanwaltschaft Hanau/Polizeistation Maintal/Regierungspräsidium Darmstadt) Forschungsgebiet: Kommunale Kriminalprävention, Interessen: Jugendstrafrecht/Jugendkriminalpolitik/Mediation und Schlichtungsverfahren/Gleichstellungspolitik, Organisationen: DJB- Deutscher Juristinnenbund

„... Bürgerbeteiligung muss natürlich sein, aber nicht im Präventionsrat ...“ –

Ergebnisse einer Untersuchung kommunaler Präventionsgremien in Mecklenburg-Vorpommern

Moderation: Maren Adler

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich seit Mitte der 1990er Jahre zahlreiche kommunale Präventionsgremien gebildet. Dies geschah auf Anregung des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung, der auf Initiative des Landesinnenministeriums im Jahr 1994 gegründet wurde.

In der Literatur fand die Idee der kommunalen Kriminalprävention zunächst vorwiegend positive Resonanz. In den letzten 10 Jahren mehren sich jedoch auch kritische Stimmen, die unter anderem bemängeln, dass zwischen propagiertem Konzept und tatsächlicher Umsetzung große Diskrepanzen bestehen. Dieser Kritik fehlt jedoch die empirische Grundlage, da Untersuchungen über die praktische Realisierung der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene kaum vorhanden sind.

Daraus entwickelte sich das Forschungsinteresse, die Gremienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern abzubilden, um zu überprüfen, ob zwischen dem propagierten Konzept und der institutionellen Umsetzung tatsächliche Diskrepanzen bestehen. Ein Ergebnis der deskriptiven Bestandsaufnahme, die im Rahmen dieses Vortrages vorgestellt werden soll, war beispielsweise die Erkenntnis, dass „funktionslose“ Bürger kaum in den Präventionsgremien mitwirken und die Kritik an der mangelnden Partizipation von Bürgern demnach berechtigt scheint. Doch ist das Präventionsgremium tatsächlich der richtige Ort für bürgerschaftliches Engagement?



Susanne Kirchhoff
Landgericht Osnabrück



Kati Zenk
Institut für angewandte
Sozialpädagogik

Susanne Kirchhoff, Richterin am Landgericht und Mediatorin (Jg. 1971)

Nach ihrer Ausbildung zur Bankkauffrau, juristischem Studium und Referendariat war Susanne Kirchhoff zunächst als Jugendstaatsanwältin, Jugend- und Vormundschaftsrichterin tätig. Sie wechselte ins Niedersächsische Justizministerium, wo sie anfangs als persönliche Referentin des damaligen Justizministers Prof. Dr. Pfeiffer arbeitete, bevor sie ab 2004 für den Bereich „Konfliktmanagement und konsensuale Streitbeilegung“ übernahm und unter anderem maßgeblich an der Entwicklung des Entwurfs für das Niedersächsische Mediations- und Gütestellengesetz beteiligt war. Seit Ende 2007 ist Susanne Kirchhoff als Richterin in einer Zivilkammer am Landgericht Osnabrück tätig.

Kati Zenk, Dipl. Sozialpädagogin und Mediatorin (Jg. 1970)

Kati Zenk verfügt über umfassende Erfahrung im Bereich Konfliktbewältigung. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin evaluierte sie mit ihrem Team, neben ihrer praktischen Tätigkeit als Mediatorin und Trainerin, den Modellversuch zur gerichtsnahen Mediation in Niedersachsen und veröffentlichte die Studie als Erstautorin bei Nomos. Zudem reichte sie ihre Dissertation zum Thema an der philosophischen Fakultät der Universität Hannover ein. Als Trainerin befasst sie sich mit den Schwerpunkten: Konfliktmanagement, Mediation, Kommunikation, Moderations- und Verhandlungstechniken.

Mehr Sicherheit durch eine neue Streitkultur? – Möglichkeiten und Chancen von Mediation in der Prävention

Moderation: Erich Marks

Die Streitkultur einer Gesellschaft ist eng mit den kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen verbunden. Der Umgang mit Streit passt sich entsprechend an und entwickelt sich permanent weiter. In der heutigen Zeit sind hoheitliche Entscheidungen aufgrund der wachsenden Pluralität und Individualität nicht immer das richtige Mittel zur Lösung von Konflikten. So gelingt es in einer komplexen modernen Gesellschaft selten, alle Lebensbereiche bis ins kleinste Detail rechtlich zu regeln. Die Kompetenz sich kooperativ und fair, mit Blick auf die Interessen aller Beteiligten zu einigen, ist wichtiger Bestandteil eines friedlichen Zusammenlebens geworden. Mediation ist eine Methode der Konfliktlösung, die dieser Entwicklung Rechnung trägt. Welche Möglichkeiten der Einsatz von Mediation für die Präventionsarbeit hat, soll in diesem Forum herausgearbeitet und diskutiert werden. Zudem werden die Unterschiede zwischen einer gerichtlichen Entscheidung und einer selbstbestimmten Konfliktlösung erörtert.



Siegfried Bayer

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.



Hans-Alfred Blumenstein

**Vors. Richter am OLG Stuttgart
a.D.**



Prof. Dr. Günter Rieger

Berufsakademie Stuttgart

Siegfried Bayer, Dipl.-Soz.Arb. (FH), Sozialwirt (FH), seit 1982 Geschäftsführer des Bewährungshilfevereins Stuttgart und seit 2007 Geschäftsführer von PräventSozial – Justiz-nahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH.

Hans-Alfred Blumenstein, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D.. Von 1962 bis 1998 Richter, zuletzt als Vorsitzender Richter eines Strafsenats am Oberlandesgericht Stuttgart. 1987 bis 2000 Vorsitzender des Bewährungshilfevereins Stuttgart. Experte, Dozent, Autor und Vortragsredner insbesondere zu den Bereichen Jugendstraft- und Jugend-schutzverfahren, Prävention, Opferschutz.

Prof. Dr. Günter Rieger, stellvertretender Studienbereichs-leiter Sozialwesen Berufsakademie Stuttgart Berufliche Tätigkeiten im Bereich Resozialisierung, Sozialpsychiatrie und Supervision. Seit 1999 Professor an der Berufsakademie Stuttgart. Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theo-rien und Methoden der Sozialen Arbeit, Sozialarbeitspolitik und Soziale Dienste in der Justiz.

Das Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe

Moderation: Renate Engels

Freiwilligenarbeit in der Bewährungs- und Straffälligenhilfe leistet einen wesentlichen, eigenständigen Beitrag zu Integration und Rückfallvermeidung und damit zum Opferschutz. Sie erschließt Ressourcen und verspricht die gesellschaftliche Einbettung der Resozialisierungsbemühungen. Konzeptionen zur systematischen Förderung der Freiwilligenarbeit wurden von den Vereinen und Verbänden der freien Straffälligen- und Bewährungshilfe entwickelt, neue Tätigkeitsfelder (z.B. Zeugenbegleitung, Nachsorge) wurden erschlossen. Die systematische, professionelle Förderung freiwilligen Engagements konzentrierte sich dabei auf die direkte Arbeit mit und am Klienten. Ehrenamtliche Vorstandsarbeit, ihre Lobbytätigkeit für die Vereine, Öffentlichkeitsarbeit und die Multiplikatorenfunktion geriet dabei kaum in den Blick. Im Vortrag sollen beide Formen ehrenamtlichen Engagements in der Straffälligen und Opferhilfe untersucht werden.

Zunächst werden allgemeine Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements in der Straffälligen- und Opferhilfe erörtert. (Rieger). Im Anschluss werden erfolgreiche Projekte, ihre Aufgabenstellung, erzielte Wirkungen und ihre professionelle Begleitung erörtert. (Bayer). Sodann gilt es als zweiten Engagementbereich die Tätigkeit von ehrenamtlichen Vorständen, Beiräten und Förderern zu untersuchen. Im Vortrag soll die spezifische Bedeutung und Problematik ehrenamtlicher Leitungs-, Lobby- und Sponsoringtätigkeiten für die freie Straffälligenhilfe aufgezeigt werden (Blumenstein).



Kornelia Kamla

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Kornelia Kamla ist in den 1960er Jahren in Hannover aufgewachsen und zur Schule gegangen. Sie studierte am Fachbereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Fachhochschule Hildesheim und schloss 1981 mit dem Diplom ab. In den folgenden Jahren sammelte sie umfassende berufliche Erfahrungen in sozialen Arbeitsbereichen wie Stadtteilkultur, Jugendfreizeit, Frauenhaus und Wohngruppen für Senioren. Durch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit konnte sie jedoch auch praktische Erfahrungen des Lebens benachteiligter Menschen machen. Berufsbegleitend absolvierte sie ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität Hagen, das sie 1999 als Diplom-Kauffrau beendete. Einige Jahre leitete sie die Abteilung Interne Dienste der Verbraucherzentrale Hessen e.V.

Seit 2002 ist Kornelia Kamla Geschäftsführerin des Vereins Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V. Besondere Anliegen sind ihr dabei die Vermittlung des Gedankens der Resozialisierung in der Öffentlichkeit, sowie der Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit. Dieser darf nach ihrer Überzeugung jedoch nicht zulasten der professionellen pädagogischen Arbeit geschehen, sondern in einer sinnvollen Ergänzung. Resozialisierung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft erfordert die Schaffung von Möglichkeiten für Kontakt und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Kornelia Kamla ist verheiratet und lebt seit 1997 in Frankfurt am Main.

Bürgerengagement für Resozialisierung und Rückfallvermeidung – Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe

Moderation: Maren Adler

Ehrenamtliches Engagement in der Straffälligenhilfe hat eine lange Tradition. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stand jedoch in der Bundesrepublik im Zeichen starker Professionalisierung des sozialen Bereichs. Erst allmählich dringt wieder in das Bewusstsein, welche Bedeutung der Verzahnung von professioneller Sozialarbeit und ehrenamtlichem Engagement zukommt.

Voraussetzung für eine gelungene Wiedereingliederung sind oft Verbesserungen der Lebenslage und Chancen eines Straffälligen. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, mangelnde soziale und lebenspraktische Kompetenzen, Überschuldung, fehlende Arbeitsplätze usw. führen oft zu erneuter Straffälligkeit. Hier bieten sich vielfältige Ansatzmöglichkeiten für ehrenamtliche Hilfen.

Beim Projekt Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe des Vereins Förderung der Bewährungshilfe in Hessen geht es nicht um die Ersetzung professioneller Bewährungshilfe durch ehrenamtliche Kräfte. Vielmehr werden gute Bedingungen für Ehrenamtliche geschaffen, um Klienten der Bewährungshilfe ein zusätzliches Angebot zu machen, damit sie mit Hilfe lebenserfahrener und engagierter Bürger/innen ihre eigenen Kräfte mobilisieren und wieder Fuß in der Gesellschaft fassen. Die Öffnung der Arbeit mit Straffälligen in nicht professionelle Bereiche trägt zum Abbau von Vorurteilen bei und bereitet so den Boden für eine erfolgreiche Reintegration.



Gerd Anselmann

**Vorsitzender von Lions Club
International**



Sabine Bätzing, MdB

**Drogenbeauftragte der
Bundesregierung**

Gerd Anselmann – Vorsitzender des Governorrates der Lions in Deutschland

gerd.anselmann@weingut-anselmann.de

Geboren 1960 in Landau als Sohn einer alteingesessenen Winzerfamilie. Studium der Allgemeinen Agrarwissenschaften an der Universität Stuttgart-Hohenheim, Abschluss Dipl. Ing. Verheiratet seit 1996 mit Britta geb. Quast, drei gemeinsame Kinder. Seit 1982 Mitinhaber des Weingutes, seit 1989 Geschäftsführer der Weinkellerei. Mitarbeit in verschiedenen önologischen Expertenkommissionen. Mitbegründer der Davinum Weinkellerei. Pate des Mehrgenerationenhauses in Landau. Seit 1999 Mitglied im gemischten LC Offenbach.

Motto: „Aufgeschlossen sein – Verantwortung übernehmen – gemeinsam handeln!“

Sabine Bätzing – Drogenbeauftragte der Bundesregierung und Mitglied des Deutschen Bundestages.

Geb. 1975 in Altenkirchen. Sie ist verheiratet und lebt in ihrer Heimatstadt. Nach ihrer Ausbildung zur Dipl. Verwaltungswirtin (FH) arbeitete sie als Beamtin in der Sozialverwaltung. Seit 1994 ist sie Mitglied der SPD, seit 2002 Abgeordnete des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Neuwied / Altenkirchen, seit 2005 Drogenbeauftragte der Bundesregierung und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages. Sie ist u.a. Mitglied von ver.di, der AWO, dem Kinderschutzbund sowie Schirmherrin der Dystoniegesellschaft Rheinland.

Das Engagement der Lions Clubs für die Jugend – Die drei Lebenskompetenzprogramme

Moderation: Hartwig Hochstein

Aktuelle Untersuchungen (z.B. ESPAD) zeigen teilweise Besorgnis erregende Entwicklungen beim Substanzkonsum von Jugendlichen. So stieg in den letzten fünf Jahren der Bierkonsum von Schülern in der 9. und 10. Klasse um 10 %. Im gleichen Zeitraum sanken aber Tabak- und Cannabiskonsum deutlich. Dies sind Belege dafür, dass Prävention einerseits erfolgreich sein kann, andererseits aber eine Langzeitaufgabe bleibt.

Ein international erfolgreicher und von der Weltgesundheitsorganisation empfohlener Ansatz zur verhaltensorientierten Prävention ist der zur Förderung von Lebenskompetenzen. Dazu gehören Fähigkeiten wie der Umgang mit Gefühlen, Problemen und Konflikten. Dies sind Faktoren die für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung nötig sind und vor Sucht und Gewalt schützen können.

Zur Förderung von Lebenskompetenzen in Kindergarten und Schule wurden die Programme „**Kindergarten plus**“, für 4–5jährige Kinder, „**Klasse2000**“ für die Grundschulzeit und Lions Quest „**Erwachsen werden**“, für Jugendliche ab der 5. Klasse, entwickelt.

Alle drei Programme werden von den Lions Clubs wesentlich gefördert. Damit leisten die Lions einen altersübergreifenden und nachhaltigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheitsförderung sowie Sucht- und Gewaltprävention von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Die drei Programme werden vorgestellt von:

Dr. Jörg Maywald, Liga für das Kind

Thomas Duprée, Klasse2000

Heinz-Jörg Panzner, Lions-Quest



Dr. Siegfried Haller
Stadt Leipzig

Siegfried Haller wurde 1954 in Markt Indersdorf (Bayern) geboren. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Sein Studium der Soziologie, Psychologie, Germanistik und Philosophie in Mannheim und Heidelberg beendete er 1977 als Diplom-Soziologe. Seine berufliche Laufbahn begann Herr Haller als Bildungsberater im Schulpsychologischen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz. Anschließend war er bei verschiedenen Bildungsträgern tätig, bevor er ab 1983 als Stadtentwicklungsplaner in der Stadtverwaltung Ludwigshafen arbeitete. 1994 folgte die Berufung zum Jugendamtsleiter, 1995 zum Leiter des Fachbereichs „Kinder, Jugend und Familie“ dem Pilotprojekt der Ludwigshafener Verwaltungsreform. Zuletzt war er mit zentralen Steuerungsaufgaben – wie der Vorbereitung des Stadtjubiläums und der Landesgartenschau – im OBM-Bereich betraut. Siegfried Haller ist Mitglied in zahlreichen Fachgremien und war unter anderem im Auftrag des Deutschen Städtetages als Berater bei der Kulturentwicklungsplanung von Leipzig und Chemnitz dabei. Seit 2000 ist er Leiter des Jugendamtes Leipzig. 2003 und 2006 hat er im Auftrag des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig jeweils ein halbes Jahr die Verantwortung für das Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule übernommen.

Netzwerke und Zivilgesellschaft – Kinder- und Jugendkriminalprävention – Eine Aufgabe – viele Akteure

Moderation: Albert van Heek

Der Blick richtet sich auf Kriminalprävention in der Kommune. Im Fokus stehen die Akteure vor Ort: es geht um die Praxisgestaltung im Alltag, es geht um Kooperation vor Ort. Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die krisenhaften Entwicklungen des Sozialstaates führen mit den beabsichtigten und ungewollten Wirkungen zunehmend Veränderungen in den sozialen, politischen und strukturellen Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendpolitik und Soziale Arbeit herbei. Die Kinder, Jugendlichen und deren Familien werden vermehrt von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialem Ausschluss bedroht bzw. belastet. Immer mehr junge Menschen und deren Familien werden an den Rand der Gesellschaft gestellt. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und die mobile Jugendarbeit haben hier eine wichtige Integrations- und Aktivierungsfunktion. Kinder- und Jugendkriminalprävention berührt verschiedene Lebensbereiche. Daher ist es unerlässlich, dass öffentliche Kinder- und Jugendhilfe unter Anderem mit Schulen, Ordnungsbehörden, der Polizei, dem Gesundheitswesen und zivilgesellschaftlichen Akteuren kooperiert. Das bedeutet Netzwerkarbeit.



Dr. Angelos Giannakopoulos
Universität Konstanz



Prof. Dr. Dirk Tänzler
Universität Konstanz



Angela Keller-Herzog
Transparency International

Dr. Angelos Giannakopoulos, is currently the Head of Office of the research project 'Crime and Culture' supported within the Sixth Framework Programme of the European Commission at the University of Konstanz, Germany. He was Visiting Professor at the Universities of Cyprus, Galatasaray, Istanbul and Eötvös Lorand University of Budapest. He was Visiting Researcher at the European Institute of Budapest and Visiting Scholar at Yale University, USA and Waseda University, Tokyo, Japan.

Dr. Dirk Tänzler is Professor at the History and Sociology Department at the University of Konstanz and Co-ordinator of the research project 'Crime and Culture' supported within the Sixth Framework Programme of the European Commission. He was Visiting Professor and Lecturer at the Universities of Zurich, Vienna, Luzern, Zeppelin University, Friedrichshafen, Salzburg and Humboldt University. He was the Director of the "Sozialwissenschaftliches Archiv" at the University of Konstanz.

Ms. Angela Keller-Herzog is Transparency International's Global Programme Manager for ALACs and also leads the TI Judiciary Advocacy Working Group. She joined TI in August 2006 as Manager of Global Programmes. Prior to coming to TI, she spent three years in Indonesia working with the Canadian International Development Agency (CIDA). She holds a Masters degree in Economics from Carleton University, Ottawa and a Joint Honours degree in Political Science and Economics from McGill University in Montreal, Canada.

„ALAC“ Ein innovatives Instrument von „Transparency International“ gegen Korruption durch aktive Bürgerbeteiligung

Moderation: Dr. Matthias Braasch

Die internationale Antikorruptionsorganisation Transparency International (TI) hat ein innovatives Instrument zur Korruptionsbekämpfung in mehreren europäischen und mittelasiatischen Ländern unter der Bezeichnung ALAC (Advocacy and Legal Advice Center) entwickelt. Ziel dieser Bürgerbüros ist es zum einen ein effizienterer – durch direkte und aktive Bürgerbeteiligung – Kampf gegen Korruption und zum anderen eine Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere in Ländern Osteuropas und Mittelasiens.

Das innerhalb des Sechsten Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Kommission unterstützte Forschungsprojekt „Crime and Culture“ kooperiert mit TI mit dem Ziel die Struktur und Effizienz dieser Bürgerbüros durch eine qualitative Evaluation zu verbessern und die Gründung vier neuer Büros in EU-Mitgliedsländern wissenschaftlich zu begleiten.

Ziel des Vortrags, gemäß des Schwerpunkts des Kongresses, wird es sein, dieses Antikorruptionsinstrument bezüglich der Möglichkeiten, die es sowohl zur Korruptionsbekämpfung als auch zur demokratischen Bürgerbeteiligung bietet, zu präsentieren. Ein weiterer Aspekt des Vortrags wird es sein, das Verhältnis und die Synergien zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement (Transparency International) und wissenschaftlicher Begleitforschung zu eruieren.

Dr. Bernhard Frevel

Wolfgang Kahl

Marcus Kober

Verena Schreiber

Henning van den Brink

Jens Wurtzbacher



Bernhard Frevel (*1959), Dr. rer. soc., Dipl.-Päd., ist Dozent für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und Lehrbeauftragter für Politikfeldanalyse Innere Sicherheit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Wolfgang Kahl, Diplomkaufmann, seit 1995 im Höheren Polizeivollzugsdienst des Bundeskriminalamtes tätig und ab 2003 der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) zur Mitarbeit zugewiesen.



Marcus Kober, geb. 1968, Politologe, ist Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention e.V. in Münster.



Verena Schreiber lehrt und forscht am Institut für Humangeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der geographischen Stadtforschung, der Sozialgeographie und der empirischen Sozialforschung.



Henning van den Brink, Diplom-Sozialwissenschaftler, Studium der Sozialwissenschaften in Bielefeld und Duisburg, seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Modellprojekt „Kulturarbeit mit Kindern“ und Promotionsstudent an der Universität Duisburg-Essen.



Jens Wurtzbacher, geb. 1972, Soziologe und Sozialpädagoge, lebt in Berlin und forscht an der dortigen Humboldt Universität im Fachbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention – Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit

Moderation: Wolfgang Kahl

Im Konzept der Kommunalen Kriminalprävention stellt die Bürgerbeteiligung ein zentrales Strukturprinzip dar. In der Praxis erweist sich jedoch gerade diese Einbindung und Beteiligung der Bevölkerung als schwierig, wie Forschungsergebnisse der letzten Jahre unterstreichen. Mit der Konzeption und Umsetzung lokaler Ansätze der Sicherheitspolitik haben sich in letzten Jahren verschiedene Forschungsarbeiten auseinander gesetzt. Exemplarisch werden daher die Ergebnisse aus vier Untersuchungen vorgestellt und diskutiert.

Verena Schreiber hat quantitativ erschlossen, wie sich das breite Feld der (etwa 960) lokalen Präventionsgremien in Deutschland gegenwärtig darstellt.

Die Ergebnisse eines unter der Leitung von Bernhard Frevel durchgeführten Forschungsprojektes erhellen das empirische Lagebild zur kommunalen Kriminalprävention in Deutschland am Beispiel verschiedener Kommunen.

Henning van den Brink hat eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien vorgelegt. Einen Schwerpunkt seiner Untersuchung stellt die Analyse interner Aushandlungsprozesse in Präventionsgremien dar.

Neue Erkenntnisse zur Frage des Bürgerengagements im Rahmen kooperativer örtlicher Präventionsarbeit in einer vergleichenden Perspektive liefert eine Studie von Jens Wurtzbacher.

Ziel dieses ersten Teils der Veranstaltung soll es sein, einen Überblick über vorhandene Ansätze der Bürgerbeteiligung zu vermitteln, typische Problemfelder und Kritikpunkte zu ermitteln und darauf basierend eine Bestandsaufnahme in zentralen Thesen zu formulieren.

Dr. Bernhard Frevel

Wolfgang Kahl

Marcus Kober

Verena Schreiber

Henning van den Brink

Jens Wurtzbacher



Bernhard Frevel (*1959), Dr. rer. soc., Dipl.-Päd., ist Dozent für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und Lehrbeauftragter für Politikfeldanalyse Innere Sicherheit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Wolfgang Kahl, Diplomkaufmann, seit 1995 im Höheren Polizeivollzugsdienst des Bundeskriminalamtes tätig und ab 2003 der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) zur Mitarbeit zugewiesen.



Marcus Kober, geb. 1968, Politologe, ist Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention e.V. in Münster.



Verena Schreiber lehrt und forscht am Institut für Humangeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der geographischen Stadtforschung, der Sozialgeographie und der empirischen Sozialforschung.



Henning van den Brink, Diplom-Sozialwissenschaftler, Studium der Sozialwissenschaften in Bielefeld und Duisburg, seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Modellprojekt „Kulturarbeit mit Kindern“ und Promotionsstudent an der Universität Duisburg-Essen.



Jens Wurtzbacher, geb. 1972, Soziologe und Sozialpädagoge, lebt in Berlin und forscht an der dortigen Humboldt Universität im Fachbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten

Moderation: Wolfgang Kahl

Die Einbindung von Bürgern in das Handlungsfeld „kommunale Sicherheit“ wirft eine Reihe praktischer und theoretischer Probleme (mangelndes Interesse der Bürger, fehlende Legitimierung etc.) auf. Aufbauend auf einer Bestandsaufnahme zur Konzeption und ermittelten Realität des Bürgerengagements in der kommunalen Kriminalprävention sollen in einem zweiten Veranstaltungsteil dessen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten erörtert werden.

Auf Basis der ermittelten Befunde werden eingangs einige Kernthesen zum aktuellen Stand des Bürgerengagements im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention formuliert. An diese Thesen anknüpfend sollen Probleme der Einbindung von Bürgern in ein System der lokalen Sicherheitspolitik in Form einer Podiumsdiskussion präzisiert und vertieft werden. Anhand von Leitfragen werden die aufgeworfenen Probleme und mögliche Entwicklungsperspektiven von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diskutiert, die sich in den letzten Jahren im Rahmen ihrer Untersuchungen mit verschiedenen Aspekten der Kommunalen Kriminalprävention und dem damit verknüpften Bürgerengagement befasst haben (vgl. Teil 1 der Veranstaltung).

Ziel dieses geleiteten Gedankenaustausches ist es, ergänzt durch Erfahrungen und Einschätzungen des Auditoriums, eine Zwischenbilanz zum Leitbild des Bürgerengagements im Konzept der kommunalen Kriminalprävention zu ziehen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.



Monika Dehmel

Politik zum Anfassen e.V.



Gregor Dehmel

Monika Dehmel, Jahrgang 1972, studierte Psychologie an der Universität Göttingen. Nach Stationen in der Schulpsychologie und beim Psychologischen Dienst der Bundesanstalt für Arbeit arbeitete sie in der Organisationsberatung einer großen deutschen Direktversicherung, in der sie auch Mitglied des Konzernbetriebsrates war. Seit 2001 ist sie freiberuflich tätig als Partizipationsberaterin. Dort koordiniert sie Beteiligungsverfahren und politische Bildungsprojekte für Schulklassen, führt Seminare durch für Heimbeiräte und Betriebsräte, arbeitet für die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Mobbing in der Politik“ und ist Geschäftsführerin des gemeinnützigen Vereins "Politik zum Anfassen e.V.". Darüber hinaus hat sie für die BauBeCon Sanierungsträger GmbH das Quartiersmanagement im Sanierungsgebiet Garbsen Auf der Horst übernommen. Monika Dehmel ist verheiratet und ehrenamtliche Ortsbürgermeisterin in Altwarmbüchen.

Gregor Dehmel, Jahrgang 1972, studierte Psychologie an der Universität Göttingen. Nach Stationen in einer Unternehmensberatung und in der Organisationsberatung einer großen deutschen Direktversicherung arbeitet er freiberuflich als Partizipationsberater zusammen mit seiner Frau. Seine Schwerpunkte liegen in der Entwicklung und Konzeption von Bildungsprojekten, Seminaren und Bürgerbeteiligungen. Er war von 2001 bis 2006 Mitglied des Rates der Landeshauptstadt Hannover.

Beteiligung schafft Sicherheit. Aus der Praxis von Bürgerbeteiligungs- projekten

Moderation: Renate Engels

Wie kann Bürgerbeteiligung Sicherheit schaffen? Welche Formen der Beteiligungen gibt es überhaupt? Wie sieht gute Bürgerbeteiligung aus? Welche positiven Erfahrungen gibt es mit Beteiligungsverfahren?

Der Vortrag soll eine große Bandbreite an guten Beispielen aus der Praxis der Bürgerbeteiligung aus ganz Deutschland mit Untersuchungen über deren Auswirkungen verbinden. Er wird aufzeigen, wie sich Bürgerbeteiligung für das Ziel einer sicheren Gesellschaft nutzen lässt:

Engagierte Bürger sind aufmerksamer für ihre Umwelt. Sie übernehmen Verantwortung für das von ihnen Mitgeplante. Sie identifizieren sich stärker mit von ihnen gestalteten Orten, Plätzen, öffentlichen Räumen und Einrichtungen. Studien belegen, dass bei begleiteten Veränderungen auch Vandalismus abnimmt und die Nutzung und Akzeptanz von Einrichtungen intensiviert wird. Dadurch werden Kriminalitätsursachen und Tatanreize bekämpft, aber auch Tatgelegenheiten vermindert:

Bürgerengagement führt so bereits in der Planungsphase von Veränderungen zu einem Mehr an Sicherheit. Zugleich haben die Beteiligten selbst am besten eine Vorstellung davon, was zur Erhöhung ihrer (auch subjektiven) Sicherheit beiträgt und können so wertvolle Beiträge zur städtebaulichen Planung geben.

Offenes Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Offenen Forums

	Seite
Einwanderungspolitik in 1:30 – Eine vergleichende Studie zur Wirkung von TV-Nachrichten und ihre Implikationen für die innere Sicherheit in Deutschland	146
Dr. Denise Sommer, Prof. Dr. Georg Ruhrmann	
Sexistischer deutscher Gangsta-Rap – führt er zu sexueller Gewalt?	148
Michael Herschelmann	
„Mit Grips gegen Gewalt“ – eine Projektinitiative zur territorialen Vernetzung	150
Andreas Riedel	
Rechtsextrem orientierte Jugendliche: Zugänge zwischen Prävention und Repression	152
Reinhard Koch	
Migranten im Ehrenamt: IKUSH – Interkulturelle Gesundheits- und Suchthilfe von Migranten für Migranten in Leipzig, – Erfahrungsbericht –	154
Ilona Adler, Farzin Akbari Kenari, Svetlana Rafalson	
Neuausrichtung der polizeilichen Präventionsarbeit im Freistaat Sachsen	156
Paul Scholz	
Wissen ist Macht: Das Beccaria-Qualifizierungsprogramm in der Kriminalprävention	158
Dr. Marc Coester, Dr. Anja Meyer, Thomas Müller, Prof. Dr. Jochen-Thomas Werner	
Effekte schulischer Gewaltprävention	160
Cathleen Kappes	

	Seite
Die Zukunft der kommunalen Kriminalprävention Klaus Stüllenberg	162
Präventionsarbeit an Schulen in Deutschland: Handlungsfelder und räumliche Implikationen Prof. Dr. Robert Pütz, Verena Schreiber, Christian Schwedes	164
Alkoholprävention bei Jugendlichen Prof. Dr. Elisabeth Pott	166
Schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum – Opferhilfe und Prävention Bastian Finke, Dr. Bodo Lippl	168
Generationsübergreifende Prävention am Beispiel der Mediation an Schulen durch die „Seniorpartner in School“ Brigitte Komescher, Sibylle Völker	170
Aufsuchende Betreuung durch Familienhebam- men bei Risikofaktoren in Schwangerschaft und Säuglingszeit = optimale Prävention vor Kindes- vernachlässigung Prof. Dr. A. Windorfer	172
Gesamtverantwortetes Sicherheits- und Präven- tionsmanagement am Beispiel von Antibullying Michael Breitschwerdt	174
Jugendliche mit Migrationshintergrund – eine Herausforderung für die Kriminalprävention? Dr. Christian Lüders, Bernd Holthusen	176

	Seite
Gewalt gegen Partner, Kinder und alte Menschen – Regelungsmöglichkeiten des Familiengerichts Dr. Isabell Götz	178
Drogenpolitik als Citymanagement – Ein euro- päischer Vergleich Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	180
Der Berliner Ansatz zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch im Dunkelfeld Prof. Dr. Dr. Klaus M. Beier	182
Evaluationen kriminalpräventiver Projekte in Deutschland – Ein Praxisüberblick Prof. Dr. Britta Bannenberg, Prof. Dr. Dieter Rössner	184



Prof. Dr. Georg Ruhrmann
Friedrich-Schiller-Universität Jena



Dr. Denise Sommer
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Georg Ruhrmann; Studium der Biologie und Soziologie an den Universitäten Marburg und Bielefeld, Diplom 1980 und Promotion 1986 in Soziologie; Hochschulassistent am Institut für Publizistik in Münster (1987–1993) und Habilitation im Fach Kommunikationswissenschaft 1994. Von 1994 bis 1996 Projektleiter am Duisburger Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP). 1995 Auszeichnung mit dem Preis der Schader-Stiftung „Sozialwissenschaften im Praxisbezug“. 1997 Rufe an die TU Ilmenau (abgelehnt) und an die FSU Jena. Seit 2002 Mitglied der DFG-Forschergruppe „Discrimination and Tolerance in Intergroup Relations“. 2003 Ruf an die Universität Erlangen-Nürnberg (2004 abgelehnt). 2003 bis 2007 Mitglied in der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM).

Denise Sommer; Studium der Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und der University of Illinois at Urbana-Champaign, USA. Seit 2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena und Mitglied der DFG-Forschergruppe „Discrimination and Tolerance in Intergroup Relations“. 2007 Promotion an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der FSU Jena. Forschungsschwerpunkte: Migration und Medien, Interpersonale Kommunikation.

Einwanderungspolitik in 1:30 – Eine vergleichende Studie zur Wirkung von TV-Nachrichten und ihre Implikationen für die innere Sicherheit in Deutschland

Moderation: Renate Engels

Seit Jahrzehnten haben die Medien in Deutschland über „die Ausländer“ gesprochen, jedoch nicht mit ihnen. Eine Studie vergleicht erstmals, wie inländische und migrantische Meinungsführer TV-Nachrichten zur Migrationspolitik sowie zum Terrorismusverdacht gegenüber Migranten rezipieren.

Mit Befragungen und Experimenten wird geprüft, wie diese Meldungen auf Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Lebensweisen wirken. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede: Migranten nehmen Themen zur inneren Sicherheit emotionaler wahr als Inländer. Außerdem zeigt sich, dass deutsche TV-Nachrichten das Thema Einwanderungspolitik eher abstrakt präsentieren. Hingegen werden Meldungen zum Terrorverdacht gegenüber Migranten häufig in einer Weise dargestellt, die die Zuschauer kurzfristig erregt. Jedoch werden diese Meldungen von den Rezipienten häufig falsch erinnert.

Abschließend wird diskutiert, wie die deutsche Innenpolitik ihre Integrationsmaßnahmen so darstellen kann, dass die Nachrichten über konkrete Beispiele berichten können. Und wie der in Nachrichten quotenträchtig geäußerte pauschale Terrorismusverdacht gegenüber Migranten abgebaut werden kann.

Fragen der aktiven Gestaltung der Einwanderungspolitik bei gleichzeitiger Verbesserung der inneren Sicherheit können journalistisch so erklärt werden, dass die Bevölkerung die Zusammenhänge besser versteht und akzeptiert.



Michael Herschelmann
Kinderschutz-Zentrum Oldenburg

Michael Herschelmann, Diplom-Pädagoge, arbeitet seit 1997 im Kinderschutz-Zentrum Oldenburg in verschiedenen nationalen und internationalen (Praxisforschungs-)Projekten. Arbeitsgebiete: Prävention von (sexueller) Gewalt an Mädchen und Jungen, Jungenarbeit/-sozialisation, Männlichkeitsforschung Prävention in der Schule, Kinderschutz/Kindeswohlgefährdung, Evaluation/Qualitätsentwicklung, Europäische Kooperationen zur Gewaltprävention. Lehraufträge an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, der Universität La Laguna Teneriffa/Spanien und der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven. Promotion in Erziehungswissenschaft an der Universität Oldenburg im April 2008.

Sexistischer deutscher Gangsta-Rap – führt er zu sexueller Gewalt?

Moderation: Maren Adler

Sie heißen Sido, Bushido, Frauenarzt, Kaisaschnitt oder Prinz Porno. Sie gehören zum aktuellen deutschen Gangsta-Rap mit extrem frauenverachtenden, rassistischen und Gewalt gegen Frauen und Schwule verherrlichenden Macho-Texten. Und sie werden gehört: von einigen Jungen (und wenigen Mädchen), oft ohne dass PädagogInnen, LehrerInnen und Eltern davon wissen.

Nach einer Einführung mit Beispielen, der Darstellung von Hintergrundwissen und Ergebnissen einer Befragung von Jungen und Mädchen dazu, könnten z.B. folgende Fragen diskutiert werden:

1. Wie ist dieses Phänomen einzuschätzen: reine adoleszen- te Provokation/Rebellion/Tabubruch oder steckt mehr dahinter?
2. Für wen besteht eine Gefährdung?
3. Wie sollte in der Praxis damit umgegangen werden?
4. Was ergibt sich möglicherweise an Forschungsbedarf?

Dienstag, 3. Juni



Andreas Riedel

Polizeidirektion Westsachsen

Andreas Riedel, Kriminalhauptkommissar, 53 Jahre, verheiratet, drei Kinder, Studium an der Humboldt-Universität Berlin von 1977 bis 1981, Abschluss als Diplomlehrer, Lehrtätigkeit bis 1984, von 1984 bis 1998 im Polizeidienst, Kriminalpolizei, tätig, seit 1998 Mitarbeit in der polizeilichen Prävention

„Mit Grips gegen Gewalt“ – eine Projektinitiative zur territorialen Vernetzung

Moderation: Albert van Heek

Seit September 2004 wurde gemeinsam mit der Leipziger Volkszeitung und regionalen Wirtschaftsunternehmen die Projektinitiative „Mit Grips gegen Gewalt“ ins Leben gerufen. Das Projekt ist in sieben Einzelprojekte untergliedert. Für alle Projekte wurden externe Partner gewonnen, die mit der Polizei die Projekte entwickeln und durchführen. Zielgruppe sind Schüler der Klassenstufen 5–12 der Mittelschulen, Gymnasien und Förderschulen sowie Lehrer.

Vorstellung der Projekte der Initiative:

Projekt 1 „Wir wollen ein Team werden“ – dient der Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen von Grundschulern.

Projekt 2 „Ich bin klein – aber nicht wehrlos“ – ist in Fortsetzung des Projektes 1 ein Sicherheitstraining mit Praxisbezug unter Einbeziehung der Eltern.

Projekt 3 „Medienpädagogische Gewaltprävention“ – dient der Sensibilisierung gegenüber Gewalt und der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Projekt 4 „Planspiel Gerichtsverhandlung“ – Schwerpunkte sind die Vermittlung von Rechtsbewusstsein und Rechtskenntnissen sowie Demokratieerziehung.

Projekt 5 „Antigewalt-Training – Handeln statt weg sehen“ – ist ein Kurs mit theoretischen und praktischen Themenkomplexen, welche Handlungskompetenz und Mut zum Einschreiten stärken soll.

Projekt 6 „Selbstbehauptungskurs für Mädchen“ – praxisbezogenes Training zur Gefahrenerkennung und -vermeidung sowie zur angemessenen Gegenwehr.

Projekt 7 „Lehrerfortbildung Rechtsextremismus“ – in vier Modulen werden Lehrer für die Thematik sensibilisiert sowie notwendiges Grundwissen und Strategien im Umgang mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus an der Schule vermittelt.



Reinhard Koch

**Arbeitsstelle Rechtsextremismus
und Gewalt (ARUG)**

Reinhard Koch, Jahrgang 1952, Diplom-Pädagoge, seit 1980 Pädagogischer Mitarbeiter bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH im Bereich „Zweiter Bildungsweg“, ab 1994 Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig.

Projektleiter in verschiedenen Bundes- und Landesprogrammen (u.a. XENOS, Entimon, STAND UP SPEAK UP, aktuell Modellprojekt Niedersachsen im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut!“), Entwicklung diverser Präventions- und Beratungskonzepte bzw. -projekte, seit 2005 Lehrbeauftragter an der Universität Hannover / Institut für Berufspädagogik.

Diverse Veröffentlichungen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Gewaltprävention.

Rechtsextrem orientierte Jugendliche: Zugänge zwischen Prävention und Repression

Moderation: Carmen Wieck

Die rechtsextreme Szene in der Bundesrepublik hat sich mit Blick auf die Zielgruppe „Jugendliche“ in den letzten Jahren sehr modernisiert und eine Fülle jugendkultureller Angebote und Zugänge entwickelt! Sie bietet eine sogenannte „Erlebniswelt Rechts“, die ein fast komplettes Eintauchen in eine für Erwachsene kaum einsehbare Parallelwelt ermöglicht und aus subjektiver Sicht der Betroffenen viel zu bieten hat!

Wer ist besonders anfällig für dieses Angebot? Was gibt die rechtsextreme Szene den Jugendlichen, welche Kräfte halten sie dort und welche Chancen für einen Ausstieg gibt es? Welche Ängste und Sorgen treiben diese Jugendliche um? Geht es um Ideologie, Macht, Anerkennung, Zugehörigkeit oder rein um den Spaßfaktor? Wie sind diese jungen Menschen für zivilgesellschaftliche Zugänge noch erreichbar? Warum kommen Belehrungen gegen Erfahrungen nicht an? Zu diesen Fragen sollen Hintergründe beleuchtet, Informationen und Einblicke sowohl in die Wirkungsweise rechtsextremer Angebote als auch in differenzierte Konzepte zu Prävention und Repression gegeben werden!

Das niedersächsische Modellprojekt „Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz“ hat den Auftrag strukturierte Angebote an rechtsextrem orientierte Jugendliche zu liefern.



Ilona Adler
Stadt Leipzig



Farzin Akbari Kenari
Stadt Leipzig



Svetlana Rafalson
Stadt Leipzig

Ilona Adler ist 1970 geboren. Sie hat ihren Abschluss als Dipl. Sozialpädagogin/ Sozialarbeiterin an der HTWK Leipzig erlangt. Seit 2007 ist sie Koordinatorin des Projektes „IKUSH“.

Herr **Farzin Akbari Kenari** ist 1969 im Iran geboren. Er hat seinen Bachelor in klinischer Psychologie Teheran erlangt und studiert gegenwärtig Psychologie (Schwerpunkt klinische Psychologie) in Leipzig. Er ist seit 2005 ehrenamtlicher Suchtberater beim Projekt „IKUSH“. Des weiteren leitet er regelmäßig Seminare und Veranstaltungen.

Frau **Svetlana Rafalson**, geboren 1968 in St. Petersburg ist Dipl. Ökonomin. Neben der Mitgliedschaft im Projekt „IKUSH“ seit 2005 ist sie u.a. noch Mitglied im Flüchtlingsrat Leipzig e.V. sowie seit 2006 bei der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA Leipzig e.V.) als russische Beraterin für Migranten und Spätaussiedler tätig.

Migranten im Ehrenamt: IKUSH – Interkulturelle Gesundheits- und Suchthilfe von Migranten für Migranten in Leipzig, – Erfahrungsbericht –

Moderation: Dr. Matthias Braasch

Sucht- und Gesundheitsprobleme sind bei Migranten ebenso relevant wie bei Deutschen. Warum aber nehmen Migranten bestehende Hilfeangebote kaum in Anspruch? Was hindert sie, ihre Chancen zu nutzen?

Dieser Frage gingen seit 2003 Fachleute aus dem Gesundheits-, Sucht-, und Migrantenbereich in Leipzig nach. 2005 schlossen sich dann Migranten aus acht verschiedenen Kulturkreisen zur Arbeitsgruppe IKUSH (InterKulturelle Gesundheits- und SuchtHilfe) zusammen.

Gegenwärtig sind im Projekt IKUSH 16 Migranten ehrenamtlich tätig, welche in einer Schulung zu Multiplikatoren ausgebildet wurden. Als Mittler zwischen den Kulturen informieren und beraten sie ihre Landsleute in der jeweiligen Muttersprache über das deutsche Gesundheits- und Hilfesystem. Sie begleiten sie bei Bedarf und organisieren Präventionsveranstaltungen zu Gesundheits- und Suchtthemen.

Nach einer Vorstellung des Projektes IKUSH stellen zwei Migranten anhand von Fallbeispielen ihre Arbeit und Erfahrungen in der Praxis sowie damit verbundene Probleme vor. Sie sind interessiert ihre Erfahrungen mit anderen Kommunen / Trägern auszutauschen.



Paul Scholz

Landeskriminalamt Sachsen

Paul Scholz, geb. 1951 in Rosenheim/Bayern, Polizeibeamter seit 1970, nach der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst und höheren Polizeivollzugsdienst bis 1991 Leiter der Abteilung Schutzpolizei und technische Einrichtungen in der Polizeidirektion Konstanz, Baden-Württemberg.

Seit Februar 1991 im Freistaat Sachsen tätig; zunächst als Referatsleiter im Staatsministerium des Innern, von Oktober 1991 bis August 1996 Leiter des Polizeipräsidiums Dresden. 1996 bis 1999 Leiter der Controlling-Gruppe bzw. Referatsleiter Controlling/Gremien und Öffentlichkeitsarbeit im Innenministerium.

1999 bis 2001 Berater für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik im Innenministerium in Prag, danach wieder im Sächsischen Staatsministerium als Referatsleiter Controlling bzw. Technik/Haushalt/Liegenschaften.

Von Dezember 2002 bis Juni 2004 Leiter des Präsidiums der Bereitschaftspolizei Sachsen, seit Juli 2004 Präsident des Landeskriminalamtes Sachsen.

Neuausrichtung der polizeilichen Präventionsarbeit im Freistaat Sachsen

Moderation: Dr. Harald Preusker

Im Freistaat Sachsen sind mit Stand Mai 2007 258 Polizeibeamte in verschiedenen Organisationseinheiten und Handlungsebenen hauptamtlich mit Prävention befasst. Beginnend im Jahr 2006 wurde die polizeiliche Prävention vor dem Hintergrund einer weiteren Aufgabenprofessionalisierung, aber auch von Kabinett beschlossener Personaleinsparungen, einer aufgabenkritischen Untersuchung unterzogen. Ziel war, die polizeiliche Präventionsarbeit inhaltlich und strukturell so zu verändern, dass der Beitrag der Polizei innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Prävention trotz der genannten Einschränkungen landesweit in gleicher Qualität zur Verfügung steht. Durch das Sächsische Staatsministerium des Innern wurde das Landeskriminalamt Sachsen mit der Untersuchung und der Erarbeitung einer Vorlage für die Neuausrichtung der Prävention beauftragt.

Einen wesentlichen Eckpunkt der Vorlage bildet die Definition von quantifizierbaren Pflichtaufgaben in der Präventionsarbeit. Die dazu vorgelegten Berechnungsmodelle erlauben eine aufgabenorientierte Personalausstattung bis auf die Ebene des Polizeireviers, eine bedarfsorientierte Aus- und Fortbildung und eine optimierte Ressourcennutzung. Gleichzeitig ermöglicht der Ansatz eine flexible und lageangepasste Verbindung von Präventions- und Repressionsaufgaben vor Ort.



Dr. Marc Coester
Landespräventionsrat
Niedersachsen



Dr. Anja Meyer
Landespräventionsrat
Niedersachsen



Thomas Müller
Polizeikommissariat Papenburg



Prof. Dr. Jochen-Thomas Werner
Polizeiakademie Niedersachsen

Dr. Marc Coester: Diplompädagoge. Koordiniert beim Landespräventionsrat Niedersachsen das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Siehe auch www.marc-coester.de.

Dr. Anja Meyer: Sozialwirtin. Beim Landespräventionsrat Niedersachsen hauptverantwortlich für das „Beccaria-Programm: Qualität in der Kriminalprävention“ Weitere Informationen unter www.beccaria.de

Thomas Müller: 43 Jahre, Leiter eines Polizeikommissariats, mehrjährige Erfahrung in der Gründungs- Struktur- und Projektberatung kommun. Präventionsgremien in Niedersachsen.

Prof. Dr. phil. Jochen-Thomas Werner: Sozial- und Kulturwissenschaftler. Lehrt an der Polizeiakademie Niedersachsen. Arbeitsschwerpunkt: Perspektiven von öffentlicher Sicherheit in multikulturellen und multiethnischen Gesellschaften.

Wissen ist Macht – Das Beccaria- Qualifizierungsprogramm in der Kriminalprävention

Wer in der Kriminalprävention erfolgreich tätig sein will, der muss über fundiertes Wissen verfügen, insbesondere weil die Arbeit kriminalpräventiver Akteure die gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig mitbestimmt.

Auf gegenwärtigem Wissen beruhend, nimmt sie entscheidenden Einfluss auf die zukünftigen sozialen Gegebenheiten in unserem Land. Im Wissen um die gesellschaftliche Bedeutung der Kriminalprävention stellt sich der Landespräventionsrat Niedersachsen seit Februar 2008 der Verantwortung und bietet erstmalig das „Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention“ an.

In vier Modulen, die speziell für diese Weiterbildungsmaßnahme konzipiert wurden, spiegelt sich der heutige Kenntnisstand folgender Disziplinen wider: Kriminologie (Kriminalität verstehen); Kriminalprävention (Reduzierung normabweichenden Verhaltens); Projektmanagement (Ressourcen, Zuständigkeiten, Projektablauf; Evaluation) und Projekt-Praktikum (angeleitete Umsetzung in der Praxis).

Der Vortrag gibt einen Überblick über das Qualifizierungsprogramm und ist besonders für alle geeignet, die daran interessiert sind, sich auf dem Gebiet der Kriminalprävention weiterzubilden



Cathleen Kappes

**Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen e.V.**

Cathleen Kappes, geb. 1981, Dipl.-Psychologin (Potsdam, Nijmegen), seit 06/2007 Stipendiatin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Forschungsschwerpunkte: Wirkfaktoren der schulischen und kommunalen Kriminalprävention, Kriminalitätsfurcht und ihre Auswirkungen auf Sicherheitsbedürfnisse, Einflüsse der sozialen Wahrnehmung auf das Verhalten.

Effekte schulischer Gewaltprävention

Moderation: Susanne Kirchhoff

Vor dem Hintergrund der an Bedeutung gewinnenden Instanz Schule als Sozialisationsraum für Einstellungen und Verhalten wird der Frage nachgegangen, welche schulischen präventiven Maßnahmen erfolgreich zur Verringerung von Täter- und Opferwerdung von Gewalt sowohl in der Schule als auch außerhalb beitragen.

In diesem Zusammenhang werden zum einen Daten von Schülern der 9. Klasse, welche im Rahmen einer repräsentativen bundesweiten Schülerbefragung 2007/2008 des KFN erhoben wurden, und Ergebnisse einer Vollerhebung der 9. Klassen in Hannover 2006 verwendet. Diese Daten sollen mit Hilfe einer Befragung der Schulleiter zu Angaben hinsichtlich des Umfangs und der Umsetzung schulischer (gewalt-) präventiver Projekte und der Integration, Bewusstheit und Förderung von Prävention in der Schule in Beziehung gesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die Frage des zielgruppenorientierten Vorgehens (z.B. geschlechtsspezifisch, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Schultypenvergleich) gelegt. Flankiert wird diese Erhebung von einer Befragung weiterer kommunaler Präventionsträger wie das Jugendamt, die Polizei und kommunale Präventionsgremien bezüglich derer Präventionsbemühungen.



Klaus Stüllenberg
Stiftung Kriminalprävention

Klaus Stüllenberg (54), Münster.

1972 Abitur, Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst, berufsbegleitendes Jurastudium, 1986 Kriminalrat in der Landespolizei NW.

1991 geschäftsführender Gesellschafter und Sanierer eines deutschen Sicherheitsunternehmens.

1998 Vorsitzender des Strategischen Europaboards Pinkerton / USA.

Parallel seit 1995 Errichtung und Vorsitz der Stiftung Kriminalprävention, Münster.

2000 Errichtung und Leitung des Forschungsinstituts der Stiftung in Münster.

Autor zahlreicher Fachbücher und -beiträge in den Themenbereichen gewerbliche und öffentliche Sicherheit, Personenschutz, Qualitätsmanagement, Effizienzuntersuchungen, Produkterpressung, Lügendetektortests sowie Zukunftsforschung.

Die Zukunft der kommunalen Kriminalprävention

Moderation: Albert van Heek

Städte und Gemeinden befinden sich in einem Standortwettbewerb um Wirtschaftsansiedlung und Bevölkerung, die geringe Sozialkosten verursacht. Sicherheit wird zum Marketingfaktor.

Der Mittelstand bricht weg, die Bevölkerung nimmt ab, zerfällt in arm und reich – mit allen Folgeproblemen.

Ziele der Gesellschaft werden ersetzt durch leere Individualität – es herrscht der materielle Hedonismus.

Welchen Stellenwert hat in einem solchen für 2015 vorhersehbaren Umfeld die kommunale Kriminalprävention? Wie wird sie sich verändern – müssen? Was kann sie leisten? Wer sind die Akteure und mit welchem Ergebnis?

Themenbezogene Vorstellung der Ergebnisse mehrerer Zukunftsstudien zur Sicherheit in Deutschland.



Prof. Dr. Robert Pütz

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main



Verena Schreiber

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main



Christian Schwedes

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Robert Pütz lehrt und forscht seit 2004 als Professor für Humangeographie an der Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der sozial- und wirtschaftsgeographischen Metropolenforschung mit einem Forschungsschwerpunkt im Bereich Stadt und (Un-)Sicherheit. Neben anwendungsorientierten Studien und Arbeiten zum Zusammenhang von Sicherheit und Wohnen steht die Analyse der diskursiven Verschränkung von Unsicherheit, Kriminalität und (Stadt-)Raum im Zentrum der Forschungsarbeiten.

Verena Schreiber lehrt und forscht am Institut für Humangeographie der Universität Frankfurt am Main als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der geographischen Stadtforschung, der Sozialgeographie und der empirischen Sozialforschung. Im Rahmen ihrer Dissertation zur diskursiven Produktion von (Un-)Sicherheiten führte Sie eine deutschlandweite Umfrage unter lokalen Präventionsgremien durch.

Christian Schwedes arbeitet seit 2007 als Projektmitarbeiter im Forschungsschwerpunkt Stadt und (Un-)Sicherheit des Instituts für Humangeographie der Universität Frankfurt am Main. Im Rahmen des Projekts zur Dokumentation kriminalpräventiver Projekte und Kampagnen zur Unterstützung von PräViS forscht er im Bereich schulischer Präventionsarbeit und führte dazu unter anderem die erste bundesweite Umfrage an Schulen durch.

Präventionsarbeit an Schulen in Deutschland: Handlungsfelder und räumliche Implikationen

Moderation: Dr. Helmut Fünfsinn

Befördert von der starken Präsenz des Themas Jugenddelinquenz in den Medien aber auch in Politik und Wissenschaft, ist in den letzten Jahren eine kaum überschaubare Zahl von Projekten, Programmen und Curricula zu ihrer Prävention entwickelt worden. Diese Entwicklung wird zwischen schulischen Akteuren und Vertretern der Kriminalprävention kontrovers diskutiert. Es stellt sich insbesondere die Frage, ob Schule als Bildungsinstitution bei der Implementierung von Präventionsprogrammen eine besondere Bedeutung zukommt, und wenn ja, welchen Stellenwert der Präventionsarbeit im schulischen Alltag zugemessen wird.

Bislang gibt es keine umfassende empirische Erhebung, die eine Übersicht über schulische Präventionsarbeit in Deutschland bietet. Die vorzustellende Untersuchung möchte diese Lücke füllen, indem sie erstmals einen Überblick über die Aktivitäten ermöglicht. Hierfür wurden im Winter 2007/2008 bundesweit 26 000 Schulen gebeten, sich an einer Online-Umfrage zu beteiligen. Im Vortrag werden die zentralen Ergebnisse der Erhebung vorgestellt. Dabei wird zum einen der Versuch einer Strukturierung des Feldes schulischer Präventionsarbeit unternommen. Zum anderen werden die räumliche Verbreitung der unterschiedlichen Ansätze schulbezogener Prävention und ihre Hintergründe skizziert.



Prof. Dr. Elisabeth Pott

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Prof. Dr. med. Elisabeth Pott, geb. am 10. Januar 1949 in Bochum

Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung;
Lehrauftrag für Sozialmedizin: Medizinische Hochschule Hannover

- 1967–1974: Medizinstudium in Bonn und Kiel
- 1976: Approbation. Promotion (Gerichtsmedizin)
- 1976 /77: Chirurgische Weiterbildung
- 1981: Ärztin für öffentliches Gesundheitswesen
- 1978: Referentin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Gesundheitsvorsorge und Früherkennung in der GKV)
- 1981: Referatsleiterin im Niedersächsischen Sozialministerium (Gesundheitsvorsorge und -fürsorge im ÖGD)
- März 2007: Honorarprofessur im Zentrum Öffentliche Gesundheitspflege an der Medizinischen Hochschule Hannover am Institut für Epidemiologie, Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung
- Seit 1985 Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Alkoholprävention bei Jugendlichen

Moderation: Norbert Seitz

Alkoholpräventionsmaßnahmen der BZgA in jugendrelevanten Settings

Momentan ist ein Besorgnis erregender Trend hin zu riskanten Konsummustern bei Jugendlichen festzustellen. Die Bereitschaft zum „Binge Drinking“ nimmt deutlich zu. Diese Entwicklung geht mit einem Anstieg in der Zahl von Kindern und Jugendlichen einher, die aufgrund einer Alkoholintoxikation stationär behandelt werden müssen. Zudem weisen aktuelle Studienergebnisse auf den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalt hin. In 2008 gaben 21 % der Jungen an, durch ihren Alkoholkonsum in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt worden zu sein. Zur Förderung eines kritisch distanten Umgangs mit Alkohol hat die BZgA 2006 die „NA TOLL!“-Jugendkampagne entwickelt. Sie kombiniert massenmediale Kommunikationselemente mit personalkommunikativen Interventionsstrategien. Jugendliche werden in ihrer Freizeit im Wesentlichen über das Internet www.bist-du-staerker-als-alkohol.de und Peers angesprochen. Weitere Interventionsmaßnahmen sind v.a. Angebote von www.drugcom.de sowie die im Setting Sport. Das internetbasierte Suchtpräventionsprojekt www.drugcom.de bietet Jugendlichen, die einen kritischen Alkoholkonsum aufweisen, neben Informationen einen Selbsttest und ein Onlineausstiegsprogramm. Die Angebote im Setting Sportverein ermöglichen über die Breitensportverbände den flächendeckenden Zugang zu Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Das Maßnahmenpaket der BZgA erreicht somit eine Zielgruppenabdeckung, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Multiplikatoren umfasst.



Bastian Finke

**MANEO – Das schwule
Anti-Gewalt-Projekt in Berlin**



Dr. Bodo Lippl

Humboldt Universität zu Berlin

Dr. Bodo Lippl, geb. am 30. April 1970 in Grafenau (Bay. Wald). 1989–1995 Studium der Kath. Theologie und Philosophie, 1992–1997 Studium der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1997–1998: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im „International Social Justice Project“ (ISJP) und seit 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lehrbereich „Empirische Sozialforschung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2003 Promotion zum Dr. phil. (Sozialwissenschaften) an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Thema „Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Analysen in postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern“. Zurzeit Verwaltung der Professur „Methoden der empirischen Sozialforschung“ an der Leibniz Universität Hannover. Email: lippl@sowi.hu-berlin.de, Web: www.bodo-lippl.de

Bastian Finke, geb. am 23.02.1960 in Berlin. Dipl. Soziologe, Psychotrauma- und Entspannungstherapeut, Mediator in Strafsachen. 1980–1986 Studium der Soziologie, Psychologie und Politik an der Freien Universität Berlin, 1982–1983 an der Queens University of Belfast. 1977–1990 Unterstützung der Versöhnungsarbeit in Nordirland, Arbeit mit bürgerkriegs-betroffenen Jugendlichen und Erwachsenen, Zusammenarbeit mit Mairead Corrigan-Maguire (Friedensnobelpreisträgerin, Belfast) und EIRENE (Neuwied). Seit 1990 Aufbau und Leitung von MANEO, Berlins schwulem Anti-Gewalt-Projekt. 1993–1998 Gründung und Leitung des Lesbisch-Schwulen Stadtfest Berlin. Seit 2002 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland (ado), Vertreter im European Forum for Victim Services. bastian.finke@maneo.de

Schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum – Opferhilfe und Prävention

Moderation: Renate Engels

MANEO, früher „Schwules Überfalltelefon Berlin“, besteht seit 17 Jahren und ist bundesweit das bedeutendste und älteste schwule Anti-Gewalt-Projekt in Deutschland. Die Arbeit von MANEO ist vielfach geschätzt und wurde bereits mehrfach ausgezeichnet (www.maneo.de, www.maneo-toleranzkampagne.de, www.opferhilfen.de, www.euvictimservices.org).

Seit April 2006 führt MANEO eine von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) auf drei Jahre geförderte Toleranzkampagne durch, die zu mehr Wahrnehmung von schwulenfeindlicher Gewalt in der Öffentlichkeit beitragen soll. Die Kampagne umfasst verschiedene Projekte. So veranstaltete MANEO im Mai 2007 zum zweiten Mal eine MANEO-WERKSTATT zum Thema „Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum“, an der 150 Fachpersonen und Politiker aus Deutschland und Europa teilnahmen.

Besondere Aufmerksamkeit finden die Ergebnisse der MANEO-Umfrage 1 (2006/2007), die bisher größte wissenschaftliche Umfrage zu schwulenfeindlichen Gewalterfahrungen in Deutschland, an der 24.000 Personen teilnahmen (www.maneo-toleranzkampagne.de). Im Ergebnis berichteten 35 % der Befragten von Gewalterfahrungen in den letzten 12 Monaten; 90 % der Taten waren nicht angezeigt – eine schwere Hypothek für die Gesellschaft. Die Umfrage wurde als MANEO-Umfrage 2 (2007/2008) wiederholt.

Im Forum wollen wir die Ergebnisse unserer MANEO-Umfragen und unserer Präventionsarbeit präsentieren sowie Präventionsideen diskutieren.

Brigitte Komescher

**Seniorpartner in School e.V. NRW
& WEISSER RING e.V.**



Sibylle Völker

Seniorpartner in School e.V. NRW

Brigitte Komescher, geb.17.11.1952, 3 Kinder, Familienmediation. Seit 2005 ehrenamtlich tätig für Seniorpartner in School.

Sibylle Völker, geb.14.1.1940, 3 Kinder, Grundschullehrerin im Ruhestand. Seit 2005 ehrenamtlich tätig für Seniorpartner in School.

Generationsübergreifende Prävention am Beispiel der Mediation an Schulen durch die „Seniorpartner in School“

Moderation: Maren Adler

Die heutige Jugend braucht das Engagement der älteren Generation, ihre Kompetenzen und Lebenserfahrungen. Der Verein „Seniorpartner in School“ (SiS) ermöglicht, dass beide Seiten – Jüngere und Ältere – voneinander profitieren. Die Generationen bewegen sich aufeinander zu und setzen sich gleichzeitig für mehr Kriminalprävention an Schulen ein, indem sie die Mediation umsetzen. Für die Streitschlichtung an Schulen wird nicht nur beim WEISSEN RING e.V. seit einigen Jahren durch das Projekt „Mediate“ geworben, sondern bei der Umsetzung von Mediation an Schulen sind die „Seniorpartner in School“ kompetente Ansprechpartner. Die „Seniorpartner“ arbeiten ehrenamtlich, sie sind ausgebildete Mediatoren und vermitteln seit 2001 bei Konflikten in Schulen.

Die Qualität der ehrenamtlichen Mediatorenaktivität wird durch eine fundierte Ausbildung sowie kontinuierliche fachliche Betreuung der Freiwilligen gewährleistet.

Da die Schule sich in Zukunft noch weiter für außerschulische Bündnispartner öffnen wird, sollte die Gelegenheit für bürgerschaftliches Engagement auch dort genutzt werden, um kriminalpräventive Vorstellungen zu transportieren. Als Nebeneffekt kann dabei der Aufbau von lokalen Netzwerken gefördert werden. Am Beispiel der Arbeit der „Seniorpartner in School“ soll die generationsübergreifende Prävention dargestellt werden.



Prof. Dr. A. Windorfer
Stiftung EINE CHANCE FÜR
KINDER

Nach dem Medizinstudium Weiterbildung zum Facharzt für Kinderheilkunde in Freiburg. Oberarzt an der Kinderklinik der Techn. Univ. München von 1976 bis 1982.

Leiter der Gesundheitsabteilung im Niedersächsischen Sozialministerium von 1983 bis 1996. anschließend Präsident des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes. Seit Anfang 2007 in Pension.

Im Jahr 2001 Gründung der Stiftung EINE CHANCE FÜR KINDER/Hildegard und Hermann Schnipkoweit.

Aufsuchende Betreuung durch Familienhebammen bei Risikofaktoren in Schwangerschaft und Säuglingszeit = optimale Prävention vor Kindesvernachlässigung

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Die Stiftung EINE CHANCE FÜR KINDER hat es sich zum Ziel gesetzt, durch den Einsatz von Familienhebammen Kinder vor Vernachlässigung zu bewahren.

Der günstigste Zeitpunkt, um eine gute Mutter-Kind-Bindung und die Vermeidung von Risikofaktoren erreichen zu können, ist die Schwangerschaft oder zumindest die Säuglingszeit eines Kindes. Seit dem Jahr 2002 setzt die Stiftung EINE CHANCE FÜR KINDER daher in niedersächsischen Kommunen zu Familienhebammen fortgebildete Hebammen ein, um Risikofaktoren in Bezug auf drohende Kindesvernachlässigung während der Schwangerschaft und in der Säuglingszeit erkennen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Vermeidung bzw. Verminderung einleiten können.

Waren in den Jahren 2002–2006 lediglich 12 Familienhebammen in 4 niedersächsischen Kommunen eingesetzt, so sind es im Jahr 2007 bereits 105 Familienhebammen in 20 Kommunen. In den Jahren 2002–2006 konnte die Betreuung von über 500 Frauen und ihren Kindern wissenschaftlich dokumentiert und ausgewertet werden. Bei annähernd 40 % der betreuten Frauen und ihren Kindern ließen sich durch die aufsuchende Betreuung der Familienhebammen bestehende Risikofaktoren hinsichtlich einer drohenden Kindesvernachlässigung ganz beseitigen. In weiteren 40 % konnte die Gefahr deutlich vermindert und nach Ende des ersten Lebensjahres eines Kindes die aufsuchende Betreuung an andere Professionen übergeben werden. Lediglich bei 20 % der betreuten Familien mussten andere intensive Maßnahmen der zuständigen Jugendbehörden eingesetzt werden. Die Auswertung der aufsuchenden Arbeit der Familienhebammen für die Jahre 2002–2006 wird im Detail vorgestellt.



Michael Breitschwerdt
Polizeipräsidium Potsdam

Michael Breitschwerdt, Polizeirat, geb. 1954 in Merseburg, Sachsen-Anhalt.

Seit 1977 im Polizeidienst war er in verschiedenen operativen, Stabs- und Führungsfunktionen tätig, u.a. bei der Kriminalpolizei, als Leiter der Führungsstelle eines Schutzbereiches oder Leiter einer Polizeiwache. Studium an der Polizeihochschule Berlin-Biesdorf sowie der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup (jetzt Deutsche Hochschule der Polizei).

Ab 2005 ist er in der Funktion des Sicherheits- und Präventionsberaters für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit der Aufgabe des Präventionsmanagements betraut.

Gesamtverantwortetes Sicherheits- und Präventionsmanagement am Beispiel von Antibullying

Moderation: Dr. Harald Preusker

Am Beispiel einer kommunalen Strategie wird gezeigt, was erforderlich sein kann, um Kinder- und Jugendgewalt wirkungsvoll „zuvorzukommen“. Gerade als Antwort auf ein hochkomplexes Geschehen, wie der schulischen Gewalt, bedarf es der Entwicklung, Gestaltung und Lenkung zweckorientierter sozialer Systeme.

Zur Umsetzung je eines bereits evaluierten Mehrebenenprogramms für die Schulen und Kindergärten waren sowohl ein Überblick über präventable Bedingungen, die Planung von Veränderungsprozessen sowie das Erschließen und Zusammenführen von Know how und Ressourcen erforderlich. Bei der Beratung der Kommunalpolitik sind Erwägungen der Wirtschaftlichkeit ebenso einzubeziehen wie konsequent auf die Wirkung präventiven Handelns zu orientieren ist.

Für eine angestrebte flächendeckende Umsetzung sowohl des Kindergartenprogramms EFFEKT der Universität Erlangen-Nürnberg als auch des Programms des norwegischen Psychologen Olweus werden durch ein im engen Zusammenwirken mit dem Staatlichen Schulamt Perleberg und weiteren Einrichtungen gebildeten Prozessteam Standards in einer Matrix erfasst sowie ein Qualitätshandbuch erarbeitet. Dabei wird jedes im Einzelnen notwendige Element der Mehrebenenprogramme, als auch flankierender Elemente ausführlich beschrieben und mit Qualitätsmerkmalen versehen.

Das vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin ausgehende Pilotprojekt für das Land Brandenburg trifft inzwischen auf reges Interesse bei Kindergärten und Schulen und bei Präventionsräten weiterer Landkreise und kreisfreien Städte.



Dr. Christian Lüders
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Bernd Holthusen
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Christian Lüders

Seit 1994 Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut in München; stellvertretender Direktor des DJI; aktuell Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Jungsein in Bayern“.

Jugendliche mit Migrationshintergrund – eine Herausforderung für die Kriminalprävention?

Moderation: Dr. Matthias Braasch

Die jüngeren politischen Debatten um den Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben deutlich gemacht, dass auch die kriminalpräventive Fachdiskussion noch ein ganzes Stück von einem differenzierten Verständnis der unterschiedlichen Lebens- und Problemlagen dieser Jugendlichen entfernt ist. Vor diesem Hintergrund unternimmt der Vortrag auf der Basis der Forschung den Versuch einer Annäherung an die sehr heterogenen biografischen und sozialen Bedingungen, unter den Jugendliche mit Migrationshintergrund heute aufwachsen. Im Vordergrund steht dabei das Bemühen, eine Ethnisierung der Konflikte zu vermeiden, weil diese eher von zentralen Herausforderungen ablenkt. In einem letzten Schritt sollen schließlich absehbare Konsequenzen für die kriminalpräventive Praxis und Fachdiskussion zur Debatte gestellt werden.



Dr. Isabell Götz
Oberlandesgericht München

Die Referentin ist als Richterin in München tätig. Seit Anfang 2000 ist sie Familienrichterin, zunächst am Amtsgericht und seit April 2006 am Oberlandesgericht München. Sie ist außerdem stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Familiengerichtstags.

Gewalt gegen Partner, Kinder und alte Menschen – Regelungsmöglichkeiten des Familiengerichts

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Familienrecht ist emotional befrachtet. Zerbricht eine Beziehung ist zu klären, wo die Kinder künftig leben, wer sie wann sehen darf, wer von welchem Geld lebt, was mit dem erworbenen Vermögen und der erwirtschafteten Altersvorsorge, aber auch mit gemeinsamen Schulden geschieht. Die Probleme sind groß und zahlreich genug. Sie potenzieren sich, wenn Gewalt hinzukommt – gegen den Partner, die Kinder oder alte Menschen, die im Haushalt versorgt und gepflegt werden.

Dabei ist Gewalt im häuslichen Nahbereich die am häufigsten vorkommende Form von Gewalt. Dem Familiengericht stehen heute in Fällen von Gewalt, Bedrohung und Gefährdung des Wohls von Kindern verschiedene Vorschriften zur Verfügung, um deeskalierend und regulierend einzugreifen: Die Regelung der künftigen Alleinnutzung einer gemeinsamen Wohnung, die Verhängung schützender Zusatzanordnungen, die Scheidung der Ehe oder Aufhebung einer Lebenspartnerschaft vor Ablauf des Trennungsjahres, die Eingrenzung oder sogar der Ausschluss bestehender familienrechtlicher Ansprüche des Täters gegen das Opfer – Unterhalt, Versorgungsausgleich, Zugewinn – sind Beispiele dafür. Doch es bestehen Unterschiede je nach dem Status eines Paares und nicht immer sind Opfer und Kinder tatsächlich ausreichend geschützt. Das Familienrecht zeigt in diesem Bereich Stärken und Schwächen – ein Bericht aus der Sicht der Praxis.



**Prof. Dr. Wolfgang
Heckmann**

Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann

- Jahrgang 1946
- seit 1972 Diplom-Psychologe
- seit 1971 therapeutische Arbeit mit Drogenabhängigen
- 1978–1986 Drogenbeauftragter des Landes Berlin
- 1981/82 Gastprofessor für Entwicklungs-Psychologie und Drogenprobleme in Kassel
- seit 1986 sozialwissenschaftliche Gesundheits-Forschung zu Fragen der Morbidität, der Versorgung und der Wirksamkeit von Modellen, Leiter der Abt. AIDS- und Sucht-Forschung am Sozialpädagogischen Institut Berlin
- Juni 1987 bis Juli 1993 Leiter des Fachgebietes Psycho-soziale Forschung im AIDS-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes
- 1992/93 Global Program on AIDS, WHO-Regionalbüro Europa, Kopenhagen
- seit August 1993 Professor für Sozial-Psychologie an Hochschule Magdeburg-Stendal, beteiligt an Planung und Weiterentwicklung von Strategien im Sozial- und Gesundheitswesen Sachsen-Anhalts (Schwerpunkte: Sozialpsychiatrie, Sucht)
- Herausgeber der Reihen „Suchtprobleme in Pädagogik und Therapie“ und „Arbeitsergebnisse aus der Suchtforschung“ Beltz, Weinheim/Basel, Mit-Herausgeber der Reihe „Ergebnisse sozialwissenschaftlicher AIDS-Forschung“, Sigma, Berlin

Drogenpolitik als Citymanagement – Ein europäischer Vergleich

Moderation: Erich Marks

Dass Drogenpolitik im Wesentlichen ein Problem der großen Städte ist, wurde schon in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts deutlich. Zwar waren illegale Drogen seit diesem Zeitraum auch überall auf dem Lande erhältlich, offene Szenen aber bildeten sich dort eher nicht heraus. Sie waren und blieben bis heute ein Phänomen der Ballungszentren.

Behandelt werden die Drogen-Szenen unterschiedlich:

- als ordnungspolitisches Ärgernis, das – u.a. auch wegen sozialer und medizinischer Infektionsgefahren – zu zer schlagen oder zu zerstreuen ist
- als Ort, der eine günstige Basis für verdeckte polizeiliche, aber auch journalistische und wissenschaftliche Recherche bietet
- als Versammlung der am stärksten verelendeten Klientel, die hier gut erreichbar ist für Notfall-Versorgung und Motivationsarbeit.

Wie in den Großstädten mit diesem Phänomen umgegangen werden soll war in Europa Jahrzehntelang unter den Sucht-Spezialisten streitig: Es gibt Städte-Bünde, die besonders stark auf Kontrolle der Szene setzen und andere, die vorrangig mit niedrighschwelligen und elendsreduzierenden Angeboten Verbesserungen erreichen wollen.

Das „European Forum for Urban Safety“ hat unter dem Leitbild „Democracy, Cities & Drugs“ die Basis für eine Debatte unter allen am City-Management Beteiligten angestoßen, die zu Arbeitsergebnissen geführt hat, die eine Vereinheitlichung der Drogenpolitik in den großen Städten Europas erhebliche Bedeutung hat.

Um diese Arbeitsergebnisse wird es in dem Vortrag gehen.



Prof. Dr. Dr. Klaus M. Beier

**Universitätsklinikum Charité
Campus Mitte – Freie und
Humboldt-Universität zu Berlin**

Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier, Jahrgang 1961, Studium der Medizin (ab 1979) und der Philosophie (ab 1980) an der Freien Universität Berlin; Promotion in der Medizin über ein klinisch-neurophysiologisches Thema (1986) und in der Philosophie mit einem Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte und -theorie der Psychologie und Psychopathologie (1988). Ab 1988 wissenschaftlicher Assistent für Sexualmedizin an der Sexualmedizinischen Forschungs- und Beratungsstelle am Klinikum der Universität Kiel. 1994 Habilitation für Sexualmedizin mit einer retrospektiven Lebenslängsschnittanalyse zur Prognose ehemals begutachteter Sexualstraftäter. Facharzt für Psychotherapeutische Medizin und Psychoanalytiker. Seit 1996 Professor für Sexualwissenschaft / Sexualmedizin am Universitätsklinikum Charité der Humboldt-Universität zu Berlin; leitet das dortige Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin.

Der Berliner Ansatz zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch im Dunkelfeld

Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf

Das „Präventionsprojekt Dunkelfeld (PPD)“ wurde am Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité initiiert und wird dort derzeit durchgeführt.

Ziel dieses seit 2004 von der Volkswagen-Stiftung und seit 2007 auch vom Bund finanzierten Forschungsprojektes ist es, für Männer mit pädophiler Neigung präventive therapeutische Maßnahmen anzubieten, bevor sie ein Kind sexuell missbrauchen. Aus klinischen Erfahrungen ist bekannt, dass es (nicht-justizbekannte) Personen gibt, die auf Kinder gerichtete sexuelle Impulse verspüren und nun aus diesem Grund von sich aus und ohne rechtlichen Druck therapeutische Hilfe wollen, um keine sexuellen Übergriffe auf Kinder (mehr) zu begehen. Das übergeordnete Ziel des Projektes ist die Verhinderung sexuellen Kindesmissbrauchs durch Etablierung qualifizierter präventiver Therapieangebote für potentielle Täter und Dunkelfeld-Täter.

Seit Beginn des weltweit einzigartigen Präventionsprojektes haben mehr als 700 Männer das Angebot angenommen und sich an die Berliner Charité gewandt. Mittlerweile wurden die ersten Therapiegruppen abgeschlossen und Verlaufsmessungen vorgenommen.



Prof. Dr. Britta Bannenberg
Universität Gießen



Prof. Dr. Dieter Rössner
Universität Marburg

Prof. Dr. Britta Bannenberg, geb. 1964; Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen; 1989 1. jur. Staatsexamen; Promotion in Göttingen; 1993 Dissertation zum Thema Täter-Opfer-Ausgleich: Wiedergutmachung in der Strafrechtspraxis; 1994 in Hessen 2. jur. Staatsexamen; 1995–2001 wissenschaftliche Assistentin bei Prof. Dr. Rössner an der Martin-Luther-Universität Halle / Saale und an der Philipps-Universität Marburg; Habilitation im Dezember 2001. Forschungsschwerpunkte neben Korruption: Täter-Opfer-Ausgleich, Gewaltkriminalität, Kriminalprävention. Seit April 2002 Professorin für Kriminologie, Strafverfahrensrecht und Strafrecht an der Universität Bielefeld. Seit Februar 2008 Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Dieter Rössner, 1945, Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, fast 10-jährige Tätigkeit im baden-württembergischen Justizdienst als Richter, Staatsanwalt und Referent im Justizministerium. Seit 1985 Professur am Institut für Sozialpädagogik an der Universität Lüneburg, danach Professur für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Göttingen, Halle und seit 1997 in Marburg. Mitglied der Arbeitsgruppe Alternativ-Entwurf deutscher, schweizerischer und österreichischer Strafrechtslehrer. Vorsitzender des Landespräventionsrates in Hessen. Forschungsgebiete: Täter-Opfer-Ausgleich und opferbezogene Strafrechtspflege, Gewaltforschung, Vergleichsuntersuchungen zur Persönlichkeit von Straftätern. Empirisch orientierte Kriminalprävention und Wirkungsforschung, (Düsseldorfer Gutachten, Vorurteilskriminalität), Sportstrafrecht.

Evaluationen kriminalpräventiver Projekte in Deutschland – Ein Praxis-überblick

Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf

Der Vortrag wird versuchen, einen Überblick über den Stand kriminalpräventiver Wirkungsevaluation in Deutschland zu geben. Erfahrungsgemäß ist es nicht einfach, die enorme Vielfalt der verschiedenen kriminalpräventiven Aktivitäten in Deutschland zu erfassen und wissenschaftlich einzuordnen. Eine Bestandsaufnahme mit tausenden von Projekten kann auch kein wissenschaftliches Ziel sein und wäre nutzlos. Uns geht es darum, erste Tendenzen über Wirksamkeit (kriminalitätsreduzierend oder nicht oder erwartungswidrig kriminalitätssteigernd) mit wichtigen Praxisbeispielen aufzeigen zu können. Dies ist nur bei Wirkungsevaluationen unter bestimmten wissenschaftlichen Anforderungen möglich. Strukturiert nach Deliktsbereichen und präventiven Ansatzpunkten könnte ein erster Blick über wirksame kriminalpräventive Maßnahmen gelingen, der die örtliche Ausrichtung (nur regional oder landesweit), die Zielsetzung und die Methodik der Untersuchung ebenso benennt wie die evaluierenden Forscher und mögliche Auftraggeber der Studie. Im Idealfall liegen Evaluationsergebnisse vor, die den Erfolg, Misserfolg oder auch unerwartete Ereignisse dokumentieren.

Die beiden Professuren werden künftig gemeinsam in einer dauerhaften Einrichtung zu diesen Fragen forschen und das Wissen der Praxis zur Verfügung stellen. Einen nur kleinen Beitrag stellt in diesem Zusammenhang der Bericht zur deutschen Situation dar, der dieses Jahr einem Programm der EU Kommission („Assessing Deviance, Crime and Prevention in Europe – CRIMPREV“ – gemeinsam mit EFUS) zur Erfassung nationaler Präventionsstrategien zur Verfügung gestellt wird.

Internetforum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
des Internetforums

	Seite
Internetkriminalität 2008 – Gefahren-Maßnahmen-Anlaufstellen Rolf Grimmer	188
„Präventiver Jugendmedienschutz – Sicheres Chatten am Beispiel des moderierten Kinderchats von Seitenstark“ Stefanie Krauel, Dorothea Schulz	190
„Kompetente Onlineberatung durch Ehrenamtliche – ein Praxisbericht“ Annette Cieslinski, Emily Engelhardt	192
„Happy Slapping“ – Erscheinungsformen und Motive. Empirische Ergebnisse und Anregungen für die Prävention. Judith Hilgers	194
Was macht mein Kind im Internet? Worin liegt die Gefährdung? Medienerziehungstipps, Medienempfehlungen und Hilfsangebote Walter Staufer	196

Montag, 2. Juni



Rolf Grimmer
nanodesign

Rolf Grimmer, 36 Jahre
Höhere Handelsschule
Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann und
Mediengestalter für Digital- und Printmedien.
Seit 2002 Inhaber von „nanodesign“.

Internetkriminalität 2008 – Gefahren – Maßnahmen – Anlaufstellen

Das „Internet“ wird ständig weiterentwickelt und ebenso schnell schreitet die Vernetzung von immer mehr Privathaushalten, Unternehmen und Organisationen voran. Doch mit der Nutzung der Unterhaltungs- und Informationsangebote und der Teilnahme an den stetig steigenden Möglichkeiten des Informationsaustauschs sind die Nutzer ebenfalls einer „globalen“ Gefahr ausgesetzt. Denn ebenso schnell wachsen und verändern sich die Tätigkeitsfelder der Internetkriminalität.

In dieser Situation, in der immer mehr potenzielle Ziele unwissend mit einer schnell verändernden Palette an Gefahren konfrontiert werden, erhält die Kriminalprävention im Internet eine immer stärkere Rolle.

Der Vortrag gibt einen aktuellen Überblick der Gefahren im Internet, informiert über die Besonderheiten von „digitalen Angriffen“, zeigt Gegenmaßnahmen auf und gibt Auskunft über vorhandene Anlaufstellen für Internetkriminalität.

Für den persönlichen Umgang im Internet erhält der Zuhörer Verhaltensregeln, die dem eigenen Schutz im digitalen Zeitalter dienen und eine Grundvoraussetzung für die Nutzung des „Internets“ darstellen. Zum Abschluss werden Fragen rund um das Thema Kriminalprävention im Internet diskutiert.



Stefanie Krauel
Universität Leipzig



Dorothea Schulz
Universität Leipzig

Stefanie Krauel wurde 1981 geboren. Studium der Kommunikations- und Medienwissenschaft mit Schwerpunkt Medienpädagogik, Psychologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Leipzig. Seit Mai 2004 Leitung der studentischen Arbeitsgruppe „Chat-Ag“. Dabei wurde der erste durchgängig moderierte Chat für Kinder entwickelt. Seit März 2007 Projektleiterin der „Systematischen Untersuchung des moderierten Chats von Seitenstark“. Seit Januar 2008 Vorstandsmitglied im „Seitenstark e.V.“

Dorothea Schulz wurde 1982 geboren. Studium der Kommunikations- und Medienwissenschaft mit Schwerpunkt Medienpädagogik und Amerikanistik an der Universität Leipzig. Seit Mai 2004 Mitarbeit an der Entwicklung des ersten durchgängig moderierten Chats für Kinder. 2004 bis 2008 inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Auftrittes der Universität Leipzig auf der Games Convention family. Organisation von Fachtagungen und Fortbildungen im Bereich Jugendschutz.

„Präventiver Jugendmedienschutz – Sicheres Chatten am Beispiel des moderierten Kinderchats von Seitenstark“

Moderation: Rolf Grimmer

Der Seitenstark-Chat wurde 2003 von der Universität Leipzig für Seitenstark, der Arbeitsgemeinschaft vernetzter Kinderseiten, entwickelt. Er ist ein Paradebeispiel für sicheres Chatten und verbindet Kinder aus ganz Deutschland von Montag bis Freitag für 2 Stunden.

Einzigartig hierbei ist das Moderationsprinzip: Alle Beiträge der Kinder werden gelesen und erst dann freigeschaltet, wenn sie weder jugendgefährdende Inhalte, Angaben von Adressen und Telefonnummern (E-Mail, ICQ etc.) noch böseartige Beschimpfungen enthalten. Um dies zu gewährleisten sind immer 2 Moderatoren im Chat anwesend. Der „Freigebende Moderator“ liest alle Beiträge der Kinder und entscheidet dann, ob der Beitrag freigegeben oder verworfen wird, also ob der Beitrag im Chat für alle sichtbar wird oder nicht. Der „Schreibende Moderator“ steht im direkten Kontakt zu den Kindern, antwortet auf Fragen und gibt Hilfestellungen.

Die wichtigste Funktion aber ist, die meist unerfahrenen Chatter aufzuklären, warum der Beitrag nicht gesendet wurde. Ein sicherer Chat kann gewährleistet werden und Kinder und Jugendliche erfahren, was sie falsch gemacht haben und können daraus lernen. Damit ist der Seitenstark-Chat ein sicheres Angebot für Kinder im Internet, welcher sich besonders als Übungsplattform für Chat-Anfänger eignet.



**Annette Cieslinski
und Emily Engelhardt**
**kids-hotline Beratungs-
stelle – Kinderschutz e.V.**

Annette Cieslinski, M.A.

Nach dem Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fach „Deutsch als Fremdsprache“ freiberufliche Tätigkeit als Sprachlehrerin für die „Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung“, heute InWEnt. Mitarbeit in den Bereichen Training, Projektmanagement, Personal im Auskunfts-CallCenter „pc-plus CONNECT“ München, danach Mitarbeitertraining, Kundentraining, Personalentwicklung in der varetis AG, München. Anschließend im Vertrieb und Vertriebstraining für die GoYellow GmbH, München. Annette Cieslinski ist seit April 2007 bei kids-hotline für Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Emily M. Engelhardt, Pädagogin M.A.

Nach dem Masterstudium an der Christian-Albrechts-Universität Kiel in den Fächern Pädagogik, Psychologie und Soziologie absolvierte sie ein Praxislernprogramm bei der Volkswagen Coaching GmbH in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Akkreditierung der AutoUni. Im Anschluss daran war sie als Fachkraft im Bildungswesen bei der Volkswagen AG für die Konzeption und Durchführung von Qualifizierungsprogrammen für Nachwuchsführungskräfte des Volkswagen Konzerns zuständig. Seit April 2006 leitet Emily Mae Engelhardt die kids-hotline.

„Kompetente Onlineberatung durch Ehrenamtliche – ein Praxisbericht“

Moderation: Rolf Grimmer

„Gefahrenzone Internet!?“ – Selten erhitzen sich die Gemüter so schnell, wie bei der Diskussion um junge Internetnutzer. Was bei dieser Diskussion häufig in den Hintergrund tritt ist, dass neben den offensichtlichen Gefahren, das Internet gerade für die Soziale Arbeit neue Chancen bietet, bestimmte Zielgruppen zu erreichen.

kids-hotline nutzt das Internet seit 1999 als Infrastruktur für die Beratung von Kindern und Jugendlichen. Für junge Menschen macht das Internet einen bedeutenden Teil ihrer Lebenswelt aus. Sie halten sich dort auf: surfen, chatten, mailen und haben ihre Freunde auf dem ICQ-Radar. Dass sie den Ort Internet auch bei persönlichen Problemen nutzen, um Rat und Hilfe zu finden, ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich.

Die Beratung der Jugendlichen leistet bei kids-hotline ein Team aus Fachkräften und jugendlichen Peer-Berater / innen. Sie alle sind ehrenamtlich tätig, fachlich geschult und den Prinzipien der kids-hotline verpflichtet: die Lebenskompetenzen der Ratsuchenden zu stärken und sie im Hinblick auf eigene und fremde Verhaltensmuster zu sensibilisieren.

Wie findet Onlineberatung in Forum, Einzelberatung und Chat bei www.kids-hotline.de statt? Warum fühlen sich Jugendliche gerade von der Beratung im Forum stark angesprochen? Und was können andere Institutionen von der Arbeit von kids-hotline lernen?



Judith Hilgers

**AG sozialwissenschaftliche
Forschung und Weiterbildung
(asw) / Universität Trier**

Judith Hilgers, M.A.

- 1997–2003 Studium der Soziologie und Politikwissenschaften an der Universität Trier
- seit 2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung (asw) / Universität Trier in verschiedenen jugend- und bildungssoziologischen Projekten (u.a. über Gleichaltrigengruppen Jugendlicher, Eltern-Schule-Kooperation)
- derzeit Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Inszenierte Gewalt. ‚Happy slapping‘ als Phänomen jugendlicher Gruppengewalt“
- laufendes Promotionsverfahren zum Thema „Gewaltinszenierungen unter Jugendlichen – Motive und subjektive Deutungen“
- Schwerpunkte: Jugendforschung (Gleichaltrigengruppen, Szenen, Jugendgewalt), Gewalt und Kriminalität

Weitere Informationen: www.asw-trier.de/inszenierte-gewalt

„Happy Slapping“ – Erscheinungsformen und Motive. Empirische Ergebnisse und Anregungen für die Prävention.

Moderation: Rolf Grimmer

Handy und Internet sind Teil des jugendlichen Medienalltags. Damit sind neben Chancen und Möglichkeiten auch bestimmte Risiken in Form einer abweichenden Nutzung verbunden. „Happy slapping“ gilt dabei als ein solches Risiko. Jugendliche attackieren dabei andere Personen, filmen dies mit dem Handy und verbreiten die Clips anschließend von Handy zu Handy oder über das Internet.

Im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojekts wurden diese Handlungen mit qualitativen Methoden (leitfadengestützte Interviews mit Tätern und Opfern; Experteninterviews in Deutschland und London/UK; Analyse von Gewaltclips) analysiert.

Im Rahmen des Vortrags werden ausgewählte Befunde dieser Untersuchung vorgestellt. Die sozialen Hintergründe und Lebenswelten der filmenden und gewaltausübenden Jugendlichen werden näher beleuchtet. Zudem werden Motive für diese Handlungen benannt. Diese Motive zeigen Parallelen zu nicht gefilmter Gewalt Jugendlicher. Klassische Motive wie die Suche nach Anerkennung oder das Erleben von „Kicks“ und „Thrill“ werden aber durch die mit dem Aufzeichnen verbundenen Möglichkeiten erweitert.

Was heißt das für die Prävention? Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass unter anderem auch den Medien Handy und Internet verstärkt Aufmerksamkeit sowohl als Lerninhalt aber auch als Instrument der Gewaltprävention geschenkt werden sollte.



Walter Stauffer

**Bundesprüfstelle für jugend-
gefährdende Medien (BPjM)**

Walter R. W. Stauffer, geb. 1953 in Marktredwitz, studierte in Regensburg und München Germanistik, Politik, Soziologie, Geografie und öffentliches Recht. Seit 1985 Dozent für politische Bildung mit u.a. den Schwerpunkten Europa, Extremismus, Islamismus und Medien.

Seit 2005 ist Walter R. W. Stauffer Referent an der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn und mit verantwortlich für den Aufbau des neuen Bereichs „Pädagogischer Jugendmedienschutz / Medienerziehung“. Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Hip-Hop, Handy / Internet, Computerspiele, Medienkompetenz, medienpädagogische Empfehlungen.

Publikationen:

- Rechtsratgeber für Zivildienstleistende;
- Begegnungsseminare, in: Praktische politische Bildung, Hrsg. LpB B-W;
- Fachaufsätze zu Schwerpunktthemen und Methodik-Didaktik der politischen Bildung;
- Gewalt- und Pornovideos auf Schülerhandys – rechtliche Bewertung und medienpädagogischer Umgang, BPjM Aktuell 3/2006.

**Was macht mein Kind im Internet?
Worin liegt die Gefährdung?
Medienerziehungstipps, Medien-
empfehlungen und Hilfsangebote
Moderation: Rolf Grimmer**

Der Vortrag will Eltern und Erziehenden Tipps zur Medien-
erziehung, Hilfsmöglichkeiten, Medienempfehlungen sowie
Handlungsvorschläge zur Medienarbeit vorstellen.

Fernsehen wird als Leitmedium für Kinder und Jugendliche
immer mehr abgelöst durch Internet, Handy und Computer-
spiele. Damit sind Heranwachsende neuen Gefährdungen
ausgesetzt: Selbstentblößung, Anmache und sexualisierte
Gewalt in Chaträumen, Slapping, Bullying und Snuffing beim
Handy und (Online-)Spiele sind mit ihren Folgen ohnehin hef-
tig in der Diskussion. Zudem können sich aus dem Gebrauch
dieser Medien suchtähnliche Problematiken entwickeln.

Kinder und Jugendliche benötigen Medienkompetenz, um
die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten des
Internets sinnvoll zu nutzen. Medienkompetenz aber muss
erlernt werden. Heranwachsende benötigen sowohl Unter-
stützung, um die Chancen des Internets richtig einzuschät-
zen, als auch um die Risiken und Gefahren kennen und mei-
den zu lernen.

Folgenden Fragen wird nachgegangen:

- Worin liegt die Jugendgefährdung im Internet?
- Wie können Eltern und Erziehende Möglichkeiten des ge-
setzlichen Jugendmedienschutzes nutzen (Filter) und wo
sind sie selbst gefordert?
- Kinder nie allein ins Netz! Geht das?
- Möglichkeiten des Web 2.0 und welche Probleme treten
hinzu?
- Medienerziehungs-Tipps
- Geschlechterreflexive Medienbildung
- Medienempfehlungen und Hilfsangebote

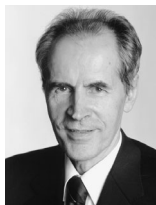
Internationales Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
des Internationalen Forums

– Alle Vorträge in englischer Sprache –

	Seite
Prevention of Juvenile Violence in Germany Prof. Dr. Christian Pfeiffer	200
International examples and development in crime prevention Valérie Sagant	202
“Probation meets Prevention” – Presentation of the Summary and Conclusion of the CEP-Workshop Leo Tigges	204
Kids Company and the principle of “loving care” Johanna Schmitz	206
Intercultural Exchanges – a chance for young people to de-learn violence? C. - Berta Kimmich, <i>e.p.a. european play work association</i>	208
Community participation for violence prevention – selected experience from Latin America and South Africa Roland Ziss	210

Montag, 2. Juni



Prof. Dr. Christian Pfeiffer
Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e.V.

Christian Pfeiffer, Prof. Dr. jur., born 1944, studied Law and Social Psychology in Munich and London. 1987 he became Professor of criminology, Juvenile criminal law and correction at the University of Hanover and director of the Criminological Research Institute of Lower Saxony (KFN). From 2000 to 2003 he was Minister of Justice in Lower Saxony. Since March 2003 he is back in his former position at the KFN.

Prevention of Juvenile Violence in Germany

Moderation: Jürgen Mutz

Looking at police statistics of Germany one gets the impression that juvenile violence has been rising steadily for more than 20 years. But a closer look at the data reveals a different picture: Since 1993 a 40 percent decline of homicide and for the last 10 years a 20 percent decline of robbery. But for aggravated assault we see the opposite trend – a strong increase since 1988. In addition to that repeated studies on self-reported juvenile violence show that there is no general trend. In some regions and larger cities the rate of intensive offending (5 violent offences during the last 12 months) is going up, in others it is declining. And for the last 10 years the severe cases of school violence have gone down by more than 30 percent.

The question arises if those trends can be explained by different strategies or local projects to prevent juvenile violence? What have the schools done to reduce school violence? To which extend is that trend related to a new cooperation between police and schools? Can we relate the positive trends to a remarkable reduction of family violence which we can perceive since 1998? Are the regional discrepancies in trends of juvenile violence related to a different integration policy towards young migrants? Why is the decrease of juvenile violence in some cities restricted to young Germans and why does it in other regions also include young youth from different ethnic minorities? What are the perspectives of preventing juvenile violence in Germany for the next five or ten years if we take into our consideration that child poverty is growing fast?



Valérie Sagant

**International Centre for the
Prevention of Crime (ICPC)**

Valérie Sagant is a French magistrate. Upon her graduation from the Institute of Political Science in Paris, she was appointed as investigating judge after being enrolled at the National School for magistrates. She was later in charge of prevention policy and assistance to victims of offences and drug abuse at the Ministry of Justice. She also worked for the next four years at the Délégation interministérielle à la Ville (DIV), and was responsible for crime prevention issues (social and cultural mediation, community policing and justice, local partnerships...). For three years, she headed the Department of expertise and international relations at the Ministry of Justice. Ms SAGANT joined ICPC in September 2005 and was appointed Director General in November 2005.

International examples and developments in crime prevention

Moderation: Jürgen Mutz

Since the adoption of the Guidelines for the Prevention of Crime by the United Nations Economic and Social Council in 2002, some strong trends have emerged in the field of prevention. A growing number of strategies and national action plans have been developed and multilateral exchange networks created. Policies and interventions in prevention have been increasingly knowledge-based, independently analyzed and reviewed in an environment that promotes evaluation. Tools are used with more frequency and leaders are more likely to support crime prevention efforts through, for example, safety audits, crime mapping and observatories. These moves have also influenced the role of a number of actors, altering traditional roles of police forces, the justice system and correctional services. These institutions have had to adapt their methods and objectives, more often working towards the establishment of partnerships and collaborative projects. Meeting demands has further created a need for the development and sometimes institutionalization of entirely new professions and services in community safety. However, local and community actors remain at the heart of prevention endeavors. In fact, one may observe the highest level of activity and capacity for innovation at the city and community level, despite a frequent lack of resources. This presentation provides an international overview of developments while not ignoring unique contexts. A discussion of promising initiatives in the fields of women's safety, youth safety, and safety in public spaces highlights regional differences, challenges faced, and lessons that can be learned.



Leo Tigges

**Conférence Permanente
Européenne de la Probation (CEP)**

Leo Tigges (59)

After finishing his Masters Studies political science, sociology and criminology (cum laude) at the Free University of Amsterdam in 1973, Leo Tigges has worked at various management positions at the Dutch Ministry of Justice. He joined the Dutch Probation Service in 2001. Currently he is Consultant International and Academic Relations&Research to the Dutch Probation Service, a position he holds since 2007.

In 2004 he was elected Secretary General of the CEP and was re-elected for a second term three years later.

“Probation meets Prevention” – Presentation of the Summary and Conclusion of the CEP-Workshop

Moderation: Jürgen Mutz

In line with the German Congress on Crime Prevention a workshop on the aims, tasks and ways of proceeding in probation services with respect to crime prevention is taking place June 1st–3rd 2008.

The development in criminal policy in recent years has constantly given rise to new fields of work and has posed new challenges to the probation services in Europe. The protection of the public and, in relation to that, the involvement of probation services in crime prevention measures has been given special attention in the description of the aims of some national probation organisations.

For this reason the The Conférence Permanente Européenne de la Probation (CEP) together with the German Congress on Crime Prevention have decided to make “Probation meets Prevention” the subject of an international meeting. This includes the overviews “Probation meets Prevention” (Prof. Dr. A. van Kalmthout) and “Probation meets Prevention” (Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner), Presentations of two experiences (“Scandinavian Experiences in Probation and Prevention” by Erik Nadheim and “Risk oriented probation – a contribution to crime prevention” by Patrick Zobrist), Three parallel Group Sessions (Marketing and PR in Probation and Prevention, Community based networking in Probation and Prevention, Transition Management) as well as an adoption of a declaration.

Leo Tigges, Secretary General CEP, will present the summary, conclusion and declaration in his speech within the Annual International Forum.



Johanna Schmitz
Kids Company

2003–2006

Bachelorstudium in Sozialpolitik und Politologie (BSc Social Policy with Government) an der London School of Economics and Political Science

2006–2007

Masterstudium in Sozialpolitik und Planungswesen (MSc Social Policy and Planning) an der London School of Economics and Political Science

2003– 2007

Arbeit in Teilzeit als Lehrassistentin an der St. Marylebone C.E. School for Girls, Engagement als Mentorin

2007–Present

Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Kids Company

Kids Company and the principle of “loving care”

Moderation: Jürgen Mutz

Kids Company is a London-based charity which offers practical, emotional and educational support to vulnerable children and young people. These children's lives are often blighted by homelessness, crime and violence and substance misuse. It is Kids Company's experience that statutory social services are overwhelmed by the extent of need in inner-city London, and the lack of resources available to meet that need.

To meet these complex needs Kids Company services are child-focused, holistic and non-exclusionary. There are three service delivery points: a street-level drop-in centre, a post-16 education and life skills centre, and a variety of early interventions in schools. Services are embedded in a psychotherapeutic model informed by neuro-physiological findings and attachment theory. The main premise behind this model is that through the provision of an environment of empathy, attachment and loving care children can heal the emotional hurt caused by neglect and/or abuse. The relationship between the child or young person and a trusted key worker, social worker or therapist is therefore central to all Kids Company interventions. Self-referral, being able to choose key-workers and working without a time frame are experienced by children as being ‘worked with’, rather than ‘worked on’.

Kids Company's quantitative and qualitative research and evaluation methodology reflects this ‘power with’ model and shows that Kids Company services are effective in meeting the clients' complex needs. Outcomes are measured in terms of Kids Company's universal aims of improved emotional and physical wellbeing, engagement in a relationship with an adult figure and engagement with education/training/employment.



C.-Berta Kimmich

**e.p.a. european play work
association**

Christa-Berta Kimmich

Studied social sciences and International politics in Tübingen and Hamburg. Has given advice to the Hamburg's Senate politics of development cooperation, her favourite playing field however being e.p.a. – a self organised INGYO – with partners and Intercultural exchange projects in 40 countries in Europe, South America and beyond. Young people have been working with her for many years, most of whom living in “deprived communities” and familiar with structural, personal, domestic and street violence...

Intercultural Exchanges – a chance for young people to de-learn violence?

Moderation: Jürgen Mutz

Young people living – in socially, culturally, politically and economically deprived communities are familiar with structural, personal, domestic and street violence... as victims, witnesses and perpetrators. Preventing violence can not be taught the same way, as violence has been learnt. International youth Exchanges offer essential opportunities for youth groups from different countries. The actual meeting is a highlight in a year long process, young people being actively involved on all levels. Intercultural Youth exchanges developed by e.p.a. are creative and caring especially for the needs of young people from “difficult” areas. Following the United Nations Convention on the Rights of the child, they offer the “5 Ps: Protection, Provision and Participation, adding Play and Perspectives. e.p.a. works with a menu of methods for intercultural, non formal and “discrepancy” learning to encourage intercultural understanding, the full participation of young people and create the conditions for their empowerment. Comments by the young people themselves reflect the amazing an impact these Intercultural youth exchanges have had on their lives: they see them as “junctions”, where they found ways out of the circles of violence. There should be reliable accessible funding for youth exchange projects, as they have sustainable effects in preventing and dealing with youth violence...



Roland Ziss
SUM Consult

Roland Ziss is founder and Managing Director of SUM Consult, a consulting firm based in Wiesbaden, Germany, with over 20 years of experience in concept preparation and implementation of projects addressing the problems of Third World urban hot spots.

Mr. Ziss has specialised in institutional and economic issues of development cooperation. He has conceptualised and supported the implementation of many projects in more than 30 countries, incl. PAISAJOVEN, a technical cooperation project to promote youth development in Medellín, Proyecto SUR, an integrated urban upgrading and financial cooperation project in Bogotá, CREDIMAT, an innovative building material loan fund in Uruguay, and RHLEF, a wholesale fund to finance micro housing loans in South Africa. He contributed substantially to the development of an integrated approach combining settlement upgrading with violence prevention. He continues to head up the consulting teams charged with evaluation missions, programme design and institutional development processes.

Roland Ziss holds a Diploma in Business Management and Engineering from the Technical University of Darmstadt. He has also studied and conducted research at the Université des Sciences Sociales of Grenoble, at Colegio de México and at the University of Wuppertal.

Community participation for violence prevention – selected experience from Latin America and South Africa

Moderation: Jürgen Mutz

The appropriate combination of public space investments and prevention activities can facilitate the reduction of crime and violence in large third world city hot spots. Mr. Ziss will speak about his company's experiences with integrated projects of urban upgrading and violence prevention, incl. project activities, executing agencies, costs and impacts as well as typical problems of implementation. He will focus in particular on community participation, working with youth and community policing.

In El Salvador, violence is often associated with the so-called maras, violent street gangs. While addressing associated problems, integrated urban upgrading projects also represent an alternative to measures of a merely repressive nature.

In Colombia, the country with the highest rate of assassination victims, community participation in settlement upgrading has proved to be an effective means of reducing daily violence. An essential condition, however, is coordination and cooperation between government departments and the private sector.

In order to counteract violence in South African townships, new forms of policing and community participation, including community policing, are required. Football schemes involving children and young people have proved to be an excellent medium for practising the rules of peaceful cohabitation.

DPT-Universität

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
der DPT-Universität

	Seite
Kinderuniversität	
Wie fängt man einen Verbrecher?	214
Uwe Matthias	
Jugenduniversität	
„Palästinentertuch bei H&M, Thor Steinar in der Innenstadt?“ – Bemerkungen zur wechselvollen Beziehung von Mode und Politik	216
Elena Buck & Florian Hessdörfer	
Stiftung Civil-Courage Erich-Zeigner-Haus e.V.	
Film „Der Tisch“ – gelebte Zivilcourage	218
Moderation: Roman Schulz Pressesprecher der Sächsischen Bildungsagentur Leipzig	
Seniorenuniversität	
„An der Wohnungstür ist Schluss“	220
Berliner Präventions-Theater „Abschnitt 22“ unter der Leitung von C. Tosuner	
Mit Ihrer Polizei sicher durch Sachsen	222
Polzeiorchester Sachsen unter der Leitung von Stefan Hedrich	

Uwe Matthias

Leiter Kriminalpolizei Leipzig

Herr Kriminaldirektor Uwe Matthias ist Leiter der Kriminalpolizeiinspektion der Polizeidirektion Leipzig. In dieser Funktion trägt er Führungsverantwortung für 5 Dezernate mit 17 Kommissariaten.

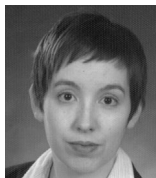
Er ist seit 1970 in der Leipziger Kriminalpolizei tätig und studierte von 1978 bis 1982 an der Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Kriminalistik.

Herr Matthias war 1993 Mitbegründer des Kriminalpräventiven Rates in der Stadt Leipzig.

Wie fängt man einen Verbrecher?

Was ist Kriminalität? Was sind Straftaten? Welche Strafmaße sind zu erwarten? Können Kinder genauso bestraft werden wie Erwachsene? Warum muss man sich an Gesetze halten? Was unterscheidet den Graffiti-sprayer vom Verkehrsrowdy? Was soll Strafe bewirken? Was kann man gegen Gewalt tun?

Wie fängt man einen Verbrecher? Wie sichert man Spuren? – all' diese Fragen sollen in der Vorlesung behandelt und alle interessierten Kinder angesprochen werden. Dabei werden Beispiele aus dem kriminalpolizeilichen Alltag erläutert.



Elena Buck
Universität Leipzig



Florian Hessdörfer
Universität Leipzig

Elena Buck – Studierte in Leipzig Politikwissenschaft. Nach Abschluss ihres Studiums war sie unter anderem beim Netzwerk für Demokratie und Courage als Fachreferentin Projektmanagement im Bereich antirassistischer Bildungsarbeit tätig. Inzwischen arbeitet die Diplom-Politologin hauptberuflich an ihrer Dissertation. Daneben ist sie im Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (im Verein Engagierte Wissenschaft e.V.) aktiv. Das Forum sieht sich als Schnittstelle für die Vernetzung wissenschaftlicher und praktischer Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus, organisiert Vortragsreihen sowie andere Veranstaltungen und hat im April 2007 den Band „Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen“ in der „Reihe Wehnerwerk“ herausgebracht. Mehr Informationen finden Sie unter www.engagiertewissenschaft.de

Florian Hessdörfer – Studierte Germanistik, Kunstpädagogik, Philosophie und Erziehungswissenschaft für das Lehramt an Gymnasien in Leipzig. Nach Abschluss des zweiten Staatsexamens arbeitet er zurzeit sowohl am Bischöflichen Maria Montessori Schulzentrum Leipzig als auch an seiner Dissertation. Daneben ist er in der Leipziger Initiative „Enwi – Engagierte Wissenschaft e.V.“ aktiv.

Seine Dissertation setzt sich einerseits kritisch mit bestehenden Theorien der Adoleszenz auseinander und untersucht andererseits gegenwärtige Formen jugendlicher Lebenswelten im Hinblick auf ihre ästhetischen Implikationen und Strukturen. Das Thema des Vortrags bildet ein anschauliches Beispiel einer solchen ästhetischen Praxis, welche ihre subjektivierende bzw. vergesellschaftende Funktion auf der Ebene von Sichtbarkeit und Inszenierung entfaltet.

„Palästinensertuch bei H & M, Thor Steinar in der Innenstadt?“ – Bemerkungen zur wechselvollen Beziehung von Mode und Politik

Der Vortrag skizziert und untersucht anhand von aktuellen Beispielen Ausschnitte jugendlicher Lebenswelten, in denen sich die scheinbar getrennten Welten von Mode und Politik wechselseitig durchdringen. Mode und Kleidung geben sich dabei als vielschichtiges Mittel zu erkennen, mit dem Verortungen im öffentlichen Raum sowohl hergestellt als auch zum Ausdruck gebracht werden. Diese Öffentlichkeit ist dabei weniger als eine verallgemeinernde Sphäre der Repräsentation zu begreifen, vielmehr als ein Sichtbarkeitsraum der je eigenen Präsentation.

Zwei Bewegungsrichtungen zwischen Politik und Mode werden thematisiert: Zum einen die politische Entwertung vormals eindeutiger Symbole durch ihre jugendkulturelle Aneignung, welche diese in den Status von Marken von vorrangig ästhetischem Wert versetzt – als prägnantestes Beispiel dient hier die Verbreitung des Palästinensertuches durch zahlreiche Bekleidungsketten.

Wichtiger erscheint uns jedoch die gegenläufige Bewegung, in der sich zurzeit das Zeichenrepertoire und die Inszenierung rechtsextremer Lebenswelten grundlegend verändern. Am Beispiel des Widerstands gegen das rechte Modelabel „Thor Steinar“ wird aufgezeigt, wie sich vormals eindeutige Äußerungsformen rechtsextremer Zugehörigkeit in Richtung von ambivalenten Modepraktiken verschieben. Mit der rechtsextremen Übernahme von Ausdrucksformen, die dem jugendkulturellen Mainstream vorbehalten schienen, wandelt sich nicht nur das veraltete Feindbild „Neonazi“, es muss auch die Frage gestellt werden, inwiefern im Rahmen dieser beunruhigenden Veränderungsprozesse nicht auch veränderte Formen des Widerstands gefragt sind.

Film „Der Tisch“ – gelebte Zivilcourage, wird ebenfalls im Filmforum aufgeführt:

2. Juni – 16.30 Uhr im Messehaus M 7

„Der Tisch“ mit anschließender Diskussion und prominenten Gästen

**Moderation: Roman Schulz (Pressesprecher der
Sächsischen Bildungsagentur Leipzig)**

Film „Der Tisch“ – gelebte Zivilcourage

mit anschließender Diskussion und prominenten Gästen

Der Film beleuchtet Alltagsbeispiele aus der Stadt Leipzig, in denen sich Bürger gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus wehren. Er entstand unter der Federführung des Vereins und der Stiftung CivilCourage – auf Anregung der Bürgerinitiative Plagwitz-Lindenau e.V.

Mit Förderung von Bund und Land erfuhr das Projekt im Rahmen der Programme „Vielfalt tut gut“ und „Weltoffenes Sachsen“ Unterstützung. Im Film kommen die Akteure aber auch Prominente aus Politik, Kultur und Literatur zu Wort. Der Film berichtet nicht von den großen Helden, sondern schlicht über das beherzte Handeln von Bürgern – generationsübergreifend.

„Zivilcourage ist ein Lebenslernfach!“ – über den Inhalt dieses Zitats des Bundespräsidenten a.D., Richard von Weizsäcker, diskutieren Schüler aus Leipziger Schulen mit prominenten Gästen.

Berliner Präventionstheater

Leitung:

POK'in **Andrea Tosuner**

Mitwirkende

PHK **Stefan Hofmann**

POK **Lothar Teuber**

POK **Maik Niemann**

POK **Claus Petzoldt**

POK **Rainer Kazmiersky**

KHK **Timo Silbermann**

POM **Björn Lilienberg**

PK'in **Gabriele Kind**

Kontakt

Der Polizeipräsident in Berlin

Abschnitt 22

Charlottenburger Chaussee 75

13597 Berlin

Tel.: 0 30 - 46 64 - 22 27 00

Fax: 0 30 - 46 64 - 22 27 99

www.polizei.berlin.de

„An der Wohnungstür ist Schluss“

Der Polizeipräsident in Berlin – Präventionstheater des Abschnitts 22

Hintergrund für die Entstehung des Präventionstheaters waren über 1000 Trickdiebstahlstaten im Jahr 2003, die vor allem zum Nachteil älterer Menschen begangen wurden. Über ein Viertel davon geschahen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Dies war Anlass für einige Kolleginnen und Kollegen des Abschnitts 22 für die Zielgruppe der über 60-jährigen Mitbürger ein Theaterstück zu erarbeiten, einzustudieren und vorzuführen. Dabei wird vorrangig das Ziel verfolgt, so authentisch wie möglich die modi operandi nachzustellen, mit denen sich Trickbetrüger das Vertrauen der Senioren erschleichen und deren Hilfsbereitschaft schamlos ausnutzen. Darüber hinaus werden wirksame Verhaltensweisen zum Schutz vor Trickdiebstahl vermittelt.

Die Idee und ihre Umsetzung waren so erfolgreich, dass bald darauf eine feste Spielstätte gefunden werden konnte, die es erlaubt, regelmäßige Aufführungen anzubieten. Zweimal im Monat spielen Polizeibeamte im Theater Coupé am Hohenzollerndamm vor Senioren. Dabei genießen sie die Unterstützung der Polizeiführung, beispielsweise durch die Bereitstellung von Bussen für den Transfer der Theaterbesucher.

Die mitwirkenden Schauspieler sind ausnahmslos Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeiabschnitts 22, die diese Tätigkeit neben dem eigentlichen Polizeidienst ausüben. Darüber hinaus sind an den Veranstaltungen auch Mitarbeiter aus dem Bereich „Seniorensicherheit“ beim Landeskriminalamt beteiligt, die das Angebot um Informationen zum Taschendiebstahl ergänzen.

Das Polizeiorchester des Freistaates Sachsen

Gegründet wurde das Polizeiorchester des Freistaates Sachsen am 01.10.1991 als ein Fachdienst der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen. Entstanden ist das Polizeiorchester Sachsen durch die Zusammenlegung der vormaligen Polizeiorchester in Chemnitz, Dresden und Leipzig.

Die Aufgabe des Polizeiorchesters Sachsen besteht in der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit für die Sächsische Polizei. Dieses weite Feld gibt den Polizeimusikern und ihrem Dirigenten eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihr Können unter Beweis zu stellen. Ziel des Polizeiorchesters ist es, die musikalischen Möglichkeiten eines sinfonischen Blasorchesters in ihrer vollen Vielfalt den Zuhörern nahe zu bringen. So gehört Bläsermusik des Barock ebenso zum Repertoire, wie Bearbeitungen aus der Klassik, Standards der traditionellen Blasmusik, Kirchenmusik, Folklore, Operette, Musical, und moderne Unterhaltungsmusik. Innerhalb des Orchesters gibt es weiterhin ein Holz- und ein Blechbläserquintett, eine Dixieland-, eine Blasmusikbesetzung sowie eine kleinere Tanzmusikformation.

Bei einem so umfangreichen Repertoire wundert es nicht, dass die Auftritte des Polizeiorchesters ebenso vielfältig sind. Konzerte für die Dienststellen der Polizei des Freistaates Sachsen zählen ebenso dazu wie Konzerte in Urlaubszentren, den Burgen und Schlössern des Freistaates Sachsen, Konzerte für karitative Zwecke, die Hengstparaden in Moritzburg bis hin zu Kirchen- und Chorkonzerten. Mit den Polizeischören Dresden und Leipzig ist das Orchester seit langem eng verbunden.

Mit Ihrer Polizei sicher durch Sachsen

Seit vielen Jahren sind Schülerkonzerte ein fester Bestandteil der Tätigkeit des Polizeiorchesters Sachsen. Einen besonderen Platz in der Arbeit des Polizeiorchesters Sachsen nehmen die Präventionskonzerte für Vorschulkinder ein. Dieses Programm trägt den Titel: „Ein ganz normaler Tag“ und wendet sich an die Altersgruppe 5–7 Jahre. Seit der Auftaktveranstaltung im März 1998 läuft dieses Projekt mit großem Erfolg. Kinder wie Erwachsene sind von diesem Programm begeistert.

Das Polizeiorchester Sachsen hat sich in den Jahren seiner Existenz nicht nur in Sachsen einen guten Namen gemacht. Gastspiele in vielen Städten von Sachsen, Hessen, Niedersachsen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern zeugen von der Beliebtheit dieses Klangkörpers. So führten die Gastspiele des Orchesters bis in Dresdens Partnerstadt Straßburg in Frankreich, nach Prag in der Tschechischen Republik und nach Breslau in Polen.

Neben dieser vielfältigen Konzerttätigkeit ist das Polizeiorchester Sachsen auch bei Funk und Fernsehen ein gefragter Partner. Hier sind besonders die Auftritte bei den Hafenkonzerten des NDR oder in der „Wernesgrüner Musikantenschenke“ des MDR zu erwähnen. Natürlich ist das Polizeiorchester Sachsen auch im Hörfunk mit Titeln aus den mittlerweile 5 produzierten CD's präsent.

Auch 2008 stehen vor den Musikern um ihren Dirigenten Torsten Petzold große Aufgaben. Freuen wir uns auf ein Wiederhören mit dem Polizeiorchester Sachsen irgendwo zwischen Görlitz und Trier, Zugspitze und Flensburg.

Ausstellung

Infostände

Alphabetische Liste der ausstellenden
Institutionen mit Infoständen

Ausstellende Institutionen	Seite
ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg	232
Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ – WEISSER RING e.V.	233
Aktion Schutzbengel	234
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V./ ComputerProjekt Köln/ Initiative Spielraum, FHS Köln	235
Archiv der Jugendkulturen e.V.	236
1. Bereitschaftspolizeiabteilung Dresden – Präventionsprojekt „Sachsens Kinder und JugendKommissare“	237
Berufsbildungswerk GmbH (bfw)	238
BilSE-Institut für Bildung und Forschung GmbH	239
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	240
Bundespolizeidirektion Berlin	241
Bundespolizeidirektion Pirna I	242
Bundespolizeidirektion Pirna II	243
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)	244
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	245
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb	246
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.	247
Bürgercafé – Bürgervereine und Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH	248
Büro- und Lebensraum Psychologie – schule-stressfrei	249
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	250
Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung DGgKV e.V.	251

Ausstellende Institutionen	Seite
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)	252
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.	253
Deutscher Behindertensportverband e.V.	254
Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)	255
Deutscher Kinderschutzbund OV Leipzig e.V.	256
Deutsches Forum für Kriminalprävention	257
Deutsches Forum für Kriminalprävention – Städtenetzwerk	258
Deutsches Jugendinstitut e.V.	259
Deutsches YOUTH FOR UNDERSTANDING Komitee e.V.	260
Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.	261
Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel	262
EJF-Lazarus gAG	263
European Forum for Urban Safety EFUS	264
EWTO – Europäische Wing Tsun Organisation	265
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	266
Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.	267
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.	268
Freies Institut für Kriminologie Castrop-Rauxel gegen-missbrauch e.V.	269
Generali Versicherungen	270
Gewerkschaft der Polizei	271
Glen Mills Akademie Deutschland e.V.	272
Hessisches Landeskriminalamt	273
	274

Ausstellende Institutionen	Seite
Hessisches Ministerium der Justiz – Landespräventionsrat Hessen / Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt Hessen / Stiftung Resozialisierung für Straffällige Hessen	275
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	276
Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes IMA	277
interSoft	278
Jugendamt Dortmund	279
Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg	280
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden	281
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe	282
„Kinderleicht on tour“ des Bundesernährungsministeriums	283
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Hemmingen	284
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark	285
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden	286
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf	287
Kriminalpräventiver Rat der Stadt Augsburg	288
Kriminologischer Dienst, Gesundheitszentrum und Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges	289
LAG Frauenhäuser und Interventionsstellen Sachsen	290
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	291
Landeskriminalamt Brandenburg	292
Landeskriminalamt Sachsen	293

Ausstellende Institutionen	Seite
Landespräventionsrat Niedersachsen	294
Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg	295
Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein	296
Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein – ‚PiT‘	297
Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein „Patenschaftsprojekte“	298
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern	299
Landratsamt Muldentalkreis	300
„Leipzig. Courage zeigen.“ e.V.	301
Leitstelle „Kriminalprävention“, Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz	302
Magdeburger Akademie für praxisorientierte Psychologie e.V. (MAPP e.V.)	303
Männer gegen MännerGewalt	304
Nachtwanderer Ritterhude / Bremen-Nord	305
Neo – Ihr mobiler Schutzengel	306
Netzwerk gegen Gewalt Hessen	307
Netzwerk Zuhause sicher e.V.	308
pad e.V.	309
PiT-Hessen – das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt	310
Polizei Hamburg	311
Polizei und Ordnungsbehörden im Kreis Gütersloh	312
Polizeidirektion Dresden	313
Polizeidirektion Oberlausitz – Niederschlesien	314

Ausstellende Institutionen	Seite
Polizeidirektion Waiblingen und Jugendfeuerwehr Rems-Murr	315
Polizeidirektion Westsachsen	316
Polizeifachschule Chemnitz – Präventionsprojekt „Kooperationsvertrag mit dem Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e.V. Chemnitz der Polizeifachschule Chemnitz“	317
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	318
Polizeiorchester Sachsen	319
Polizeipräsidium Karlsruhe	320
Polizeipräsidium Mittelhessen	321
Prävention der Polizei Baden-Württemberg	322
Präventionsrat Gelsenkirchen	323
PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH	324
Regiestelle Vielfalt	325
Respekt e.V.	326
Sächsische LOTTO-GmbH und Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG	327
Sächsisches Staatsministerium der Justiz	328
Salfeld Computer GmbH	329
Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg	330
Schule für Erziehungshilfe Dresden / PD Dresden	331
Selbsthilfe im Taunus e.V. – RequiSiT	332
Soziale Alternativen in der Bewährungshilfe Speyer e.V.	333
Staatliches Schulamt für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis	334
Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg	335

Ausstellende Institutionen	Seite
Staatsanwaltschaft Gera	336
Stadt Hoyerswerda / Stadt Görlitz/Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)	337
Stadt Leipzig / Freistaat Sachsen	338
Stadt Wolfsburg	339
Stadtsportbund Hoyerswerda e.V.	340
Stadtverwaltung Potsdam	341
„Stark fürs Leben“: Kindergarten plus, Klasse2000, Lions-Quest „Erwachsen werden“	342
Steno Werbung	343
Stiftung Demokratische Jugend mit dem Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“	344
Stiftung Pro Kind / Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Bremen e.V. / Felsenweg-Institut der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie	345
TERAPON Consulting GmbH	346
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	347
Triple P – Positives Erziehungsprogramm	348
ÜAG Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft – Berufs- und Arbeitsförderungsgesellschaft gGmbH	349
Universität Erlangen-Nürnberg	350
WEISSER RING e.V.	351
WSD Pro Child e.V.	352

Kinder sind unschlagbar!



Actionpress Michael Panckow

Jedes 5. Kind in Deutschland ist Opfer von Gewalt. Helfen Sie uns, Kindern eine gewaltfreie Zukunft zu ermöglichen.

*Prof. Dr. Roman Herzog
Sabine Christiansen
Dr. Maria Furtwängler*

**Spendenkonto
Bayerische Landesbank
Konto-Nr. 88 000
BLZ 700 500 00**

www.buendnis-fuer-kinder.de



**Bündnis für Kinder.
Gegen Gewalt.**

ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg

„Schon morgens um 06.30 Uhr ist der 7-jährige Klaus kaum zu bremsen, steht auf der Matte, singt und schreit. Er ist ständig in Aktion, aber bei keiner Tätigkeit hält er es lange aus. Ständig fragt und quengelt er bei seiner Mutter. Grenzen und Verbote kümmern Klaus wenig. Selbst einfache Regeln werden mit frechen Antworten und Wutausbrüchen kommentiert. Auch die Hausaufgaben mit Klaus ziehen sich unendlich in die Länge. Es gibt Ärger und Geschrei um jede Kleinigkeit, so dass die beiden meist abends völlig geschafft sind. Die Situation ist für beide Seiten zermürend.“

Kennen Sie diese und/oder ähnliche Probleme, in denen Sie sich und/oder Ihr Kind wieder erkennen? Dann sind Sie vielleicht genau hier richtig.

Es könnte sich dabei um ADHS (Aufmerksamkeits- Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom) handeln.

Dies kann aber NUR ein ADHS-Facharzt, in einem umfangreichen Diagnoseverfahren, feststellen.

Lernen Sie mit diesen Situationen umzugehen, um im Alltag wieder normal zu leben.

Kontakt

ADHS Selbsthilfegruppe Neubrandenburg

Edvard-Grieg-Weg 6

17033 Neubrandenburg

Tel.: 03 95 - 3 68 23 41

E-Mail: fredfreese@ads-gruppe.de

Webseite: www.ads-gruppe.de

Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ – WEISSER RING e.V.

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine wichtige Aufgabe des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der Verein auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel als bisher für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Im Rahmen der Netzwerkarbeit wird bürgerschaftliches Engagement sichtbar gelebt, indem gemeinsam mit anderen Organisationen Veranstaltungen durchgeführt werden, Projekte initiiert sowie Vorträge zur Prävention gehalten werden.

Das bürgerschaftliche Engagement wird ebenso in der Struktur des Vereins deutlich. Mehr als 3 000 der ca. 60 000 Mitglieder des WEISSEN RINGS arbeiten ehrenamtlich für den Verein und stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite. Die Ehrenamtlichen leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Auch die kriminalpräventive Arbeit in den Außenstellen wird ehrenamtlich organisiert und drückt sich u.a. in den Projekten „Mediate“ und „Kraft gegen Gewalt“ aus.

Kontakt

WEISSER RING e.V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 0 61 31 - 83 03 - 0

Fax: 0 61 31 - 83 03 - 45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: www.weisser-ring.de

Aktion Schutzbengel

Keiner darf verloren gehen – jungen Menschen Chancen geben

Die Aktion Schutzbengel setzt sich in der Öffentlichkeit für ein besseres Image von allen Kindern und Jugendlichen ein, insbesondere aber von vernachlässigten jungen Menschen. Denn diese treffen in der Öffentlichkeit häufig auf Unverständnis und Ablehnung.

Die Aktion Schutzbengel möchte die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen und die Zusammenarbeit und den Dialog mit Experten und Forschungseinrichtungen fördern. Darüber hinaus will die Aktion viele weitere Schutzbengel, (Unternehmen, Privatpersonen, Organisationen) für die Belange von Kindern und Jugendlichen gewinnen.

Kontakt

Aktion Schutzbengel

Rummelsberg 20a

90592 Schwarzenbruck

Tel.: 091 28 - 50 27 82

Fax: 091 28 - 50 26 29

E-Mail: aktion-schutzbengel@rummelsberger.net

Webseite: www.aktion-schutzbengel.de

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V. / ComputerProjekt Köln / Initiative Spielraum, FHS Köln

Gewaltprävention, Jugendschutz und Medienkompetenz in NRW

Die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V. ist eine Servicestelle, die den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Polizei, Gesundheitswesen, aber auch Eltern und interessierten Bürger / innen mit Förderung des Landes NRW vielfältige Unterstützung bei der Prävention von Jugendkriminalität, Mobbing und Gewalt anbietet. Dazu gehören Fortbildungen, Informationsmaterialien / Broschüren, Hinweise auf erfolgreiche Präventionsprogramme, Vorträge und Praxisberatung. Weitere Kinder- und Jugendschutzthemen der AJS NRW: Jugendschutzrecht, Jugendmedienschutz, Prävention gegen sexuellen Missbrauch, Suchtprävention u.a.

Neben diesen Themen fördert das Land NRW auch die Entwicklung von Medienkompetenz. Eltern, Kinder und Jugendliche und pädagogische Fachkräfte brauchen Hilfestellungen für den verantwortlichen Umgang mit Medien und besonders auch mit Computerspielen. In NRW gibt es mehrere Institutionen, die wichtige Impulse für die Entwicklung von Medienkompetenz und den Jugendmedienschutz geben. Dazu gehören neben der AJS das ComputerProjekt Köln, das zusammen mit Kindern und Jugendlichen Computerspiele testet und im Spieleratgeber NRW veröffentlicht, sowie die Initiative Spielraum / Fachhochschule Köln, die Eltern und Pädagogen / innen mit Informationen und Arbeitsmaterial unterstützt.

Kontakt

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.
Poststraße 15–23
50676 Köln
Tel.: 02 21 - 92 13 92 - 0
Fax: 02 21 - 92 13 92 - 20
E-Mail: info@mail.ajs.nrw.de
Webseite: www.ajs.nrw.de

Archiv der Jugendkulturen e.V.

Jugendkulturen sind aufregend, kreativ und bunt, nicht braun – auch wenn immer häufiger rechtsextreme und rassistische Einsprengsel sichtbar werden.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich seit 2001 ein Projekt des Archivs: Culture on the Road.

Es verbindet politische Bildung für Jugendliche und MultiplikatorInnen über Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Migration, Sexismus, Gewalt und Homophobie mit lebendig und authentisch vermittelten Informationen zu Geschichte und Entwicklungen der Jugendszenen.

Culture on the Road setzt bei dem an, was Jugendliche interessiert: Musik, Mode, Freizeitwelt. Für ein paar Stunden oder Tage können Sie an der Faszination der Szenen teilhaben und das eigene kreative Potential austesten, aber auch mehr über deren kritische Seiten erfahren.

Die im Archiv kostenfrei nutzbare Bibliothek verfügt über einen umfassenden Bestand an Büchern, wissenschaftlichen Arbeiten, Tonträgern, Videos, Flyern, Fanzines und Zeitschriften. Darüber hinaus veröffentlicht das Archiv mit dem Journal der Jugendkulturen eine Fachzeitschrift und bringt im hauseigenen Verlag eine Buchreihe heraus.

Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Alle Infos unter www.culture-on-the-road.de.

Kontakt

Archiv der Jugendkulturen e.V.

Fidicinstr. 3

10965 Berlin

Tel.: 030 - 694 29 34

Fax: 030 - 691 30 16

E-Mail: info@culture-on-the-road.de

Webseite: www.jugendkulturen.de

1. Bereitschaftspolizeiabteilung Dresden – Präventionsprojekt „Sachsens Kinder und JugendKommissare“

Präventionsprojekt der 1. Bereitschaftspolizeiabteilung Dresden
„Sachsens Kinder- und JugendKommissare“

Kontakt

Bereitschaftspolizei Sachsen

Dübener Landstraße 4

04111 Leipzig

Tel.: 03 41 - 58 55 - 5 26

Fax: 03 41 - 58 55 - 5 85

E-Mail: presse.bpp@polizei.sachsen.de

Berufsfortbildungswerk GmbH (bfw)

Herzlich Willkommen beim bfw Sachsen-West!

Die Berufsfortbildungswerk GmbH (bfw) ist auf dem Bildungsmarkt mit Geschäftsstellen bundesweit vertreten. In Leipzig und darüber hinaus ist die Geschäftsstelle Sachsen-West mit einem breit gefächerten Bildungsangebot präsent. Hier wurden seit 1990 tausende Menschen, darunter auch zahlreiche Jugendliche, weitergebildet, umgeschult oder beruflich neu orientiert. In enger Kooperation mit der Arbeitsagentur, den Ärgen und dem Jugendamt der Stadt Leipzig schaffen wir damit die Grundlage für die Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Schwerpunkte sind dabei das Jugendprojekt „Perspektivwerkstatt U25“ und andere Jugendmaßnahmen, welche Leipziger Geschichtsvereine in ihrer Arbeit, besonders bei der Darstellung der Völkerschlacht 1813, unterstützen. So bieten wir Jugendlichen mit multiplen Vermittlungshemmnissen Chancen, ihre Beschäftigungs- und Lernfähigkeit und ihre Verantwortungsbereitschaft zu entwickeln, ihr Selbstvertrauen zu stärken und das Leben zu meistern. In der „Perspektivwerkstatt U 25“ haben die Teilnehmer so die Möglichkeit vier Berufsfelder kennen zu lernen, wodurch eine praxiserprobte realistische Zielfindung hinsichtlich des zukünftigen Lebensweges ermöglicht wird. Zur Unterstützung der Teilnehmer setzen wir den wissenschaftlich gesicherten und anerkannten Eignungstest „hamet2“ ein. Er ermöglicht die Herausarbeitung der individuellen beruflichen Eignungen und Neigungen. Die praktischen und theoretischen Unterweisungen erfolgen auf der Grundlage des Sächsischen Qualifizierungspasses. Bisher konnten 30 Jugendliche in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden.

Kontakt

Berufsfortbildungswerk GmbH (bfw)

Engertstr. 31

04229 Leipzig

Tel.: 03 41 - 8 70 85 60

Fax: 03 41 - 8 70 85 61

E-Mail: leipzig@bfw.de

Webseite: www.bfw.de

BilSE-Institut für Bildung und Forschung GmbH

Projekt „cultural contact“ in der Jugendanstalt

In der Jugendanstalt Neustrelitz im Mecklenburg-Vorpommern wird seit dem 01.09.2007 bis zum 30.09.2008 im Rahmen des Sonderprogramms „XENOS – Leben und arbeiten in Vielfalt“ das Projekt „cultural contact“ durchgeführt. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. Übergeordnetes Ziel des Projekts „cultural contact“ ist die Entwicklung von interkulturellem Verständnis und soziale Integration von Jugendlichen und heranwachsenden Strafgefangenen mit einem rechtsorientierten und einem Migrationshintergrund. Das Projekt soll dazu beitragen, dass rechtsorientierte Strafgefangene und inhaftierte Migranten sowie Ausländer schon während der Verbüßung ihrer Haftstrafe geeignete Maßnahmen durchlaufen, die das Ziel verfolgen, die rechtsgerichteten Jugendlichen zum Nachdenken über ihr Denken und Handeln anzuregen und im gemeinsamen Dialog aktiv zu hinterfragen. Im Rahmen von 6 unterschiedlichen Projekten, welche sowohl direkt in der Jugendanstalt Neustrelitz, als auch im Landkreis Mecklenburg-Strelitz durchgeführt werden, sollen wechselseitige Sozialisations-, Lern- und Erfahrungsprozesse gefördert werden.

Kontakt

BilSE-Institut für Bildung und Forschung GmbH
Langendammscher Weg 2a
18273 Güstrow

Tel.: 0 38 43 - 46 45 54

Fax: 0 38 43 - 46 52 74

E-Mail: barbara.hansen@bilse.de

Webseite: www.bilse.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Mit dem Infostand wird die Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vor allem auf dem Sektor der Integration und Migration präsentiert. Umfangreiche Informationsmaterialien insbesondere für Zuwanderer und Akteure z.B. zu den Integrationskursen, zur Migrationserstberatung, zu den Integrationsprojekten und zu Fragen im Asyl- und Migrationsbereich werden zur Verfügung gestellt.

Kontakt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Adalbert-Stifter-Weg 25

09131 Chemnitz

Tel.: 03 71 - 4 90 11 50

E-Mail: Susanne.Bebenburg-Jungbluth@bamf.bund.de

Webseite: www.bamf.de

Bundespolizeidirektion Berlin

Darstellung des gemeinsamen Präventionsprojektes der S-Bahn Berlin mit der Bundespolizei

Arbeitsname: „Klassenzimmer S-Bahn“.

Zielrichtung des Projektes:

- Aufzeigen der wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen von Vandalismus
- Vermittlung von Wertvorstellungen
- Umgang mit Gewaltsituationen
- Stärkung der Zivilcourage

Das Angebot des Projektes richtet sich an Schüler der Klassenstufe 8 bzw. 9. Die Schüler absolvieren im Rahmen des Besuches einer Instandsetzungseinrichtung ein abgestimmtes Programm. Im Verlauf des Programmes werden die Schüler hautnah mit den Problemen der Verkehrsträger konfrontiert, welche sich aus dem Fehlverhalten von Fahrgästen und Störungen durch Dritte ergeben. Sie werden dazu animiert, ihre eigenen Vorstellungen von Geld und materiellen Werten mit den Kosten für Schadensbeseitigung in Relation zu setzen.

Ohne den „erhobenen Zeigefinger“ in den Vordergrund zu stellen, kommen auch ausführlich die zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen von Vandalismus zur Sprache.

Anhand von Unterrichtsgesprächen und Rollenspielen werden Verhaltens- und Handlungsmuster erörtert und gemeinsam Lösungsalternativen erarbeitet. Dies erfolgt zur Hälfte unmittelbar in einem bereitgestellten Wagen, was zur Folge hat, dass die Schüler die Rollenspielsituationen sehr wirklichkeitsnah erleben.

Kontakt

Bundespolizei / S-Bahn Berlin

Schnellerstraße 139 a–140

11055 Berlin

Tel.: 030 - 9 11 44 11 37

Fax: 030 - 9 11 44 22 20

E-Mail: jens-gerd.knabe@polizei.bund.de

Bundespolizeidirektion Pirna I

Die Bundespolizeidirektion Pirna präsentiert das Präventionsthema „Bahnanlagen sind kein Abenteuerspielplatz“ mit dem Miniaturmodell und unter Einbeziehung der Sympathiefigur der Bundespolizei „Toni der Bär“. Das Maskottchen ist vorrangig im Vorschul- und Grundschulbereich Partner bei der Übermittlung der Präventionsinhalte der Bundespolizei.

Kontakt

Bundespolizeidirektion Pirna
Rottwerndorfer Straße 22
01796 Pirna

Tel.: 0 35 01 - 79 42 02

Fax: 0 35 01 - 79 48 93

E-Mail: petra.ehm@polizei.bund.de

Webseite: www.polizei.bund.de

Bundespolizeidirektion Pirna II

Darstellung des Präventionsprojektes „Bahnanlagen sind kein Abenteuerspielplatz“ unter Einbindung eines Miniaturmodells, in Ergänzung zum Maskottchen „Toni der Bär“ (BPOLD PIR).

Kontakt

Bundespolizei

Bornaer Straße 205

09114 Chemnitz

Tel.: 03 71 - 4 61 51 90

E-Mail: yvonne.manger@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Gesetzlicher und pädagogischer Jugendmedienschutz der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat nach dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) den gesetzlichen Auftrag, auf Antrag bzw. auf Anregung über die Jugendgefährdung eines Mediums zu entscheiden.

Die medienpädagogische Schwerpunktaufgabe der Bundesprüfstelle ist es vor allem Eltern und Erziehende in der Medien-erziehung ihrer Kinder mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

- Servicetelefon zur Medienerziehung und zum Jugendmedienschutz: 02 28 - 37 66 31
- „Jugendmedienschutz: Medienerziehung“ ist der medienpädagogische Schwerpunkt des Internetauftritts der BPjM www.bundespruefstelle.de. Dieser enthält Tipps zur Medien-erziehung, Informationen zu strittigen Medieninhalten und Hinweise auf Medien aller Art, die von Fachleuten für Kinder und Jugendliche empfohlen werden.
- Publikationen der BPjM zum Jugendmedienschutz, strittigen Medieninhalten und empfehlenswerten Medien unserer Partner.

Mit diesem Angebot will die Bundesprüfstelle Eltern stärken, ihre Kinder zu einer verantwortungsbewussten Mediennutzung zu erziehen. Außerdem wollen wir Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Kindern und Jugendlichen durch Informationen und Empfehlungen helfen, im Umgang mit Medien Risiken zu vermeiden und die Chancen zu nutzen.

Kontakt

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Rochusstr. 10

53123 Bonn

Tel.: 02 28 - 9 62 10 30

Fax: 02 28 - 37 90 14

E-Mail: info@bpjm.bund.de

Webseite: www.bundespruefstelle.de

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Jugendkampagne „NA TOLL!“

Alkoholprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

„NA TOLL!“ ist die Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Alkoholprävention bei Jugendlichen. Ziel ist es, 12–18-jährige Jugendliche über die gesundheitlichen Risiken eines übermäßigen Alkoholkonsums zu informieren und ihnen Wege zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol aufzuzeigen.

Ein Hauptbestandteil der „NA TOLL!“-Kampagne sind Peer-Aktionen, bei denen speziell geschulte Jugendliche Gleichaltrige auf den Alkoholkonsum ansprechen.

Peer-Einsätze finden vor allem in den Ferienregionen der Nord- und Ostsee, in Jugendherbergen, bei Musikfestivals und bei Jugendveranstaltungen statt. „Denn gerade in der Freizeit gehört Alkohol heute für viele junge Leute einfach dazu“, erläutert Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA. „Die Erfahrungen der vergangenen Aktionen zeigen, dass Peers den besten Zugang zu den Jugendlichen finden und ihre Angebote wirklich angenommen werden“, so Prof. Dr. Pott weiter.

Allein im letzten Jahr wurde nach diesem Konzept mit fast 17 000 Jugendlichen aus dem ganzen Bundesgebiet intensiv über das Thema Alkohol gesprochen. In diesem Jahr sind 170 Einsatztage geplant.

Viele Informationen zum Thema Alkohol sowie eine Liste der Peer-Einsätze sind man auf der Webseite www.bist-du-staerker-als-alkohol.de zu finden.

Kontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ostmerheimer Str. 220

51109 Köln

Tel.: 02 21 - 8 99 23 25

Fax: 02 21 - 8 99 23 00

E-Mail: valentina.jenifa@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb fördert Partizipation und stärkt die Zivilgesellschaft. Die Prävention und Verhinderung von Gewalt ist in diesem Zusammenhang gleichermaßen Ziel und Grundvoraussetzung der politischen Bildungsarbeit.

Im Rahmen des 13. Deutschen Präventionstages stellt die bpb Publikationen, Aktionen und Onlineangebote aus Ihrem Programm zum Thema Gewaltprävention vor.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bpb freuen sich auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher. Schauen Sie doch mal vorbei – auch unter www.bpb.de.

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel.: 02 28 - 9 95 15 - 2 84

Fax: 02 28 - 9 95 15 - 2 93

E-Mail: annika.hartmann@bpb.de

Webseite: www.bpb.de/presse

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Kinder sind unschlagbar.

Das BÜNDNIS FÜR KINDER ist eine bundesweit aktive Stiftung, die Kinder vor Misshandlung, Missbrauch und Verwahrlosung schützen will. Die Stiftung unterstützt deutschlandweit Projekte, die helfen, die Persönlichkeit von Kindern zu stärken und so im Vorfeld Gewalt verhindern. Dazu gehört beispielsweise das Gewaltpräventionsprojekt Faustlos für Kindergärten und Grundschulen. Durch Faustlos lernen Kinder frühzeitig Konflikte gewaltfrei zu lösen. Zudem will das BÜNDNIS FÜR KINDER Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, damit sie gewaltfrei und feinfühlig erziehen. Daher fördert die Stiftung Gewaltpräventionsprogramme wie beispielsweise die Elternkurse „SAFE – Sichere Ausbildung für Eltern“, „FamilienTeam“ und „Starke Eltern – Starke Kinder“. In den Kursen lernen Eltern, wie wichtig eine persönlichkeitsstärkende Erziehung für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung ihres Kindes ist.

Seit dem Jahr 2004 ist das BÜNDNIS FÜR KINDER Kooperationspartner des Deutschen Präventionstages und unterstützt den Austausch von Institutionen im Handlungsfeld der Gewaltprävention.

Kontakt

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Winzererstr.9

80797 München

Tel.: 0 89 - 12 61 12 00

Fax: 0 89 - 12 61 16 25

E-Mail: info@buendnis-fuer-kinder.de

Webseite: www.buendnis-fuer-kinder.com

Bürgercafé – Bürgervereine und Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Unter dem Namen „Bürgercafé“ fällt auf dem 13. Deutschen Präventionstag der Startschuss für eine Kommunikationsplattform, die alle engagierten Leipziger Bürger und Bürgerinnen in ihrem meist ehrenamtlichen Engagement unterstützen soll.

Das Bürgercafé ermöglicht zum einen die Erwartungen der gesellschaftlichen Akteure, wie Bürgervereine, Stiftungen, Institutionen, aber auch an diesem Aktionsfeld beteiligte Unternehmen als corporate citizens an die Stadtverwaltung zu kommunizieren. Zum anderen wird durch die Verwaltung der Kontakt zu den Bürgern und gesellschaftlichen Akteuren auch im Rahmen einer zielgerichteten Präventionsarbeit gepflegt und weiterentwickelt. Das Projekt „Bürgercafé“ soll über den 13. Präventionstag hinaus als Institution der Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Kriminalpräventivem Rat und Stadtbüro weiterbestehen.

Die Projektpräsentation des Bürgercafés erfolgt in drei Themenbereichen:

1. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im Wohngebiet
2. Präventive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Senioren
3. Integration

Gemeinsam mit der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH präsentieren sich Leipziger Bürgervereine und Initiativen mit Projekten, die ohne das Zutun vieler gesellschaftlicher Akteure nicht entstanden wären.

Wir laden Sie ein, sich in unserem Bürgercafé vom Engagement der Leipziger für ihre Stadt zu überzeugen.

Kontakt

Bürgercafé – Bürgervereine und Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Prager Str. 21

04103 Leipzig

Tel.: 03 41 - 9 92 33 90

Fax: 03 41 - 9 92 33 09

E-Mail: katrin.mueller@lwb.de

Webseite: www.lwb.de

Büro- und Lebensraum Psychologie – schule-stressfrei

Harmonisierte Räume – freundliche Schüler – Stärkung der Lehrkraft.

Wir bieten den Schülern eine harmonische Lern- und Arbeitsumgebung und unterstützen Ihre Konzentrationsfähigkeit, denn Klarheit, Struktur und Ordnung lenken nicht vom Lernen ab. Ob beim Neubau, bei der Sanierung oder der Renovierung einer Schule, wir helfen Ihnen bei der Gestaltung. Wir zeigen Ihnen Wege zur Optimierung der Lern- und Lehratmosphäre. Auszug unserer Werkzeuge: Physik und Baubiologie, Neutralisierung der geophysikalischen Einflüsse bei der Schulhof- und Klassenraumgestaltung.

Gesunde Innenarchitektur

Harmonische Innenarchitektur geht über gut geplante Funktions-Konzepte hinaus und berücksichtigt die Menschen und ihre instinktiven Bedürfnisse.

Gesundes Licht

Durch den Einsatz von Leuchtmitteln mit Vollspektrum-Tageslicht, wird die Gesundheit und das Wohlbefinden gesteigert.

Gesunde Möbel

Schadstofffreie Möbel in geschwungener Form mit natürlichen Oberflächen und guten Proportionen halten länger fit.

Die Kosten für Ersatz Einstellungen von Lehrkräften summieren sich mittlerweile in ungeahnte Höhen. Die Reduzierung von Gewalt durch eine harmonisierte Lern- und Lehrumgebung löst die bauseitige Enge von Klassenräumen auf. Damit erreichen wir eine Verlängerung der Verweildauer der Lehrkräfte an Schulen. Denn: Reduzierung der Gewalt ist volkswirtschaftlicher Gewinn.

Kontakt

schule-stressfrei
Hauptstraße 126
31637 Rodewald

Tel.: 0 50 74 - 96 74 71

Fax: 0 50 74 - 96 74 72

E-Mail: rotermund@schule-stressfrei.com

Webseite: www.schule-stressfrei.com

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international aktiver Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt über 10 000 Mitgliedern zusammengeschlossen, die landesweit, regional und lokal in der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe arbeiten.

Hervorgegangen ist der DBH aus dem Verein „Deutsche Bewährungshilfe“, der 1951 gegründet wurde und Träger von Pilotprojekten zur Einführung der Bewährungshilfe in das deutsche Strafrecht war.

Der DBH

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege und eine humane Straffälligenhilfe,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- setzt sich ein für Schadenswiedergutmachung und für den Täter-Opfer-Ausgleich
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen.

Der DBH-Fachverband fördert die Kooperation zwischen Angehörigen der Strafrechtsberufe, der Sozialen Dienste der Justiz und der nichtstaatlichen Straffälligenhilfe. Er trägt dazu bei, die Gegensätze zwischen Theorie und Praxis im Bereich der Sozialen Arbeit und im Strafrecht zu überbrücken und setzt sich dafür ein, die Anliegen von Kriminal- und Sozialpolitik zu koordinieren.

Präsident des DBH: Prof. Hans-Jürgen Kerner

Kontakt

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht und Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064

50858 Köln

Tel.: 02 21 - 94 86 51 20

Fax: 02 21 - 94 86 51 21

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Webseite: www.dbh-online.de

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung DGgKV e.V.

Die DGgKV hat sich zum Ziel gesetzt, ein Forum für Angehörige aller Berufsgruppen zu sein, die in der Arbeit mit allen Formen von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung Verantwortung tragen und mit den Betroffenen und ihren Familien arbeiten. Dazu gehören Fachkräfte aus allen Bereichen der Sozialarbeit, Polizei, Justiz, Bewährungshilfe, Medizin, Therapie und Beratung, stationäre Betreuung, Kindertagesstätten, Vor- und Schulen sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

Die DGgKV will die Arbeit mit misshandelten Kindern als ein multiprofessionelles Arbeitsgebiet weiter entwickeln, präventive Angebote sollen in allen Bereichen gestärkt werden. Dadurch soll der interprofessionelle Informationsaustausch und die gegenseitige professionelle Unterstützung für die Arbeit zum Schutz von Mädchen und Jungen, die Arbeit mit deren Familien, die Therapie von Misshandlern und Misshandlerinnen sowie Präventionsarbeit und die Durchführung von kinderschutzspezifischen Rechtsverfahren gefördert werden.

Die DGgKV informiert auf ihrer homepage www.dggkv.de über alle aktuellen Fortbildungsangebote, verschiedene Themen und Tagungen.

Kontakt

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung
und -vernachlässigung DGgKV e.V.

Königsweg 9–11

24103 Kiel

Tel.: 04 31 - 67 12 84

E-Mail: info@dggkv.de

Webseite: www.dggkv.de

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) vertritt die Interessen von rund 80.000 Polizeibeschäftigten. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände und zwei Fachverbände – den Fachverband Bundespolizei und den Fachverband BKA. Darüber hinaus ist sie Mitglied der Spitzenorganisation dbb beamtenbund und tarifunion.

Mit ihrer tagtäglichen Arbeit hält die Polizei die Sicherheit in Deutschland aufrecht. Zivilcourage und das gesellschaftliche Engagement jedes einzelnen Bürgers sind aber gleichermaßen unerlässlich für eine sichere Gesellschaft. Tatsache ist, dass die Polizei lediglich mit der Hilfe und Unterstützung von couragierten Bürgern erfolgreich arbeiten kann. Das heißt, ohne eine funktionierende Zivilgesellschaft würde es keine Sicherheit in Deutschland geben.

Insofern besteht das besondere Anliegen der DPolG als polizeiliche Interessenvertretung darin, soziale und gesellschaftliche Projekte, die sich die Förderung der Zivilgesellschaft als Ziel gesetzt haben, zu unterstützen. Dabei steht die Kriminal-, Gewalt-, Sucht- und Verkehrsprävention im Mittelpunkt unseres Interesses. In diesem Bereich sind in den vergangenen Jahren vor allem Projekte zum Kinderschutz und zur Eindämmung von Jugendgewalt unterstützt worden. Das Problem von Gewalt an Schulen wurde von uns zum Beispiel immer wieder zum Thema gemacht.

Den Stand der DPolG auf dem 13. Deutschen Präventionstag finden Sie in der Mehrzweckfläche West, Ebene 0. Wir würden uns sehr freuen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Kontakt

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)

Friedrichstr. 169/170

10117 Berlin

Tel.: 030 - 47 37 81 23

Fax: 030 - 47 37 81 25

E-Mail: dpolg@dbb.de

Webseite: www.dpolg.de

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.

Soziale Offensive / Sport! Jugend! Agiert!

Die Integrationskraft der Gesellschaft hängt vor allem von zivilgesellschaftlichem Engagement ab. Der organisierte Sport ist wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich in der Lage, die Bereitschaft zum Engagement zu wecken und Engagierte langfristig zu binden. Dem „Sportverein um die Ecke“ wächst gerade in dieser Frage als wichtigem sozialen Raum und Ort der Begegnung eine zentrale Bedeutung zu. Die Deutsche Sportjugend hat sich zur Aufgabe gemacht, die Angebote der Sportvereine und der Mitgliedsorganisationen mit expliziter sozialer Zielsetzung systematisch und chancenorientiert weiter auszubauen. Sie hat das Potenzial, vorhandene Kräfte zu verbinden und zielgerichtet weiter zu entwickeln, um so Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu fördern. Im **Leitprojekt Sport! Jugend! Agiert!** bündelt die dsj ihre sozialen Aktivitäten und Projekte im Kinder- und Jugendsport.

Projekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“

Aufgrund der Tatsache, dass sich Gewalt und Rassismus in die unteren Fußball-Ligen vermehrt verlagert haben, ist es ein wichtiges Ziel des Projektes, die derzeitigen Geschehnisse zu analysieren und im Sinne einer Bestandsaufnahme vorhandener Aktivitäten und Initiativen im Fußballumfeld realistisch einzuordnen. Darauf aufbauend, ist es Aufgabe des Projektes, mögliche Gegenstrategien zu entwickeln und lokale Netzwerke gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußballsport zu aktivieren, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegen zu treten bzw. vorzubeugen.

Kontakt

Deutsche Sportjugend
im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
Tel.: 0 69 - 67 00 - 2 87 od. 3 91
E-Mail: weber@dsj.de
Webseite: www.dsj.de und www.amballbleiben.de

Deutscher Behindertensportverband e.V.

DBS-Bewegung leben

Unter diesem Motto bietet der Deutsche Behindertensportverband e.V. (DBS), als einer der weltweit größten Behindertensportverbände und als zuständiger Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund, Bewegung und Sport für Menschen mit Behinderung(en), chronisch Kranken sowie deren Angehörige in den Bereichen Rehabilitations-, Breiten- und Leistungssport an. Am Stand geben Ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DBS gerne Auskunft über das vielfältige Angebot des Verbandes.

Kontakt

Deutscher Behindertensportverband e.V.

Friedrich-Alfred-Str. 10

47055 Duisburg

Tel.: 02 03 - 71 74 - 1 70

Fax: 02 03 - 71 74 - 1 78

E-Mail: meier@dbs-npc.de

Webseite: www.dbs-npc.de

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)

Ju-Jutsu stellt vor

- Das Projekt „Nicht mit Mir“ Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Kids
- Das Projekt „Fit und Sicher“ Kooperationsangebot für Schule und Verein

Ju-Jutsu ist mehr als Sport: Ju-Jutsu ist eine der vielseitigsten Sportarten und fördert die harmonische Körperentwicklung. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband leistet über die vielfältigen Bewegungsangebote seiner Vereine einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit seiner Mitglieder.

Ju-Jutsu ist Sicherheit: Die besondere gesellschaftliche Leistung des Ju-Jutsu liegt in der Ausrichtung seiner Übungsformen auf die Selbstverteidigung. Der Verband erbringt hiermit einen unverwechselbaren Beitrag zur Erfüllung des menschlichen Grundbedürfnisses nach Sicherheit und Unversehrtheit.

Ju-Jutsu ist Chancengleichheit: Ju-Jutsu ist wegen seiner defensiven Ausrichtung eine Sportart, die Frauen in besonderer Weise ansprechen kann. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband verfolgt dabei ausdrücklich das Prinzip der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen – Gender Mainstreaming. Er reduziert dieses Anliegen nicht auf statistische Paritäten.

Ju-Jutsu ist Modernität: Trotz seines Bemühens um die Bewahrung traditioneller Werte bekennt sich der Deutsche Ju-Jutsu Verband zur Strategie eines permanenten und geplanten Wandels. Er verbindet auf diese Weise Erfahrungen und Erkenntnisse mit Zukunftsorientierung und stellt die Aktualität seiner Angebote sicher.

Kontakt

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e.V.)

Auf der Hove 2

32791 Lage

Tel.: 0 52 32 - 69 15 22

Fax: 0 52 32 - 69 15 22

E-Mail: mue3020@onlinehome.de

Webseite: www.djjv.de

**Deutscher Kinderschutzbund
OV Leipzig e.V.**

Der Kinderschutzbund Leipzig stellt seine Projekte vor: Kinder- und Jugendtelefon, Elterntelefon, Elternkurse, Aktivitäten zur Suchtprävention, einschließlich konkrete Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement.

Kontakt

DKSB OV Leipzig e.V.

Tarostraße 17/19

04103 Leipzig

Tel.: 03 41 - 70 25 70

E-Mail: gf@dksb-leipzig.de

Webseite: www.dksb-leipzig.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zugebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Kontakt

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
Gotlindestraße 91, Haus 41
10365 Berlin

Tel.: 0 30 - 5 51 33 - 7 03

E-Mail: robert.kalka@kriminalpraevention.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention – Städtenetzwerk

Netzwerk „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ im Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Netzwerk, in dem Präventionsverantwortliche der Städte Augsburg, Bonn, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a.M., Hannover, Koblenz, Lübeck, Leipzig, Ludwigshafen, Mülheim/Ruhr, Potsdam und Stuttgart unter dem Dach des DFK kooperieren, wurde im September 2001 gegründet.

Zielsetzung ist der ständige Informationsaustausch über aktuelle Kriminalitätsentwicklungen, das Sicherheitsgefühl beeinflussende Trends und aktuelle Präventionsansätze.

Es gilt aus den Präventionsprojekten anderer zu lernen, Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen, gemeinsame Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln und diese zügig und mit möglichst hoher Erfolgsgarantie umzusetzen.

Das DFK bietet die Plattform für den Informationsaustausch und stellt über seine Kontakte im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN) den Anschluss an die internationale Ebene sicher.

In dem beim DFK erschienenen Leitfaden „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement“ sind die jeweiligen Erfahrungen und Empfehlungen der Städtepartner – ergänzt durch eine Sekundäranalyse der aktuellen Fachliteratur – anschaulich erörtert und zu abstrakten Gelingens- und Gestaltungsparametern und verdichtet worden.

Kontakt

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) –
Städtenetzwerk

c/o BMI, Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn

Tel.: 02 28 - 9 96 81 33 78

E-Mail: wolfgang.kahl@kriminalpraevention.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet. Es entstand 1963 aus dem Deutschen Jugendarchiv in München und dem Studienbüro für Jugendfragen in Bonn. Heute ist es bundesweit das größte außeruniversitäre sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien.

Das DJI hat seinen Sitz in München und eine Außenstelle in Halle. Der Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundes finanziert. Weitere Zuwendungen kommen von den Ländern, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung. Träger des Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Institutionen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Die Palette der langfristig angelegten Projekte umfasst Themen der Kinder-, Jugend-, Familien- und Geschlechterforschung sowie der Jugendhilfe. Parallel werden Studien zu aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Problemlagen durchgeführt. Das DJI entwickelt, begleitet und evaluiert auch Modellvorhaben. Auf der Grundlage dieser Forschungsergebnisse berät das DJI Politik und Praxis der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Das Arbeitsgebiet des DJI liegt im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis. Hier wird nicht nur geforscht. Genauso wichtig ist dem DJI sein Informations-, Service- und Beratungsauftrag, d.h. es stellt sozialpolitisch relevante Daten und Orientierungshilfen für Politik und Praxis bereit.

Kontakt

Deutsches Jugendinstitut e.V. WRbV – Öffentlichkeitsarbeit –
Nockherstraße 2
81541 München

Tel.: 0 89 - 6 23 06 - 2 44

Fax: 0 89 - 6 23 06 - 2 65

E-Mail: weber@dji.de

Webseite www.dji.de

Deutsches YOUTH FOR UNDERSTANDING Komitee e.V.

Das Deutsche YOUTH FOR UNDERSTANDING Komitee e.V. (YFU) organisiert und betreut weltweit langfristigen Schüleraustausch. Ein Austauschjahr mit YFU bedeutet Verständigung über politische, nationale und kulturelle Grenzen hinweg. Zusammen mit Partnerorganisationen in über 50 Ländern setzt YFU sich für interkulturelle Zusammenarbeit ein. Die Teilnehmer werden zu einem toleranten Umgang mit Fremden herausgefordert und in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt.

Jährlich entsendet YFU rund 1 200 deutsche Jugendliche ins Ausland, und mehr als 450 Austauschschüler kommen nach Deutschland. Die 15- bis 18-Jährigen verbringen ein Schuljahr in einer fremden Kultur und erleben dort einen gänzlich neuen Alltag. Die Gastfamilien nehmen die Jugendlichen wie ein neues Familienmitglied unentgeltlich auf.

Seit YFU Deutschland 1957 gegründet wurde, haben mehr als 45 000 Jugendliche mit der Organisation ein Austauschjahr verbracht. YFU ist ein gemeinnütziger Verein und als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Kontakt

Deutsches YOUTH FOR UNDERSTANDING Komitee e.V.

Averhoffstr. 10

22085 Hamburg

Tel.: 0 40 - 2 27 00 20

E-Mail: claus@yfu.de

Webseite: www.yuf.de

Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.

Das deutsch-russische Zentrum Sachsen e.V. betreut ca. 650 Familien – Kontingentflüchtlinge und etwas die gleiche Zahl Spätaussiedler. Vom sozialen Bereich bis zur kulturellen und sportlichen Betätigung. Der Stand wird gemeinsam mit dem Boxring Atlas hinsichtlich gemeinsamer Aktivitäten bei Integrationssport gestaltet.

Kontakt

Deutsch-Russisches Zentrum Sachsen e.V.
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig
Tel.: 03 41 - 3 06 53 45
E-Mail: manfred.hellmund@freenet.de
Webseite: www.juden-in-sachsen.de

Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Wir verstehen unsere Arbeit als aktives Handeln gegen Gewalt. Donna Vita ist ein einmaliges Angebot. Seit Gründung sind wir einem pädagogisch-therapeutischen Ansatz verpflichtet, der stärkt, ressourcenorientiert arbeitet und zu einem selbst bestimmten Leben von Mädchen, Jungen, Frauen und Männern beiträgt. Wir verkaufen Bücher und Materialien, die wir mit Fachkompetenz und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis zusammentragen.

Unser Ziel ist es, Wissen und Werte weiterzugeben, die es ermöglichen, Schwächere zu stärken, sie zu schützen und bei Übergriffen zu intervenieren. Vernetzung begreifen wir als Grundvoraussetzung für solche Ziele. Prävention, Intervention und Beratung bei Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen sind wesentliche Schwerpunkte.

Wir fungieren gleichzeitig als Informations- und Schaltstelle zwischen vielen, die in diesem Gebiet arbeiten, knüpfen Kontakte und stellen unser Wissen, unsere Logistik und unsere Verbindungen zur Verfügung für den Bundesverein zur Prävention von sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Fördern Sie diesen Austausch. Rufen Sie uns an, fragen Sie uns. Kaufen Sie bei uns ein. Empfehlen Sie uns weiter.

Kontakt

Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel
Steenbeker Weg 151
24106 Kiel

Tel.: 04 31 - 8 88 80 58

E-Mail: noack@donnavita.de

Webseite: www.donnavita.de

EJF-Lazarus Gesellschaft

Die EJF-Lazarus Gesellschaft ist Träger von Einrichtungen und Diensten für Menschen aller Altersgruppen, die eine besondere persönliche und soziale Zuwendung und Begleitung suchen. Sie vereint Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Behindertenhilfe, Altenhilfe und Hospizarbeit, der Aus- und Fortbildung sowie Hotels und Tagungsstätten unter einem Dach. Miteinander – Füreinander ist der Leitgedanke der EJF-Lazarus Gesellschaft. Die Wertschätzung jedes Einzelnen, seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten ist der Ausgangspunkt unseres Handelns. Dies schließt die Beachtung und Akzeptanz der sozialen und ethnischen Bindungen ein.

Seit vielen Jahren engagiert sich die EJF-Lazarus-Gesellschaft in der Kinder- und Jugendhilfe um die intensive Betreuung delinquenter Kinder sowie straffälliger Jugendlicher und junger Erwachsener unter dem Motto Menschen statt Mauern in mehreren Bundesländern. Ergänzt werden diese vorrangig stationären Angebote um ambulante Maßnahmen nach dem JGG und kulturelle Projekte mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Betreuung und Beratung von Opfern und Tätern sexueller Gewalt. Die von uns verantworteten Projekte dienen der Gewaltprävention. Ziel unseres Handelns ist die Verhinderung weiterer Gewalt- und Straftaten. Untersuchungen in unseren Einrichtungen im Bereich der Betreuung zur Vermeidung von Untersuchungshaft bei Jugendlichen weisen entsprechende Erfolge auf.

Wir laden Sie herzlich ein, unsere Projekte kennenzulernen. Unsere Mitarbeiter stehen Ihnen für den Informations- und Fachaustausch gerne zur Verfügung. Zudem liegen Informationsmaterialien über unsere Projekte für Sie bereit.

Kontakt

EJF-Lazarus gAG

Königsberger Str. 28

12207 Berlin

Tel.: 030 - 7 68 84 - 1 95

Fax: 030 - 7 68 84 - 1 80

E-Mail: piekara@ejf-lazarus.de

Webseite: www.ejf-lazarus.de

European Forum for Urban Safety EFUS

Das Europäische Forum für urbane Sicherheit (EFUS) dient dem Erfahrungsaustausch in der Präventionsarbeit zwischen mehr als 300 Städten aus ganz Europa. EFUS arbeitet zu allen wichtigen Bereichen der kommunalen Kriminalprävention, und insbesondere zu Jugend, Justiz, Polizei, Drogen, Migration und Integration, Gewalt gegen Frauen und Minderheiten, Quartiersmanagement und Mediation und vieles mehr.

Wir unterstützen den Austausch von Erfahrungen in konkreter Projektarbeit durch Konferenzen, Seminare, EU-geförderte Projekte, Publikationen und Begegnungen zwischen Bürgermeistern, Kommunalverwaltungen, Vereinen, Institutionen, Anwohnern und Betroffenen. Darüber hinaus bündelt das Forum die Interessen der Städte auf europäischer Ebene und dient damit als Schnittstelle zwischen EU-Politik und der kommunalen Ebene im Bereich urbaner Sicherheit. Um diese Arbeit effizienter zu gestalten, bietet das Forum zahlreiche Informationen zu seinen Projekten, Fördermöglichkeiten, Seminaren, Publikationen und Best Practices Beispielen, die Sie an unserem Infostand finden können.

Aktuell suchen wir noch Partner für mehrere EU-finanzierte Projekte, zum Beispiel gegen Gewalt im Sport, zum Zusammenhang von Drogen und städtischer Unsicherheit, zum Informationsaustausch und vieles mehr.

Weitere Informationen finden Sie am Infostand. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kontakt

Europäisches Forum für urbane Sicherheit (EFUS)
Rue Liancourt 38
75014 Paris

Tel.: 00 33 - 1 - 40 64 49 00

Fax: 00 33 - 1 - 40 64 49 10

E-Mail: engel@urbansecurity.org

Webseite: www.urbansecurity.org

EWTO – Europäische Wing Tsun Organisation

EWTO-Gewaltprävention und KidsWingTsun

Das Besondere an der EWTO-Gewaltprävention ist die Integration einer körperlichen Selbstverteidigung, die das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen verbessert. Die positive Entwicklung des Selbstbewusstseins und des Selbstwertgefühls entscheidet darüber, ob ein Mensch sich frei entfalten kann. So wird er seine Ziele erreichen und ein glückliches und erfolgreiches Leben führen. In den Gewaltpräventionskursen lernen die Kids Konfliktsituationen erfolgreich zu bewältigen und ihr Leben gewaltfrei zu gestalten. Somit werden sie weder Opfer noch Täter von Gewalttaten.

Mit ihrem Kids-WingTsun-Programm will die EWTO dazu beitragen, dass aus den Kindern von heute aufrechte und selbstbewusste Menschen von morgen werden, die in der Lage sind, ihre und die Interessen anderer adäquat durchzusetzen. Entwickelt wurde das Konzept in Zusammenarbeit mit Pädagogen, Medizinern, Psychologen, Kinesiologen, Ergotherapeuten und Polizisten.

Kontakt

EWTO – Europäische Wing Tsun Organisation

Nonnenstr. 11b

04229 Leipzig

Tel.: 03 41 - 4 92 67 35

Fax: 03 41 - 4 92 67 35

E-Mail: info@ewto-schule-leipzig.de

Webseite: www.ewto-schule-leipzig.de

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet unter www.jugendhilfeportal.de eine Informations-, Kooperations- und Kommunikationsplattform für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Es stützt sich auf die aktive Mitarbeit von Trägern und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe. Das Fachkräfteportal ist ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden.

Kontakt

IJAB-Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Godesberger Allee 142–148

53175 Bonn

Tel.: 02 28 - 95 06 - 1 16

Fax: 02 28 - 95 06 - 1 99

E-Mail: starzinger@ijab.de

Webseite: www.jugendhilfeportal.de

Kontakt

AGJ – Antje Klemm

Mühlendamm 3

10178 Berlin

Tel.: 0 30 - 4 00 40 - 2 24

Fax: 0 30 - 4 00 40 - 2 32

E-Mail: antje.klemm@agj.de

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V. plant, unterhält und fördert Projekte der Straffälligen- und Bewährungshilfe in verschiedenen hessischen Städten. Grundgedanke der Arbeit ist, durch eine Verbesserung der Lebenssituation straffälliger Menschen ihre Integrationschancen zu erhöhen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Prävention.

Die wichtigsten Arbeitsfelder sind:

- Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe: Informationen, Schulung und Fortbildung für Bürger, die ehrenamtlich mit gezielten Aufgaben Probanden der Bewährungshilfe unterstützen.
- Treffpunkt Frankfurt: Freizeitangebot für Menschen, die nicht an kommerziellen und konsumorientierten Freizeitangeboten teilhaben können, getragen von Ehrenamtlichen.
- Wohnraumversorgung für Haftentlassene und Bewährungshilfeprobanden: Wohnangebote durch Untervermietung und Belegungsrechte in Südhessen
- Konflikte lösen ohne Gewalt: Beratung und Training für Männer, die bei häuslichen Problemen gewalttätig werden.
- Theater hinter Gittern: Kulturelle Veranstaltungen in hessischen Vollzugsanstalten.
- Gemeinnützige Arbeit bei der Bewährungshilfe Wiesbaden.
- Verfügungsgelder für die hessische Bewährungshilfe.
- Rechtsauskünfte für Probanden der Bewährungshilfe.
- Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen und Fachtreffen.

Die Finanzierung erfolgt durch Bußgelder, Mitgliedsbeiträge, öffentliche Projektförderungen.

Kontakt

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Neebstr. 3

60385 Frankfurt am Main

Tel.: 069-451560

Fax: 069-451570

E-Mail: office@FBH-ev.de

Website: www.FBH-ev.de

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

GEWALT VORBEUGEN – GEMEINSCHAFT SCHAFFEN.

Der Zivile Friedensdienst in Deutschland

Globalisierung, Deindustrialisierung, demografischer Wandel und die Zuwanderung von Migranten verändern unsere Lebenswelten. Diese Veränderungen führen zu Spannungen zwischen sozialen und ethnischen Gruppen. Gelingt es nicht, die Spannungen zu beherrschen, besteht die Gefahr, dass die dahinter sich abzeichnenden Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden. Der Zivile Friedensdienst in Deutschland bietet ein Instrumentarium, um Gewaltpotenziale zwischen sozialen und ethnischen Gruppen abzubauen. Das Besondere dabei ist 1) der Blick auf das gesamte Geflecht der Beziehungen in einem Sozialraum und der wechselseitig Konflikt verstärkenden bzw. lösenden Kräfte und 2) der neutrale Impuls von außen durch Experten, die nicht Teil der lokalen Konflikte und Vorurteile sind. Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD) führt Projekte u.a. im Nahen Osten und auf dem westlichen Balkan durch und bildet in der „Akademie für Konflikttransformation“ Konfliktberater aus. Seit 2006 trägt das forumZFD dazu bei, innerhalb Deutschlands Gewaltausbrüchen vorzubeugen, so z.B. in einem Projekt in Oranienburg: In der Kreisstadt bei Berlin leben etwa 1 200 Spätaussiedler. Mangelnde Deutschkenntnisse und hohe Arbeitslosigkeit paaren sich mit Perspektivlosigkeit und Passivität. Es kam wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Das Team des forumZFD stärkt und vernetzt die engagierten Kräfte in der Stadt und fördert den konstruktiven Umgang mit Konflikten.

Kontakt

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Wesselstraße 12

53113 Bonn

Tel.: 02 28 - 85 08 51 86

Fax: 02 28 - 9 81 45 17

E-Mail: sufryd@forumzfd.de

Webseite: www.forumzfd.de

Freies Institut für Kriminologie Castrop-Rauxel

Das im Jahre 2008 gegründete, interdisziplinär ausgerichtete Institut für Kriminologie hat sich zum Ziel gesetzt, Wissen im Bereich der Kriminalitätsprävention sowie der Opfernachsorge zu verbreiten und zu multiplizieren. In unseren Seminaren, Vorträgen und Kursen, vermitteln wir unsere Kenntnisse praxisnah, ziel- und teilnehmerorientiert. Die Seminare beinhalten die Vermittlung von kriminologischen „Basics“, fundierten sowie wissenschaftsbasierten Kenntnissen und anwendbaren Fertigkeiten im Bereich des kriminologischen und psychologischen Wissens. Ein besonderes Anliegen ist uns hier die Verzahnung von Theorie und Praxis, die durch unsere Mitarbeiter aus den Fachbereichen Kriminologie, Psychologie, Rechtswissenschaften und Pädagogik gewährleistet wird.

Unser Institut steht für folgende Tätigkeiten zur Verfügung:

- Durchführung von Seminaren, Schulungsmaßnahmen und Multiplikatorenfortbildungen zur allgemeinen Gewaltprävention sowie im schulischen Bereich
- Vorträge zu den Themenschwerpunkten Opfernachsorge, Stalking & häusliche Gewalt
- Durchführung von Anti-Gewalttrainings sowie sozialen Trainings für Kinder & Jugendliche
- Durchführung von Selbstbehauptungskursen für Frauen
- Betreuung & Durchführung wissenschaftlicher Forschungsprojekte

Nähere Informationen zu den Zielgruppen unserer Dienstleistungen können Sie unserer Homepage entnehmen.

Kontakt

Freies Institut für Kriminologie Castrop-Rauxel

Ickerner Str. 56a

44581 Castrop-Rauxel

Tel.: 0 23 05 - 9 67 90 55

Fax: 0 23 05 - 9 67 90 56

E-Mail: info@institut-fuer-kriminologie.com

Webseite: www.institut-fuer-kriminologie.com

gegen-missbrauch e.V.

gegen-missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u.a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen-missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320 000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320 000 zu viele.

Kontakt

gegen-missbrauch e.V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

Tel.: 05 51 - 50 06 56 99

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: www.gegen-missbrauch.de

Generali Versicherungen

Eine starke Partnerschaft & Kooperation für Kleingärtner

Erfahrungen und Leistungen lassen sich miteinander kombinieren. Wir, die Generali Versicherung haben uns auch auf Kleingartenversicherung spezialisiert und möchten Ihnen einen einzigartigen Versicherungsschutz anbieten. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtverband Leipzig der Kleingärtner e.V. und vielen anderen überregionalen Kleingartenverbänden hat gezeigt, dass sich durch ein enges Miteinander Sicherheit, Schutz und Schadensbearbeitung zum Vorteil aller Beteiligten verbessern lässt. Die komplexen und umfangreichen Maßnahmen werden durch eine einzigartige Versicherungslösung begleitet, die durch verschiedene Leistungen in den folgenden Bereichen abgerundet werden: Sachversicherung (Laubenversicherung), Unfallversicherung für Kleingärtner (mit vielen Zusatzleistungen), Haftpflichtschutz für den Verein, Dienstreisekaskoabsicherung für die Vereinsarbeit, Sachversicherungen für das Vereinseigentum. Damit wir auch den optimalen Versicherungsschutz bieten können, werden vorbeugenden Maßnahmen in den Vereinen zwischen den Vorständen und der Generali Versicherung regelmäßig besprochen und natürlich auch umgesetzt. Zu beachten ist z.B.: Keine aufwendige Ausstattung, die „Reichtum“ erwarten lässt, aufwendige Sicherungen und Alarmanlagen haben denselben Effekt, zu hohe Hecken stoßen nicht nur gegen die Kleingartenordnung sondern bieten auch den Einbrechern Schutz. Wichtig: Überprüfen Sie die Schwachstellen in Ihrem Verein (z.B.: fremde Personen, defekte Zäune und andere Auffälligkeiten), achten Sie auf den Versicherungsschutz für das Vereinseigentum, informieren Sie Ihre Gartenfreunde mit unserer Hilfe über die Möglichkeiten. Bei einer erfolgreichen Zusammenarbeit in der Sicherheitspartnerschaft sind alle Beteiligten gefordert und die Generali bietet den Service und Schutz zu einem optimalen Preis.

Kontakt

Generali Versicherungen

Wintergarten Str. 11

04103 Leipzig

Tel.: 01 73 - 3 99 27 81

E-Mail: thomas.moeller@service.generali.de

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert mehr als 170 000 Polizeibeschäftigte – Beamte und Tarifbeschäftigte und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufssparten in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u.v.m.

Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u.a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können. Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, Zunahme terroristischer Aktivitäten oder die Zunahme der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren und aufmerksam machen kann, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des „Deutschen Forums für Kriminalprävention“ (DFK). Insofern sieht die GdP es auch als selbstverständlich an, auf dem Deutschen Präventionstag präsent zu sein.

Kontakt

Gewerkschaft der Polizei

Stromstrasse 4

10555 Berlin

Tel.: 0 30 - 3 99 92 11 02

Fax: 0 30 - 3 99 92 12 00

E-Mail: andreas.nowak@gdp-online.de

Webseite: www.gdp.de

Glen Mills Academie Deutschland e.V.

Die Glen Mills Academie umfasst mittlerweile auf kriminologischer Grundlage verschiedenste Bereiche der konkreten Arbeit mit jungen Menschen, aber speziell auch darüber hinaus:

- Soziostrukturelle Risiko- und Schutzfaktoranalysen
- Entwicklung geeigneter individueller und intensiver Interventionen
- Pateneltern und (Job-)Coaching-Angebote
- Wirksame Präventionsprogramme im Rahmen der restaurativen Justiz/internationale Wirkungsforschung/Bedeutung für Deutschland
- Fort- und Weiterbildungsangebote
- Organisation und Durchführung internat. Fachbegegnungen
- Stationäre Interventionsprogramme mit Auslandsanteil auf der Grundlage einer umfassenden Analyse:
- Schulprogramm Glen Mills Schools (USA) (männl. Jgdl. 14–18 Jahre u. jg. Vollj.). Das 4er-Pack Intensiv-Normenlernen, schul. u. berufl. Intensivförderung, konstruktive Freizeit hat sich im 13. Jahr seines Bestehens als guter Schutz gegen Risikofaktoren weiteren Abgleitens erwiesen. Die Mehrheit der häufig als unerreichbar angesehenen Teilnehmer hat in vielen Bereichen ein auf Können beruhendes Selbstwertgefühl und damit die Eintrittskarte für anschließende reguläre oder durch die Arbeitsagentur geförderte Berufsausbildungen und weiterführende Schulen erwerben können
- Im Einzelfall mit spezifischem Interventionsauftrag/Rahmenprogramm (männl. u. weibl. Jugendl. v. 14–18 u. junge Vollj.)
- Boystown Highschool (USA)
- Gastelternaufenthalt Namibia

Kontakt

Glen Mills Academie Deutschland e.V.

Gerichtsstr. 1a

32312 Lübbecke

Tel.: 0 57 41 - 80 90 07

Fax: 0 57 41 - 80 90 08

E-Mail: guder@glenmillsaca.de

Webseite: <http://www.glenmillsaca.de>

Hessisches Landeskriminalamt

Der Infostand des Hessischen Landeskriminalamtes gibt dem Besucher einen eindrucksvollen Einblick in die polizeiliche Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit den Schwerpunktthemen „Kinderkommissar Leon“ – ein Präventionsprojekt für Kinder in der Altersgruppe 6–10 Jahren mit den Eckpunkten Hausaufgabenheft, Arbeitsmappe für Lehrkräfte und Erzieher und natürlich der lebensgroßen Life-Figur Kinderkommissar Leon; weiterhin bildet das Thema Medienkompetenz – Schüler stark machen – einen emotionalen Einblick in ein durch das HLKA entwickeltes Schulprojekt.

Kontakt

Hessisches Landeskriminalamt

Hölderlinstraße 5

65187 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 83 16 09

E-Mail: claus.opfermann@polizei.hessen.de

Webseite: www.polizei.hessen.de

Hessisches Ministerium der Justiz – Landespräventionsrat Hessen / Landes- koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt / Stiftung Resozialisierung für Straffällige

Die Ausstellung soll einen Hinweis auf die Tätigkeit des Landespräventionsrates Hessen und insbesondere einen Einblick in die Arbeit seiner neun Arbeitsgruppen (AG Gewalt und Minderheiten, AG Gewalt im häuslichen Bereich, AG Prävention für ältere Menschen, AG Jugendkriminalität, AG Ladendiebstahl, AG Praxisorientierte Erfolgskontrolle, AG Bekämpfung illegaler Graffiti, AG Neue Technologien und AG Vernachlässigung von Kindern) geben. Zudem wird sich die im Februar 2006 im Hessischen Ministerium der Justiz eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt präsentieren. Die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle wird zu unterschiedlichen Zeiten zu Gesprächen am Stand zur Verfügung stehen. Ferner wird Gelegenheit sein, Informationen zur Tätigkeit der „Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige“ zu erhalten, deren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Schuldenregulierung ehemals Straffälliger – als zentraler Bestandteil der Rückfallprävention – angesiedelt ist.

Kontakt

Landespräventionsrat Hessen

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 32 27 09

Fax: 06 11 - 32 26 19

E-Mail: dagmar.paulmichl@hmdj.hessen.de

Webseite: www.landespraeventionsrat.hessen.de

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (ISL) war der erste bürgerschaftliche Verein zur Kriminalitätsverhütung in Baden-Württemberg. Er wurde im Jahr 1996 gegründet und bildet eine der tragenden Säulen der Kriminalprävention im Rems-Murr-Kreis. Unser Stand bietet Informationen rund um einen Teil unserer Kriminalpräventionsprojekte. Einer unserer Schwerpunkte liegt im Bereich der Jugendkriminalität, aber auch die übrigen Zielgruppen wie Kinder, Heranwachsende, Erwachsene und Senioren werden breit bedient. Überzeugen Sie sich selbst von unseren Projekten. Holen Sie sich Anregungen und Informationen zur Vereinsgründung und Finanzierung. Wir stehen gerne mit Rat und Tat zur Verfügung. Über die Darstellung eines Teiles unserer Projekte hinaus, bieten wir die Möglichkeit am Stand unsere Präventionsfilme zu den Themen „Zivilcourage“ und „Stalking“ zu sehen. Sie können die Filme auch gegen eine geringe Schutzgebühr am Stand erwerben.

Kontakt

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
Alter Postplatz 10
71332 Waiblingen
Tel.: 0 71 51 - 9 81 64 66
E-Mail: ulrich.blaschke@ISL-RMK.de
Webseite: www.ISL-RMK.de

Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes IMA

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz gegründet. Der Informationsstand auf dem 13. DPT wird vom Bundesministerium der Justiz zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt

Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“
des Bundes IMA

Adenauerallee 99–103

53113 Bonn

Tel.: 02 28 - 9 95 80 92 17

Fax: 02 28 - 9 95 80 83 25

E-Mail: blath-ri@bmj.bund.de

Webseite: www.bmj.bund.de

interSoft**Frühwarnsystem der Kommune für ihre Bürger.**

Mit dem Ringmaster-System können Bürger telefonisch gewarnt und um Hinweise bei einer Gefahrenlage gebeten werden.

Das Ringmaster-Frühwarnsystem für die Bürger setzt auf moderne Technik und funktioniert gleichwohl denkbar einfach:

Wenn z.B. Trickdiebe in der Stadt unterwegs sind oder ein Kind vermisst gemeldet wird, spricht die Polizei eine Nachricht in den Rechner, der bei der jeweils zuständigen Polizeistation arbeitet. Das Gerät ruft alle ausgewählten Teilnehmer an und gibt die aufgezeichnete Meldung weiter. Sinnvoll sind schnelle Warnungen etwa für Geschäftsleute, wenn im Ort ein Kunde mit Falschgeld bezahlen will. Andere Bürger werden mit dem Ringmaster-System rasch vor Trickbetrügern an der Haustür gewarnt.

Die Ringmaster-Anlage arbeitet (wie die Polizei) rund um die Uhr, die Teilnehmer können vorgeben, wann sie wo erreichbar sind bzw. wann sie (z.B. nachts) nicht angerufen werden wollen.

Das Ringmaster-System hat in seinen bereits über 500 Standorten in Groß- und Kleinstädten in Deutschland und Großbritannien bewiesen, dass durch die Mitwirkung der Bürger ein wirksamer Beitrag zur Eindämmung der Kriminalität geleistet werden kann. Mit Ringmaster arbeiten erstmals die Bürger mit der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt zusammen und bilden eine Interessengemeinschaft.

Der Ringmaster-Service ist für die Bürger kostenlos.

Kontakt

interSoft

Robert-Bosch-Str. 35

63225 Langen

Tel.: 061 03 - 2 70 67 03

Fax: 061 03 - 2 70 67 04

E-Mail: ringmaster@ringmaster.de

Webseite: www.ringmaster.de

Jugendamt Dortmund

Die Jugendgerichtshilfe Dortmund beschäftigt sich seit Jahren mit Sprayern.

Erwischte, geständige Sprayer werden von der Staatsanwaltschaft nicht angeklagt, sondern es wird über das Diversionsverfahren versucht, eine Schadenregulierung herbeizuführen.

Durch den Kontakt mit der Sprayerszene entstanden in Laufe der Jahre viele legale Projekte. Im letzten Jahr wurde eine 1 000 m lange legale Mauer eröffnet.

Informationsveranstaltungen in Schulen, Plakataktionen und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Verein „Dortmund gegen Graffiti-schmierereien“ runden das Bild ab.

Eine gute Kommunikationsmöglichkeit ist die Internetseite „www.graffiti-verein-dortmund.de“. Dort sind auch Informationen für Eltern, Lehrer und Sprayer abrufbar.

Kontakt

Jugendamt Dortmund

Ostwall 64

44122 Dortmund

Tel.: 02 31 - 5 02 34 51

E-Mail: wpatra@stadtdo.de

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg

Das Trainingscamp Lothar Kannenberg ist eine private, gemeinnützige Jugendhilfeeinrichtung. Männlichen Jugendlichen im Alter von 14–18 Jahren, die auf ihre sozialen Defizite mit gewalttätigem, delinquentem und süchtigem Verhalten reagieren, wird im Trainingscamp Lothar Kannenberg ein klarer und geschützter Rahmen geboten.

Die vollstationäre Betreuung mit gruppen- und erlebnispädagogischem Ansatz sowie die Erziehung durch Sport gibt den Jugendlichen Hilfestellung und Struktur. Der hohe Anspruch unserer Arbeit kann nur in einer Atmosphäre gelebt werden, in der sich Jugendliche und Erwachsene wohlfühlen. Konsequenz ist ebenso wichtig wie Liebe, Wärme und Geborgenheit.

Ziel ist, den Jugendlichen eine positive, autonome Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Der Leitspruch des Trainingscamps: Wir schaffen es!

Kontakt

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg
Zur Helle 20

34474 Diemelstadt-Rhoden

Tel.: 0 56 94 - 9 91 20 - 0

Fax: 0 56 94 - 9 91 20 - 20

E-Mail: Info@durchboxen.de

Webseite: www.durchboxen.de

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Die JVA Wiesbaden präsentiert im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, in Kooperation mit der Justizvollzugsanstalt Rockenberg, zum Thema „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“:

1. Beteiligung der Anstaltsbeiräte im Vollzug
2. Engagement der Bürger durch ehrenamtliche Mitarbeit im Vollzug
3. Übergangsmanagement und ehrenamtliches Mentoring

Kontakt

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Holzstr.29

65321 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 4 14 20 61

Fax: 06 11 - 4 14 10 05

E-Mail: thomas-ernst.dohmen@jva-wiesbaden.justiz.hessen.de

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe

Die Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband ist der Zusammenschluss der katholischen Träger der Straffälligenhilfe in Deutschland.

Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern.

Kontakt

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe

Karlstrasse 40

79104 Freiburg

Tel.: 07 61 - 20 01 21

Fax: 07 61 - 20 03 50

E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de

Webseite: www.kags.de

„Kinderleicht on tour“ des Bundesernährungsministeriums

KINDERLEICHT on tour! macht Ernährung und Bewegung zum lebendigen Thema

Sport ist langweilig und Schokolade ein prima Pausenbrot! Kinder, die davon überzeugt sind, haben oft ein Problem mit ihrer Fitness und manchmal auch mit ihrer Kleidergröße. Um die Verbreitung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen zu stoppen, macht sich das Bundesernährungsministerium mit der Kampagne „Besser essen. Mehr bewegen. KINDERLEICHT“ für die Prävention stark. Das Modul „KINDERLEICHT on tour!“ begleitet mehrjährig die Städtetouren der Gesundheitsinitiative „Deutschland bewegt sich!“ von BARMER, BamS und ZDF um das Thema „Besser essen – Mehr bewegen“ und einen gesunden Lebensstil bei Kindern zu fördern. Ab Mai 2008 lädt der KINDERLEICHT-Aktionspavillon auf der Städtetour in rund 20 Städten zu einem einfallsreichen Infotainment-Programm ein. Für eine breite Streuung und nachhaltige Implementierung sorgt ein Rahmenprogramm, mit Fortbildungen für den Kita- und Schulbereich, Lehrerworkshops, Aktionen für Schüler und dem Kindermusical „Pappe Satt“. Partner sind aid, DGE, Verbraucherzentralen und die Jugendkampagne Talking Food, die die Städtetour auch im Internet begleitet und die Aktion „Werde Talking Food-Scout“ vertritt. Der aid infodienst, Bonn (www.aid.de) ist verantwortlich für die Planung und Umsetzung von „KINDERLEICHT on tour!“

Weitere Informationen:
www.talkingfood.de/kinderleicht_ontour

Kontakt

Kinderleicht on tour des Bundesernährungsministeriums
Friedrich-Ebert-Str. 3
53177 Bonn
Tel.: 02 11 - 8 28 08 59 und 01 71 - 4 16 82 21
E-Mail: kinderleicht-on-tour@web.de
Webseite: www.kinder-leicht.net

Kommunaler Präventionsrat Stadt Hemmingen

ZerlegBar – ein Alkoholpräventionsprojekt des KPR der Stadt Hemmingen

Die mobile Cocktailbar wird in unserer Region seit 2005 auf vielen Stadtfesten und Veranstaltungen eingesetzt, um alternativ „Cocktails ohne Alkohol – erfrischend, lecker und im Trend“ anzubieten. Die Bar ist so konstruiert, dass der Transport, der Auf- und Abbau einfach und schnell zu leisten ist. Erweitert wurde das Projekt durch einen Cocktail-Flyer, der von Jugendlichen entworfen wurde und durch den Einsatz der sogenannten „Rauschbrillen“.

In Zusammenarbeit mit der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen und dem LPR Niedersachsen wurde das Konzept mit einer Bauanleitung für die Bar, vielen Tipps und Rezepten in einem Heft herausgegeben. Dieses ist kostenlos an der ZerlegBar erhältlich.

Kontakt

Kommunaler Präventionsrat Stadt Hemmingen

Rathausplatz 1

30966 Hemmingen

Tel.: 05 11 - 41 03 - 2 32

E-Mail: baron@jugendpflegehemmingen.de

Webseite: www.praeventionsrat-hemmingen.de

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark

Der kommunale Präventionsrat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters erstellt Konzepte zur Verhinderung von Kriminalität in Rödermark und koordiniert Programme zur Prävention mit den im Präventionsrat vertretenen Organisationen, Vereinen und kundigen Bürgern.

Wir informieren über folgende Projekte anhand von Displays, Filmclips und Broschüren:

1. „Bürgerumfrage zum Sicherheitsempfinden in Rödermark“ in Zusammenarbeit mit dem Verein Bürger für Sicherheit in Rödermark e.V. Erste Erkenntnisse aus der Umfrage vom März 2008 bei 11 000 Haushalten und einer Rücklaufquote von über 27 Prozent.
2. Bürgernahe Präventionsarbeit mit dem Frühwarnsystem „Ringmaster“ in Rödermark – Erfolge und Erfahrungen aus fünf Jahren
3. Präventionsarbeit von Anfang an: Eltern Neugeborener, Krabbelgruppen, Kindergarten und Schule, Willkommenspaket für Neugeborene.
4. Innovative Alkohol- Drogen- und Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendarbeit, z.B. Aufenthaltsplätze für Jugendliche, Aktion „Gaststätten mit Herz und Verstand“, „Clean Scouts“, „Prävention Im Team“
5. Bürgerengagement für Sicherheit in Rödermark als Ehrenamt

Kontakt

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark
Konrad-Adenauer-Str. 4-8
63322 Rödermark
Tel.: 0 60 74 - 91 18 30
Fax: 0 60 74 - 91 18 88
E-Mail: oa18@roedermark.de
Webseite: www.roedermark.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Dresden versteht sich als Beratungsgremium des Oberbürgermeisters als Leiter der Kreis- und Ortspolizeibehörde Dresden. Er empfiehlt Maßnahmen, die zusätzlich zu den originären Aufgaben der Vollzugspolizei dazu beitragen können, die Kriminalität in der Landeshauptstadt Dresden vorbeugend zu verhindern.

Der Kriminalpräventive Rat arbeitet ereignisbezogen und problemorientiert, ausgehend von der realen Kriminalitätslage. Er bildet Schwerpunkte, auf die flexibel reagiert wird. Somit sieht das Gremium seine Aufgabenfelder bzw. Aufgabenschwerpunkte in allen Gebieten der Kriminalprävention, wenn diese ein Tätigwerden des Gremiums erfordern.

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Dresden kooperiert mit vielen Partnern – mit 2 von ihnen, dem Fachdienst Prävention der Polizeidirektion Dresden und der Jugendgerichtshilfe Dresden, stellt er sich anlässlich des 13. Deutschen Präventionstages in Leipzig vor. Weitere Partner werden zeitweise vor Ort sein und über ihre Arbeit informieren.

Kontakt

Landeshauptstadt Dresden

Dr.-Külz-Ring 19

01067 Dresden

Tel.: 03 51 - 4 88 - 22 61

Fax: 03 51 - 4 88 - 23 92

E-Mail: geschaeftsbereich-ordnung-
sicherheit@dresden.de

Webseite: www.dresden.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Die ausgewogene Verbindung von Prävention und Repression bildet seit 1994 die Basis für die nachhaltige Arbeit des Kriminalpräventiven Rates (KPR) und seiner Fachgruppen. Mit dem Ziel der dauerhaften Vernetzung setzt der KPR neben der Einrichtung eigener Fachgruppen auch auf Kooperationen mit externen Partnern in Düsseldorf sowie anderen Städten. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und ehrenamtlicher Übernahme von Präventionsverantwortung stellt hierbei ein wesentliches Element dar.

Kontakt

Landeshauptstadt Düsseldorf
Zollstraße 4
40200 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 8 99 69 61

Fax: 02 11 - 8 93 69 61

E-Mail: michael.klein@stadt.duesseldorf.de

Kriminalpräventiver Rat der Stadt Augsburg

Der im Jahr 2006 neu installierte Kriminalpräventive Rat Augsburg stellt sich vor. Ergänzend zum Schwerpunktthema des Präventionstages wird das „Bündnis für Augsburg“, eine seit 2002 bestehende Verantwortungsgemeinschaft der Bürgerstadt Augsburg, vorgestellt.

Als Plattform ermöglicht das Bündnis die Mitwirkung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und schon bestehenden Vereinen/Organisationen/Netzwerken an Bürger-Projekten in allen gesellschaftlichen Bereichen und Formen.

Es besteht aus den drei Verantwortungsbereichen Bürgerschaft – Politik/Verwaltung – Wirtschaft und vernetzt diese auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen und Partnerschaft.

Alle haben ein gemeinsames Ziel: Steigerung der Lebensqualität in Augsburg und der Region.

Weitere Infos unter www.buendnis.augsburg.de.

Kontakt

Kriminalpräventiver Rat Augsburg

Maximilianstraße 4

86150 Augsburg

Tel.: 08 21 - 3 24 33 09

Fax: 08 21 - 3 24 33 05

E-Mail: kriminalpraevention@augsburg.de

Webseite: www.augsburg.de

Kontakt

Kompetenzzentrum Integration

Geschäftsstelle Bündnis für Augsburg

Maximilianstraße 4

86150 Augsburg

Tel: 08 21 - 3 24 30 43

Fax: 08 21 - 3 24 30 44

E-Mail: buendnis@augsburg.de

Kriminologischer Dienst, Gesundheitszentrum und Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges

In Celle gibt es seit Anfang 2007 eine deutschlandweit einmalige Einrichtung für die Qualitätssteigerung im Justizvollzug. Dort arbeiten Führungsakademie, Kriminologischer Dienst und Gesundheitszentrum unter dem gemeinsamen Dach des Bildungsinstituts des niedersächsischen Justizvollzuges neben- und miteinander. Am neuen Standort Celle hat jede Organisation ihre ursprünglichen Aufgaben beibehalten: Das Gesundheitszentrum betreibt nach dem Motto „Gesundheit ist die Summe aller Krankheiten, die man nicht hat“ speziell auf die Arbeit im Justizvollzug abgestimmte präventive und intervenierende **betriebliche Gesundheitsförderung**. Coaching, Beratung und **Weiterbildung von Führungskräften** ist Aufgabe der Führungsakademie, die Vollzugsanstalten auch bei der Auswahl von zukünftigem Führungspersonal berät. Für 2008 lautet ihr Motto: „Erfolg besteht darin, dass man genau die Fähigkeiten hat, die gerade gefragt sind“ (Henry Ford). Der Kriminologische Dienst ist das Bindeglied zwischen Praxis und Wissenschaft. Er führt eigenständige Forschungen zu Behandlungsmaßnahmen durch, erhebt generelle Daten, berät und betreut **Forschungen** von externen Personen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse liefern wichtige Grundlagen für die Entscheidungsträger des Justizvollzuges und Informationen für die Wissenschaft. Vorrangig richten sich die drei Organisationen an den niedersächsischen Justizvollzug, es zeigen aber verstärkt auch andere Bundesländer Interesse und lassen hier ihre Führungskräfte schulen, sich in Gesundheitsfragen beraten und Forschungen durchführen.

Kontakt

Kriminologischer Dienst, Gesundheitszentrum
und Führungsakademie im Bildungsinstitut des
niedersächsischen Justizvollzuges

Fuhsestraße 30

29221 Celle

Tel.: 0 51 41 - 5 93 94 02

Fax: 0 51 41 - 5 93 94 10

E-Mail: nicole.ansorge@bi-jv.niedersachsen.de

LAG Frauenhäuser und Interventionsstellen Sachsen

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Frauenhäuser und Interventionsstellen Sachsens ist ein Zusammenschluss von sächsischen Frauenschutzhäusern, -wohnungen und Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking.

Deren Ziele sind neben dem Erfahrungsaustausch über die spezifischen Bedingungen und Probleme der einzelnen Projekte, die Auseinandersetzung mit der Problematik Häusliche Gewalt sowie die landesweite politische Arbeit und öffentliche Darstellung zum Aufdecken der Ursachen und des Ausmaßes der Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder. Das führt oft zur Erarbeitung und Durchsetzung gemeinsamer Forderungen, um Strategien gegen Gewalt in der Familie weiter zu entwickeln. So hat die Arbeit der LAG das Gewaltschutzgesetz selbst und dessen Umsetzung in Sachsen maßgeblich mit beeinflusst.

Die Arbeit der LAG erfolgt auf Landesebene.

Alle Projekte der Frauenhausarbeit bzw. der Krisenintervention arbeiten gemeinsam mit den Betroffenen von Häuslicher Gewalt oder Stalking an Lösungsmöglichkeiten zur Bewältigung ihrer aktuellen Situation, geben umfassende Informationen über rechtliche und sicherheitsrelevante Möglichkeiten und begleiten auf dem Weg in ein gewaltfreies Leben.

Geschäftsstelle der LAG für das Jahr 2008 ist der Verein Wegweiser e.V. in Borna.

Kontakt

LAG Frauenhäuser und Interventionsstellen Sachsen
Wegweiser e.V., PSF 1215
04541 Borna

Tel.: 03 41 - 2 32 42 77

Fax: 03 41 - 2 32 42 76

E-Mail: frauenschutzhaus-leipzig@freenet.de

Webseite: www.gewaltfreies-zuhause.de

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist eine Einrichtung des Senats von Berlin. Sie besteht aus den Staatssekretär/innen verschiedener Verwaltungen, dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, zwei Bezirksbürgermeistern sowie einem Beirat. Als zentrales Präventionsgremium des Landes Berlin hat sie das Ziel, gemeinsam mit Anderen die Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Sie hat den Auftrag, auf die Gestaltung einer langfristigen und nachhaltigen Präventionsarbeit in Berlin hinzuwirken und befasst sich vor allem mit den Themen „Kinder- und Jugenddelinquenz“, „Schule und Gewaltprävention“, „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, „Jugendstrafrechtspflege“, „Gewalt in der Erziehung“, „Gewalt in der Familie“, „Rechtsextremismus“ und „Kommunale Prävention“.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt entwickelt insbesondere Maßnahmen und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalprävention, fördert gewalt- und kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte, informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention, gibt Arbeitsmaterialien, Wegweiser und Dokumentationen heraus sowie verleiht alljährlich den Berliner Präventionspreis und richtet den Berliner Präventionstag aus.

Kontakt

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Klosterstr. 47

10179 Berlin

Tel.: 0 30 - 90 27 29 13

Fax: 0 30 - 90 27 29 21

E-Mail: KlausKommoss@aol.com

Webseite: www.berlin-gegen-gewalt-de

Landeskriminalamt Brandenburg

Der Informationsstand des Landeskriminalamtes Brandenburg informiert über aktuelle Präventionsprojekte der Abteilung Polizeiliche Kriminalprävention mit dem Schwerpunkt auf neuen Erscheinungen. Bereits im letzten Jahr in Wiesbaden wurde das erste Modul des multimedialen Drogenpräventionsprojektes „Hast Du noch was vor?“ vorgestellt, welches bundesweit sehr erfolgreich ist. Im April 2008 hatte nun der Folgeteil für die Zielgruppe der 16 bis 18-jährigen im Film-museum Potsdam Premiere und wird hier in Leipzig der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Der Film wird am Stand präsentiert. Ebenso eine Erweiterung erfahren hat die Jugendschutzausstellung „Gratwanderung“ um einen Teil Extremismus. Auch dieser ist in Leipzig zu sehen. Abgerundet wird das Angebot durch eine Vielzahl bewährter Präventionsmaterialien.

Kontakt

Landeskriminalamt Brandenburg
Tramper Chaussee 1
16225 Eberswalde

Tel.: 0 33 34 - 3 88 26 01

Fax: 0 33 34 - 3 88 26 09

E-Mail: praevention01.lkaew@polizei.brandenburg.de

Webseite: www.polizei.brandenburg.de

Landeskriminalamt Sachsen

Die polizeiliche Prävention des Freistaates Sachsen befindet sich momentan in einem Prozess der Neuausrichtung. Im Vordergrund des durch eine landesweite Arbeitsgruppe initiierten und begleiteten Prozesses steht dabei die Dezentralisierung von Präventionsaufgaben. In engem Zusammenhang damit sind die Definition von Pflichtaufgaben, die Erarbeitung von Rahmenkonzepten und die aufgabenorientierte Zuweisung der Personalschlüssel zu sehen. Die Darstellung des o.g. Veränderungsprozesses ist Schwerpunkt der Präsentation des Infostandes.

Darüber hinaus werden weitere Aufgaben der Zentralstelle für polizeiliche Prävention im Freistaat Sachsen vorgestellt:

- Das Präventionsprogramm POLDI – seit 1994 folgt es konsequent, erfolgreich und immer wieder überraschend dem Ziel, die Welt der Kinder ein bisschen sicherer zu machen.
- Der polizeiliche Opferschutz – ein wichtiger Aspekt polizeilicher Arbeit, bei dem es darum geht, schnell, unbürokratisch und zugewandt Menschen zu helfen, die Opfer geworden sind.
- Die polizeiliche Verkehrsunfallprävention – ein klassisches Thema polizeilicher Präventionsarbeit und gerade deswegen auch immer wieder eine Herausforderung.
- Nachbarschaftshilfe und Grenztour – mit Sicherheit gut beraten sind Sie bei den Experten für Sicherungstechnik der Polizei Sachsen.

Besuchen Sie uns am Stand. Wir freuen uns auf Sie.

Kontakt

Landeskriminalamt Sachsen

Zentralstelle für polizeiliche Prävention

Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Tel.: 03 51 - 8 55 - 23 09

Fax: 03 51 - 8 55 - 23 90

E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizei.sachsen.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) wurde im Jahr 1995 durch einen Beschluss des Landeskabinetts gegründet und erhielt folgenden Auftrag:

- Die Reduktion des Kriminalitätsaufkommens in Niedersachsen
- Die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls niedersächsischer Bürgerinnen und Bürger

Seit seiner Gründung ist der LPR gesamtgesellschaftlich ausgerichtet. Das bedeutet hohe Anforderungen an jeden Einzelnen, die Bereitschaft zur Kommunikation, zum fachlichen Austausch, zur Transparenz sowie die Fähigkeit und Flexibilität sich auf gesellschaftliche Situationen und Veränderungen einzustellen.

Der LPR ist sowohl auf Landesebene als auch im Bereich der Kommunen ständig gewachsen. Die qualifizierte Beratung der Mitglieder durch die LPR-Geschäftsstelle mit Sitz im Niedersächsischen Justizministerium hat eine Vielzahl von Gründungen unterstützt. Zu den 244 Mitgliedern des LPR zählen heute Ministerien, Behörden, Landesbeauftragte, landesweit tätige Verbände, wissenschaftliche Institutionen und vor allem die 183 kommunalen Präventionsgremien und Fördervereine.

Die Mitgliederversammlung wird durch den 13-köpfigen, ehrenamtlich tätigen Vorstand repräsentiert, der die Vielfalt der Mitglieder in seiner Zusammensetzung abbildet.

Kontakt

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

Tel.: 05 11 - 1 20 52 55

Fax: 05 11 - 1 20 52 72

E-Mail: christiane.klages@mj.niedersachsen.de

Webseite: www.lpr.niedersachsen.de

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet.

Der LPR will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürger miteinander.

Die Aufgaben des LPR sind u.a. die „Politikberatung“; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Unterstützung der kommunalen Räte der Kriminalitätsverhütung; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen.

Der LPR wird durch den Vorstand nach außen vertreten. Dieser besteht aus dem Minister des Innern als Vorsitzendem, der Ministerin der Justiz, dem Minister für Bildung, Jugend und Sport und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Das Plenum des LPR setzt sich derzeit aus 92 staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Einrichtungen, Organisationen, Vereinigungen und Verbänden zusammen. Die Geschäftsstelle des LPR ist im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern eingerichtet.

Kontakt

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9–13
14467 Potsdam
Tel.: 03 31 - 8 66 24 88
Fax: 03 31 - 8 66 24 60
E-Mail: lpr@mi.brandenburg.de
Webseite: www.landespraeventionsrat.brandenburg.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein stellt seine Arbeit mit einem Ausstellungsstand vor:

Um die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, gemeinsame Konzepte und Projekte zur Reduzierung von Kriminalitätsursachen zu entwickeln und auf kommunaler Ebene für diese Idee zu werben, wurde 1990 in Schleswig-Holstein – erstmals in Deutschland – der Rat für Kriminalitätsverhütung (Landesrat) gegründet.

Der Vorstand besteht aus dem Innenminister (Vorsitzender), dem Justizminister, der Bildungsministerin und der Sozialministerin.

Mittlerweile gibt es in über 90 schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden kommunale kriminalpräventive Räte, die Bedingungen vor Ort schaffen wollen, in denen Anreize zur Kriminalitätsbegehung verringert, die Hemmschwelle, Mitmenschen Schaden zuzufügen, erhöht, das Rechtsbewusstsein und die Bereitschaft der Menschen für einander einzutreten, gestärkt werden.

Eine wichtige Aufgabe des Landes-Rates ist darüber hinaus die Politikberatung, die sich auch in den kriminalpräventiven Konzepten widerspielt, die von Arbeitsgruppen konzipiert worden sind (siehe: www.kriminalpraevention-sh.de).

Die aktuellen Veröffentlichungen behandeln folgende Themenfelder:

Faustlos Plus (Prävention im Kindergarten), Happy Slapping, Stalking, Schulabsentismus

Kontakt

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Tel.: 04 31 - 9 88 31 56

Fax: 04 31 - 9 88 31 04

E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

Webseite: www.kriminalpraevention-sh.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein – ‚PiT‘

PiT (Prävention im Team)

unterstützt Schulen bei der Prävention von Gewalt, Diebstahl und Sucht.

Ziele sind:

- die soziale Kompetenz der Jugendlichen zu erhöhen, besonders die Fähigkeiten zu konstruktiver Problemlösung,
- die durch Kinder und Jugendliche inner- und außerhalb der Schule begangenen Straftaten zu verringern,
- Lehrkräfte zu gewinnen, die Thematik „Jugendkriminalität“ fächerübergreifend zu behandeln,
- die Sensibilität der Schülerinnen und Schüler für eigene Suchtgefährdung zu erhöhen,
- das soziale Klima in der Klasse zu verbessern.

Das Projekt ist im Team erarbeitet, erprobt und seit 1997 in verschiedenen Schulen durchgeführt worden. Die Eltern sind stets eingebunden.

Eingesetzte Professionen: Pädagogen, Polizeibeamte, Suchtberater und andere.

Kontakt

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein,
IQSH Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Tel.: 04 31 - 9 88 31 56

Fax: 04 31 - 9 88 31 04

E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

Webseite: www.kriminalpraevention-sh.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein „Patenschaftsprojekte“

„Plan haben“ und andere Patenschaftsprojekte aus Schleswig-Holstein sollen mit diesem Ausstellungsstand vorgestellt werden.

„Plan haben“ ist ein Projekt der Kriminalpräventiven Räte der Stadt Norderstedt und der Stadt Schleswig. Es vermittelt und begleitet Patenschaften zwischen auffällig gewordenen Jugendlichen und erwachsenen Paten, die sich als Ansprechpartner und Vertrauensperson engagieren.

Seit zehn Jahren arbeitet die Initiative erfolgreich. Durch die Erfolge sind auch andere Städte und Gemeinden neugierig geworden und einige haben bereits Patenschaftsprojekte ins Leben gerufen, andere erwägen es.

Die Patenschaftsprojekte bieten Hilfestellung für verhaltensauffällige Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren an und wendet sich an Eltern, die Unterstützung auf diese unkonventionelle Art außerhalb behördlicher Möglichkeiten und Zwänge suchen.

Freiwilliges Mitmachen der Jugendlichen ist Voraussetzung. Anonymität wird in jedem Fall zugesichert.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass es oft gut ist, wenn Jugendliche eine außenstehende Vertrauensperson als Ansprechpartner haben. Paten sind erwachsene Bürger, die gewillt sind, sich ein Jahr mit dem Jugendlichen zu beschäftigen und neue Ziele und Perspektiven zu erarbeiten. Dazu treffen sich die Paten mit ihrem Jugendlichen einmal in der Woche.

Kontakt

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Tel.: 04 31 - 9 88 31 56

Fax: 04 31 - 9 88 31 04

E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

Webseite: www.kriminalpraevention-sh.de

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen.

Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z.Z. mehr als 90 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt.

Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, z.Z. sieben Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle.

Vorsitzender des LfK ist Innenminister Lorenz Caffier.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kriminalpraevention.de

Kontakt

Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinenstraße 1

19055 Schwerin

Tel.: 03 85 - 5 88 24 60

E-Mail: armin.schlender@im.mv-regierung.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Landratsamt Muldentalkreis

Der Muldentalkreis ist Projektstandort von zwei Modellprogrammen:

1. Bundesprogramm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. In diesem Rahmen wurde im Landkreis ein Lokaler Aktionsplan erarbeitet, der sich im zweiten Umsetzungsjahr befindet. Dabei steht folgendes Leitziel im Mittelpunkt: Entwicklung und Umsetzung lokaler, nachhaltiger Strategien zu Wertevermittlung, Demokratieerziehung und Toleranzförderung sowie Aktivierung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements im Muldentalkreis. Im ersten Förderjahr lag der Schwerpunkt im Aufbau der Netzwerkarbeit, die eine wesentliche Grundlage effektiven und nachhaltigen Handelns darstellt. Zudem wird auf Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche sowie auf die programmrelevante Wissensvermittlung für Multiplikatoren gesetzt.

2. Landesmodellprojekt „Netzwerke für Kinderschutz – Pro Kind Sachsen“ – Hier wurde eine umfangreiche Konzeption erarbeitet sowie eine Arbeitsgruppe zum Thema Kinderschutz gegründet – die reguläre Arbeitsphase begann im Herbst 2007, die offizielle Auftaktveranstaltung fand im Januar 2008 statt.

Bei beiden Modellprojekten steht die Netzwerkarbeit sowie die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Mittelpunkt – zum einen mit dem Ziel der Demokratieförderung, zum anderen mit dem Ziel des Kinderschutzes sowie der Verbesserung von elterlicher Erziehungskompetenz. Im Muldentalkreis konnte und kann mit Hilfe der Modellprojekte auf bestehende Strukturen aufgebaut sowie die Vernetzung unterschiedlichster Professionen und Institutionen qualitativ verbessert werden.

Kontakt

Landratsamt Muldentalkreis

Karl-Marx-Str. 22

04668 Grimma

Tel.: 0 34 37 - 98 46 35

Fax: 0 34 37 - 98 49 96 35

E-Mail: ines.luepfert@muldentalkreis.de

Webseite: www.lra-mtl.de

„Leipzig. Courage zeigen.“ e.V.

Der Verein „Leipzig.Courage zeigen.“ e.V. setzt sich seit seiner Gründung 2000 für aktiv gegen Gewalt und Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz ein.

Zu diesem Zweck führt der Verein verschiedene friedliche, langfristig angelegte Aktionen durch, aber auch immer wieder kurzfristige als Reaktion auf aktuelle Geschehnisse.

Den Höhepunkt des Jahres bildet das am Vorabend des 1. Mai stattfindende „Couragekonzert“, das als musikalisches Event gegen Rechtsextremismus und für Toleranz vor dem Völkerschlachtdenkmal, in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen jährlich zwischen 15 000 und 35 000 Besucher anlockt.

Ziel des Vereins ist es, durch Verneztung mit Bündnispartnern die Arbeit im Bereich Gewaltprävention und Entwicklung von Demokratieverständnis auszubauen.

Gemeinsame Projekte wurden bisher unter anderem mit dem NDC bei der Umsetzung von Projektschultagen und dem Geschichtsprojekt „Zug der Erinnerung“ durchgeführt. Auch als Plattform für Bürgerinitiativen und die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen sowie der Bevölkerung Leipzigs fungiert der Verein.

Prävention leistet der Verein dem Namen nach auch durch das friedliche Courage zeigen.

Wir würden uns sehr freuen, uns auf dem 13. Präventionstag 2008 in Leipzig mit unserer bisherige Arbeit auf der Suche nach Vernetzungspartnern präsentieren dürfen.

Kontakt

„Leipzig. Courage zeigen.“ e.V.

Karl-Liebknecht-Str. 30/32

04107 Leipzig

Tel.: 03 41 - 926 05 75

Fax: 03 41 - 926 05 75

E-Mail: leipzig@couragezeigen.de

Webseite: www.Leipzig-Courage-zeigen.de

**Leitstelle „Kriminalprävention“,
Ministerium des Innern und für Sport
des Landes Rheinland-Pfalz**

Informationsstand der Leitstelle „Kriminalprävention“ beim
Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Kontakt

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-
Pfalz

Wallstraße 3

55122 Mainz

Tel.: 061 31-16 37 08

E-Mail: stefanie.adam@ism.polizei.rlp.de

Magdeburger Akademie für praxisorientierte Psychologie e.V. (MAPP e.V.)

Im Rahmen der Betreuungsarbeit haben Dipl.-SozialarbeiterInnen, Dipl.-PsychologInnen und ähnlich gelagerte Berufsgruppen immer häufiger mit gewaltbereiter bzw. gewalttätiger Klientel zu tun. Eine effiziente Auseinandersetzung mit den für die Gewalttätigkeit ursächlichen Problemen der Täter ist in der alltäglichen Arbeit oft leider nicht möglich.

Die Gegenwart von Gewalt, insbesondere deren mediale Darstellung hat ein Trainerteam aus Magdeburg bereits 1997 angeregt, nach einer Möglichkeit zur Verminderung von Gewaltbereitschaft bei den Tätern zu suchen.

Daraufhin ist das „Anti-Gewalt-Training Magdeburg®“ entwickelt worden und es wird nun seit fast 10 Jahren erfolgreich mit zum Teil mehrfach auffälligen Gewalttätern angewandt.

Seit September 2006 ist das Anti-Gewalt-Training Magdeburg® eine beim Deutschen Patent-und Markenamt eingetragene geschützte Marke.

Die Trainer führen seit vielen Jahren bundesweit Fortbildungen und Fachtagungen durch und halten Vorträge bei unterschiedlichen Veranstaltungen wie z.B. „Probation 2004“ in London 2004.

Die „Magdeburger Akademie für Praxisorientierte Psychologie e.V.“ hat in Zusammenarbeit mit den Trainern ein Konzept erstellt, um seit September 2007 eine umfangreiche „Zertifizierte Zusatzausbildung zum Anti-Gewalt-Trainer“ anbieten zu können.

Kontakt

Magdeburger Akademie für praxisorientierte Psychologie e.V.
Breitscheidstr. 2

39114 Magdeburg

Tel.: 03 91 / 8 86 46 12 o. 01 78 / 6 29 63 23

E-Mail: timmarx@arcor.de

Webseite: www.agt-magdeburg.de/
www.mapp-akademie.de

Männer gegen MännerGewalt

Männer gegen Männergewalt bietet Beratung und Betreuung zu folgenden Themen: Gewalt in Partnerschaft, Gewalt mit und unter Jugendlichen, Begleitung und Information für Fachleute und interessierte Bürger. Gewaltberatung nach dem Hamburger Modell wurde in den 80er Jahren entwickelt und mittlerweile arbeiten nach wissenschaftlich anerkannten Standards über 30 Beratungsstellen in der Bundesrepublik.

Kontakt

Männer gegen MännerGewalt

Giesensdorfer Str. 32

12207 Berlin

Tel.: 0 30 - 7 72 73 19

E-Mail: berlin@gewaltberatung.org

Webseite: www.gewaltberatung-berlin.de

Nachtwanderer Ritterhude / Bremen-Nord

Die „Nachtwanderer“ sind ehrenamtlich tätige Erwachsene (ab 25 Jahre), die am Wochenende Jugendliche auf den Straßen betreuen, sie ein Stück begleiten und mit Ihnen ins Gespräch kommen, damit Konflikte im Vorfeld entschärft werden. Erwachsene, die für Jugendliche da sind! Nachtwanderer wollen eine angenehme Atmosphäre schaffen, Vertrauen aufbauen, Hilfe und Unterstützung anbieten, Vorbild sein, für respektvolles Miteinander eintreten, Aggressionen und Vandalismus begrenzen, das soziale Klima verbessern. Mehr Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und Eltern erreichen sowie zur Beruhigung von Nachbarn und Anwohnern beitragen. Die Wiege der Initiative ist Stockholm. Seit 1987 sind dort Erwachsene nachts auf den Straßen unterwegs, statt besorgt wach zu liegen und auf die Rückkehr ihrer halbwüchsigen Kinder zu warten. Inzwischen zählt man in Schweden jährlich etwa 200 000 Nachtwanderer über 300 Orte verteilt. Auch in Norwegen, Dänemark und Estland macht die Initiative Schule. Nachtwanderer tragen eine besondere, einheitliche Kleidung.

Kontakt

Ritterhuder Präventionsrat

Riesstraße / Rathaus

27721 Ritterhude

Tel.: 0 42 92 - 40 97 25

E-Mail: bauschlueter@t-online.de

Neo – Ihr mobiler Schutzengel

Anspruch verpflichtet!

Nach mehrjähriger Entwicklung und Ausstattung von Polizei und Behörden wurden mit dem Eintritt auf den privaten Endkundenmarkt unsere Maßstäbe nicht gesenkt.

Durch die Verwendung von modernsten Bauteilen in Verbindung mit dem Entwicklungsvorsprung definiert sich der neo auch auf dem Privatkundensektor durch wesentliche Unterscheidungs- und Alleinstellungsmerkmale.

Einsatzbereiche:

- mobile Sicherheit für Eltern, Kinder, Senioren, Bedürftige
- schnelle gezielte Hilfe bei Unfällen, z.B. im Straßenverkehr, beim (Extrem-)Sport, Wandern, Radfahren ...
- Diebstahlschutz für Autos, Motorräder, Boote, Baumaschinen
- und vieles mehr...

Funktionen:

- Live-Ortung per Internet weltweit – keine zusätzliche Software erforderlich
- Mobile Ortung per Handy-Abruf
- Einrichtung von Zonen in jeglicher Form und Größe (Benachrichtigung beim Betreten oder Verlassen von definierten Gebieten)
- Positionsarchiv (automatische Positionsspeicherung alle 20 Sekunden)
- Notruf per Knopfdruck
- professionelle Hilfeleistung durch Alarmzentrale (rund um die Uhr besetzt!)

Besuchen Sie uns an unserem Informationsstand und erleben Sie den neo live!

Kontakt

neo ... Ihr mobiler Schutzengel

Breitscheidstr. 38

01237 Dresden

Tel.: 03 51 - 4 27 36 83

Fax: 07 21 - 1 51 37 68 29

E-Mail: us@mobiler-schutzengel.de

Webseite: us.mobiler-schutzengel.de

Netzwerk gegen Gewalt Hessen

Die Hessische Landesregierung stellt sich der Herausforderung einer wachsenden Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen. Ein wichtiges Element ist dabei das im Jahre 2003 gegründete Netzwerk gegen Gewalt.

Die Ursachen für gewalttätiges Verhalten sind vielschichtig. Genauso spezifisch und gleichzeitig umfassend müssen erfolgversprechende Bekämpfungsansätze sein. Gesamtgesellschaftliche Anstrengungen und Verantwortlichkeiten sind erforderlich.

Tatsache ist, dass Schulen, Staatliche Schulämter, Jugendämter, Staatsanwaltschaften und Polizei erfolgreiche Präventionsmaßnahmen durchführen und oft zusammenarbeiten. Den Austausch über erfolgreiche Ansätze zu fördern und guten Projekten zum flächendeckenden Durchbruch zu verhelfen ist Aufgabe des Netzwerks gegen Gewalt.

Was machen wir konkret?

Wir unterstützen bei der Einrichtung von neuen Präventionsräten und Arbeitskreisen auf örtlicher Ebene.

Wir fördern und begleiten Projekte und Kampagnen. Erfolgreiche Beispiele sind die Projekte „Prävention im Team“ (PiT-Hessen) und die Kampagne „Gewalt – Sehen – Helfen“.

Wir bieten kostenlose Fachtagungen zu aktuellen Themen.

Wir informieren auf unserer Homepage fortlaufend über Präventionsprojekte und Veranstaltungen und bieten einen Experten- und Referentenpool.

Menschen, die sich in der Gewaltprävention engagieren, bieten wir eine Plattform sich zu vernetzen.

Kontakt

Netzwerk gegen Gewalt

Hölderlinstraße 1–5

65187 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 83 16 60

Fax: 06 11 - 83 16 65

E-Mail: info@netzwerk-gegen-gewalt.de

Webseite: www.netzwerk-gegen-gewalt.de

Netzwerk Zuhause sicher e.V.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. Es wurde im April 2005 in Münster gegründet. Ziel des Netzwerkes ist es, die Themen „Einbruch- und Brandschutz“ einer breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen.

Dazu haben sich Polizeibehörden, Kreishandwerkerschaften, Handwerksunternehmen, Kommunen und Handwerkskammern sowie Unternehmen aus Versicherungswirtschaft, Industrie und Handel zusammengeschlossen. Da sich jeder auf seine Kernkompetenzen konzentriert, entsteht eine Win-Win-Situation zwischen gleichberechtigten Partnern, die den Bürger präventiv und das Einbruchsoffer in der Nachsorge mit einer neutralen und professionellen Betreuung unterstützen und begleiten.

Als Kommunikationsplattform dient ein gemeinsames, neutrales Logo, das anstelle von Firmen- und Behördenlogos auf allen Materialien als Erkennungszeichen benutzt wird. Dieses Logo in Form einer Plakette sowie einen Rabatt von den beteiligten Versicherern erhält der Bürger für sein besonderes Engagement für Einbruch- und Brandschutz, wenn er alle gefährdeten Gebäudeöffnungen mit mechanischem Aufhebelerschutz versehen hat, die Hausnummer gut sichtbar ist, ein Telefon am Bett steht und Rauchmelder installiert sind.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ wurde 2007 mit dem Diplom des European Public Sector Award (Luzern, Schweiz) und 2006 mit dem Landespreis für Innere Sicherheit des Innenministeriums NRW ausgezeichnet.

Weitere Informationen unter www.zuhause-sicher.de

Kontakt

Netzwerk Zuhause sicher e.V.

p. A. Echelmeyerstraße 1-2

48163 Münster

Tel.: 02 51 - 7 05 11 72

E-Mail: info@zuhause-sicher.de

Webseite: www.zuhause-sicher.de

pad e.V.

Der pad e.V. ist beim 13. DPT vertreten durch das Projekt Schadenswiedergutmachung / Opferfonds-Graffiti, das seit 1996 erfolgreich jugendliche bzw. heranwachsende Ersttäter im Alter von 14–21 Jahren aus dem urbanen Großraum Berlin und Brandenburg, die nachweislich Sachbeschädigungen in Form von Graffiti, Scratchen, Edding und anderen Arten des Vandalismus im Bereich des öffentlichen Personalverkehr sowie bei anderen Unternehmen begangen haben, betreut.

Kontakt

pad e.V.

Ahrenshooper Str. 7

13051 Berlin

Tel.: 0 30 - 9 20 00 25

Fax: 0 30 - 9 24 52 19

E-Mail: gsw@padev.deWebseite: www.padev.de

PiT-Hessen – das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt

PiT-Hessen ist das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt. PiT-Hessen ist ein opferzentriertes Programm und beinhaltet

- die Teambildung von Polizei, Jugendhilfe und Schule
- gewaltfreie Trainings mit Schülerinnen und Schülern der 7. Klasse
- Einflussnahme auf den Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklungsprozess der beteiligten Organisationen.

PiT-Hessen kann in allen Schulen mit Sekundarstufe I durchgeführt werden. Das Programm wurde in einem dreijährigen Modellversuch erprobt und durch die Philipps-Universität in Marburg evaluiert. Seit dem Schuljahr 2007/2008 gibt es PiT-Hessen landesweit als Angebot.

Durch das Programm ergeben sich ganz neue Formen der Kooperation zwischen den unterschiedlichen Institutionen, die echte Synergieeffekte freisetzen.

Die Schülerinnen und Schüler lernen, Gewaltsituationen rechtzeitig zu erkennen und sich nicht in einen Konflikt hereinziehen zu lassen. Für trotzdem kritische Situationen werden persönliche Handlungsoptionen entwickelt. Wie helfe ich richtig, ohne selbst zum Opfer zu werden, ist ein weiterer wichtiger Baustein des Programms.

Welches Verhältnis habe ich persönlich zur Gewalt und zur Gewaltprävention? Diese Frage führt zu einem Diskurs über das Thema, dem sich auch die Erwachsenen in den beteiligten Institutionen stellen müssen.

Kontakt

PiT-Hessen

Maximilianstr. 5

60385 Frankfurt am Main

Tel.: 01 77 - 3 27 66 59

E-Mail: d.friedrichs@pit-hessen.de

Webseite: www.pit-hessen.de

Polizei Hamburg

Die Polizei Hamburg beabsichtigt, anlässlich des 13. Deutschen Präventionstages, auf dem Infostand über die polizeiliche Jugendarbeit zu informieren. Es werden die Maßnahmen nach dem Senatskonzept Handeln gegen Jugendgewalt schwerpunktmäßig dargestellt. Dazu gehören u.a. das polizeiliche Präventionsprogramm „Kinder- und Jugenddelinquenz“ in den Schulen für die Jahrgänge 5–8 und die Maßnahme Cop4U. Zusätzlich werden wir die Maßnahme norm- und hilfeverdeutlichende Gespräche nach Gewaltdelikten bei Tätern und Opfern darstellen.

Kontakt

Polizei Hamburg

Bruno-Georges-Platz 1

22297 Hamburg

Tel.: 0 40 - 4 28 65 83 29

Fax: 0 40 - 4 28 65 43 09

E-Mail: jugendbeauftragter.bergedorf@polizei.
hamburg.de

Webseite: www.polizei.hamburg.de

Polizei und Ordnungsbehörden im Kreis Gütersloh

Gütersloher Jugendschutzprojekt „Drehscheibe für die Alterskontrolle“ entwickelt und durchgeführt von den Ordnungsämtern und der Polizei im Kreis Gütersloh.

Eine Handreichung zur Information des Verkaufspersonals von Alkohol und Tabak über die Jugendschutzbestimmungen und zur schnellen, sicheren Altersbestimmung der Kunden. Im Kreis Gütersloh ist sie an allen Kassen im Sichtbereich des Personals angebracht, erinnert damit an die Jugendschutzbestimmungen und fordert zu Ausweiskontrollen auf. Das tägliche Einstellen der Stichtage für das Erreichen der gesetzlichen Altersgrenzen ersetzt das häufig beobachtete Notieren der Daten auf Zetteln.

An den Kassen eingesetzte Aushilfskräfte sind mit diesem Medium ausreichend informiert.

Kontakt

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Herzebrocker Str. 144

33334 Gütersloh

Tel.: 0 52 41 - 8 69 - 18 71

E-Mail: dieter.jung@polizei.nrw.de

Polizeidirektion Dresden

Projektname: „Aufgepasst – Kinder unterwegs“

Zielgruppe: Verkehrspräventionsprojekt für Grund- und Förderschulkinder sowie für LehrerInnen

Partner: Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB AG)/PräventionssachbearbeiterInnen der Dresdner Polizeireviere

Zieldefinition: Sensibilisierung für Gefahren vermeidender Verhaltensweisen im Straßenverkehr und der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Inhalte/Themenkomplexe: Verkehrsregeln und Verhalten in Bus und Straßenbahn

Durchführung: Die Theorie wird in den Grund- und Förderschulen und die Praxis wird auf dem Betriebsgelände der DVB AG durchgeführt.

Kontakt

Polizeidirektion Dresden

Schießgasse 7

01067 Dresden

Tel.: 03 51 - 4 83 34 34

Fax: 03 51 - 4 83 17 22 79

E-Mail: detlef.kaminsky@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizei.sachsen.de/pd_dresden/1027.htm

Polizeidirektion Oberlausitz – Niederschlesien

Information (Schautafeln und PowerPoint-Präsentation) zur mehr als 10-jährigen Zusammenarbeit zwischen der Kreiskommandantur der Polizei in Zgorzelec (Polen, Woiwodschaft Niederschlesien) und der Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien anhand von Beispielen aus dem präventiven und repressiven Bereich.

Kontakt

Polizeidirektion Oberlausitz / Niederschlesien
James-von-Moltke-Strasse 8
02826 Görlitz

Tel.: 0 35 81 - 46 82 50

Fax: 0 35 81 - 46 81 72 50

E-Mail: harald.wenske@polizei.sachsen.de

Polizeidirektion Waiblingen und Jugendfeuerwehr Rems-Murr

Die Gewaltbereitschaft an den Schulen steigt, dazu gehören auch Straftaten, die mit eigenem Handy gefilmt und auf dem Schulhof bzw. im Internet verbreitet werden. Die überall gewährleistete Verfügbarkeit der neuen Medien, z.B. durch den Besitz eines Handys mit Kamera und Internetzugang von fast allen Jugendlichen, ohne soziale Kontrolle und fehlendes Unrechtsbewusstsein fördern das „Austesten“ der eigenen Grenzen und Fantasien, die oft Gewalt verherrlichenden Hintergrund haben. Außerdem reizen die in den öffentlichen Medien dargestellten Vorfälle an anderen Schulen zur Nachahmung.

Hier setzt das Gewaltpräventionsprojekt der Jugendfeuerwehren aus dem Rems-Murr-Kreis an. Anhand eines selbst gedrehten Videofilms der Jugendfeuerwehr unter Beteiligung von Schülern, soll das Problem öffentlich und im Schulunterricht thematisiert werden. Neben dem Videoprojekt ist ein bundesweiter Videowettbewerb ausgelobt, dessen Ergebnisse ebenfalls einfließen. In enger Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion und örtlichen Schulen aus dem Rems-Murr-Kreis entsteht ein komplettes Medienpaket mit Unterrichtsmaterialien. Ergänzend gibt es Workshops zur Zivilcourage und Coolness-Trainings für Jugendfeuerwehrangehörige und Schüler zum besseren Umgang mit Konflikten.

Ab dem Schuljahr 2008/2009 soll das Medienpaket fester Bestandteil des Schulunterrichts werden.

Unterstützt wird das Projekt von
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
SWN Kreissparkasse Waiblingen
Landratsamt Rems-Murr-Kreis
Internet-Kommunity www.kwick.de
MDR und KI.KA

Kontakt

Polizeidirektion Waiblingen
Ludwigsburger Straße 1
71332 Waiblingen
Tel.: 071 51 - 9 50 - 2 10
E-Mail: praevention-wn@polizei.bwl.de
Webseite: www.haus-der-praevention.de

Polizeidirektion Westsachsen

„Mit Grips gegen Gewalt“ eine Projektinitiative mit lokaler Vernetzung unter Einbeziehung von Polizei, Presse, Wirtschaft, Schule, Vereinen und Privatpersonen.

Inhalt:

Demokratie stärken – Gewalt und Rechtsextremismus bekämpfen, aber wie?

- das antidemokratische Weltbild der Rechten entlarven
- politische Bildung intensivieren – Demokratieverständnis fördern
- die demokratische Zivilgesellschaft stärken – lebendige Demokratie gestalten
- Handlungskompetenz zur Zivilcourage vermitteln

Kontakt

Polizeidirektion Westsachsen

Schongauer Str. 13

04239 Leipzig

Tel.: 0 34 37 - 93 06 14

Fax: 0 34 37 - 93 08 53

E-Mail: andreas.conny@online.de

Polizeifachschule Chemnitz – Präventionsprojekt „Kooperationsvertrag mit dem Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e.V. Chemnitz der Polizeifachschule Chemnitz“

Im Oktober 2000 wurde ein Patenschaftsvertrag zwischen der 3. BPA Chemnitz und dem Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e.V. Chemnitz im Rahmen der freizeitorientierten Jugendprävention unterzeichnet. Anwesend bei dieser Unterzeichnung war der damalige sächsische Innenminister. Dieser Vertrag wurde 2003 in einen Kooperationsvertrag umgewandelt.

Im Jahre 2002 erhielt dieses Projekt den Innovationspreis und 2002/2003 den Präventionspreis des sächsischen Staatesministerium des Innern.

Während der Ausbildung betreuen Beamte in Ausbildung verschiedene Wohngruppen. Dieses geschieht vorwiegend in der Freizeit. Dabei lernen die Beamten den Umgang mit „Problemkindern“, was für ihre spätere Arbeit von großem Nutzen ist. Des weiteren werden den Kindern und Jugendlichen nochmals bestimmte Verhaltensweisen und Grundnormen der gegenseitigen Achtung vermittelt.

Im Jahre 2007 wurden die Betreuer dieses Projektes durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz für ihre Tätigkeit ausgezeichnet.

Kontakt

Bereitschaftspolizei Sachsen

Dübener Landstraße 4

04111 Leipzig

Tel.: 03 41 - 5 85 55 26 - 5 27 - 5 28

E-Mail: presse.bpp@polizei.sachsen.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) dient der Polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit mit kriminalpräventiver Ausrichtung. Wir unterstützen mit Medien, Maßnahmen und Konzepten die Polizeidienststellen bei ihren Aufgaben der polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention. Dies trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Kriminalität überwiegend örtlich entsteht und erlebt wird und deshalb Kriminalprävention mit zielgerichteter Projektarbeit auf kommunaler Ebene auch besonders wirksam betrieben werden kann. Durch die Zielgruppen- und Bedarfsorientierung des ProPK soll erreicht werden, dass sich Bürger und Polizeibeamte verstärkt um eigene Beiträge zur Kriminalitätsvorbeugung bemühen. Das ProPK richtet sich strategisch an der Überlegung aus, dass der enge Schulterschluss zwischen Bürger und Polizei in Form einer Sicherheitspartnerschaft Grundvoraussetzung jeder vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung ist. Deshalb fordert das ProPK den Bürger zum aktiven Dialog mit seiner Polizei auf und stellt den Service für den Bürger als zentralen Leitgedanken in den Mittelpunkt seiner Kommunikationsarbeit.

Kontakt

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder
und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstr. 85

70372 Stuttgart

Tel.: 07 11 - 54 01 - 20 62

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Polizeiorchester Sachsen

Vorstellung der musikalischen Präventionsprogramme des
Polizeiorchesters Sachsen

- Entstehungsgeschichte
- Inhalte
- Zielgruppen
- Statistik / Presse

Kontakt

Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

Tel.: 03 51 - 85 01 66 01

Fax: 03 51 - 85 01 66 09

E-Mail: stefan.hedrich@polizei.sachsen.de

Polizeipräsidium Karlsruhe

Unter dem Motto „Opfereinsatz auch im Ruhestand“ haben sich in Karlsruhe 20 Polizeipensionär/-innen zusammengefunden, um Opfern von Straftaten, Unglücksfällen oder Verkehrsunfällen pragmatische Hilfestellung zu geben. Das Konzept sieht vor, dass sich die berufs- und lebenserfahrenen Kollegen der oft älteren und auf sich allein gestellten Opfer ganz persönlich annehmen und ihnen ehrenamtlich, unentgeltlich und professionell helfen, ihr Gefühl der Hilflosigkeit und Unsicherheit zu überwinden.

Kontakt

Polizeipräsidium Karlsruhe

Beiertheimer Allee 16

76137 Karlsruhe

Tel.: 07 21 - 9 39 - 45 83

Fax: 07 21 - 9 39 - 45 89

E-Mail: opferschutz@ppka.bwl.de

Webseite: www.polizei-karlsruhe.de

Polizeipräsidium Mittelhessen

Der Infostand der PD Marburg/AG Jugendkriminalität und Gewalt an Schulen (K 33-AGGAS) gibt dem Besucher einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Bereiche polizeilicher Jugendarbeit. An aktuellen Beispielen von Jugendkriminalität wird aufgezeigt, welche Maßnahmen und Konsequenzen strafrelevantes Verhalten für Jugendliche nach sich ziehen kann. Schwerpunktthemen sind die Bereiche Alkohol- und Drogenkonsum, Straftaten im Bezug auf neue Medien, Gewalt- und Roheitsdelikte. Weiterhin wird dargestellt, wie anlassbezogene Präventionsmaßnahmen effektiv eingesetzt werden können.

Kontakt

Polizeipräsidium Mittelhessen

Raiffeisenstraße 1

35043 Marburg

Tel.: 0 64 21 - 40 63 69

E-Mail: frank.doenges@polizei.hessen.de

Prävention der Polizei Baden-Württemberg

„Prävention auf einem Blick“, unter diesem Thema präsentieren sich auf dem diesjährigen Deutschen Präventionstag die Kriminalprävention des Landeskriminalamtes sowie die Koordinierungsstelle Verkehrsprävention auf einem gemeinsamen Stand.

Leitgedanke ist die Vernetzung der Verkehrs- mit der Kriminalprävention in den Präsidien und Direktionen der Polizei in Baden-Württemberg.

Kontakt

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstrasse 85
70337 Stuttgart
Tel.: 07 11 - 54 01 - 20 76
Fax: 07 11 - 54 01 - 34 30
E-Mail: praevention@lka.bwl.de
Webseite: www.lka-bw.de

Präventionsrat Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen fehlte eine einheitliche Organisationsstruktur. Weitere Defizite waren mangelnde Koordination und Schwerpunktbildung, unzureichende Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen und eine nur sporadische Öffentlichkeitsarbeit.

Folgerichtig war daher Februar 2006 die Gründung eines Präventionsrates als strukturiertes Netzwerk mit Einbeziehung aller relevanten Behörden und Institutionen sowie einer starken, lokalen Bürgerbeteiligung.

Neben der Geschäftsführung und einem Lenkungskreis sind vier Fachkreise eingerichtet worden:

- Städtebauliche und technische Kriminalprävention
- Allgemeine Verhaltensprävention im Bereich Opferschutz und Integration
- Prävention für Kinder, Jugend und Schulen
- Verkehrsprävention
- Nahezu alle Stadtteile haben inzwischen örtliche Präventionsräte gegründet und werden aktiv in die Analyse von Problemfeldern sowie in die praktische Umsetzung der Lösungsstrategien einbezogen. 2007 gründete sich ein Förderverein, der die Aktivitäten des Präventionsrates finanziell unterstützt.
- Eine Reihe von Projekten und Maßnahmen sind bisher durchgeführt worden. Das Projekt „Sicherheit im öffentlichen Personenverkehr“ wurde mit dem NRW-Landespreis für Innere Sicherheit 2007 ausgezeichnet.

Kontakt

Präventionsrat Gelsenkirchen
Rathausplatz 4
45894 Gelsenkirchen

Tel.: 02 09 - 3 65 22 11

Fax: 02 09 - 3 65 22 19

E-Mail: mail@praege.de

Webseite: www.praeventionsrat-gelsenkirchen.de

PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

„PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH“ wurde vom Verein Bewährungshilfe Stuttgart e.V. als alleiniger Gesellschafter 2006 gegründet. Diese ist im Stuttgarter Handelsregister unter der HBR 723405 eingetragen. Die jeweils alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer sind Siegfried Bayer und Thomas Kammerlander.

Die neu gegründete Gesellschaft organisiert den operativen Bereich der bisherigen Aufgaben des seit 1951 bestehenden Vereins Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Die Arbeitsbereiche:

- Betreutes Wohnen, Hilfen nach §§ 67 ff, SGB XII in sechs kleine betreute Wohngruppen mit insgesamt 40 Plätzen und die Betreuung im Individualwohnraum mit 29 Plätzen.
- Täter-Opfer-Ausgleich, Bereitstellung eines Opferfonds.
- Schwitzen statt Sitzen Stuttgart., und in Tübingen, gemeinsam mit dem Verein für Jugend- und Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Tübingen e.V..
- Psychotherapeutische Ambulanz zur Behandlung von Sexualstraftätern.
- Zeugenbegleitung im Amts- und LG-Bezirk Stuttgart.
- Betreuungsweisungen im Rems-Murr-Kreis.
- BICO – ein Präventionsprojekt zur Vermeidung von Schulausschluss

Zentralen Schuldnerberatung Stuttgart, gemeinsam mit der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. und dem Caritasverband Stuttgart e.V..

Kontakt

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstr. 16

70182 Stuttgart

Tel.: 07 11 - 2 39 88 42

Fax: 07 11 - 2 39 88 50

E-Mail: bayer@sd-stgt.de

Webseite: www.sd-stgt.de

Regiestelle Vielfalt

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und für mehr Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland hat die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum 1. Januar 2007 das neue Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Ziel des neuen Bundesprogramms ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, zu bekämpfen. Das Programm ist langfristig angelegt und fördert bis 2010 präventiv-pädagogische Arbeit mit insgesamt 19 Millionen Euro pro Jahr.

Ansprechpartnerin: Andrea Keppke

Kontakt

Regiestelle für Vielfalt c/o gsub mbH
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin
Tel.: 0 30 - 28 40 93 06
Fax: 0 30 - 28 40 91 30
E-Mail: andrea.keppke@gsub.de
Webseite: www.vielfalt-tut-gut.de

Respekt e.V.

Respekt und respektvoller Umgang miteinander bilden die Grundlage in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie im zwischenmenschlichen Handeln.

Respekt ist ein wichtiger Aspekt der sozialen Kompetenzen.

Respekt e.V. ist ein junger Verein, dessen Mitglieder sich zur Aufgabe gemacht haben, den respektvollen Umgang in der Gesellschaft zu fördern. Der Tätigkeitsschwerpunkt liegt in der Vermittlung persönlicher und sozialer Kompetenzen, Gewaltprävention und Zivilcourage-Training.

Der Infostand informiert über og. Inhalte und Angebote des Vereins und lädt zum Ausprobieren kleinerer Übungen ein.

Die Angebote sind Verhaltenstrainings auf konfrontativer Basis, die überwiegend in der Gruppe stattfinden. Inhalt der Trainings ist die Schulung der Empathiefähigkeit, der Aufbau des Selbstbewusstseins, Umgang mit Frustration und Aggression, Verbesserung der kommunikativen Fähigkeiten. Ziel der Trainings ist das Reflektieren des Verhaltens, die realistische Selbsteinschätzung und das Entwickeln von Handlungsstrategien und Perspektiven.

Kinder / Jugendliche: Coolnesstraining, Selbstbehauptung für Mädchen, Soziale Kompetenzen, Anti-Aggressivitätstraining, Konfliktmanagement, Zivilcourage-Training

Erwachsene: Fortbildungen zum Thema Gewaltprävention, Fortbildungen zum Thema Kommunikation, Elterncoaching, Beratung und Training im Umgang mit Gewalt und Aggressionen

Kontakt

Respekt e.V.

Werner-Hilpert-Str. 15b

34117 Kassel

Tel.: 05 61 - 8 70 15 78

E-Mail: respekt.e.v@gmx.de

Webseite: www.respekt-ev.com

Sächsische LOTTO-GmbH und Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG

Staatliches Glücksspiel in Sachsen:

Gemeinsamer Informationsstand der Sächsischen LOTTO-GmbH und der Sächsischen Spielbanken GmbH & Co KG.

Spielen macht Spaß und unterhält, es ist gesellig und trägt zur Entspannung bei. Glücksspiele, also Spiele um Geld, die vom Zufall entschieden werden, haben eine weitere Komponente: Sie können für betroffene Menschen zur Krankheit mit enormen Konsequenzen werden.

Glücksspielprobleme sind ernst zu nehmen. Aufgrund des Risikopotentials von Glücksspielen gibt es das staatliche Lotteriemonopol – für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Glücksspielen und für ein seriöses Spielangebot.

Die Sächsische LOTTO-GmbH und die Sächsischen Spielbanken haben Informationsmaterialien sowohl für Lottoverkäufer bzw. Casino-Mitarbeiter als auch für Kunden und Gäste in enger Zusammenarbeit mit dem ZIS, Hamburg, und der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren erstellt.

Kontakt

Sächsische LOTTO-GmbH

Oststraße 105

04317 Leipzig

Tel.: 03 41 - 8 67 01 30

E-Mail: K.Waschke@sachsenlotto.de

Webseite: www.sachsenlotto.de

Sächsisches Staatsministerium der Justiz

Vom Sächsischen Justizvollzug werden gemeinsam mit dem Sächsischen Landesverband für soziale Rechtspflege folgende Projekte vorgestellt:

1. Das Kreativzentrum der Justizvollzugsanstalt Zeithain.
2. Die Europäischen Beratungsstellen (EBS) für tschechische und polnische Straffällige in Pirna/Heidenau und Görlitz.
3. Besichtigung der neuen Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen durch interessierte Besucher.

Kontakt

Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Hospitalstraße 7
01097 Dresden

Tel.: 03 41 - 8 63 91 10

E-Mail: rolf.jacob@jvkh.justiz.sachsen.de

Salfeld Computer GmbH

Die Salfeld Computer GmbH ist Hersteller des Software-Programmes „Kindersicherung“, welche Eltern und Pädagogen die Möglichkeit gibt, Ihren Kindern einen kind- / und jugendgerechten Umgang mit dem Medium „PC“ und „Internet“ zu bieten.

Die mehrfach ausgezeichnete Software bietet verschiedene Zeitkontrollen und Möglichkeiten den PC Konsum sinnvoll zu gestalten. Ein Internetfilter schützt vor ungeeigneten Web-Inhalten.

Weitere Informationen zu dieser Software finden Sie auf www.kindersicherung.de

Kontakt

Salfeld Computer GmbH
Tuchbleiche 15
72768 Reutlingen

Tel.: 071 21 - 6 22 76 90

Fax: 071 21 - 6 22 76 94

E-Mail: info@salfeld.de

Webseite: www.salfeld.de

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

Das Schauspielkollektiv ist ein freies, professionelles Kinder- und Jugendtheater. Die Produktionen des Schauspielkollektivs werden bundesweit, mobil, vor allem an Schulen gespielt. Die Arbeit richtet sich auch an ein Theater unerfahrenes Publikum, besonders im sozialen Brennpunkt. Das Schauspielkollektiv begeistert sein junges Publikum durch schauspielerische Qualität und Authentizität, nicht zuletzt weil die Stücke ohne pädagogischen Zeigefinger auskommen. Aufgrund dieser Akzeptanz von Seiten der Jugendlichen sind die Stücke mehr als ein Öffner für Präventionsthemen.

Begleitet wird die Arbeit von einem Team aus Theater- und Sozialpädagogen. Präventionstheater muss immer zu Kommunikation führen. Daher bietet das Schauspielkollektiv nach jeder Vorstellung eine Nachbereitung an. Die Stücke emotionalisieren, setzen starke Impulse und transportieren präventive Inhalte ohne dabei die Lebenswirklichkeit junger Zuschauer aus dem Blick zu verlieren.

Zu folgenden Themen hat das Schauspielkollektiv Stücke im Repertoire:

Weiterführende Schulen:

- Alkohol
- Cannabis, Amphetamine, Risiko und Konsummuster, Faszination Droge
- Essstörungen
- Gewalt in der Schule, Mobbing, Ausgrenzung
- Gewaltfantasien, Amok, Computerspiele
- Migration, Integration, interkulturelle Kompetenzen
- Kita/ Grundschule:
- Gewalt/ sexuelle Gewalt

Kontakt

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1 b

21335 Lüneburg

Tel.: 0 41 31 - 98 98 75

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.schauspielkollektiv.de

Schule für Erziehungshilfe Dresden / PD Dresden

In der Woche vom 21.01.08–25.01.08 fand in der Schule für Erziehungshilfe in Dresden ein Antidrogen-und Antigewaltprojekt statt. Beteiligt waren die Polizeidirektion Dresden, Oberstaatsanwalt Avenarius, die JVA und das Fanprojekt von Dynamo Dresden. Die Vertreter der verschiedenen Ämter und Einrichtungen haben sich sehr unbürokratisch und sofort zur Zusammenarbeit bereit erklärt.

Die Projektwoche begann mit dem Besuch der JVA Dresden. Am zweiten Tag beschäftigten sich die Schüler in Gruppenarbeit mit den Themen wie Mobbing, Drogenprävention und Jugendkriminalität. Einer der Höhepunkte war der Besuch von Oberstaatsanwalt Avenarius, der den Schülern zwei Stunden Antworten auf ihre Fragen gab. Der Donnerstag stand im Zeichen des Fußball. Ein Fußballspiel gegen die Einsatzhundertschaft der Polizeidirektion Dresden stand auf dem Plan. Nach dem Spiel erklärten die Kollegen, warum es notwendig ist, manchen harten Einsatz bei Fußballspielen durchführen zu müssen. Am Ende fassten die Schüler dieses Projekt in Form einer Repräsentationsmappe zusammen.

Kontakt

Schule für Erziehungshilfe Dresden
Karl-Laux-Str. 5
01219 Dresden
Tel.: 03 51 - 2 75 25 23
E-Mail: mail@sfe-dresden.de

Selbsthilfe im Taunus e.V. – RequiSiT

RequiSiT – ein innovatives Projekt zur Suchtprävention an Schulen und Unternehmen

Kurzinformation:

Jugendliche experimentieren immer häufiger mit Drogen und/oder entwickeln süchtiges Verhalten. Lehrer, Ausbilder und Eltern sind zunehmend überfordert und stehen dem Thema oft hilflos gegenüber.

Wir bieten ein innovatives, theaterpädagogisches Konzept mit unterschiedlichen Angeboten für verschiedene Zielgruppen (Schüler, Auszubildende, Lehrer, Ausbilder, Eltern, Erzieher etc.), das Techniken des Improvisationstheaters mit kompetenten Gesprächsrunden zum Thema Sucht und Abhängigkeit verbindet. RequiSiT ist seit mehr als 12 Jahren sehr erfolgreich an Schulen, Unternehmen und anderen Institutionen tätig. Bis auf die Leitung sind alle Mitarbeiter ehemals Drogenabhängige, die ihren Weg in ein cleanes Leben gefunden haben und sich durch ein hohes Maß an Authentizität, Selbstreflexion und Fachkompetenz auszeichnen. RequiSiT richtet sich sowohl an Jugendliche als auch an Erwachsene und fördert nicht nur ihre Selbstreflexion, sondern auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in der Suchtprävention.

RequiSiT ist mobil und bringt alles mit, was auf der Bühne gebraucht wird.

Neugierig geworden?? Dann kommen Sie doch mal an unserem Stand vorbei! Wir freuen uns auf Sie!

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.sit-taunus.de

Kontakt

RequiSiT (SiT e.V.), Nora Staeger

Voltastraße 9–11

65795 Hattersheim

Tel.: 0 61 90 - 89 04 49

Fax: 0 61 90 - 89 04 39

E-Mail: n.staeger@sit-taunus.de

Soziale Alternativen in der Bewährungshilfe Speyer e.V.

Vorstellung Verein mit seinen Projekten

1. JuMA (Arbeitsprojekt für junge Probanden der Bewährungshilfe)
2. Ehrenamtliche Bewährungshilfe Speyer

Kontakt

Soziale Alternativen in der Bewährungshilfe Speyer e.V.

Mühlturmstr. 3

67346 Speyer

Tel.: 0 62 32 - 29 23 05

Fax: 0 62 32 - 53 96 44

E-Mail: info@juma-speyer.de

Webseite: www.juma-speyer.de

Staatliches Schulamt für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis

Der Hessische Landespräventionsrat beschäftigt sich in seiner Arbeitsgruppe VIII mit dem Thema: „Neue Technologie – neue Wege zur Gewalt.“ Diese AG begleitet einen hessenweiten Schulwettbewerb, in dem Hessens Schülerinnen und Schüler zusammen mit ihrer Lehrkraft den verantwortungsvollen Umgang mit Handy (und Internet) in Form z.B. einer Unterrichtsreihe skizzieren und für ihre eigene Schulgemeinde als Modell empfehlen.

Kontakt

Staatliches Schulamt für den Kreis Bergstraße
und den Odenwaldkreis
Weiherhausstraße 8c
64646 Heppenheim
Tel.: 0 62 52 - 99 64 - 2 12
E-Mail: k.egert@hp.ssa.hessen.de

Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention Wetzlar/Weilburg im Staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg blickt auf mehr als 10 Jahre Präventionsarbeit zurück. Sie hat bisher u.a. 5 Modellversuche zur Gewaltprävention sowie ein EU-Projekt zur Verbesserung des Schule-Elternhaus-Verhältnisses durchgeführt und ist mit zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Präventionskonzepten in Hessen, Deutschland und Europa hervorgetreten. Ihr vielfältiges Angebot an Medien findet Interessenten im eigenen Land, in Luxemburg, Österreich und in der Schweiz. Stolz ist die Koordinierungsstelle auf die inzwischen hessenweit geschaltete Trouble-Line und AGGAS, die in Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ins Leben gerufen worden sind.

Für die beiden Modellprojekte AGGAS und Trouble-Line hat die Koordinierungsstelle Gewaltprävention den Deutschen Kriminalpräventionspreis 2007 erhalten.

Aus der Koordinierungsstelle sind auch der Verein „Verantwortung statt Gewalt e.V.“ und die gleichnamige Bürgerstiftung hervorgegangen.

Im Internet ist die Koordinierungsstelle unter www.verantwortung.de vertreten. Ein Besuch am Stand lohnt sich!

Kontakt

Staatliches Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis
und den Landkreis Limburg-Weilburg
Frankfurter Str. 20–22
35781 Weilburg
Tel.: 0 64 71 - 32 82 32
E-Mail: w.hoelzer@wlb.ssa.hessen.de
Webseite: www.verantwortung.de

Staatsanwaltschaft Gera

Präsentation der Jugendstation Gera; Zusammenarbeit der drei Behörden Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe unter einem Dach; Vorteile des Arbeitsablaufs in der Jugendstation; statistische Erhebungen zur Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden und den strafrechtlichen Reaktionen; Öffentlichkeitsarbeit und sonstige präventive Maßnahmen

Kontakt

Staatsanwaltschaft Gera

Hainstraße 21

07548 Gera

Tel.: 03 65 - 8 21 30

Fax: 03 65 - 7 73 55 49

E-Mail: e.berensmohrmann@sta-g.thueringen.de

Stadt Hoyerswerda / Stadt Görlitz / Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Präsentation Bürgerbefragungen in Hoyerswerda und Görlitz

Durch die Sächsische Hochschule für Polizei (FH) wurden in den Jahren 1999 und 2004 in Görlitz sowie in den Jahren 1998 und 2002 in Hoyerswerda Bürgerbefragungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Befragungen lieferten sowohl für die Polizei als auch für die Städte eine Vielzahl von Hinweisen und Anregungen, die zum Wohl der Bürger in die tägliche Arbeit integriert werden konnten.

Auf Grund der jeweils zweiten Bürgerbefragung erhielten die Städte Görlitz und Hoyerswerda auch eine Rückkopplung, wie sich die auf Grund der ersten Bürgerbefragung durchgeführten Maßnahmen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung niedergeschlagen haben.

Das Ergebnis der dritten Bürgerbefragung im Jahr 2008 in Hoyerswerda liegt als Zwischenbericht vor.

Kontakt

Stadt Hoyerswerda / Stadt Görlitz / Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH)

Markt 1

02977 Hoyerswerda

Tel.: 0 35 71 - 45 63 10

E-Mail: oberbuergemeister@hoyerswerda-stadt.de

Stadt Leipzig / Freistaat Sachsen

Zum diesjährigen 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig haben sich der Freistaat Sachsen und die Stadt Leipzig für einen gemeinsamen Stand entschieden. Kriminalprävention und Bürgerschaftliches Engagement sind in Sachsen über lokale Grenzen hinaus miteinander verbunden und das wird auf dem Gemeinschaftsstand sichtbar in 3 Bereichen abgebildet.

- A. Bürgerschaftliches Engagement
- B. Sicherheitspartnerschaften
- C. Prävention des Rechtsextremismus

Aus der großen Anzahl der aktiven Vereine, Initiativen, Verbände, Stiftungen etc. sind nach klaren Kriterien die Vorgestellten beispielhaft ausgewählt worden. Sie stehen auch für die Arbeit derer, die hier aus Platzgründen nicht dabei sind und es ebenso verdient hätten, sich zu präsentieren. Die Besucher erhalten Einblick in die Arbeit von Bürgerstiftungen, Landesprogrammen, Schulaktionen und Beratungsstellen. Ausführliche Informationen werden vor Ort gegeben, um Besucher zu ermuntern und aufzufordern, selber aktiv zu werden. Das Leben in einer Gesellschaft wird sicherer, wenn alle zusammenarbeiten. Dazu finden Sie am Stand tolle Beispiele. Um Einblicke in Netzwerke und Datenbanken rund um das bürgerschaftliche Engagement zu erhalten, stehen den Besuchern zusätzlich drei Internetzugänge zur Verfügung, um über die Ausstellung hinausgehende Fachinformationen zu erhalten. Der Freistaat Sachsen und die Stadt Leipzig freuen sich auf Ihren Besuch und bieten auf dem Gemeinschaftsstand Raum für interessante Gespräche und Begegnungen.

Kontakt

Stadt Leipzig, Ordnungsamt
Prager Straße 20
04103 Leipzig

Tel.: 03 41 - 1 23 88 43

Fax: 03 41 - 1 23 88 54

E-Mail: kpr@leipzig.de

Webseite: www.leipzig.de

Landeskriminalamt Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

03 51-8 55 - 23 09

0351-855-2390

praevention.lka@polizei.sachsen.de

www.polizei.sachsen.de

www.polizei.sachsen.de

Stadt Wolfsburg

Wolfsburgs Entwicklung schreitet schnell voran. Um den damit verbundenen Anforderungen gerecht zu werden, beschreiten wir in vielfältiger Hinsicht „neue Wege“.

„Gemeinsam für ein sicheres Wolfsburg“ – dieses bewegt gleichermaßen die Polizeiinspektion Wolfsburg, die Stadtverwaltung und ihre Tochterbetriebe, den Handel, touristische Destinationen sowie weitere Akteure der Stadt. Wolfsburg – Prävention im Netzwerk!

Gremien haben sich gebildet, Initiativen sind entstanden und Projekte wurden ins Leben gerufen. Hier engagieren sich die Einrichtungen und Akteure in verschiedenen Konstellationen für eine Stadt, in der sich Bürger und Besucher sicher fühlen!

- Arbeitsgemeinschaft „Sicherere Innenstadt“: Entwicklung und Initiierung von Projekten und Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Innenstadt
- Ordnungspartnerschaft Nordkopf: Gegenseitige Information und Erfahrungsaustausch
- Streetlife: Aufsuchende Jugendarbeit zur Förderung des Verständnisses und Vermittlung zwischen Jugendlichen, Beschwerdeführern und Öffentlichkeit
- Schulbusbegleiter: Ausbildung freiwilliger Schüler, die an Haltestellen und in Bussen für mehr Sicherheit eintreten
- Nachbarschaft Teichbreite: Bürgerinitiative des Stadtteils Teichbreite – Nachbarn schützen Nachbarn

Gemeinsame Präsenz Innenstadt: Gemeinsame Präsenz in der Innenstadt wird durch das Kontaktbüro Sicherheit dauerhaft sichtbar. Daneben finden werktags Streifengänge des städtischen Ordnungsdienstes statt, die zunehmend von der Polizei ergänzt werden.

Kontakt

Stadt Wolfsburg
Porschestraße 49
38440 Wolfsburg

Tel.: 0 53 61 - 28 24 16

E-Mail: anja.throl@stadt.wolfsburg.de

Webseite: www.stadt.wolfsburg.de

Stadtsportbund Hoyerswerda e.V.

Präsentation des mit dem Deutschen Präventionspreis 2007 ausgezeichneten Projektes:

„Kinder fit machen – Das präventive regionale Netzwerk“

Projektbeschreibung:

Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen bringt zunehmende Probleme in unserer modernen Gesellschaft. Die neuesten Zahlen des Robert Koch-Institutes verdeutlichen die Abnahme von Bewegungsaktivitäten der Kinder und Jugendlichen mit steigendem Lebensalter und auch die Abhängigkeit von sozialen Faktoren.

Das regionale Netzwerk „Kinder fit machen“ hat sich zur Aufgabe gemacht, Kinder und Jugendliche zu lebenslangem Bewegen und Sporttreiben zu motivieren, aufbauend auf einem qualitativ hochwertigen Sportangebot mit speziell ausgebildeten Trainern. Dazu gehören eine gesunde Lebensführung (Ernährung) und ein gesichertes soziales Umfeld, um die Reifung und Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. So sollen physische und psychosoziale Gesundheitsressourcen gestärkt und Risikofaktoren vermindert werden (Suchtprävention). Die allgemeine Verbesserung der Bewegungsverhältnisse soll eine dauerhafte Bewegungsmotivation und ein positives Selbstbild aufbauen. Denn gerade Kinder und Jugendliche benötigen für ihre vielseitige und ganzheitliche Erfassung und Wahrnehmung der Umwelt – also für Ihre Persönlichkeitsentwicklung – nichts dringender, als den Freiraum zur intensiven, selbstbestimmenden Bewegung, um den eigenen Körper empfinden, erleben und verstehen zu können.

Kontakt

Stadtsportbund Hoyerswerda

Burgplatz 2

02977 Hoyerswerda

Tel.: 035 71 - 60 4194

Fax: 035 71 - 60 49 32

E-Mail: dasler@sportbund-hoyerswerda.de

Webseite: www.sportbund-hoyerswerda.de

Stadtverwaltung Potsdam

Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.01.1995 wurde dem „Konzept des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit“ als Arbeitsgrundlage für die umfassende Sicherheitsprävention in Potsdam zugestimmt.

Die SIKO als kommunales Präventionsgremium leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Verbesserung der objektiven Sicherheit in der Landeshauptstadt Potsdam und befördert die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Die allgemeine Sicherheits- und Kriminalitätslage sowie das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Potsdams erfordert vernetztes Denken und Handeln und die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für präventive Maßnahmen.

So wirkt die SIKO zusammen mit Institutionen, Schulen, freien Trägern, Vereinen und Persönlichkeiten, koordiniert und vernetzt bereits bestehende Aktivitäten, initiiert und unterstützt Projekte und Initiativen im Bereich der Sicherheits- und Kriminalitätsprävention.

Die SIKO wurde 2001 vom Oberbürgermeister, Jann Jakobs, mit der Koordinierung der Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Potsdam beauftragt.

Die SIKO besteht aus dem Präsidium und der Geschäftsstelle.

Bei besonderen Problemlagen werden temporäre oder ständige Arbeitsgruppen durch das Präsidium einberufen.

Kontakt

Stadtverwaltung Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79-81

14469 Potsdam

Tel.: 03 31 - 2 89 34 24

E-Mail: siko@rathaus.potsdam.de

„Stark fürs Leben“: Kindergarten *plus*, Klasse2000, Lions-Quest „Erwachsen werden“

Präsentation der drei Lebenskompetenzprogramme „Stark fürs Leben“

- Kindergarten plus,
- Klasse2000 und
- Lions-Quest „Erwachsen werden“

Kinder und Jugendliche sollen zu gesunden, selbstbewussten und leistungsfähigen Menschen heranwachsen. Schulversagen, Übergewicht, Gewalt und Drogen beherrschen andererseits oft die Schlagzeilen. Eltern und Bildungseinrichtungen stehen vor großen Herausforderungen: Neben Wissen müssen sie auch Lebenskompetenzen vermitteln – persönliche, soziale und emotionale Fähigkeiten, die den Kindern und Jugendlichen helfen, ihr Leben selbständig und gesund zu bewältigen.

Die Lions Clubs in Deutschland unterstützen drei Programme für Kindergarten und Schule, die diese Lebenskompetenzen fördern:

- Kindergarten plus stärkt die Persönlichkeit von vier- bis fünfjährigen Kindergartenkindern
(Deutsche Liga für das Kind e.V.)
- Klasse2000 ist ein Unterrichtsprogramm zur Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltvorbeugung in der Grundschule
(Verein Programm Klasse2000 e.V.)
- Lions Quest „Erwachsen werden“ fördert die sozialen Kompetenzen von 10- bis 15-jährigen in allen Schulformen
(Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.)

Kontakt

Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

Bleichstr. 1–3

65185 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 9 91 54 - 81

Fax: 06 11 - 9 91 54 - 83

E-Mail: info@Lions-Hilfswerk.de

Webseite: www.lions-quest.de

Steno Werbung

Steno Werbung ist ein auf Handel und Vertrieb von Werbemitteln spezialisiertes Unternehmen. Einige Produktschwerpunkte, die sich auch im Bereich „Prävention“ einsetzen lassen, sind:

- reflektierende Artikel, für eine erhöhte Sichtbarkeit und Sicherheit des Trägers in der Dunkelheit und im Straßenverkehr, nach EN471 und EN13356, unter anderem: Schnappbänder, Sticker- und Hänger-Reflektoren, Warnwesten, Sicherheitskragen, reflektierende Schirme
- Erste Hilfe Sets: individuell oder nach EN13164; fürs Auto oder für kleine Touren geeignet
- andere Produkte für den Ernstfall: Sicherheitsgurtschneider, Scheibenhammer, Taschenlampe mit integrierter Warnblinkleuchte, Pannendreieck, Rettungsdecke alubeschichtet
- Papierprodukte, unter anderem: Haftnotizen, Papierwürfel, Blöcke, Schreibtischunterlagen, Kalender
- Schreibgeräte: vom preiswerten Kugelschreiber, bis hin zum teuren Füllfederhalter
- Lineale (auch mit einer Standardlinie „Straßenverkehrszeichen“) und Geo-Dreiecke
- Bleistifte (auch mit einer Standardlinie „Straßenverkehrszeichen“)

Kontakt

Steno Werbung
Ahornweg 17
47877 Willich

Tel.: 0 21 54 - 48 49 91

E-Mail: snoceti@stenowerbung.de

Stiftung Demokratische Jugend mit dem Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Die Verfestigung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Strukturen im Gemeinwesen und deren gezielte Einflussnahme auf die Bevölkerung bedrohen die demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft. Dies kann zu krisenhaften lokalen Situationen führen, in denen sowohl die Betroffenen als auch die vor Ort zuständigen Ansprechpartner/innen hilflos reagieren. Sie benötigen in dieser Situation fachkompetente Beratungshilfe von außen. Deshalb fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – in enger Zusammenarbeit mit den Länderministerien – seit Juli 2007 den Aufbau landesweiter Beratungsnetzwerke, um im Krisenfall schnelle und passgenaue Hilfe anbieten zu können. Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ ist damit ein Programm zur aktiven Bekämpfung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Aktionen und Handlungen. Es ergänzt das präventiv-pädagogisch ausgerichtete Programm „Vielfalt tut gut“. In der Stiftung Demokratische Jugend in Berlin wurde eine Zentralstelle zur Umsetzung des Programms eingerichtet. Zu den Aufgaben der Zentralstelle gehören neben der fachlich-inhaltlichen Beratung und Unterstützung der Bundesländer die Organisation von Weiterbildungen und länderübergreifendem Fach- und Erfahrungsaustausch, Monitoring/Steuerung/Informationstransfer, die finanzielle Abwicklung der Haushaltsmittel, die Einrichtung der Informations- und Kommunikationsplattform www.kompetent-fuer-demokratie.de sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt

Zentralstelle kompetent. für Demokratie
c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10245 Berlin

Tel.: 030 - 20 07 89 - 60

Fax: 030 - 20 07 89 - 69

E-Mail: zentralstelle@beratungsnetzwerke.de

Webseite: www.kompetent-fuer-demokratie.de

**Stiftung Pro Kind / Deutsches Rotes
Kreuz, Kreisverband Bremen e.V. /
Felsenweg-Institut der Karl Kübel
Stiftung für Kind und Familie**

In Niedersachsen ist das Modellprojekt „Pro Kind – Wir begleiten junge Familien“ im November 2006 gestartet. Projektstart in Bremen war am 15. 01. 2007. Seitdem werden junge Familien, die ihr erstes Kind erwarten und mehrfach sozial benachteiligt erscheinen (z.B. ALG II-Bezug, Vorhandensein zusätzlicher sozialer Belastungsfaktoren wie Minderjährigkeit oder chronische Erkrankung), möglichst früh von der 12. Schwangerschaftswoche an bis zum Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes kontinuierlich im Rahmen von Hausbesuchen begleitet. Am 01. 08. 2007 startete das Projekt in Trägerschaft des Felsenweginstituts auch in fünf sächsischen Kommunen.

Im Rahmen des Modellprojekts wird ein dreigliedriges Forschungskonzept, bestehend aus Implementationsforschung, Evaluationsforschung und Kosten-Nutzen-Analyse, umgesetzt. Verantwortlich für die Forschung sind die Leibniz Universität Hannover in Kooperation mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, sowie für Teilbereiche die Medizinische Hochschule Hannover und die Universität Leipzig, Fachbereich Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Pro Kind Niedersachsen wird durch BMFSFJ, Robert-Bosch-Stiftung, PSD Bank Braunschweig, AOK Niedersachsen, Nieders. Sozialministerium, Klosterkammer Hannover sowie die beteiligten Kommunen finanziert. Die Kosten der Evaluationsforschung werden durch die TUI-Stiftung getragen. Die Implementationsforschung finanzieren die Dürr- und die Reimann-Dubbers-Stiftung; die Kosten-Nutzen-Analyse wird vom BMFSFJ finanziert. In Bremen und Bremerhaven werden die Kosten durch das BMFSFJ, das Land Bremen und das DRK, Kreisverband Bremen, getragen. Pro Kind Sachsen wird vom Freistaat Sachsen, die Forschung in Sachsen zusätzlich vom BMFSFJ finanziert.

Kontakt

Stiftung Pro Kind

Adolfstr. 7

30169 Hannover

Tel.: 05 11 - 76 17 00 90

E-Mail: a.maier-pfeiffer@stiftung-pro-kind.de

TERAPON Consulting GmbH

TERAPON Consulting – Gesundheitsmanagement zählt sich aus.

Unfälle, Überfälle und ähnliche einschneidende Ereignisse hinterlassen bei den Opfern auch dann tiefe Spuren, wenn sie keine körperlichen Schäden davon getragen haben. „Die seelischen Verletzungen bedeuten für den Einzelnen den Verlust von Kontrolle, Handlungsfähigkeit und Lebensglück“, so Dr. Christian Lüdke, renommierter Kriminalpsychologe und Geschäftsführer der TERAPON Consulting GmbH (www.terapon.de), ein Unternehmen der KÖTTER Unternehmensgruppe (www.koetter.de). Rund ein Drittel der Betroffenen erkranken auf Grund von Langzeitschäden wie Angstzuständen etc., bei nicht wenigen führt dies sogar zur Berufsunfähigkeit. Dies hat auch volkswirtschaftlich erhebliche Bedeutung: Für das einzelne Unternehmen können die Kosten durch Krankheit, Ausfall bewährter Mitarbeiter etc. nicht selten mehrere zehntausend Euro betragen. TERAPON Consulting bietet neben Akutintervention und Betreuung weitere Leistungen an. Diese reichen von Beratung über Diagnostik bis zu Rehabilitation. Die Angebote richten sich u.a. an Kreditinstitute und den Handel. Auch andere Unternehmen können auf die Kompetenzen vertrauen: etwa, wenn es um die Begleitung von Umstrukturierungsprozessen geht. Als erster Dienstleister wurde TERAPON Consulting im Bereich Gesundheitsmanagement zertifiziert.

Kontakt

TERAPON Consulting GmbH
Wilhelm-Beckmann-Str. 7
45307 Essen
Tel.: 02 01-2 78 84 64
Fax: 02 01-2 78 81 90
E-Mail: info@terapon.de
Webseite: www.terapon.de

theaterpädagogische werkstatt gGmbH**Von Zuschauern zu Mitdenkern**

Theater ist unser Weg in den Alltag von jungen Menschen, zu ihren Sorgen und Fragen. Denn wir schreiben Stücke, immer in Absprache mit Fachleuten, in denen Kinder sich wieder erkennen – ohne sich dabei moralisch bewertet zu fühlen. Wir wollen ihren Blick schärfen für Dinge, die um sie herum oder gar ihnen selbst passieren. Wir wollen ihnen Ansprechpartner sein für Tabuthemen, mit denen sie sich sonst vielleicht allein gelassen fühlen. Und wir wollen Kindern den Impuls zu geben, sich als wertvolles Selbst wahrzunehmen

Dafür braucht es mehr als ein Spiel vor aufmerksamem Publikum. Zentrales Moment unserer Arbeit ist deshalb die Interaktion. Die passiert, wenn ein Schauspieler aus der Szene aussteigt und sich als er selbst an die Zuschauer wendet.

Es sind ernste Themen, mit denen wir unsere Zuschauer konfrontieren. Das bedeutet aber nicht, dass die Kinder und Jugendlichen unseren Veranstaltungen mit Grabesmiene folgen müssen. Im Gegenteil. Humor ist eine Kraftquelle. Wir lachen gerne, und wir sehen unser Publikum gerne lachen – weil wir wissen, dass Lachen befreit. Und: „Frei aufzuwachsen ist das Beste, das einem Kind passieren kann.“

Unser Repertoire:

Die große Nein-Tonne (Macht die Kleinen stark) „Mein Körper gehört mir!“ (Gegen sexuellen Missbrauch) „Natürlich bin ich stark!“ (Gegen Suchtgefahren) Große Klappe-Stumme Schreie (Gegen Gewalt) Krampf. „rechtsradical-chic sie weg!“ (Gegen rechte Gewalt) „Ich werde es sagen!“ (Macht Mut zur Wahrheit)

Kontakt

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15/17

49080 Osnabrück

E-Mail: anna.pallas@tpw-osnabrueck.de

Webseite: www.tpw-osnabrueck.de

Triple P – Positives Erziehungsprogramm

Liebend gern erziehen mit Triple P: Das Positive Erziehungsprogramm ist ein wissenschaftlich fundierter und präventiv ausgerichteter Ansatz mit dem Ziel, die elterliche Beziehungs- und Erziehungskompetenz zu stärken, um so die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie Prävalenz und Inzidenz von emotionalen und Verhaltensauffälligkeiten zu senken. Das Programm unterstützt Eltern dabei, die Entwicklung ihrer Kinder zu fördern sowie auf kindliches Verhalten konstruktiv und nicht verletzend zu reagieren. Der Mehr-Ebenenansatz umfasst verschiedene Angebote in unterschiedlichen Modalitäten (Einzelkontakte, Gruppenangebote, Selbsthilfematerialien) und Intensitäten. Triple P gibt es für Eltern von Kindern bis 12 Jahren und für Eltern von Jugendlichen. Die Selbstregulation elterlichen Erziehungshandelns ist ein zentrales Konzept des Ansatzes. Triple P verfolgt dabei durchgängig das Prinzip der minimalen Intervention, d.h. Eltern erhalten genau soviel Unterstützung, wie sie benötigen. Der multidisziplinäre und gemeindenahе Fokus ermöglicht eine große Breitenwirksamkeit und erlaubt niedrigschwellige, nicht stigmatisierende Angebote überall dort, wo Eltern sich mit ihren Fragen zur Erziehung hinwenden. Die Wirksamkeit des Mehr-Ebenenansatzes und seiner Bestandteile wurde in mehr als hundert Studien belegt.

Kontakt

PAG Institut für Psychologie AG
Nordstraße 22
48149 Münster
Tel.: 02 51 - 51 89 41
Fax: 02 51 - 20 07 92 00
E-Mail: info@triplep.de
Webseite: www.triplep.de

ÜAG Überbetriebliche Ausbildungs- gesellschaft – Berufs- und Arbeits- förderungsgesellschaft gGmbH

Die Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft wurde am 20. Mai 1994 gegründet. Die ÜAG Jena gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Jena zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen und Erwachsenen. Unser Konzept sieht die praxisnahe Bildung und Beschäftigung sowie die stetige Neuausrichtung am Arbeitsmarkt vor. Wir bieten im Bereich Bildung umfangreiche Angebote im Rahmen der Berufsvorbereitung, der beruflichen Erstausbildung und der Weiterbildung an. Wir sind seit 2003 durch den TÜV Thüringen nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziertes Unternehmen. Anbieter von Beruflicher Weiterbildung müssen sich auf der Basis der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erlassenen Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) durch fachkundige Stellen begutachten lassen. Seit Dezember 2005 verfügt die Gesellschaft über dieses Zertifikat und erhielt damit die Zulassung für Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung.

Kontakt

ÜAG Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft – Berufs- und
Arbeitsförderungsgesellschaft gGmbH

Ilmstraße 1
07743 Jena

Tel.: 0 36 41 - 80 67 08

E-Mail: marc.holland@ueag-jena.de

Webseite: www.ueag-jena.de

Universität Erlangen-Nürnberg

EFFEKT = Entwicklungsförderung in Familien – Eltern und Kindertrainings, entwickelt vom Institut für Psychologie I (Leiter Prof. Lösel)

Kontakt

EFFEKT (Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kinder- Training), Institut für Psychologie I, Universität Erlangen-Nürnberg

Bismarckstr.1

91054 Erlangen

Tel.: 091 31 - 8 52 23 30

Fax: 091 31 - 8 52 26 46

E-Mail: funda.kabakci@gmx.de

WEISSER RING e.V.

Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ – WEISSER RING e.V.

Der Gedanke „Lieber heute Jugendfreizeitstätten einrichten als morgen Jugendstrafanstalten bauen“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne des WEISSEN RINGS. Bei der Kampagne geht es darum, ehrenamtlich Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen. Die Errichtung stationärer oder mobiler Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeytore für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort bereits umgesetzt wurde. Bekannte Sportler, die die Aktion unterstützen, werben für einen gewaltpräventiven Weg bei Kindern und Jugendlichen. Vielerorts fehlen jedoch Angebote und Perspektiven, um auch ohne Aggression und Gewalt Probleme bewältigen zu können und Frustrationen abzubauen. Genau hier setzt die Initiative des WEISSEN RINGS an. Die bundesweite Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ bietet engagierten Sponsoren ebenso wie Schulen und Jugendeinrichtungen den Rahmen für die praktische Umsetzung einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben: Jungen Menschen müssen mehr Chancen und Wege einer sinnvollen Freizeitgestaltung eröffnet werden, um damit kriminellem Handeln wirksam vorzubeugen.

Kontakt

WEISSER RING e.V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 0 61 31- 83 03 - 0

Fax: 0 61 31- 83 03 - 45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: www.weisser-ring.de

WSD Pro Child e.V.

Präsentation folgender Projekte:

Handbuch Gewaltprävention für die Grundschule und die Arbeit mit Kindern mit Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Erzieher zum Download unter www.schulische-gewaltpraevention.de.

Teeny-Programm zur Gewalt- und Suchtprävention in Zusammenarbeit mit der Mentor Stiftung Deutschland.

Vorstellung des Kids Peace Portals www.frieden-fragen.de entwickelt durch das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V., gefördert durch WSD Pro Child e.V.

Präventionspreis „Starke Kinder“, ein Kreativwettbewerb für Grundschulen in Kooperation mit der Mentor Stiftung Deutschland.

Präventionspreis „Schule bewegt sich“, ein Kreativwettbewerb für weiterführende Schulen in Kooperation mit der Mentor Stiftung Deutschland.

Theatershow "Der neue Schüler" zum Thema Mobbing für weiterführende Schulen in Zusammenarbeit mit People's Theater e.V.

Pilotprojekt Berlin „Veranstaltungsreihe zur Konfliktvermeidung“ für weiterführende Schulen in Zusammenarbeit mit der ISVK e.V.

Kontakt

WSD Pro Child e.V.

Daimlerstr. 8

74372 Sersheim

Tel.: 0 72 53 - 9 50 97

E-Mail: info@wsd-pro-child.de

Webseite: www.wsd-pro-child.de

Poster

Inhaltsverzeichnis der Posterpräsentationen

	Seite
AHT Group AG	354
ARDHI University	355
Ergokonzept AG	356
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	357
Justus-Liebig-Universität Gießen	358
Katholische Fachhochschule NW, Abteilung Köln – Kompetenzplattform Suchtforschung	359
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V. / Leibnitz Universität Hannover	360
Landratsamt Zwickauer Land	361
M.E.L.I.N.A Inzestkinder / Menschen aus VerGEWALTigung e.V.	362
Medizinische Hochschule Hannover	363
Polizeipräsidium Südosthessen	364
Prisma e.V.	365
Universität Erlangen-Nürnberg	366
Universität Leipzig und Dekra Automobil GmbH (Leipzig)	367

AHT Group AG

Gewaltprävention durch städtebauliche Aufwertung in einem township in Kapstadt, Südafrika

Seit 2002 unterstützt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Stadtverwaltung Kapstadt bei der Entwicklung dieses Projektes mit dem Ziel zur Verbesserung der Sicherheit und Aufwertung der Wohn- und Lebenssituation der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in vier ausgewählten Quartieren des Townships Khayelitsha („Neue Heimat“) mit etwa 600 000 Einwohnern.

Die AHT GROUP AG, Essen wurde 2002 mit der Machbarkeitsstudie beauftragt und berät seit September 2005 die Stadtverwaltung Kapstadt bei der Umsetzung des Projektes „Violence Prevention through Urban Upgrading-VPUU“.

Das Projekt verfolgt eine integrierte Herangehensweise aus:

- sozialer Gewaltprävention (Hilfsangebote für Opfergruppen und Präventionsangebote an Risikogruppen),
- städtebaulicher Gewaltprävention (Überführung des stark fragmentierten Raums in eine integrierte Siedlungsform mit Fokus öffentlicher Raum) und
- institutioneller Gewaltprävention (Mainstreaming von Gewaltprävention, Unterhaltung und Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes, städtischer Infrastruktur durch Nutzergruppen),

um die derzeitigen Gewaltmuster (illegaler Waffenbesitz, Drogenmissbrauch, gender-bezogener Gewalt, Gangs und Gewalt in öffentlichen Räumen) zu überkommen. Analyse, Planung und Umsetzung erfolgen im Rahmen partizipativer Methoden der Stadtplanung im Dialog mit Bewohnergruppen. Jährlich wird ein international besetztes VPUU Dialog-Forum durchgeführt, 2007 mit dem Thema „The role of community participation and ownership of public spaces in fighting crime and enhancing security“.

Kontakt

AHT GROUP AG Essen

P.O.Box 10 01 32

45001 Essen

Tel.: 02 01 - 2 01 62 14

E-Mail: lange@aht-group.com

Webseite: www.vpuu.org

ARDHI University

„The Role of Community Participation in Crime Prevention – The case of Dar es Salaam“

Tanzania has a strong tradition of participatory decision-making processes, and there are several documented cases of community involvement in traditional forms of community participation in crime prevention, like neighbourhood watch groups (sungusungu) and Ward Tribunals. This study aimed at identifying the role of community participation in crime prevention in poor communities in Dar es Salaam, Tanzania, and check to what extent the existing interventions have been effective.

Members of poor communities in Dar es Salaam perceive themselves as responsible for prevention of crime and violence but lack broader knowledge on how to do it. High crime rates coupled with negative externalities of infrastructure upgrading interventions have contributed to erode social capital, hindering a more effective participation. The UN-Habitat Safer Cities Programme being implemented in Tanzania has made several achievements, but collaboration among different institutions in charge of crime prevention is inadequate. Reforms in the legal framework which regulates relations between different institutions, as well as changes in the urban planning approach towards issues of safety and security are fundamental. Programmes which tackle the root causes of crime are missing and would help to improve the situation, as well as more effective monitoring and evaluation of the existing initiatives in order to ensure its sustainability and adaptability to the constant changes in poor community realities.

Kontakt

ARDHI University

Campus

Box 35716 Dar es Salaam

Tel.: 002 55 - 22 - 2 77 12 72

Fax: 002 55 - 22 - 2 77 53 91

E-Mail: gabriela.barbosa@daad-alumni.de

Webseite: www.aru.ac.tz

Ergokonzept AG

HSI – Haftvermeidung durch Soziale Integration / Projektverbund Land Brandenburg

Seit dem Jahr 2001 wird mit Förderung der EU und Mitteln des Ministeriums der Justiz im Land Brandenburg das Netzwerk „Haftvermeidung durch Soziale Integration – HSI“ gefördert. Zentrales Ziel der beteiligten Netzwerkpartner ist die arbeitsmarktorientierte (Re)Integration von straffällig gewordenen Erwachsenen und jungen Menschen. 15 Partner setzen in drei Handlungsfeldern (Anlauf- und Beratungsstellen, Arbeit statt Strafe, Ambulante soziale und berufsorientierende Angebote) Beratungs-, Betreuungs-, Vermittlungs- und Gruppenangebote um. Unterstützt werden die Projektaktivitäten durch ein Informationsmanagement. Die Netzwerkaktivitäten werden durch eine externe Moderation koordiniert. Alle beteiligten Träger sind in ihren Regionen mit den relevanten Akteuren der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur vernetzt. Kooperation wird im Netzwerk nicht als bloßes Nebeneinander verstanden, sondern als ein aufeinander bezogenes und gemeinsames Handeln. Dem Netzwerkansatz liegen Erkenntnisse der kriminologischen Forschung zugrunde, wonach die erfolgreiche berufliche (Wieder-)Eingliederung zur Vermeidung von (erneuter) Rückfälligkeit eine große Bedeutung hat. Im Land Brandenburg wird eine systematische Betreuung von straffälligen Erwachsenen und jungen Menschen erfolgreich umgesetzt und auf diese Weise ein wichtiger Beitrag zur Kriminalprävention geleistet.

Kontakt

Ergokonzept AG

Yorkstraße 4

14467 Potsdam

Tel.: 03 31 - 2 80 14 06

Fax: 03 31 - 2 80 14 07

E-Mail: moeller@ergokonzept.de

Webseite: www.hsi-zabih.de

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

The First ICPC-Report to the State of Crime Prevention and Community Safety in the World: Trends and emerging Trends

Crime Prevention and Community Safety:
International Trends and Practices

The poster presents the main findings of the first International Report on Crime Prevention and Community Safety and the new International Compendium of Crime Prevention Practices to Inspire Action Across the World completed by the International Centre for the Prevention of Crime. It gives an overview of the main trends and emerging trends developed in crime prevention and community safety around the world, including the elaboration of knowledge-based policies, the changing role of institutional, local and community-based actors, as well as the creation of new services and careers related to prevention. These are illustrated by some inspiring practices in the field, regarding in particular youth at risk and youth gangs, police-community partnerships, indigenous peoples and community safety, which take into account the challenges of transferability.

Kontakt

International Centre for the Prevention of Crime ICPC
465 rue St Jean, Suite 803,
H2Y 2R6 Montreal, Quebec, Canada
Tel.: +1 514 - 2 88 67 31
E-Mail: vsagant@crime-prevention-intl.org
Webseite: www.crime-prevention-intl.org

Justus-Liebig-Universität Gießen

Entlassungstraining – eine tertiäre Präventionsmaßnahme

Seit Sommer 2001 bin ich in der JVA Rockenberg als externe Mitarbeiterin ca. 4 Stunden pro Woche tätig. Ich habe damit begonnen ein Programm zu entwickeln, welches die Teilnehmer auf die Zeit nach der Entlassung vorbereitet und von mir als Entlassungstraining bezeichnet wurde. Auf dem Deutschen Präventionstag 2008 möchte ich gern den aktuellen Stand meiner Programmkonzeption vorstellen und diskutieren, über die Umsetzung des Programms berichten und mich mit anderen Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmern austauschen sowie über die geplante umfassende Evaluation dieser tertiären Präventionsmaßnahme informieren.

Zu diesem Zweck stelle ich auf dem Poster kurz meine Programmkonzeption vor.

Kontakt

Justus-Liebig-Universität Gießen
Karl-Glöckner-Straße 21B
35394 Gießen

Tel.: 06 41 - 99 - 2 41 54

E-Mail: Susann.Reinheckel@erziehung.uni-giessen.de

Webseite: www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/IfHSP

Katholische Fachhochschule NW, Abteilung Köln – Kompetenzplattform Suchtforschung

Wissen, was los ist! Substanzkonsum und Sucht- gefährdung bei Kindern und Jugendlichen

In der Stadt Köln werden durch die Kompetenzplattform Suchtforschung der Katholischen Fachhochschule NW seit 2005 umfassend Daten zum Konsum von Tabak, Alkohol und Cannabis bei Schülerinnen und Schülern im Alter von 12 bis 18 Jahren erhoben. Durch dieses regionale Monitoring kann ein exaktes Bild zum Umgang der Kinder und Jugendlichen mit diesen Substanzen gewonnen werden und mögliche Gefährdungen frühzeitig festgestellt werden. Das Monitoring ermöglicht einen detaillierten Einblick in stadspezifische und schulformbezogene Muster des jugendlichen Substanzkonsums.

Anhand der Ergebnisse zeigt sich deutlich, dass der Konsum legaler und auch illegaler Drogen für viele Jugendliche einen festen Bestandteil ihrer Lebenswelt darstellt. Bei allen Substanzen lässt sich ein starker Anstieg im Konsum mit zunehmendem Alter und ein sehr frühes Einstiegsalter verzeichnen. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler aus sozial besser gestellten Stadtteilen häufiger Alkohol und Cannabis konsumieren als jene aus sozial benachteiligten Stadtteilen.

Kontakt

Katholische Fachhochschule NW, Abteilung Köln
Wörthstrasse 12

50668 Köln

Tel.: 02 21 - 7 75 71 72

E-Mail: i.schaunig@kfhnw.de

Webseite: www.addiction.de

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V. / Leibniz Universität Hannover

Modellprojekt Pro Kind – Erste Ergebnisse der Implementationsforschung

Das Modellprojekt „Pro Kind – Wir begleiten junge Familien“ zur Prävention durch frühe Förderung wird derzeit in Niedersachsen, Bremen und Sachsen implementiert. Durch die Vielzahl von Standorten und Varianten der Umsetzung bietet es in hinlänglichem Maße Vergleichbarkeit und Varianz, um die Bedingungen herauszuarbeiten, die zu einem vergleichsweise größeren Projekterfolg an einzelnen Standorten führen. Die erfolgreiche Projektumsetzung wird dabei durch das Erreichen der Zielgruppe und deren Verbleib im Projekt sowie die Umsetzung der Hausbesuche im Hinblick auf die anvisierten Häufigkeiten und Inhalte definiert.

Damit ein sozialpolitisches Programm wirksam werden kann, ist eine Vorbedingung, dass die angestrebte Zielgruppe erreicht wird und motiviert ist an dem Programm teilzunehmen. Die Forschungsfragen, auf die in diesem Poster ein erstes Schlaglicht geworfen wird, lauten daher: Wurde die angestrebte Zielgruppe erreicht? Welche Akquisewege und -strategien haben sich als erfolgreich erwiesen? Gibt es systematische Unterschiede zwischen den Pro Kind Kommunen im Hinblick auf die Akzeptanz und Vernetzung der kommunalen Versorgungsstrukturen und haben diese Einfluss auf den Verlauf der Zielgruppenakquise?

Kontakt

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V.
Lützerodestr. 9
30161 Hannover

Tel.: 05 11 - 3 48 36 30 oder 05 11 - 76 21 74 50

Fax: 05 11 - 3 48 36 10

E-Mail: tjungmann@kfn.uni-hannover.de

Webseite: tanja.jungmann.phil.uni-hannover.de

Landratsamt Zwickauer Land

Projekt „Hilfepunkte“

Kinder sind auf unsere Hilfe angewiesen, sie brauchen verlässliche Ansprechpartner für ihre kleineren und größeren Probleme. Dabei müssen verschiedene Institutionen zusammenarbeiten, und alle Erwachsenen sind aufgerufen, mit Zivilcourage und bürgerschaftlichem Engagement Kinder zu schützen, ihnen vertrauensvoll zu helfen und ihnen zu signalisieren: „Du bist nicht allein!“

Wer kann etwas tun?

Geschäfte, Firmen, Institutionen, öffentliche Einrichtungen, Kirchen u.a.

Was ist zu tun?

Einen für Kinder gut sichtbaren Aufkleber anbringen.

Durch diesen Aufkleber zeigen Sie Kindern komm rein, hier bist du sicher, ich kann dir helfen.

Ihre Bereitschaft, in Notsituationen zu helfen und als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen.

Mittels einer Vereinbarung werden Sie ehrenamtlicher Partner des Kinder- und Jugendschutzes. Ein Führungszeugnis (kostenfrei) dient als Grundlage zum § 8a SGB VIII.

... und dann?

Sie erhalten eine Liste von sozialen Einrichtungen, die sich dann weiter um das Kind kümmern können.

Sie werden in einem persönlichen Gespräch durch den Fachbereich Jugend und Soziales auf mögliche Situationen vorbereitet.

Eine jährliche Informationsveranstaltung gibt Ihnen über die Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Auskunft.

Kontakt

Landratsamt Zwickauer Land
Königswalder Straße 18
08412 Werdau

Tel.: 0 37 61 - 56 12 46

Fax: 0 37 61 - 56 18 08

E-Mail: katrin.resch@zwickauerland.de

Webseite: www.zwickauerland.de

M.E.L.I.N.A Inzestkinder / Menschen aus VerGEWALTigung e.V.

M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen aus VerGEWALTigung e.V. ist ein gemeinnützig anerkannt eingetragener Verein, der sich seit mehr als zehn Jahren auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention für die Rechte von Inzestopfern und deren Inzestkinder einsetzt. Dazu gehört die Bildung und Information sowohl Betroffener wie auch die Schulung und Sensibilisierung von Fachleuten in angrenzenden Bereichen (Abstammungsgutachten und -klärung, DNA-Analyse, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Kirchen, Kinderschutz, Kriminalpolizei, Jugendamt, Jugendschutz, Justiz, Pädokriminalität, Schulen, Soziales).

Kontakt

M.E.L.I.N.A Inzestkinder /
Menschen aus VerGEWALTigung e.V.
Paul-Lincke-Straße 28
70195 Stuttgart
Tel.: 07 11 - 3 58 05 71
Fax: 07 11 - 3 58 05 72
E-Mail: Melina.eV@t-online.de
Webseite: www.melinaev.de

Medizinische Hochschule Hannover

Pro Kind – Die zahnärztliche Gesundheitsfrühförderung

Rahman. A, Meyer. K, Herrmann. P, Günay. H

Im zahnmedizinischen Bereich führt eine Risikoerkennung und -minimierung (Karies, Parodontitis, Keimübertragung) sowie eine intensive Ernährungsberatung und -lenkung der Schwangeren im Sinne einer Gesundheitsfrühförderung bei deren Kindern nachweislich zu einer Verbesserung der Mund- und allgemeinen Gesundheit. Eine adäquate zahnmedizinische Schwangerenbetreuung hat das Potential, nicht nur das Kariesrisiko, sondern auch das Risiko einer Frühgeburt, bzw. Untergewicht und durch Beeinflussung der Ernährungsgewohnheiten sogar das Adipositasrisiko des Kindes zu senken. Langfristig können so Folgekosten minimiert werden.

Das Pro Kind-Projekt wird deshalb durch die zahnärztliche Gesundheitsfrühförderung in der Schwangerschaft als Begleitprojekt betreut. Das Konzept der zahnärztlichen Frühprävention umfasst Maßnahmen der zahnärztlichen Prophylaxe während des prä- und postnatalen Zeitraumes. Die Inhalte sollen dazu dienen, jungen werdenden Eltern ein Präventionskonzept anzubieten, was deren Kompetenz für die Erhaltung der oralen und allgemeinen Gesundheit ihrer Familien stärkt.

Kontakt

Klinik für Zahnerhaltung, Parodontologie
und Präventive Zahnheilkunde

Carl-Neuberg-Str.1

30625 Hannover

Tel.: 05 11 - 5 32 - 48 33 - 66 71

Fax: 05 11 - 5 32 - 48 11

E-Mail: rahman.alexander@mh-hannover.de

Polizeipräsidium Südosthessen / Kriminalpolizei Gelnhausen

**He, du Großer, sieh mich an es geht mir schlecht
... – „Betroffene Kinder der häuslichen Gewalt“**

Die Folgen von direkt betroffenen Kindern der häuslichen Gewalt sind von immensem Ausmaß. Sie unterscheiden sich grundsätzlich nicht in ihren Auswirkungen auf die schutzbedürftigste Gruppe unserer Gesellschaft, wenn diese Kinder in einer gewaltgeprägten Atmosphäre aufwachsen. Sie alle werden auf Risikopfaden platziert und steuern nur allzu häufig eine Opfer- oder Täterkarriere an. Der Gewaltprozess muss von außen unterbrochen werden. Gesellschaftliche Institutionen und auch der einzelne Bürger sollten hierfür Verantwortung tragen.

Für die Hessische Polizei wurden zu Aufklärungs- und Sensibilisierungszwecken verschiedene Materialien, z.B. kindgerechte Flyer, Poster, zu erwerbende CD / DVD u.a. erstellt.

Kontakt

Polizeipräsidium Südosthessen / Kriminalpolizei Gelnhausen
Herzbachweg 63
63571 Gelnhausen

Tel.: 0 60 51 - 8 27 - 2 20

E-Mail: Andrea.Schuette@polizei.hessen.de

Prisma e.V.

Initiative für Jugendhilfe und Kriminalprävention

Jugendstrafvollzug in freien Formen – Das Seehaus Leonberg

Prisma e.V. führt seit 2003 Jugendstrafvollzug in freien Formen im Seehaus Leonberg durch. Als dritte Vollzugsform neben geschlossenem und offenen Vollzug können junge Gefangene ihre Haftzeit im Jugendstrafvollzug in freien Formen verbringen. Jugendliche und Heranwachsende, die bereit sind an sich zu arbeiten, können sich vom Jugendstrafvollzug aus für das Projekt bewerben und verbringen dann dort ihre gesamte Haftzeit. Bis zu sieben Jugendliche wohnen mit einem Mitarbeiterhepaar und deren eigenen Kindern familienähnlich zusammen. Bauliche Sicherheitsmaßnahmen gibt es keine. Der Zusammenhalt wird durch den engen pädagogischen Bezug und durch eine positive Gruppenkultur erreicht. Die Jugendlichen erwartet ein durchstrukturierter und harter Arbeitsalltag. Um 5:45 Uhr beginnt der Tagesablauf mit Frühsport. Bis 22:00 Uhr sind die Jugendlichen in ein konsequent durchgeplantes Erziehungsprogramm eingebunden. Hausputz, Schule, Arbeit, Berufsvorbereitung, Ausbildung, Sport, gemeinnützige Arbeit, Täter-Opfer-Ausgleich, soziales Training und die Vermittlung christlicher Werte und Normen sind fester Bestandteil des Konzepts. Ziel ist, die Jugendlichen in die Berufswelt und in die Gesellschaft zu integrieren. Der Kontakt mit Ehrenamtlichen, Sportvereinen, Kirchengemeinden und anderen gesellschaftlichen Gruppen wird von Anfang an aufgebaut. Auch nach ihrem Aufenthalt im Jugendstrafvollzug in freien Formen werden die Jugendlichen auf Wunsch begleitet und erfahren Unterstützung durch ehrenamtliche Paten und Mitarbeiter.

Prisma e.V. plant, auch in anderen Bundesländern Jugendstrafvollzug in freien Formen aufzubauen.

Kontakt

Prisma e.V.

Seehaus Leonberg

71229 Leonberg

Tel.: 071 52 - 3 31 23 - 3 00

E-Mail: info@prisma-jugendhilfe.de

Webseite: www.prisma-jugendhilfe.de

Universität Erlangen-Nürnberg

Universelle und selektive Prävention: Die Komponenten des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT

Mit „EFFEKT: Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kindertraining“ wird ein Präventionsprogramm vorgestellt, das im Rahmen der Erlangen-Nürnberger Entwicklungs- und Präventionsstudie (Lösel, Beelmann, Jaursch, Koglin & Stemmler, 2005; Lösel, Beelmann, Stemmler & Jaursch, 2006) entwickelt und evaluiert wurde. Die dort realisierten universellen Maßnahmen zur Prävention dissozialen Verhaltens in Form eines Kindergartentrainings, eines Schultrainings und eines Elterntrainings wurden unterdessen um verschiedene Komponenten auf die gezielte Prävention ausgeweitet: eine Adaptation für Kinder mit Migrationshintergrund, für Kinder depressiver Mütter sowie für Diplomatenkinder. Darüber hinaus wird das Elterntraining europaweit umgesetzt und mit Hilfe eines virtuellen Netzwerkes besonders niedrigschwellig angeboten. Die bisherigen Ergebnisse sprechen für eine gelungene Implementierung des EFFEKT-Präventionsprogramms und lassen darüber hinaus auf eine hohe Akzeptanz der Intervention bei den Teilnehmern schließen. Hinsichtlich der Wirksamkeit zeigte sich, dass die in EFFEKT enthaltenen Trainings nachweisbare Effekte auf das Verhalten der Kinder haben. Die Trainingsgruppen schnitten in allen Bereichen besser ab als die Kontrollgruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Maßnahmen sowohl universell als auch selektiv eingesetzt werden können.

Kontakt

Universität Erlangen-Nürnberg

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Tel.: 091 31 - 8 52 23 30

E-Mail: stefanie.hacker@psy.phil.uni-erlangen.de

Webseite: www.effekt-training.de

Universität Leipzig und Dekra Automobil GmbH (Leipzig)

Mobil 65 + Psychologisches Interventionsprogramm für ältere Kraftfahrer

Im Jahr 2007 wurde an der Leipziger Universität eine neue Interventionsmethode zur Prävention von Fahrdefiziten und zur Erhaltung und Förderung der Fahrkompetenz im Alter entwickelt. Das psychologische Interventionsprogramm „mobil 65 +“ umfasst Übungen und Tests für aktive Fahrer über 65 Jahren für 16 Stunden. Es ist ein gesundheitspsychologisch und neuropsychologisch fundiertes Interventionsangebot. Das Programm besitzt eine sehr gute Teilnehmerakzeptanz und ist informativ, effektiv und zielgruppenadäquat. Ältere Kraftfahrer können davon profitieren und erhalten zahlreiche Impulse, z.B:

Information und Aufklärung über mögliche verkehrsrelevante funktionelle Einbußen im höheren Erwachsenenalter und deren Folgen; Identifikation fahrrelevanter Risikofaktoren (verkehrsrelevante Leistungsdiagnostik); Aufbau eines realistischen Selbstbildes bezüglich der eigenen aktuellen Fahrkompetenz (kritische Selbstwahrnehmung, Hilfe zur Entscheidung über eigene Fahrfähigkeit); Information und Hilfe für die Korrektur von Funktionsdefiziten durch psychologische und medizinische Maßnahmen; Übung und Training von defizitären Funktionsbereichen; Informationen zum Erhalt der Mobilität auch ohne aktives Führen eines Kraftfahrzeuges.

Das Programm wurde vom Psychologischen Institut der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit DEKRA e.V. (Leipzig) einem Praxistest unterzogen und erwies sich dabei als ein Beitrag zur Prävention von altersbedingten Sicherheitsdefiziten im Straßenverkehr. Es trägt damit zur Erhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit bei älteren Menschen bei. Aufgrund des epidemiologischen Wandels kommt dem Programm große Bedeutung zu.

Kontakt

Universität Leipzig
Seeburgstr. 14–20
04109 Leipzig

Tel.: 03 41 - 9 73 59 35

Fax: 03 41 - 9 73 59 39

E-Mail: reschke@uni-leipzig.de

Webseite: www.uni-leipzig.de/~gespsych

Sonderausstellungen

Inhaltsverzeichnis Sonderausstellungen

	Seite
Bayerisches Landeskriminalamt	370
HUjA e.V. – Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser	371
Waage Hannover	372

Plakatausstellung zur Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland

Plakatausstellung zur Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland

Wenngleich sich die präventive Botschaft im Wesentlichen bis heute nicht verändert hat, so haben sich doch die Medien und die Bandbreite der Möglichkeiten der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahrzehnten erheblich weiterentwickelt.

Bereits 1964 erfolgte durch „Tipps zum Schutz vor Eigentumsdelikten und anderen Straftaten“ die erste öffentlichkeitswirksame Umsetzung des Gedankens der aufklärenden Vorbeugung durch das Bayerische Landeskriminalamt. Damals waren ganz überwiegend Plakate, Faltblätter und Presseveröffentlichungen die Träger der Präventionsbotschaften. Unter dem Einfluss mehrerer Werbeagenturen und dem jeweiligen Zeitgeist entsprechend präsentierte sich das länderübergreifende Vorbeugungsprogramm der Polizei in den Jahren danach in den unterschiedlichsten Facetten der Öffentlichkeit. Mit der letzten Neuausrichtung im Jahre 1997 entstand das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK).

Die mehr als 40-jährige Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in Deutschland wird auf dem 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig durch eine vom Bayerischen Landeskriminalamt zusammengestellte Plakatausstellung beispielhaft dargestellt.

Kontakt

Bayerisches Landeskriminalamt, SG 513

Maillingerstr. 15

80636 München

Tel.: 089 - 12 12 - 43 89

Fax: 089 - 12 12 - 41 34

E-Mail: blka.sg513@polizei.bayern.de

„Gewalt ist nie privat“

Eine Ausstellung des Vereins Waage Hannover e.V., Verein für Konfliktschlichtung und Wiedergutmachung, in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Fotografie und visuelle Gestaltung in Hannover.

Jede 4. Frau wird (mindestens) einmal in ihrem Leben von Ihrem (Ex-)Freund, Partner, Ehemann geschlagen und körperlich misshandelt!

Ein Drittel dieser Frauen erleidet diese Gewalt 10 bis 40 Mal.

„Häusliche Gewalt“ (bzw. „Gewalt in der Ehe/Familie“) ist ein weit verbreitetes, in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch weitgehend tabuisiertes Problem.

Diese Gewalt kommt nicht nur in „asozialen“ Familien oder „Macho-Kulturen“ vor, sie ist ein Phänomen der Gesellschaft.

Der Verein Waage Hannover e.V. ist Teil eines interdisziplinären Netzwerkes (HAIP = Hannoversches Interventions-Programm gegen MännerGewalt in der Familie und bietet den Betroffenen von häuslicher Gewalt Beratung und den Versuch außergerichtlicher Klärung, Schadenswiedergutmachung und Mediation (Täter-Opfer-Ausgleich) an.

Bei vielen Fällen der innerfamiliären Gewalt von Männern gegen Frauen kann ein TOA sinnvoll sein. Die Interessen der geschädigten Frauen können oft in einem außergerichtlichen Verfahren besser berücksichtigt werden als in einem formellen Strafverfahren. Die zugrundeliegenden Konflikte und deren Ursachen können konkret und direkt besprochen werden. Eine Lösung (Therapie, Beratung, Trennung, Gewaltschutzgesetz, individuelle Regelungen) kann gemeinsam erarbeitet und von der Waage Hannover kontrolliert werden.

Kontakt

Waage Hannover

Lärchenstr. 3

30161 Hannover

Tel.: 05 11 - 3 88 35 58

E-Mail: c.richter@t-online.de

Webseite: waage-hannover.de

HUjA e.V. – Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser

„Knast trotz Jugendhilfe? – Prävention mit jungen Strafgefangenen“

In dem Partizipationsprojekt „Knast trotz Jugendhilfe? – Prävention mit jungen Strafgefangenen“ bringen junge Strafgefangene der JVA Wiesbaden Botschaften an die Jugendhilfe und Jugendpolitik ein, die sie mit ihren biografischen Erfahrungen begründen können. Die Botschaften bestehen aus einer Bild- und einer Textseite und werden verschiedenen Adressaten zur Kenntnisnahme und für Rückmeldungen angeboten.

Bewährt hat sich die Verknüpfung des Projektes mit dem jährlich stattfindenden Tag der Jugend im Rathaus, wo Schüler im Rahmen von Kontakt- und Kennlern-Programmen mit der Kommunalpolitik im Rathaus auch den Inhaftierten zu den dort ausgestellten Botschaften persönlich schreiben können. Dem Pädagogen Arnd Richter, Initiator und Leiter des Projektes, dient dieses Handlungsfeld als Beleg für seine eigene Botschaft, dass es lohnend und nötig ist, mehr mit jungen Menschen und weniger für sie zu arbeiten.

Vom 12. Deutschen Präventionstag im letzten Jahr in Wiesbaden haben die beteiligten Inhaftierten mit dieser interaktiven Projektpräsentation zahlreiche bemerkenswerte Briefe von Besucherinnen und Besuchern erhalten, die nachhaltigen Eindruck bei den Empfängern hinterließen. Das sollte sich in Leipzig wiederholen!

Kontakt

HUjA e.V. – (Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser)

Otto-Wallach-Str. 16

65203 Wiesbaden

Tel.: 06 11 - 52 33 49

Fax: 06 11 - 52 33 49

E-Mail: Arnd.U.R.Richter@web.de

Infomobile

Inhaltsverzeichnis der Infomobile

	Seite
Ev. Jugend Schwerin	374
Landeskriminalamt Sachsen	375
Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt	376
PD Chemnitz-Erzgebirge	377

Ev. Jugend Schwerin

Ein grellbunter Bus – 2 Fahrer in orangen Anzügen – Rauchbomben – eine zertretene Autotür – Graffitiwände – Boxsäcke – ein Fahrrad zum Wettfahren und Rollups mit den Folgen von Sachbeschädigung und eine neugierige Schar von Schülern irgendwo in Mecklenburg-Vorpommern.

So stellt sich ein Kooperationsprojekt der Ev. Jugend Schwerin und des Landespräventionsrates Mecklenburg-Vorpommern vor. Ein Mix von Show, Sich-zeigen-lassen der Schäden an der Schule – Sprühen auf Wände – Gespräch über die Gründe von Sachbeschädigung und Abarbeiten an Sportgeräten hält das Interesse über eine Stunde wach. Beeindruckte Lehrer berichten, dass die Vorstellung der Mitarbeiter des Vanda – Mobils (Vanda – wie „Vandalismus“) im Schulhof wochenlang Gesprächsthema der Schülerinnen und Schüler ist.

Vom mobilen Einsatz profitieren vor allem Schulen in den strukturschwachen Landkreisen, an denen solche Aktionen bisher oft vorbei gingen.

Wer neugierig geworden ist, findet noch mehr Infos unter: www.vanda-mobil.de.

Kontakt

Ev. Jugend Schwerin

Wismarsche Str. 146

19053 Schwerin

Tel.: 03 85 - 7 58 29 23

Fax: 03 85 - 7 58 29 25

E-Mail: t.ruppenthal@evjucan.de

Webseite: www.evjucan.de

Landeskriminalamt Sachsen – Informations- und Beratungsmobile der Polizei Sachsen

Umgestaltung Mobiler Polizeiwachen zu Beratungsmobilen

Durch die Umgestaltung Mobiler Polizeiwachen vom Typ Mercedes-Sprinter zu universell einsetzbaren Beratungsmobilen wird die Flexibilität der polizeilichen Beratung deutlich erhöht. Damit können den Bürgerinnen und Bürgern Beratungsmöglichkeiten direkt vor Ort angeboten werden. Der Einsatz erfolgt insbesondere in ländlichen Regionen, wo weite Wege zur nächsten Polizeilichen Beratungsstelle oder regionale Kriminalitätsschwerpunkte bestehen. Alle sieben sächsischen Polizeidirektionen werden bis Ende 2008 mit diesen Beratungsmobilen ausgerüstet. Gezeigt wird ein Musterfahrzeug, nach dessen Vorbild alle weiteren Beratungsmobile gestaltet werden.

Beratungsmobil des LKA Sachsen

Das Beratungsmobil des LKA Sachsen, eine vierachsige Sattelzugmaschine Mercedes Benz, wurde 1995 in Dienst gestellt und absolvierte bisher mehr als 500 Einsätze. Der Sattelaufleger ist als Polizeiliche Beratungsstelle mit einer Ausstellungsfläche von ca. 30 qm eingerichtet. Auf verschiedenen Ausstellungswandflächen werden unterschiedliche Themen der verhaltensorientierten und sicherungstechnischen Prävention dargestellt. Zur besseren Veranschaulichung werden verschiedene Funktionsmodelle zu sicherungstechnischen Anlagen gezeigt. Weiterhin sind verschiedenen Projektions- und Wiedergabemöglichkeiten vorhanden. Der Einsatz und die Betreuung des Beratungsmobiles erfolgt in erster Linie durch die örtlichen Polizeidienststellen. Schwerpunkte der Einsätze sind u.a. Tage der Sicherheit, Volksfeste und andere Großveranstaltungen, Grenztouren entlang der polnischen und tschechischen Grenze sowie der Einsatz bei Kriminalitätsschwerpunkten.

Kontakt

Landeskriminalamt Sachsen
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Tel.: 03 51 - 8 55 - 23 30
Fax: 03 51 - 8 55 - 23 90
E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen.de
Webseite: www.polizei.sachsen.de

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Einsatzmöglichkeiten des Präventionsmobiles

- Sicherungstechnische Beratungstätigkeit
(Mechanik und EMA)
- Verhaltensorientierte polizeiliche Kriminalprävention
für alle Zielgruppen
- Polizeiliche Sucht- und Drogenprävention
- Darstellung von Hilfsangeboten und Netzwerken der
Opferberatung/-betreuung
- Unterstützung kommunaler Präventionsgremien
- Projektarbeit zur Zurückdrängung der Jugendkriminalität
- Öffentlichkeitsarbeit mit täter- und opferorientiertem
Ansatz im Zusammenwirken mit staatlichen und freien
Trägern

Kontakt

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Lübecker Str. 53–63

39124 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 2 50 12 11

Fax: 03 91 - 2 50 19 12 11

E-Mail: bernd.neumann@lka.pol.sachsen-anhalt.de

PD Chemnitz-Erzgebirge

Das Präventionsmobil ist im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg III A – internationale Zusammenarbeit mit Tschechien – entstanden und wird zu gemeinsamen Präventionsveranstaltungen der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge mit den Polizeidirektionen Most und Chomutov auf beiden Seiten sowie der Präventionsarbeit der PD Chemnitz-Erzgebirge genutzt. Das Präventionsmobil wird in Kombination mit einem Präsentationsstand vorgestellt.

Kontakt

PD Chemnitz-Erzgebirge
Hartmannstraße 24
09113 Chemnitz

Tel.: 03 71 - 3 87 28 20

Fax: 03 71 - 3 87 28 88

E-Mail: steffen.meissner@polizei.sachsen.de

Filmforum

	Seite
Netz kleiner Werkstätten – In Aktion – Neue Chancen – Perspektiven	380
Der Tisch – gelebte Zivilcourage	381
„Enkeltrick und Raubüberfall“ – Präventionsprojekt „Goldener Herbst“	382
Folgen – der Film	383
„Weggeschaut ist mitgemacht“ – Medienpaket zum Thema Zivilcourage	384
Spots gegen Rechtsextremismus	385
Gestern im Knast	386
Gewalt ist keine Lösung	387
„Balu und Du“	388

**Netz kleiner Werkstätten – In Aktion –
Neue Chancen – Perspektiven**
Berufsbildungswerk Leipzig

Zur Einstimmung werden wichtige Anlaufpunkte, Einrichtungen, Unternehmen und Sehenswürdigkeiten Leipzigs gezeigt.

Anschließend werden die teilnehmenden Jugendlichen bei den Tätigkeiten in den verschiedenen Werkstattbereichen vorgestellt: Fahrradwerkstatt; Garten- und Landschaftspflege und Malerarbeiten.

Verschiedene Jugendliche werden interviewt und äußern sich zu ihrer momentanen Situation, zu ihrem Alltag und zu ihren Vorstellungen von Zukunft und ihren Ideen, wie es perspektivisch weiter gehen soll. Auch die FachanleiterInnen und SozialarbeiterInnen werden bei ihrer tgl. Arbeit gezeigt und informieren im Interview zum Konzept des Projektes und zur Projektarbeit.

Der Film ist dabei in 3 Stufen aufgeteilt:

1. Teil unter dem Motto: IN AKTION
2. Teil unter dem Motto: NEUE CHANCEN
3. Teil unter dem Motto: PERSPEKTIVEN

Insgesamt wenig Theorie, sehr viel Praxis und viele persönliche Meinungen. Der Film wird durchgängig von einer Sprecherin begleitet.

Kontakt

Berufsbildungswerk Leipzig

Judith-Auer-Straße 10

04317 Leipzig

Tel.: 03 41 - 30 85 92 10

Fax: 03 41 - 30 85 92 19

E-Mail: schueler.jana@bbw-leipzig.de

Webseite: www.bbw-leipzig.de

Der Tisch – gelebte Zivilcourage

Aktion „Civil-Courage“
Erich-Zeigner-Haus e.V.

Die Geschichte dieses Tisches ist die Geschichte gelebter Zivilcourage im demokratischen Miteinander von Menschen unabhängig von Glauben und Herkunft. Das Projekt trägt den Namen „Der Tisch“, weil der Große Tisch Erich Zeigners, der noch immer in dessen ehemaliger Wohnung steht, den symbolischen Mittelpunkt unseres Projektes darstellt.

Dieser Tisch verbindet die demokratische Geschichte Sachsens mit gegenwärtigen Aktivitäten zur Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

An diesem Tisch trafen sich in den 1930er Jahren jüdisch-deutsche Gewandhausmusiker, die durch die Nationalsozialisten ihre Stellung verloren hatten.

An diesem Tisch fanden zwischen 1933 und 1945 in der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen Treffen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus statt.

An diesem Tisch wurden Aktionen zur Rettung jüdisch-deutscher Bürger geplant und die Durchführung organisiert.

An diesem Tisch traf sich jüngst der Montagskreis zur Koordinierung von Aktivitäten gegen den Krieg im Irak oder auch gegen den Abbau von Sozialleistungen.

An diesem Tisch werden Aktivitäten zur Hilfe für Katastrophopfer des Vereins „Leipzig hilft“ geplant und umgesetzt.

Mit diesem Projekt soll

- a) diese Tradition im Bewusstsein gehalten und
- b) im Blick auf heutige Herausforderungen zivilgesellschaftliche Aktivitäten initiieren werden.

Kontakt

Erich-Zeigner-Haus e.V.
Zschochersche Straße 21
04229 Leipzig

Tel.: 03 41 - 8 70 95 07

E-Mail: frankkimmerle@t-online.de

Webseite: www.Erich-Zeigner-Haus-ev.de

**„Enkeltrick und Raubüberfall“ –
Präventionsprojekt „Goldener Herbst“
Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost**

Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost wurde im Jahre 2007 das Jahrespräventionsprojekt „Der Goldene Herbst“ mit insgesamt neun Einzelbausteinen aus den Bereichen Verkehrs- und Kriminalprävention entwickelt und im Laufe des Jahres realisiert. Zu den Einzelbausteinen zählten u.a. Fahrsicherheitstrainings für Senioren, Gesundheitschecks, Selbstbehauptungskurse, Rollenspiele zum Thema „Nicht mit mir – So schützen Sie sich vor Trickdiebstahl im Alter“, Vortragsreihen sowie die Produktion eines Veranstaltungsfilms für Senioren. Die Filmhandlung wurde anhand von Ermittlungsakten an authentischen Tatorten nachgestellt. Sie demonstriert einen „Enkeltrick“, einen sich anschließenden Raubüberfall vor einer Bank nach dem Abheben eines hohen Geldbetrages und die „Unterlassene Hilfeleistung“ gegenüber einer geschädigten 83jährigen Rentnerin. In einer weiteren Sequenz wird der Überfall wiederholt, wobei die Geschädigte sofort Hilfeleistung durch anwesende Passanten erfährt. Die beiden in der Beschaffungskriminalität agierenden Täter werden bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Hintergrund dieses Jahresprojektes bildete neben der Straftatenentwicklung vor allem die subjektive Einstellung älterer Menschen, sehr leicht Opfer einer Straftat zu werden. Mit einer klaren Zieldefinition pp. wurden mehr als 4 500 Senioren erreicht.

Kontakt

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
Kühnauer Str. 161

06846 Dessau-Roßlau

Tel.: 03 40 - 60 00 - 5 51

Fax: 03 40 - 60 00 - 5 50

E-Mail: heinz-g.buss@de.pol.sachsen-anhalt.de

Webseite: www.sachsen-anhalt.de

Folgen – der Film **gegen-missbrauch e.V.**

Ein Film über die Langzeitfolgen von sexuellem Kindesmissbrauch

Das Wort Folgen klingt einfach, es klingt kühl und es klingt nach Einordnung. Doch der Versuch einer Beschreibung schlägt fehl.

Sexueller Missbrauch von Kindern ist nicht nur auf den Augenblick bezogen. Er prägt, er zieht sich durch ein ganzes Leben und ist in seinen Langzeitfolgen allgegenwärtig. Jeden Tag.

Sensationshascherei, Detailgier und wütende Reaktionen sind nicht der Schlüssel für das Projekt. Vielmehr ist es der ganz persönliche, tiefe Einblick, den Betroffene in das Thema gewähren.

Es sind die Schilderungen der komplexen Folgen des Erlebten. Eine winzige Momentaufnahme aus einer Zeit, in der das Thema Missbrauch regelmäßig in den Medien erscheint – und dennoch ein Tabu ist.

Das darf nicht so bleiben. Das wird nicht so bleiben.

Kontakt

gegen-missbrauch e.V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

Tel.: 05 51 - 50 06 56 99

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: www.gegen-missbrauch.de

**„Weggeschaut ist mitgemacht“ –
Medienpaket zum Thema Zivilcourage
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und
des Bundes (ProPK)**

Nach wie vor besteht ein großer Handlungsbedarf für die Förderung einer Kultur des Hinschauens und Helfens. Das bestätigt auch die KFN-Studie aus dem Jahr 2005 (Schülerbefragung zur Jugendgewalt). Bereits 2001 startete die Polizei die Aktion „Aktion tu was“, mit der innerhalb der Bevölkerung das Bewusstsein für mehr Solidarität und größere Hilfsbereitschaft gestärkt werden soll. Das Medienpaket „Weggeschaut ist mitgemacht“ ist ein weiterer Baustein der „Aktion tu was“ und wurde für die Arbeit im Schulunterricht bzw. in Jugendgruppen entwickelt. Es enthält eine DVD mit drei kurzen Filmsequenzen zur Tatgelegenheit bzw. Tatausführung sowie ein Filmbegleitheft für Lehrer (bzw. Jugendfachkräfte) mit Basisinformationen zum Thema Zivilcourage und Vorschlägen zur didaktischen Aufbereitung des Themas im Unterricht oder bei Veranstaltungen.

Die drei Filmsequenzen greifen die Themen Ladendiebstahl, Drogendeal auf dem Schulhof und Handyraub auf. Nach jeder Szene erscheint der Schriftzug „Was machst Du?“. Hier soll innerhalb der Schulklasse oder Gruppe über die jeweilige Szene diskutiert werden. Anschließend werden einzelne Sequenzen in Form von Fotostories fortgeführt. Dargestellt werden mehrere „negative“ Schlusszenen, die die unterschiedlichen Konsequenzen aus deren Verhalten der Protagonisten aufzeigen. Die letzte Schlusszene zeigt das richtige Verhalten und damit die Ideallösung.

Kontakt

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder
und des Bundes (ProPK)
Taubenheimstr. 85
70372 Stuttgart
Tel.: 07 11 - 54 01 - 20 62
E-Mail: info@polizei-beratung.de
Webseite: www.polizei-beratung.de

Spots gegen Rechtsextremismus

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Im Rahmen der Kampagne gegen Rechtsextremismus „Wölfe im Schafspelz“ der Polizeilichen Kriminalprävention wurde im Mai 2006 ein Kreativ-Wettbewerb für Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren ausgeschrieben. Unter dem Motto „Zivildelict sucht Filmemacher“ riefen Polizei und Verfassungsschutz – mit Unterstützung des Fernsehschauspielers Till Demtröder – die Schüler dazu auf, ihren eigenen, einminütigen TV-Spot gegen Rechtsextremismus zu drehen. Insgesamt wurden 184 zum Teil sehr professionelle Arbeiten eingereicht, aus der eine Jury die besten Spots auswählte. Aufgrund der außergewöhnlichen Qualität der Einreichungen entschloss man sich – über die drei prämierten Gewinner-Filme hinaus – eine „TOP 10“ herausragender Schülerarbeiten zusammenzustellen. Die DVD mit den „TOP 10“ wird als weiterer Baustein der Kampagne „Wölfe im Schafspelz“ zusammen mit einem Filmbegleitheft mit Kurzbeschreibungen der Spots und didaktischen Hinweisen für Lehrkräfte an die weiterführenden Schulen als Unterrichtsmaterial verteilt. Mit geschärftem Blick für die neuen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus senden die Schülerinnen und Schüler in ihren Spots klare Botschaften gegen Rechts: Die Filmbeiträge setzen sich mit etlichen Facetten des Rechtsextremismus, politisch motivierten Straftaten, Ausländerfeindlichkeit, Gewaltexzessen und alltäglichen Diskriminierungsszenen auseinander.

Kontakt

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder
und des Bundes (ProPK)
Taubenheimstr. 85
70372 Stuttgart
Tel.: 07 11 - 54 01 - 20 62
E-Mail: info@polizei-beratung.de
Webseite: www.polizei-beratung.de

Gestern im Knast

Otmar Hitzelberger

Konstantin der 21 Jährige Deutsch-Russe wird Zwei Jahre in die Jugendstrafanstalt in Wiesbaden, wegen schwerer Körperverletzung eingeliefert. Die Kamera begleitet Konstantin das letzte Jahr in Haft. Er nimmt an einem Musik-Workshop geleitet vom Ensembl-Modern teil. In 5 Montagen hat die 12-köpfige Knast Musik-Jugend-Gruppe eine Aufführungs-Premiere im Knast. Die Kamera beobachtet die Proben, beschreibt die Hürden, zeigt Konstantin wie er das Konzert dirigiert.

Ein Jahr nach der Entlassung beschreibt Konstantin was die Musik im Jugendknast Wiesbaden, mit seinem weiteren Leben angestellt hat.

Kontakt

Otmar Hitzelberger

Mühle zum Steg 3

61169 Friedberg

Tel.: 01 73 - 6 66 09 21

E-Mail: info@otmar-hitzelberger.de

Webseite: www.otmar-hitzelberger.de

Gewalt ist keine Lösung

Jugendfeuerwehr Rems-Murr und Polizeidirektion Waiblingen

Gewaltdelikte, die mit dem eigenen Handy gefilmt und im Internet verbreitet werden, stellen leider mittlerweile an Schulen ein aktuelles Problem dar. Die überall gewährleistete Verfügbarkeit der neuen Medien, z.B. durch den Besitz eines Handys mit Kamera und Internetzugang von fast allen Jugendlichen, ohne soziale Kontrolle und fehlendes Unrechtsbewusstsein fördert das „Austesten“ der eigenen Grenzen und Fantasien, die oft einen Gewalt verherrlichenden Hintergrund haben.

Hier setzt das Gewaltpräventionsprojekt der Jugendfeuerwehren aus dem Rems-Murr-Kreis an. Anhand eines selbst gedrehten Videofilms der Jugendfeuerwehr soll das Problem öffentlich und im Schulunterricht thematisiert werden. Neben dem Videoprojekt ist ein bundesweiter Videowettbewerb ausgelobt, dessen Ergebnisse ebenfalls einfließen. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei und örtlichen Schulen aus dem Rems-Murr-Kreis entsteht ein komplettes Medienpaket mit Unterrichtsmaterialien. Ab dem Schuljahr 2008/2009 soll das Medienpaket fester Bestandteil des Schulunterrichts werden.

Die Finanzierung des Pilotprojekts für den Rems-Murr-Kreis ist durch eine Anschubfinanzierung aus Landesfördermitteln sowie durch die Stiftung der SWN Kreisparkasse Waiblingen und die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. gesichert.

Die Internet-Kommunity www.kwick.de (ca. 1 000 000 jugendliche Mitglieder) unterstützt das Projekt, ebenso besteht eine Kooperation mit dem Mobilfunk-Betreiber Vodafone und mit KI.KA.

Kontakt

Polizeidirektion Waiblingen
Ludwigsburger Straße 1
71332 Waiblingen

Tel.: 0 71 51 - 95 02 10

Fax: 0 71 51 - 50 28 59 72

E-Mail: praevention-wn@polizei.bwl.de

Webseite: www.haus-der-praevention.de

„Balu und Du“

Universität Osnabrück / Balu und Du e.V.

Der Film erzählt die Geschichten von vier „Moglis“. Sie werden von ihren „Balus“ wie im Dschungelbuch begleitet und lernen von ihrem großen Freund, wie sie am besten den Schwierigkeiten des Alltags (der auch manchmal wie ein Dschungel sein kann) begegnen können. Die Abenteuer des informellen Lernens im außerschulischen und außerfamiliären Feld sind spannend und zugleich lehrreich.

Die Kinder (6–10 Jahre) blühen in diesem selektiv-präventiven Mentorenprogramm sichtbar auf.

Kontakt

Universität Osnabrück
Heger-Tor-Wall 9
49069 Osnabrück

Tel.: 05 41 - 9 69 45 62

Fax: 05 41 - 9 69 45 85

E-Mail: muellerk@uos.de

Webseite: www.paedagogik.uni-osnabrueck.de

Bühne

	Seite
Wagen 1322	390
Verkehrsunfallprävention „Die letzte Sekunde deines Lebens“	391
Der Ton macht die Musik	392
„Achtung der Bus kommt“	393

2. Juni – 12:30 & 14:30 Uhr
3. Juni – 11.30 & 14:30 Uhr

Outdoor

WAGEN 1322

Theater der Jungen Welt Leipzig

Regie: Franziska-Theresa Schütz

Kostüme: Isabelle Kittnar

Schauspieler: Martina Krompholz, Anna von Schrottenberg, Matthias Kuhn

Die neunzehnjährige Jasmin ist viel zu früh Mutter geworden. Mit 16 kam das erste Kind, wenig später das zweite, die Väter haben sich derweil aus dem Staub gemacht. Nun steckt Jasmin fest zwischen ihrer Lust auf ein ungebundenes Leben, einer Mutter, die ihr mehr Vorwürfe macht als hilft, der Hoffnung auf einen neuen Freund und der Verantwortung für ihre zwei Kinder. Doch vorerst sitzt sie in einem Nachtbus, dessen Elektrik gerade ihren Dienst versagt und einer Busfahrerin gegenüber, die ihr nur zusätzlich Stress bereitet.

Aber auch für die ist die Situation prekär. Ohnehin am Rande eines Rausschmisses, ist Busfahrerin Anette auch privat überfordert. Hilfe ist nirgends in Sicht. In den gemeinsamen Stunden im Bus beginnen sich die beiden Einsamen anzunähern.

Da meldet das Lokalradio den Fund zweier Kinder, die verdurstet in ihrer Wohnung aufgefunden wurden. Anette kommt ein böser Verdacht.

Kontakt

Theater der Jungen Welt Leipzig

Lindenauer Markt 21

04177 Leipzig

Tel.: 03 41 - 48 66 00

Fax: 03 41 - 4 77 29 94

E-Mail: s.mittmann@theaterderjungenweltleipzig.de

Webseite: www.tdjw.de

Verkehrsunfallprävention **„Die letzte Sekunde deines Lebens“**

Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium,
IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Kassel

Jedes Jahr sterben ca. 40 000 Menschen in Europa im Straßenverkehr, davon ca. 25 % „Junge Fahrer und ihre Mitfahrer“. Das entspricht ca. 333 Schulklassen. Die Bereitschaftspolizei Kassel und die Verwaltungsfachhochschule Kassel gehen seit 2003/2004 neue Wege, um junge Fahrer und ihre Mitfahrer vor dem Unfalltod zu bewahren. Mit einer aus jungen Polizeibeamten/innen bestehenden Rockband „Guns and Peppers“ versuchen wir, auf sehr emotionalem Weg, Schülerinnen und Schüler, ab Zielgruppe 14 Jahre zu erreichen, um ihnen sinnvoll klarzumachen, dass Alkohol, Drogen und Autofahren nicht zusammenpassen. Durch Live-musik und dazu eingespielte Unfallbilder erhoffen wir uns, einen noch stärkeren Zugang zu dieser doch sehr schwierigen Zielgruppe zu bekommen. Und wir haben damit Erfolg! Im Jahr 2007 haben wir bei insgesamt 80 Veranstaltungen an Schulen ca. 10 000 junge Menschen erreicht und die steigenden Nachfragen von Schulen geben uns Recht in dem was wir tun. Auch Anfragen aus dem europäischen Ausland (Südtirol), lassen hoffen, dass durch das Projekt ein Signal für mehr Unfallpräventionsarbeit in Deutschland / Europa stattfindet.

Wir als Bereitschaftspolizei und Verwaltungsfachhochschule in Kassel, wollen einen Beitrag dazu leisten, um die Verkehrstoten und Schwerverletzten in unserem Land zu reduzieren.

Kontakt

Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium
Bereitschaftspolizeiabteilung Kassel
Frankfurter Str. 365
34134 Kassel

Tel.: 05 61 - 48 06 - 3 61

Fax: 05 61 - 48 06 - 3 99

E-Mail: Juergen.Hildenbeutel@polizei.hessen.de

Dienstag, 3. Juni
10:00–11:00 Uhr

CCL/Ebene 1/Saal 1

Der Ton macht die Musik

Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen

Neues Präventionsprogramm des Polizeiorchesters Sachsen
gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit.

Kontakt

Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen
Polizeiorchester
01129 Dresden

Tel.: 0351 - 85 01 66 01

E-Mail: stefan.hedrich@polizei.sachsen.de

„Achtung der Bus kommt“

Polizeidirektion Dresden

Ein Puppenspiel mit der Marionette „Flo“, einem Schulanfänger der nach Schulschluss allein nach Hause geht. An der Bushaltestelle geschehen sonderbare Dinge, ein Fremder spricht ihn an und bittet um Hilfe! Flo muss das NEIN-SAGEN erlernen. Die Busfahrerin und POLDI, Kinderpolizist von Sachsen, helfen ihm dabei.

Dieses Programm wurde im Jahr 2007 für insgesamt 3 000 Dresdner Schulanfänger und Begleiter zur alljährlichen Veranstaltung der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ in der Freilichtbühne „Junge Garde“ mit dem Polizeiorchester Sachsen aufgeführt. Bei insgesamt 20 Veranstaltungen im Jahr 2007, für 7 200 Teilnehmer, konnte das Stück mit POLDI und den Dresdnern PräventionssachbearbeiterInnen aufgeführt werden.

Die Themen sind:

Der Weg allein nach Hause; Das Verhalten an der Haltestelle; Das richtige Ein- und Aussteigen; Das Mitfahren mit dem Bus; Das Überqueren der Straße; Geh niemals mit Fremden mit – denk an das Zauberwort „GENIEMIFREMI!“; Singen, das Lied „Mein Weg zur Schule ist nicht schwer“.

Ausstattung: Sabine Zimmermann, Detlef Kaminsky

Requisite Bus: Dresdner Verkehrsbetriebe AG

Text, Idee: S. Zimmermann, D. Kaminsky

Mitwirkende: Polizeibeamte / PräventionssachbearbeiterInnen der Polizeidirektion Dresden

Musik bei Großveranstaltungen: Polizeiorchester Sachsen.
Für Leipzig nicht bestellt!

Zielgruppe: Vorschule, Schulanfänger, KITA's, Grund- u. Förderschulen

Kontakt

Polizeidirektion Dresden

Schießgasse 7

01067 Dresden

Tel.: 03 51 - 4 83 34 34

Fax: 03 51 - 4 83 17 22 79

E-Mail: detlef.kaminsky@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizeipuppenspiel.de

Nebenveranstaltungen

	Seite
European Workshop „Probation meets Prevention“	395
Internes Forum „Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“	396
Preisverleihung „Schule der Toleranz“	397
Multiplikationsseminar „Gewalt-Sehen-Helfen“	398

European Workshop „Probation meets Prevention“

1.–3. Juni 2008

CEP Workshop on the aims, tasks and ways of proceeding in probation services with respect to crime prevention

The development in criminal policy in recent years has constantly given rise to new fields of work and has posed new challenges to the probation services in Europe. Examples are: the work with offenders following certified programmes, the organisation and supervision of community service, the use of electronic monitoring and the involvement of victims by the introduction of victim-offender mediation.

The protection of the public and, in relation to that, the involvement of probation services in crime prevention measures has been given special attention in the description of the aims of some national probation organisations.

For this reason the CEP has decided to make „crime prevention“ the subject of an international meeting.

The CEP will organise in Leipzig / Germany and in conjunction with the German Congress on Crime Prevention (Deutscher Präventionstag DPT) and the DBH – Association for Social Work, Criminal Law and Criminal Policy (Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik – DBH), a workshop on aims, tasks and procedures of national probation services with special reference to crime prevention. The workshop will take place from 1 to 3 June 2008 during and in the same venue as, the „13th German Congress on Crime Prevention“, the biggest congress in Europe on all topics of crime prevention.

The workshop will be conducted in English.

„Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“

Einladung ins „World Café des Ehrenamts“

Ehrenamtliches Engagement im Bereich der Kriminalprävention bietet vielen Frauen und Männern in Deutschland eine spannende Möglichkeit, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.

Die Engagierten möchten in einem überschaubaren Zeitraum etwas Sinnvolles für sich selbst und andere zu tun, etwas das ihnen Freude macht und ihre Fähigkeiten weiterentwickelt, erhält oder ergänzt. Dabei sind Ehrenamtlichen Gestaltungsspielräume, soziale Kontakte und Eigenverantwortlichkeit sehr wichtig.

Damit ehrenamtliches Engagement möglich bleibt, muss Ehrenamt sichtbar werden, müssen die Bedürfnisse und Ziele derer, die mitarbeiten (wollen), ernst genommen und gestaltet werden. Ehrenamt braucht solide Rahmenbedingungen, z.B. in Form von Versicherungsschutz und Fortbildung.

Wir möchten zum 13. DPT Ehrenamtliche aus allen Bundesländern miteinander ins Gespräch bringen, um

- einander kennenzulernen,
- andere zu inspirieren und sich inspirieren zu lassen,
- Erfolgsfaktoren ehrenamtlichen Engagements herauszuarbeiten,
- Stolpersteine und Hindernisse zu benennen,
- konkrete Empfehlungen an Praxis und Politik zu formulieren.

Wir freuen uns darauf, Sie im „World Café des Ehrenamts“ begrüßen zu dürfen. In der kommunikativen und anregenden Atmosphäre eines Cafés möchten wir Sie miteinander ins Gespräch bringen und versprechen Ihnen einen spannenden Austausch mit Gleichgesinnten!

Preisverleihung „Schule der Toleranz“

**Eine Auszeichnungsveranstaltung der
Polizeidirektion Leipzig und der Stadt Leipzig –
Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention**

2. Juni 2008, 13:00 Uhr – Messehaus Raum M 3

Präsentation und Auszeichnung der Projekte Leipziger Schulen, die sich aktiv mit den Themenbereichen Toleranz, Demokratieverständnis, Gewalt und Rechtsextremismus auseinandersetzen.

„Schule der Toleranz“ soll vor allem im Sinne von „Toleranz macht Schule“ verstanden und gelebt werden. Schule ist dabei nicht im Sinne reiner Wissensvermittlung zu verstehen. Durch dieses Projekt sollen die Schüler und Jugendlichen erfahren, wie sich Demokratie „anfühlt“ – also von innen heraus erleben, wie diese im täglichen Leben funktioniert. Zum Leben in der Demokratie gehört es, sich öffentlich mit antidemokratischen Tendenzen, wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen. Neben Eigeninitiative und Motivation sind hierzu Mut als Überwindung gefragt. Die Schüler und Jugendlichen sollen erlernen, dass sie rechtsextremistische Tendenzen und Gewalt im eigenen Umfeld offen ansprechen müssen.

Jedes Jahr können sich Schulen mit eigenen Projekten bewerben. Im Jahr 2008 erhalten sechs Schulen den Titel „Schule der Toleranz“ verbunden mit einer Geldprämie, überreicht durch den OBM, den Polizeipräsidenten und den Kooperationspartner Sparkasse Leipzig. Weitere neun Schulen erhalten eine Würdigung für ihre Projekte. Dafür wurden Preise von Unternehmen und Institutionen zur Verfügung gestellt.

Multiplikatorensseminar „Gewalt-Sehen-Helfen“ Öffentliche Abschlusspräsentation

3. Juni 2008, 14:00 bis 15:00 Uhr – Messehaus Raum M 4

Auf Basis der Frankfurter Zivilcourage-Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ werden in einem Fortbildungsseminar während des Deutschen Präventionstages Teilnehmer verschiedener Städte zu Referenten ausgebildet, die dann selbst Informationsveranstaltungen und Seminare zur Kampagne halten sollen.

Die „Gewalt-Sehen-Helfen“-Seminare vermitteln in kompakter Form Kenntnisse und intensive Eindrücke, wie man sich in gefährlichen Situationen richtig verhalten soll.

Die Teilnehmer lernen die Handlungsabläufe zwischen aggressiven Akteuren, Opfern und Helfern in Situationen drohender oder manifester Gewalt kennen. Sie wissen um die Gründe, die Zeugen wegsehen oder falsch reagieren lassen. Vor allem werden in Rollenspielen Verhaltensweisen eingeübt, die verhindern sollen, dass Mann/Frau überhaupt in die Position des Opfers gerät und die andererseits Helfer/-innen in die Lage versetzen zu helfen, ohne sich selbst zu gefährden. Kern von „Gewalt-Sehen-Helfen“ ist der opfer- und nicht der täterzentrierte Ansatz.

Alle interessierten Besucher des Deutschen Präventionstages sind eingeladen, an der öffentlichen Abschlusspräsentation teilzunehmen. Dort werden die Ziele des „Gewalt-Sehen-Helfen“-Trainings und die Erfahrungen der Teilnehmer vorgestellt.

Kontakt

Präventionsrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 45

60313 Frankfurt a. M.

Tel.: 0 69 - 2 12 - 3 54 43

E-Mail: praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Webseite: www.gewalt-sehen-helfen.de

Referenten

	Seite
Ilona Adler	154
Gerd Anselmann	130
Prof. Dr. Britta Bannenberg	184
Sabine Bätzing, MdB	130
Siegfried Bayer	126
Prof. Dr. Dr. Klaus M. Beier	182
Hans-Alfred Blumenstein	126
Michael Breitschwerdt	174
Elena Buck	216
Dr. Albrecht Buttolo	95
Annette Cieslinski	192
Dr. Marc Coester	158
Monika Dehmel	140
Gregor Dehmel	140
Emily Engelhardt	192
Bastian Finke	168
Dr. Bernhard Frevel	136, 138
Norbert Friedrich	110
Dr. Angelos Giannakopoulos	134
Frank Goldberg	118
Dr. Isabell Götz	178
Rolf Grimmer	188

Hermann Groß	114
Dr. Siegfried Haller	132
Elke Hannuschka	122
Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	180
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer	108
Reinhold Hepp	112
Prof. Dr. Dieter Hermann	102
Michael Herschelmann	148
Florian Hessdörfer	216
Judith Hilgers	194
Bernd Holthusen	176
Sandra Hüpping	108
Prof. Dr. Gerald Hüther	97
Burkhard Jung	7, 95, 96
Wolfgang Kahl	136, 138
Kornelia Kamla	128
Cathleen Kappes	160
Angela Keller-Herzog	134
Farzin Akbari Kenari	154
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	95, 97
C.- Berta Kimmich	208
Susanne Kirchhoff	124
Marcus Kober	136, 138

Reinhard Koch	152
Brigitte Komescher	170
Stefanie Krauel	190
Prof. Dr. Arthur Kreuzer	114
Thomas Krüger	104
Dr. Bodo Lippl	168
Dr. Christian Lüders	176
Erich Marks	95, 97
Uwe Matthias	214
Dieter Meißner	120
Dr. Anja Meyer	158
Rainer Mollik	120
Thomas Müller	158
Prof. Dr. Christian Pfeiffer	95, 200
Prof. Dr. Elisabeth Pott	166
Prof. Dr. Robert Pütz	164
Svetlana Rafalson	154
Andreas Riedel	150
Prof. Dr. Günter Rieger	126
Heiko Rosenthal	106
Prof. Dr. Dieter Rössner	184
Prof. Dr. Georg Ruhrmann	146
Valérie Sagant	202

Johanna Schmitz	206
Paul Scholz	156
Verena Schreiber	136, 138, 164
Dorothea Schulz	190
Christian Schwedes	164
Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	116
Jörg Seedorf	110
Dr. Denise Sommer	146
Walter Stauer	196
Dr. Wiebke Steffen	43 ff., 97
Klaus Stüllenberg	162
Prof. Dr. Dirk Tänzler	134
Leo Tigges	204
Henning van den Brink	136, 138
Sibylle Völker	170
Prof. Dr. Jochen-Thomas Werner	158
Prof. Dr. A. Windorfer	172
Jens Wurtzbacher	136, 138
Kati Zenk	124
Roland Ziss	210

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN
